ZAG

OFF LIMITS

1. Quartal 1995 Nr. 14 Postvertriebsstück A 12057 F

DEUTSCHER ANTIRASSISMUS?

Antirassistische Gruppen ziehen Bilanz

Der Gartenzaun des Deutschen ist unantastbar

7DM

Postvertriebsstück A 12057 F – Gebühr bezahlt

12015 A 12057 F 4
Infoladen Babajaga
z.H. Karl-Heinz
Ernesti-Str. 9

04277 Leipzig

ZAG/Antirassistische Initiative e.V., Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin

Antirassistische und antifaschistische Telefone in der BRD

Aachen
Antifa/Antira Infobüro, 0241/3 84 68, (in dringenden Fällen) fr ab 18.00

Berlin
Antirassistisches Telefon, 030/785 72 81, mo ab 17.30, di 16.00–19.00, fr 14.30–17.30
Antirassistisches Telefon Ostberlin, 030/442 61 74, do 17.00–20.00

Bielefeld
AntiDiskriminierungsBüro, 0521/64094, mo+fr 10.00–13.00, di+do 14.00–18.00 (sonst AB)

Bonn
Antifaschistisches Infotelefon, 0228/69 05 09, mo+sa 18.00–20.00
Antirassistisches Telefon, 0228/63 61 51, mo+mi+do 18.00–20.00

Braunschweig
Antirassistisches Telefon, 0531/34 11 34, mi 16.00–18.00, sa 17.00–19.00

Bremen
Anti-Rassismus-Büro, 0421/70 64 44, di 15.00–19.00, do 15.00–17.00

Darmstadt
Darmstädter Bündnis gegen Rassismus, 06151/204 80, do 17.00–20.00

Delmenhorst
Infotelefon 04221/178 15

Dortmund
Infotelefon Dortmund, 0231/41 66 65

Düsseldorf
Nottelefon gegen Rassismus, 0211/992 00 00, rund um die Uhr

Erlangen
Infobüro gegen Rassismus, 09131/20 22 68 , di 10.00–12.00

Essen
Anti-Rassismus Telefon, 0201/23 20 60

Frankfurt
Antirassistisches/antifaschistisches Notruf- und Infotelefon, 069/70 33 37, mo–fr 17.00–7.00, am Wochenende durchgehend

Giessen
Antirassistisches/antifaschistisches Notruftelefon, 0641/79 14 64, di 19.00–21.00, fr 19.00–23.00, sa 11.00–13.00 und 19.00–23.00

Göttingen
Antifaschistisches Notruftelefon, 0551/39 45 67

Hamburg
Antirassistisches Telefon, 040/43 15 87, mo-sa 9.00–23.00

Heidelberg
Antirassistisches Notruf- und Infotelefon, 06221/290 82, werktags 19.00–7.00

Kassel
Infotelefon, 0561/17919, 24 Std.

Köln
Kölntelefon, 0221/881022

Lüneburg
Antifatelefon Lüneburg, 04131/40 54 10

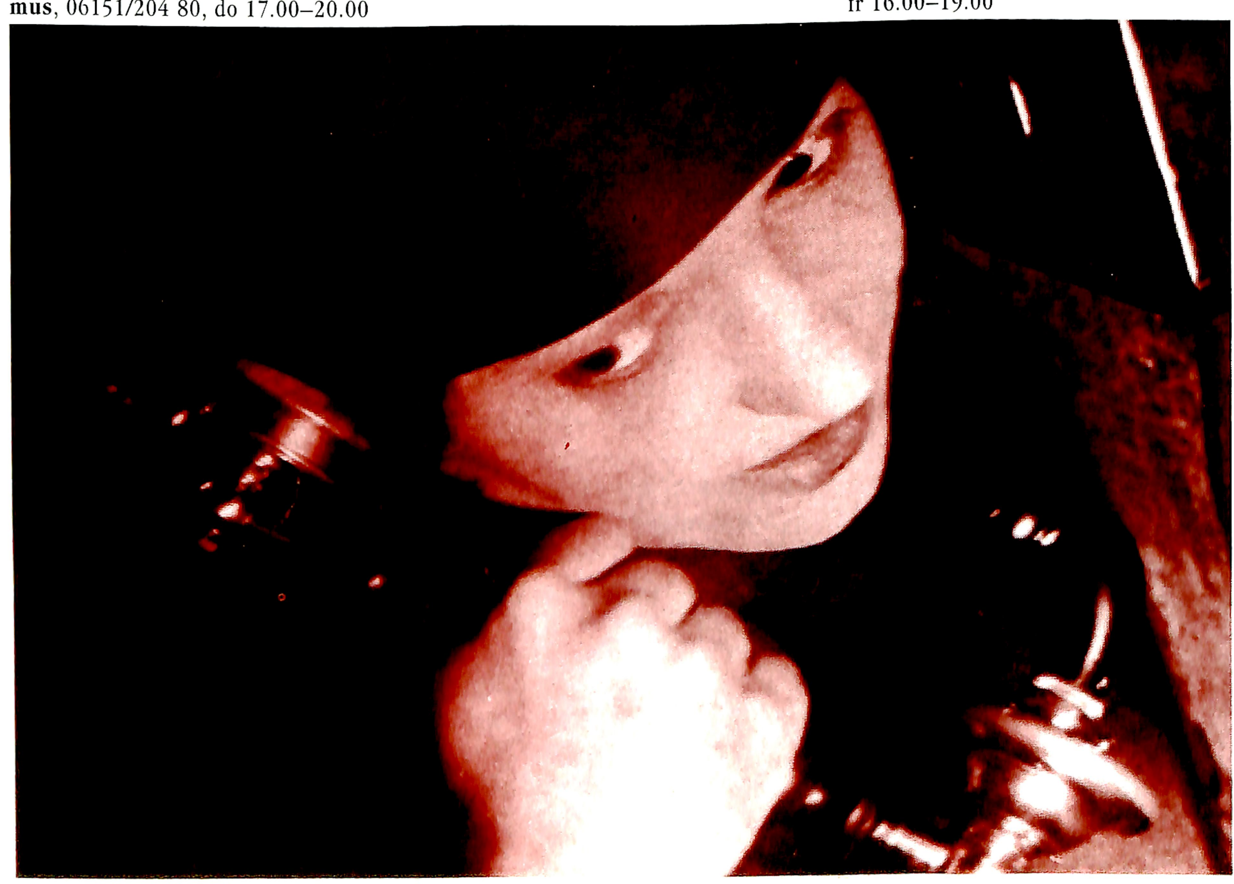
Mannheim
Antirassistisches Notruftelefon, 0621/156 41 41, fr+sa 19.00–6.00, so und mo 19.00–24.00
Infotelefon, 0621/217 05

München
Anti-rassistisches Telefon, 089/543 96 12, mo 10.00–12.00, di 18.30–20.30 und fr 15.00–17.00

Münster
Antifa-Infotelefon, 0251/602 56 di 18.00–20.00, Fr 17.00–1.00

Nürnberg
Antirassistisches Telefon, 0911/26 20 88, mo 10.00–12.00, di 19.00–21.00 fr 19.00–21.00

Passau
Infotelefon Antifa, 0851/361 06, fr 16.00–19.00



Impressum

ZAG

Herausgegeben von
Antirassistische Initiative e.V.

Redaktion Berlin

ZAG / Antirassistische Initiative
Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin
Tel.: 030-785 72 81
(Antirassistisches Telefon)
FAX 030-786 99.84

Konto

Antirassistische Initiative e.V.
Stichwort: ZAG
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Kto.-Nr.: 303 96 01

Redaktion Hamburg

off limits
c/o Haus für Alle
Amandastr. 58, 20357 Hamburg
Tel.: 040-43 15 87
(Antirassistisches Telefon)
FAX 040-430 44 90

Konto

Jan Allers
Bank für Gemeinwirtschaft
BLZ 200 101 11
Kto-Nr.: 2231 751 900

ViSdP:

Peter Finger

Gestaltung:

Steglich & Sprenger Typografik
Rosenthaler Str 13
10119 Berlin

Inhalt

Editorial: »Deutscher Antirassismus?«

»Ein entsetzlicher Titel«, fanden die KollegInnen vom *Anti-Rassismus-Büro Bremen* (S. 40) und sie sollten nicht die einzigen bleiben, die sich an einer Provokation stießen, von der wohl nie mehr zu klären sein wird, ob sie gewollt oder ungewollt zustande kam. Selbstverständlich war es nicht unsere Absicht, Antirassismus national zu bestimmen oder gar zu ethnisieren. Der Titel weist vielmehr auf das besondere Spannungsverhältnis eines Antirassismus in der künftigen Großmacht Deutschland, dem Land des NS-Faschismus.

Klar ist, daß Positionsbestimmung not tut und Kursänderungen, Neugruppierungen und Brückenschläge diskutiert werden müssen. Dies um so mehr, als sich in den Gruppen allerorten Ermüdungserscheinungen und Resignationstendenzen breit machen. Mit diesem ersten Gemeinschaftsprojekt zwischen ZAG (Berlin) und *Off Limits* (Hamburg) wollen wir einen Anstoß für die weitere Diskussion geben.

Gefallen hat unsere Überschrift möglicherweise dem Frankfurter *Café Morgenland*, wo das Problem in »der gesamten deutschen 80-Millionen-Population inclusive ihrer linken Bewährungshelfer« (S. 44) verortet wird. Die Jugendlichen um die Zeitschrift *inisiyatif* aus Berlin beschreiben Lichterketten als »Show für den Rest der Welt« (S. 48), obwohl sie im übrigen völlig andere Ansichten vertreten als die Leute vom *Café Morgenland*.

Das wirft Fragen auf, auch für Gruppen, die keine Lichterketten organisieren. Wie steht es um antirassistische Praxis in Deutschland? Die *Antirassistische Initiative Berlin* betreibt weiterhin das älteste Antirassistische Telefon (030–785 72 81). Nach Schwierigkeiten und Möglichkeiten antirassistischer Arbeit unter den verschärften Bedingungen der 90er Jahre fragt ihr Artikel auf S. 10. Die Arbeit der Gruppen um das *Antirassistische Telefon Hamburg* (040–43 15 87) ist klarer um Flucht und Migration zentriert, krankt aber unter anderem daran, daß sie immer auf die Vorgaben staatlicher Politik reagieren muß (S. 3). Und wo mit Flüchtenden praktisch gearbeitet wird, vermischen sich unvermeidlich Politik und Sozialarbeit: »Ungewöhnlich im Bereich Betreuung Minderjähriger Flüchtlinge ist wohl, daß sich auch Autonome und auf Antistaatlichkeit Eingeschworene plötzlich eingeordnet sehen in das etablierte Szenario der bundesdeutschen Gesellschaft und wie eine besondere Spezies der Wohlfahrtsgesellschaft betrachtet werden, die hier gemeinhin als SozialarbeiterInnen bezeichnet werden.« (S. 61). Von der Realität der Halluzination ›Antirassistische Sozialarbeit‹ mehr auf S. 32.

Wir fragten auch Gruppen, die keinen ausdrücklich antirassistischen Ansatz vertreten, nach ihrer Einschätzung. *Pro Asyl* äußert sich zum »Spagat der Flüchtlingsbewegung, zwischen Zäune einreißen und dem Betüteln von Flüchtlingen« (S. 51). Die *GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus* sind einsame Rufer in einer Organisation, die »zwar eine antifaschistische Tradition, aber keine antirassistische Alltagskultur pflegt« (S. 58). Das *Zentralamerika-Komitee Tübingen* weist darauf hin, daß bei der ausschließlichen Behandlung der Probleme vor der eigenen Haustür der internationale Bezug der politischen Arbeit verlorengeht. (S. 28).

Zur theoretischen Diskussion stellen wir u.a. einen Beitrag, der sich kritisch mit dem linksradikalen Antifaschismus auseinandersetzt (S. 26). Identität und MultiKultur sind Teil der rassistischen Grundordnung, das ist die These eines Artikels auf S. 21. Mit einer kleinen, sehr gemischten Gesprächsrunde wollten wir den in den letztgenannten Artikeln angesprochenen Problemen auf den Grund gehen und nach gemeinsamen neuen Ansatzpunkten suchen. Diese »Annäherung an einen notwendigen Streit« bildet den Schluß dieses Heftes. Vielleicht dient es auch als Anregung, die Debatte aufzunehmen.

In der obigen Aufzählung fehlen noch einige Beiträge, die deswegen aber nicht unwichtiger oder schlechter sind. Aus unterschiedlichen Gründen ausgefallen sind u.a. Beiträge vom *Volkshaus Hamburg*, ROM e.V. in Köln, den *Bochumer Roma-UnterstützerInnen*, die wir gerne in dieser Ausgabe gesehen hätten. Einige Gruppen sollen, so sagen es Gerüchte, durch unsere Aufforderung zum Tanzen gebracht worden sein, ohne daß die Diskussionsprozesse bis zum Redaktionsschluß in Form von Artikeln eingetrudelt wären ...

Ein nicht angeforderter Beitrag von Anarcha/o-KommunistInnen aus Berlin konnte keine Berücksichtigung finden. Wir veröffentlichen ihn auf elektronischem Wege im Com-Link-Netz. (/CL/ANTIFA/DISKUSSION)

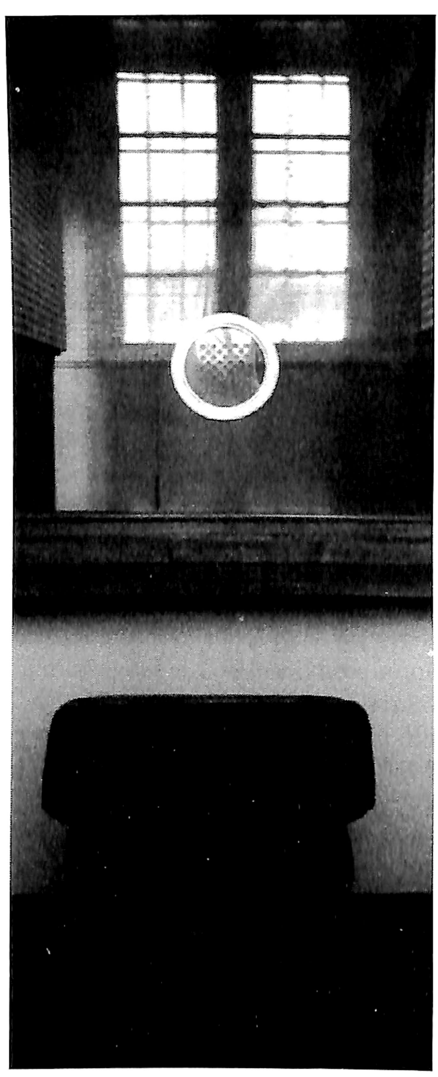
Ansonsten: »Deutscher Antirassismus?« erscheint als Nr.8 der *off limits* und als Nr.14 der ZAG. AbonnentInnen bekommen sie automatisch als Teil ihres Abos und sparen damit satte zwei Mark. Wer außerdem in den Genuß des billigeren Preises kommen will, sollte jetzt zumindest eine der beiden Zeitschriften abonnieren. Zum Trost für die, die das Heft bereits für sieben Mark erstanden haben: Ein Abo lohnt sich immer; noch besser sind natürlich zwei Abos!

Da es auch noch ein »Leben nach der Gemeinschaftsausgabe« gibt, weisen wir noch auf die nächsten Ausgaben von ZAG und *off limits* hin: *Off limits* 9 erscheint am 15. April mit dem inhaltlichen Schwerpunkt Rassismus und Weltökonomie, die ZAG 15 zu »Illegalen« und Illegalisierung im Mai.

Danksagungen gehen an mehrere GeldgeberInnen und an diverse Wohngemeinschaften in Hamburg und Berlin (wo wir Espressokannen ruinierten u.ä.) und an alle, die während der Redaktionswochenenden für unser leibliches Wohl sorgten.

Bleibt nur noch die Frage zu klären, was Antirassismus mit dem rosaroten Panther zu tun hat. Die Antwort steht auf S. 24.

Die Redaktionen off limits und ZAG



On Death Row

Die Situation von Mumia Abu-Jamal hat sich zugespitzt

Drei Wochen nach seiner offiziellen Amtseinführung hat Pennsylvanias neuer republikanischer Gouverneur Thomas Ridge bekanntgegeben, daß er Ende Februar mit der Unterzeichnung von 60 Hinrichtungsbefehlen beginnen wird. Zu denjenigen, die ganz oben auf seiner Liste stehen, gehört der schwarze Journalist und ehemalige Black Panther Mumia Abu-Jamal. Momentan befindet sich Mumia auf Platz 5 der Hinrichtungsliste. Len Weinglass, Mumias Anwalt, rechnet damit, daß der Hinrichtungsbefehl Mitte März unterschrieben wird. Für diesen Fall wird der Anwalt dann innerhalb einer Frist von 30 Tagen sowohl den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens als auch einen Antrag auf die Überprüfung des Strafmaßes (Rechtmäßigkeit der Verhängung der Todesstrafe in Mumias Prozeß) stellen. Theoretisch sollen beide Anträge dazu dienen, den Hinrichtungsbefehl außer Vollzug zu setzen – so lange, bis höchstinstanzlich über beide Anträge entschieden ist. Normalerweise daueren diese Verfahren dann noch einmal ein bis zwei Jahre. Laut der Verfassung von Pennsylvania ist Gouverneur Ridge allerdings nicht dazu verpflichtet, mit der Vollstreckung der Hinrichtung abzuwarten, bis ein Gefangener alle juristischen Mittel ausgeschöpft hat. D.h., daß Mumias Leben vom Zeitpunkt der Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls an unmittelbar bedroht ist.

Hinzu kommt, daß Mumia Anfang Januar 1995 in einen neuen Hochsicherheitsknast im ländlichen Western Pennsylvania verlegt wurde. In diesem Knast »SCI Greene« befindet sich ein spezieller Trakt, in den innerhalb eines Monats alle 172 Todeskandidaten des Bundesstaates verlegt wurden. Mumias Haftbedingungen haben sich dadurch erheblich verschlechtert: Hofgang gibt es nur noch für eine Stunde am Tag; Duschen ist nur zwei Mal in der Woche erlaubt. Er ist 23 Stunden am Tag in der Zelle isoliert, mit einer Stunde Umschluß mit einer Kleingruppe innerhalb des Traktes. Die Besuchsregelungen sind verschäft worden.

Wir möchten Euch bitten, noch einmal verstärkt Solifaxe und Telegramme an den neuen Gouverneur zu schicken. Für viele von uns, die schon seit Jahren immer wieder zu Mumias Fall arbeiten, ihn besuchen oder ihm schreiben, war es immer – trotz allem Wissen um die US-Realität – ein bißchen unvorstellbar, daß der Staat es tatsächlich wagen würde, Mumia umzubringen. Jetzt sind wir mit der Situation konfrontiert, daß ein Freund und Genosse, einer, mit dem es immer wieder auch Auseinandersetzung, Streits, aber auch viel gegenseitiges Lernen gegeben hat und gibt, tatsächlich kaltblütig ermordet werden soll. Wir fanden es immer falsch, die Mobilisierung zu seinem Fall über den Fakt der Hinrichtung an sich aufzuziehen. Wir denken, daß Mumia im momentanen politischen Klima in den USA nur dann eine Chance zu überleben hat, wenn es sowohl in den USA als auch hier und in anderen europäischen Staaten gelingt, die Kampagne noch einmal zu eskalieren. Dafür wird es ersteinmal keine zentrale Koordination geben. Aber wir hoffen, daß es möglich ist, dezentral vieles in Bewegung zu setzen.

Komitee »Right On« Berlin

Mumias neue Adresse:
Mumia Abu-Jamal
AM-8335
SCI *Greene*
1040 E. *Roy Furman Highway*
Waynesburg, PA 15370-8090

Informationen und Updates gibt es bei:
AGIPA-Press, *Eichenberger Str.* PF 150323, 28093 *Bremen*, *Fax:* 0421/353918, *Tel.:* 0421/354029

Protestfaxe an:
Govenor Thomas Ridge
Main Capitol Building, Room 225
Harrisburg, PA 17120
Fax: 001-717-783-1396 *oder* 787-7859

Politische Bilanz und Perspektiven antirassistischer Politik



Solidaritätsdemonstration zum Hungerstreik auf den Schiffen, Dezember 1993
Foto: Marily Stroux

Das ART Hamburg hat sich nach dem Pogrom in Hoyerswerda gegründet. Es setzte sich aus unterschiedlichen politischen Gruppen und Szenen zusammen. Als eine wesentliche Bestimmung des ART kristallisierte sich in der damaligen Diskussion heraus, daß eine Beschränkung darauf, auf rassistische Angriffe, Pöbeleien, Verhaltensweisen zu reagieren, sie öffentlich zu machen, nicht ausreicht. Vielmehr seien politische Interventionen ideologisch und praktisch unverzichtbar, um gegen den zunehmend offenen und mit unterschiedlichen Begründungen mobilisierbaren Rassismus im Alltag sowie den staatlich organisierten Rassismus in ›Gesamtdeutschland‹ Widerstand zu entwickeln.

Verantwortungsloser Standpunkt?

Es war absolut üblich, staatliche Flüchtlingspolitik und Rassismus als getrennte »Probleme der Gesellschaft« zu begreifen. Als wichtiger politischer Schwerpunkt entwickelte sich zuerst die Auseinandersetzung um den Zusammenhang von staatlichem Rassismus und dem in der Gesellschaft vorhandenen und mobilisierbaren Rassismus. Sehr populär und andauernd anzutreffen war der Standpunkt: Man selbst sei der Meinung, daß Ausländer eine Bereicherung der Kultur seien und lehne die rassistischen Pöbeleien und Angriffe entschieden ab, aber zu viele Ausländer könne die bundesdeutsche Bevölkerung nicht vertragen, sonst drifte sie nach rechts ab. Um das demokratische Gemeinwesen namens BRD nicht zu gefährden, müsse man für ein verträgliches Quantum ausländischer Kultur sorgen, sonst spiele man den Rechten und Faschisten in Hände. Forderungen wie »Bleiberecht für Alle und offene Grenzen« seien unrealistisch, idealistisch, linksradikal und verantwortungslos. Diesen nationalen Standpunkt, dessen Sorge und Sensibilität dem politischen Klima in Deutschland gilt, und dessen politischer Bezugspunkt in erster Linie deutsche Staatsbürger und deren Sorgen und Nöte ist, kritisieren wir als Haltung, die den Rassismus zu einem gesellschaftspolitischen Phänomen erklärt. Dieser ist zwar zu analysieren, zu kritisieren und seinen Auswüchsen zu bekämpfen, aber als solcher in das eigene partei- und machtpolitische Kalkül miteinzubeziehen. Grund- und Menschenrechte sind für einen solchen Standpunkt kein Tabu mehr.

Daß es Rassismus in der BRD gibt und in welchen Formen er praktisch und ideologisch auftritt, war zu dieser Zeit ein wichtiger Teil unserer Arbeit. Die zentrale Forderung »Offene Grenzen und Bleiberecht für Alle« wendet sich gegen Positionen, die im Namen der nationalen Machbarkeit »wir können doch nicht alle Flüchtlinge der Welt aufnehmen« Menschenrechte zur Disposition stellt.

Praktische Zusammenarbeit

Der Verlauf und das Ende der Besetzung der Norderstedter Kirche durch eine Flüchtlingsgruppe und die öffentliche Reaktion darauf machten deutlich, wie groß der nationale Konsens ist (siehe: »Euer Jesus bleibt weiß«). Insofern ging es uns auch bewußt um eine Polarisierung in der öffentlichen Diskussion an der Frage praktischer Solidarität mit Flüchtlingen.

In der Folgezeit bis heute blieb dies ein wesentlicher Punkt in der Auseinandersetzung und in der Zusammenarbeit mit Gruppen und Einzelpersonen, die in erster Linie auf der Basis christlich-humanitärer Werte und für die Verwirklichung der Menschenrechte politisch aktiv sind. Mit ihnen entwickelte sich im Rahmen des Anfang 1992 offiziell gegründeten Flüchtlingsrats Hamburg eine kontinuierliche Zusammenarbeit, vor allem auf der Ebene praktischer Unterstützung für Flüchtlinge und öffentlicher Kritik an menschenverachtender staatlicher Flüchtlingspolitik (gegen

»Euer Jesus bleibt weiß«

Als Anfang November 1991 ca. 80 Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sprache und Hautfarbe in der Schalom-Kirche in Norderstedt Unterkunft nahmen, hatten sie bereits eine wahre Odyssee durch das rassistische Deutschland der 90er Jahre hinter sich. Schon im September hatten sie, allesamt AsylantragstellerInnen, in einer Kirche in Neumünster um Schutz vor der drohenden Umverteilung in die ehemalige DDR gebeten. Trotz ihrer Proteste mußten sie Ende September die Zwangsverteilung nach Greifswald hinnehmen. Ihre dortige Unterkunft wurde am 3. November 1991 von ca. 200 Hooligans angegriffen. Den Flüchtlingen gelang es, den Angriff zurückzuschlagen. Sie baten daraufhin Menschen um Hilfe, die sie als UnterstützerInnen ihrer Forderungen in Neumünster kennengelernt hatten. Noch am 4. November brachte ein von Schleswig-Holsteiner und Hamburger Gruppen – darunter auch das ART – organisierter Autokonvoi die Flüchtlinge zurück nach Neumünster. Wenig später entschlossen sie sich, nach Norderstedt weiterzureisen, weil die Bedingungen dort zunächst besser erschienen. Die dortige Schalom-Kirche hatte den Ruf einer fortschrittlichen Gemeinde. Der damalige Pastor war Helmut Frenz, ehemaliger Generalsekretär der deutschen Sektion von amnesty international. Die Hauptforderung der Flüchtlinge war die Rücknahme der Verteilungsentscheidungen und ein Bleiberecht in Schleswig-Holstein. Die Flüchtlinge blieben bis in den Februar 1992 hinein in der Schalom-Kirche. Sie wurden unterstützt von Menschen aus autonomen und Antifa-Gruppen, die vor allem vor Ort den Hauptteil der Arbeit machten. ART hatte hauptsächlich mit der Koordination und Organisation der praktischen und politischen Arbeit zu tun. Das reichte von der Organisierung der Mahlzeiten über die Suche nach DolmetscherInnen bis zur Mobilisierung und Vorbereitung von Veranstaltungen.

Es zeigte sich bald, daß gegen den massiven Druck, der von der schleswig-holsteinischen Landesregierung in Zusammenarbeit mit den Medien ausgeübt wurde, nicht anzukommen war. Auch die Schalom-Gemeinde und ihr Pastor erwiesen sich als eine weniger gute Wahl. Die Unterstützung für die Forderungen der Flüchtlinge bröckelte in der Gemeinde sehr schnell ab. Noch im Dezember 1991 forderte Pastor Frenz seine Kirchengäste auf, nach Mecklenburg-Vorpommern zurückzugehen. Den UnterstützerInnen wurde sogar Hausverbot erteilt. Am Ende blieb den verbliebenen ca. 50 Menschen nichts anderes übrig, als zu versuchen, für alle einzeln die bestmöglichen Lösungen zu erreichen. Viele mußten tatsächlich in die Ex-DDR zurück. In den Kirchenräumen blieb ein Schriftzug zurück: »Euer Jesus ist und bleibt weiß«.

Während und nach der Aktion in der Schalom-Gemeinde, die unter den AktivistInnen als »Norderstedt« zum geflügelten Wort geworden ist, richtete sich der Unmut vor allem gegen die Kirche und Pastor Frenz. Tatsächlich steht »Norderstedt« auch für die endgültige Abkehr großer Teile der Kirche von konsequent humanistischen Haltungen gegenüber allen Flüchtlingen. Im Vorfeld der Abschaffung des Asylrechts entschied sich die Kirche erwartungsgemäß für eine Position der konstruktiven Kritik gegenüber dem von Regierung und Opposition getragenen Asylkompromiß.

Es hat jedoch an dem Punkt Norderstedt andere Umbrüche gegeben, die vielleicht für den Antirassismus einschneidender gewesen sind. Der verantwortliche schleswig-holsteinische Sozialminister Möller sagte damals: »*Die Sache hat einen gewissen symbolischen Charakter angenommen.*« Dieser Einschätzung ist unbedingt zuzustimmen. Wäre es möglich gewesen, daß die Norderstedter Flüchtlinge ihre Umverteilung in die Ex-DDR verhindern, dann wäre vermutlich die Autorität des Staates an diesem Punkt gekippt. Es wäre ein Signal für andere Flüchtlinge gewesen, mit ähnlichen Aktionen zu beginnen. Die Angst vor rassistischen Angriffen in den fünf neuen Ländern war enorm verbreitet. Dazu kommt, daß die meisten Menschen ihren Asylantrag an bestimmten Orten stellen, weil sie dort über politische oder familiäre Kontakte verfügen. Die Umverteilung stellt so etwas wie einen Generalangriff auf die wichtigsten Ressourcen vieler Flüchtlinge dar. Insofern war Norderstedt eine Kraftprobe. Das wurde von vielen Flüchtlingen und ihren UnterstützerInnen so gesehen. Die Machtfrage war an diesem Punkt gestellt. Das Ende war eine bittere Niederlage für alle Flüchtlinge. Aus den Texten der autonomen UnterstützerInnen wird immer wieder deutlich, daß sie in diese Auseinandersetzung gingen, ohne genau zu wissen, worauf sie sich da einließen. Das Thema Rassismus und Asyl war bei ihnen vorher nur am Rande wahrgenommen worden. Der Widerstand der Flüchtlinge traf jedoch direkt das autonome Selbstverständnis, nach dem derartige kollektive Widerstandsaktionen von marginalisierten Gruppen der Gesellschaft unterstützt werden müssen. Dieses Verständnis ist hochachtbar, hat aber vermutlich dazu geführt, daß die Niederlage kaum zu verkraften war. Daß auf diesem Terrain keine großen Erfolge zu erzielen waren, wußten andere schon länger, eben antirassistische und internationalistische Gruppen und Menschen, die schon an anderen Aktionen und Kampagnen beteiligt waren, etwa der Bleiberechtskampagne für Roma und Sinti 1989 oder der in der Linken besonders vernachlässigten Kampagne gegen das Ausländergesetz von 1988. Viele Linke und Autonome wollten in »Norderstedt« den Beginn eines Widerstands sehen, womöglich sogar die Auferstehung eines neuen Subjekts zukünftiger Kämpfe, des Flüchtlings. Tatsächlich zeichnete sich das vorläufige Ende autonomer Politik ab, die mit dem Konzept, an jedem Punkt die Machtfrage zu stellen, seit Jahren einige Erfolge erzielt hatte (Hafenstraße!). Damit ist nicht gesagt, daß es falsch war, sich auf diesen Konflikt einzulassen. Gefährlich war, daß nicht gesehen wurde, wieweit die Auseinandersetzung um das Asylrecht die deutsche Bevölkerung zu einem rassistischen Kollektiv zusammengeschweißt hatte, das sich damals wie heute einen Dreck um die Rechte von Flüchtlingen schert. Unterstrichen wurde das im Fall »Norderstedt« durch die massive Hetze gegen die Flüchtlinge und ihre UnterstützerInnen, durch den nicht vorhandenen Widerstandswillen der Schalom- und der restlichen Kirche dagegen, durch den erschreckenden Mangel an Interesse, den eine ehemals liberale und demokratischer Öffentlichkeit bekundete und durch die wachsende Schwierigkeit, Menschen aus dem näheren Umfeld für Unterstützungsarbeit jeglicher Art zu gewinnen. Entsolidarisierung unter dem Druck der Herrschenden war der Trend. Durchhalteparolen konnten dagegen nichts ausrichten.

die Hamburger Abschiebepraxis, gegen die Lagerprogramme). Doch es zeigte sich auch, daß aktiver Widerstand gegen staatlichen Rassismus und praktischer Humanismus nur noch von einer gesellschaftlich fast wirkungslosen Minderheit als politisch notwendig begriffen wird.

Wen, was, wie unterstützen?

Ebenfalls als Konsequenz von »Norderstedt« mußte die Diskussion um unsere Rolle als UnterstützerInnen geführt werden. Dort hatte es die Tendenz gegeben, jedem Flüchtling, möglichst unter allen Umständen zu ›helfen‹. Dabei wurde jedoch schnell deutlich, daß erhebliche Differenzen zwischen Flüchtlingen und UnterstützerInnen bestanden. Frauen, die übersetzten, wollten das Machogehabe von Flüchtlingsmännern nicht hinnehmen. Autoritäre Einstellungen, Nationalismus und Staatsgläubigkeit bei Flüchtlingen stießen auf unsere heftige Ablehnung. Die Vermutung von politischer oder sozialer Nähe stellte sich schnell als nicht gegeben heraus. Viele Flüchtlinge sind eben nicht »die Armen und Unterdrückten dieser Welt«. Deshalb kann sich unsere Unterstützung nicht auf Hilfe im individuellen Fall reduzieren, sondern wir müssen unsere Unterstützung immer als politischen Angriff auf die Hierarchisierung nach dem Herkunftsland, gegen den institutionellen Rassismus ausrichten. So fordern wir das Aufenthaltsrecht für alle MigrantInnen in der BRD, weil wir nicht wollen, daß über das Ausländerrecht Entsolidarisierung und Hierarchisierung in der Gesellschaft vorangetrieben werden. Die individuellen Motive und Ziele der MigrantInnnen, denen es unter Umständen darum geht, hier das Geld für ihr Haus oder ein Gewerbe zusammenzubringen, sind für uns unerheblich. Denn ein grundsätzliches Bleiberecht für alle orientiert sich gerade an dem Gleichheitsgrundsatz, der allen Menschen ein Recht zubilligt, sich frei in der Welt zu bewegen. Die ungleichen Ausgangspunkte und die verschiedenen Ziele, in denen sich Flüchtlinge und UnterstützerInnen in derartigen Auseinandersetzungen mit bundesdeutscher Politik bewegen, führen dementsprechend immer wieder zu einem Drahtseilakt zwischen der Akzeptanz dieser Unterschiede und einer falsch verstandenen Solidarisierung um jeden Preis. Leider sind die vorsichtigen Ansätze, hierum mit allen Beteiligten eine Auseinandersetzung zu führen, immer wieder schnell fallengelassen worden.

Ungleiche Ausgangspositionen

Wir gerieten in die Widersprüche, die jede – wenn auch aus unserer Sicht unverzichtbare – praktische Unterstützung für Flüchtlingskämpfe mit sich bringt. Denn sie bewegt sich immer entlang der Ungleichheit der Ausgangspositionen der Beteiligten. Die Flüchtlinge mit persönlichen und ganz konkreten Interessen geraten mit politischen Aktionen immer auch in ganz existenzielle Schwierigkeiten, wo unter diesem Druck kaum Raum für Auseinandersetzungen über politische Grundsatzpositionen bleibt. Andererseits verbindet die sich engagierende politische Szene mit der praktischen Hilfe zugleich die Hoffnung, einen Kontrapunkt zur herrschenden Politik zu setzen und über einen kleinen ›Durchbruch‹ eine weitere Politisierung sowohl unter den Betroffenen als auch der kritischen Öffentlichkeit zu erreichen.
Beides gelang nicht, sondern es kam dabei eine noch krassere Einschätzung der herrschenden politischen und gesellschaftlichen Lage heraus. Die gesellschaftliche Spaltung in Menschen, die Rechte haben (wie das, sich vor Angriffen zu schützen, sich frei zu bewegen) und solche die rechtlos sind, schien perfekt. Weder in der linken Politszene noch in der liberalen, humanitären Werten verpflichteten Öffentlichkeit schien dies jedoch Anlaß zur Beunruhigung zu sein. Entsprechend frustrierend war die Erfahrung der geringen Mobilisierungsmöglichkeiten.

Spiegel der gesellschaftlichen Trennung?

Trotz der Solidarität mit den Flüchtlingen und vielfältiger Kontakte zu Migrantengruppen blieb das ART eine praktisch rein deutsche Veranstaltung. Die Spaltung der Bevölkerung der BRD in Deutsche und Ausländer spiegelt sich eben auch beim ART wider, ein Zusammenhang von Menschen mit ähnlicher politischer Sozialisation. Eine Gruppenbildung und politische Organisierung entlang von politischen Fronten entwickelt sich nicht. Deutsche und türkische AntirassistInnen handeln z.B. nicht gemeinsam. »Wir türkischen Antifaschisten kümmern uns um ›unsere‹ türkischen Faschisten, die Deutschen können sich ja um ihre ›eigenen‹ kümmern«. Migrantengruppen bilden sich immer wieder nach Kriterien wie Herkunftsland oder Sprachgemeinschaft. In England oder Frankreich scheint es selbstverständlicher zu sein, daß Menschen wegen gemeinsamer politischer Interessen oder gleicher Betroffenheit Gruppen und Organisationen bilden. Welche Widersprüche machen so eine Organisierung in der BRD unmöglich?

Wettbewerb der rassistischen Formierung

Am 1. Juli 92 trat das Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens in Kraft. Dieses Gesetz bildete die rechtliche Grundlage für die Unterbringung von Flüchtlingen in Sammellagern als Normalfall und damit eine Voraussetzung für die lückenlose Kontrolle von der Ankunft bis zur Abschiebung. Durch die Beschneidung des Rechtsweges und die Verkürzung der Fristen wurde schon damals faktisch das individuelle Recht auf Asyl abgeschafft.
Unsere Versuche, auf den rassistischen Gehalt des Gesetzes hinzuweisen und Protest dagegen zu entwickeln, schlugen fehl. In der linken Szene stießen wir auf Desinteresse. In der Unterstützerszene herrschte nach dem Ende der Besetzung in Norderstedt erst einmal Frust, während die Gegner emsig an der rassistischen Formierung der Gesellschaft arbeiteten
Die Bundesländer, einzelne Städte und Kommunen, sowie Politiker aller Parteien traten in einen regelrechten rassistischen Wettbewerb ein. Jeder wollte sich mit Vorschlägen und Maßnahmen als kompetenter Bekämpfer des Hauptfeindes Deutschlands, des »Asylanten«, bewähren: Zählappelle für Flüchtlinge, Zuzugssperren in Städten, Aufnahmestops, Unterbringungsverweigerungen und anderes mehr. Wöchentlich konnte mensch die leidenschaftliche Energie, mit der von Politikern, Wissenschaftlern und Medien rassistische Hetze betrieben wurde, beobachten. Die Meldungen über Angriffe auf Flüchtlinge mehr-



Solidaritätshungerstreik vor den Wohnschiffen im Hamburger Hafen, Dez.1993 Foto: Marily Stroux

Hungerstreik auf den Schiffen

Seit 1991 hat das ART kontinuierlich zu den Flüchtlingsschiffen Öffentlichkeitsarbeit gemacht, die Einrichtung und Zustände auf den Schiffen kritisiert. Dadurch war es dem ART gelungen die Hamburger Öffentlichkeit, insbesondere in den angrenzenden Bezirken aufmerksam zu machen. Soweit sich unsere Politik auf der Basis humanistischer Appelle bewegte, erreichten wir positive Effekte. Statt der üblichen Ausländerhetze setzte sich in den Medien Kritik an der menschenunwürdigen Unterbringungspraxis, der Versorgung mit Lebensmitteln usw durch. Mit praktischen Aktionen, wie dem Kinderbetreuungsprogramm »Kinderzelt« wurde den HamburgerInnen die Möglichkeit gegeben, real zu helfen. Auf dieser Ebene des »angeleiteten Humanismus« hatten unsere Bemühungen einen gewissen Erfolg. Es gelang, die auf den Schiffen tätigen Helferkonzerne wie die Arbeiterwohlfahrt und die Stadt Hamburg, vertreten durch die BAGS (Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales), unter Druck zu setzen. »Ausländerfeindliche Villenbewohner« in der unmittelbaren Umgebung der Flüchtlingsschiffe, die die Belästigung durch die 2000 Flüchtlinge zum Thema machten, kamen über Organisationsansätze nicht hinaus. Unser politisches Anliegen, die Flüchtlings-, Asyl-, Ausländerpolitik der Bundes- und Länderregierung anzugreifen, »gleiche Rechte für Alle« zum Thema zu machen, mißlang. Es gelang nicht, die Ausländerpolitik als Mittel zur Hierarchisierung der Gesellschaft über den Kreis aktiver AntirassistInnen hinaus kenntlich zu machen und aus diesem Grund Solidarisierungseffekte zu erreichen.

In der Vorweihnachtszeit '93 führten über 30 Flüchtlinge auf dem Wohnschiff »Floatel Altona« einen Hungerstreik durch. Ihre Forderungen richteten sich gegen Abschiebung, Umverteilung in andere Bundesländer, das neue Asylgesetz und Verhaftungen wegen Verstoß gegen die Aufenthaltsbestimmungen. Auf den Flüchtlingsschiffen war dies der erste organisierte Widerstand. Die BAGS als Betreiberin der Schiffe versuchte sofort, den Widerstand durch Isolation, Versprechungen, Diffamierungen, Androhung von Polizeieinsätzen zu brechen.

Dagegen formierte sich die Unterstützung der Hungerstreikenden durch eine MigrantInnengruppe und Gruppen, die im Bereich Antirassismus und Flüchtlinge tätig waren. Mit dem Hungerstreik hatte sich ein Plenum gebildet, in dem die UnterstützerInnen und Hungerstreikenden Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen koordinierten. Im Plenum wurde die Einstellung der deutschen UnterstützerInnen deutlich, auf Vorgaben aktiver Flüchtlinge zu warten. Statt die eigenen Forderungen »Offene Grenzen und gleiches Recht für Alle« umzusetzen, solidarisierten sich die deutschen Gruppen eher mit der Kampfform Hungerstreik, was politisch inhaltsleer bleiben mußte. Sicherlich war die Fixierung auf die Flüchtlinge und der Unwille, eigene Positionen, Vorstellungen und Vorschläge zu entwickeln, bestimmt von der Angst, man könnte die Flüchtlinge bevormunden, ihnen etwas aufdrücken. Aber auch das andere Extrem, in den Flüchtlingen das neue »revolutionäre Subjekt« zu sehen, machte handlungsunfähig und glorifizierte die Flüchtlinge. Beide Haltungen zeigten Mangel an Analyse der gesellschaftlichen Realität.

Unmittelbar nach dem Ende des Hungerstreiks zerfielen die Strukturen, die sich unter dem Druck des Hungerstreiks gebildet hatten. Die unterstützenden Gruppen versuchten, so weiterzumachen wie zuvor. Auch im Plenum des ART fand keine Diskussion statt, in der die Ereignisse untersucht wurden, um Perspektiven zu entwickeln. Vielmehr wurde versucht, die alten ART-Strukturen zu reaktivieren und breitere Kreise anzusprechen, in der Hoffnung, durch kluge Vorschläge und Entwürfe anderer aus der eigenen Hilflosigkeit herauszukommen. Die AG's »Legalisierung statt Kriminalisierung« und »Tribunal gegen die Abschiebestadt Hamburg« wollten nun kampagnenartig die Stagnation, in der sich unsere Politik befand, überwinden. Tatsächlich ließen sich erstmal relativ viele Menschen ansprechen, jedoch war die Hoffnung, daß diese auf gemeinsamer Grundlage selbst aktiv werden, verfehlt. Vielmehr zeigte sich bei den meisten eine gutwillige fragende Haltung: »Was sollen wir tun?«. Da einfache Antworten und praktische Handlungsanweisungen nicht parat waren, schrumpften die AG's schnell zu Minigruppen antirassistischer Funktionäre zusammen.

ten sich, hatten aber zu diesem Zeitpunkt keinen Skandalwert.

Ohne Strategie und Kraft gegen Pogrome

Als sich in Mannheim – Schönau tagelang der rassistische Mob vor einer Flüchtlingsunterkunft zusammenrotten konnte, die Polizei, anders als in Hoyerswerda, präsent war und das »schlimmste« verhinderte, gab es keine massenhaften öffentlichen Proteste gegen den Mob. Als der Oberbürgermeister von Mannheim (SPD) die »besorgten Bürger in der Schönau« in Schutz nahm, rassistische Erklärungen abgab und die Demonstration »Kampf dem Rassismus« von den Sicherheitskräften zusammenprügeln ließ, mußten wir erneut feststellen, daß wir nicht in der Lage sind, Pogrome zu verhindern und Flüchtlinge zu schützen. Diese Erkenntnis war in mehrerer Hinsicht niederschmetternd.

Erstens stellten wir fest, daß jederzeit und überall »Vertreibungs- und Brandkommandos« in der Nacht zuschlagen können oder unterstützt von klatschenden und zusehenden Anwohnern Flüchtlingsunterkünfte angreifen können. Zweitens, zum Schutz der Flüchtlinge ist keine ausreichende Mobilisierung möglich. Und offensichtlich haben weder wir noch andere antirassistische oder antifaschistische Gruppen es geschafft, den breiten gesellschaftlichen Konsens gegen Flüchtlinge zu durchbrechen: Keine Toleranz für Mörder, Brandstifter, Bierdosenwerfer. Wir konnten noch nicht mal das gesamte sogenannte linke Spektrum für Protest und Widerstand gewinnen. In dem Flugblatt zu Mannhein-Schönau und dem Asylverfahrensgesetz 92 schrieben wir dann auch wütend und enttäuscht: »*Die Menschen, die sich einen Rest von demokratischem, antifaschistischem und humanitärem Bewußtsein bewahrt haben, sind aufgefordert, endlich zu begreifen, daß Pogrome gegen Flüchtlinge nicht Ausdrucksformen marginalisierter Unterschichten sind, sondern auf umfassenden Veränderungen im gesellschaftlichen Bewußtsein basieren. Dem neuen Nationalkonsens und seinen barbarischen Folgen muß auf allen Ebenen entgegengetreten werden.*«

Ein Grund für das Scheitern wirkungsvollen Widerstands gegen staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus ist der Zerfall der Linken. Damit einher ging, daß große Teile der Linken den Rassismus nicht als ein konstituierendes Element des Kapitalismus und der bürgerlichen Herrschaft begriffen, sondern als Nebenwiderspruch und einen praktischen Humanismus als unerheblich zur Entwicklung von Strategien gegen die real stattfindende Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung von Menschen im Namen rassistischer und nationalistischer Interessen und Ideologien ansahen (siehe: Hungerstreik auf den Schiffen).

Menschenrechte als letzter gemeinsamer Nenner

Wir wollten nicht ein neues emanzipatorisches Aufbruchsklima herbeireden. Wir glaubten auch nicht, ein neues diffuses emanzipatorisches Subjekt in den Flüchtlingsinitiativen aus den sogenannten christlichen, liberalen, demokratischen und humanistischen Kreisen oder in den Flüchtlingen meinten, entdeckt zu haben. Wir waren schlicht der Meinung, Widerstand und Opposition gegen Rassismus und Nationalismus ist jetzt mehr denn je angesagt, auch ohne Utopien und ohne partei- oder gesellschaftspolitische Hegemonieaussichten.

In der praktischen Arbeit, z. B. Übersetzungen, Begleitung zur Ausländerbehörde, Anwesenheit und Eingreifen auf Bürgerveranstaltungen, die keine Flüchtlingsunterkünfte in ihrem Stadtteil dulden wollten, engagierten sich außer einigen Antifa-Gruppen hauptsächlich Menschen, die aus christlichen und humanistischen Motiven handelten.

Wir bewegten uns permanent in dem Spannungsfeld, einerseits die heuchlerische Bezugnahme auf die Menschenrechte seitens der politischen Eliten angesichts der MigrantInnen- und Flüchtlingspolitik zu entlarven und andererseits antirassistische Politik zu entwickeln, die eine Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus, den Angriff auf die Nationform des bürgerlichen Staates und die Forderung nach Aufhebung der Geschlechterherrschaft einschließt.

An der Funktionalisierung der Containerdorf – Initiativen durch Hamburger Behörden, die sich für die Anwesenheit der Flüchtlinge in ihrem Stadtteil aussprachen, für die Umsetzung des Lagerprogramms des Hamburger Senates wurde deutlich, daß das Engagement für Flüchtlinge im Namen von Humanität sich ins Gegenteil verkehren kann, wenn dieses Engagement keine politische Kritik an den rassistischen Gesetzen und der Praxis des Staates kennt.

In Kenntnis dieses Widerspruchs versuchten wir beides, einen radikalen praktischen Humanismus zu befördern und gleichzeitig deutlich zu machen, daß Kritik an Rassismus, ohne von Kapitalismus und bürgerlichem Staat zu sprechen, sich als andauernder Rückzug vor der immer umfassenderen Ausgestaltung des rassistischen Konsenses erweisen wird.

Vereinnahmungsversuche

Auch nach Rostock entstanden wieder zahlreiche antirassistische, antifaschistische und Flüchtlings-Initiativen. Das ART erhielt mehr Unterstützung von Einzelpersonen und Gruppen, es wurde von Journalisten hofiert, als Informationsbeschaffer und als gutes Beispiel für Engagement für Flüchtlinge. Das ART wurde auf Veranstaltungen eingeladen, wurde zu einem begehrten Unterschriftlieferanten für Demos, Flugblätter etc. Wir mußten uns gegen die Vereinnahmung seitens des nunmehr öffentlich zelebrierten Konsenses: »Die überwiegende Mehrheit der Deutschen sei weder rassistisch noch befürworte sie einen aggressiven Nationalismus« wehren.

Politisch versuchten wir Initiativen gegen die Vertreibungspolitik des Senates zu initiieren, die tagtäglich stattfindenden Sonderbehandlungen und rassistische Ausgrenzung von MigrantInnen und Flüchtlingen durch die staatlichen Behörden und Bürgervereine nicht nur öffentlich zu machen, sondern auch Widerstand dagegen zu entwickeln. Im Diskurs um die Ursachen und Erscheinungsformen von Rassismus war ein wesentlicher Teil die Auseinandersetzung mit der sogenannten Neuen Rechten und ihrem kulturalistischen Rassismus, der sich nicht mehr biologisch begründet, sondern mit der Zugehörigkeit zu Kulturen die nationalen Identitäten als unveräußerliche Merkmale von Menschen behauptet. Dieses auch in Teilen der

Abschiebeknast Glasmoor

Der zunehmenden Orientierung der Flüchtlingspolitik in Richtung auf Abschreckung und Abschiebung entsprechen die Objekte, mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben. Waren es erst die miesen Unterbringungsbedingungen in Hotels und Abrißhäusern, dann die Aufnahmeeinrichtungen, Sammellager, ZASten und Ausländerbehörden, dann die Containerlager, sind wir schließlich beim Abschiebeknast.

Über die Neuerrichtung von Abschiebeknästen und über das erklärte Ziel von Massenabschiebungen ist an dieser Stelle schon viel berichtet worden. Trotzdem waren wir vorher nicht in der Lage, dieser Entwicklung mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Eine Woche vor Fertigstellung des Hamburgischen Containerknastes Glasmoor in Norderstedt (Schleswig-Holstein) im Februar 1994 versuchten wir, mit einer Demo von 100 Leuten auf das Baugelände zu kommen. Es wurde eine Kundgebung vor dem Gelände. Nicht unabsichtlich liegt der Knast auf dem Gelände eines Hamburger Freigängerknastes, weit ab von öffentlichen Verkehrsmitteln ...

In Norderstedt selbst hat die Antifa versucht, mit einem Kirchenkreis und antirassistischen Gruppen aus Hamburg Strukturen aufzubauen. Daraus wurde mangels Teilnahme nichts.

Kontakte in den Knast können nur aufgenommen werden, wenn konkrete Namen von Gefangenen bekannt sind. Da nur Gefangene aus Hamburg in den Knast kommen, im ART aber konkret keine Verhaftung nach Glasmoor bekannt war, herrschte bis zum November '94 Schweigen im Moor.

Anfang November weigerten sich 40 Gefangene, nach dem Hofgang in ihre Containerzellen zu gehen. Sie erreichten ein Gespräch mit Vertretern der Justiz- und der Ausländerbehörde. Die einzige Folge der Protestaktion behördlicherseits war die Verlegung der Protagonisten.

Ein breites Spektrum von MigrantInnengruppen, Kirchenkreisen, Antira- und Antifa- Gruppen wurde wach und pilgerte zum Zaun. 10 Tage kam niemand rein.

Mittlerweile gibt es eine BesucherInneninitiative, die versucht, kontinuierlichen Kontakt zu den Gefangenen aufzubauen. Gleichzeitig wurden regelmäßig Sonntagsspaziergänge zum Zaun des Abschiebeknastes organisiert. Die 4 Adventssonntage unter dem Motto »Macht hoch das Tor« waren von Kirchenkreisen organisiert, die sich dann aber zurückzogen und sich jetzt auf den seelsorgerischen Teil verlagern wollen. Der Kreis der aktiven UnterstützerInnen schmilzt.

Die Sonntagsspaziergänge finden ein großes Echo bei den Gefangenen. Die Knastleitung und die Justizbehörde geraten unter Druck. Hausverbote wurden verteilt, mit der Begründung, daß einzelne BesucherInnen schon Unruhe in den Knast bringen. Presse und Fernsehen beantragten offizielle Termine im Knast und wurden abgelehnt. Behördenvertreter erschienen vor dem Knast und verweigerten dann doch den Auftritt mit VertreterInnen des Flüchtlingsrats Hamburg vor der Fernsehkamera.

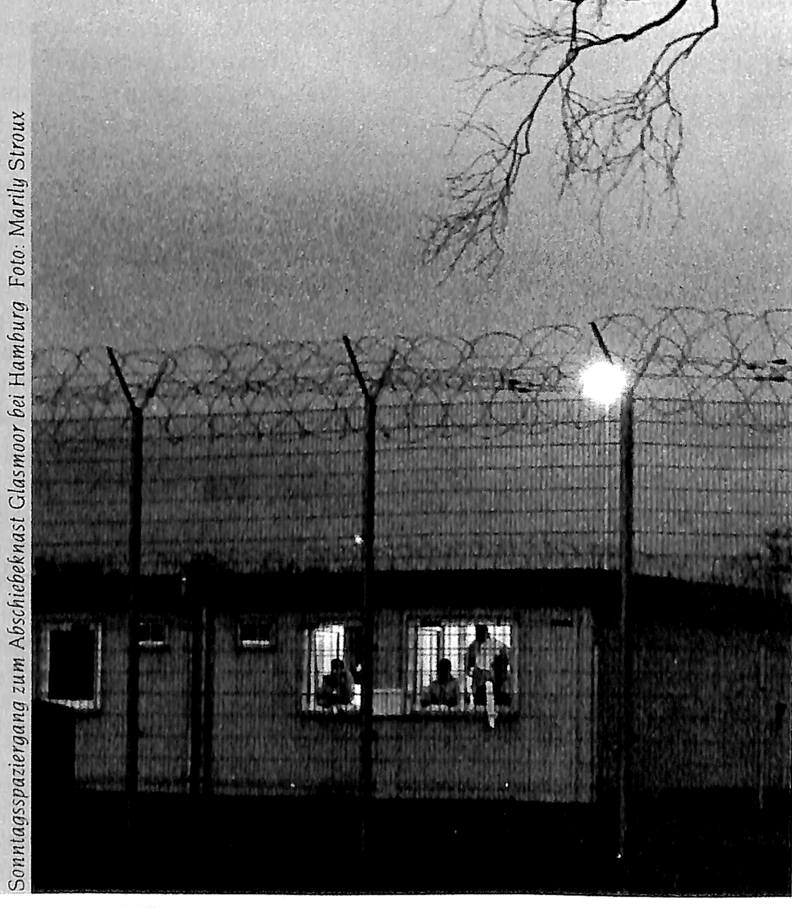
Der 4-m hohe Zaun um den Abschiebeknast Glasmoor ist kein AKW- oder Startbahnzaun, gegen den man läuft. Der psychische Druck auf die Gefangenen manifestiert sich in Schikanen, wie z.B. nicht duschen oder telefonieren dürfen, wenn sie sonntags am Zaun mit uns am offenen Fenster reden; bis hin zu Verlegungen, wo keine(r) mehr erfährt wohin. RechtsanwältInnen winken häufig ab, weil ihnen der Weg zu weit ist und sie doch kein Geld sehen.

Es ist klar, daß die Parole »Der Knast muß weg« nur von drinnen und draußen getragen werden kann. Viele Inhaftierte haben Angst, weil sie den Schließern rechtlos ausgeliefert sind. Es gibt für den Vollzug der Abschiebehaft keine gesetzliche Grundlage.

Kleine Verbesserungen, wie z.B. der seit dem 23.1.95 eingeführte zweistündige Umschluß haben sich die Gefangenen erkämpft. Es gibt unendlich viele Forderungen, die die Haftbedingungen betreffen, aber es gibt keine Diskussion draußen, wie perspektivisch damit umzugehen ist.

Die UnterstützerInnen organisieren sich in zwei Gruppen: Die BesucherInnen und die, die den Protest in die Öffentlichkeit tragen. Der Widerspruch zwischen den »Verbesserungen« drinnen und dem Kampf gegen die Abschiebehaft wird so überhaupt nicht thematisiert.

Im ART selbst gab es mal einen Beschluß, sich politisch und perspektivisch mit Abschiebehaft auseinanderzusetzen. Es gibt Beteiligung einzelner des ART an den Sonntagsspaziergängen oder anderer Veranstaltungen in dem Rahmen. Der briefliche und telefonische Kontakt mit den Gefangenen läuft über die Infrastruktur des ART. Eine Diskussion hat bis jetzt nicht stattgefunden.



Sonntagsspaziergang zum Abschiebeknast Glasmoor bei Hamburg Foto: Marily Stroux

Linken vertretene Konstrukt der kulturellen Identität als eine Form des Rassismus und Nationalismus zu kennzeichnen und zu kritisieren, hielt ein Teil der MitarbeiterInnen des ART für genauso wichtig wie die Organisation von Widerstand an konkreten Punkten.
In die Auseinandersetzung um die Veränderung des Grundrechtes auf Asyl und die Mobilisierung auf den Tag X haben wir nur wenig eingegriffen. Die Begründungen für den Erhalt des Artikel 16 des GG waren in der Hauptsache national. »Unser Grundgesetz wird ausgehöhlt »oder« das letzte Gesetz mit antifaschistischer Tradition wird gekippt«. Solche Argumentationen hielten wir für falsch, weil sie den Rassismus nicht als konstitutiven Bestandteil von Nationalstaaten begreifen. Nach der Verabschiedung der neuen Sondergesetze für Flüchtlinge verebbte dann das Engagement. Die Morde in Solingen zählten schon zur neuen Normalität (siehe: Abschiebeknast Glasmoor).

Sich einrichten im antirassistischen Alltag?

Es scheint, daß sich bereits im ersten Jahr unserer Arbeit 1992 die unterschiedlichen Terrains ausmachen ließen, auf denen antirassistische Initiativen wie das ART durchaus meinungsbildend oder vielleicht auch diskussionsauslösend wirken können, wo und mit wem praktische Bündnisse zustande kommen können, wo sich kleine Teilerfolge erreichen lassen, wo die Hauptkonfrontationslinien in der gesellschaftlichen und politischen Öffentlichkeit liegen.
Unsere Absicht und unsere Funktion, mit dem Angebot eines Kommunikations- und Informationspools eine Organisationsstruktur anzubieten, die verschiedene Ansätze antirassistischer Arbeit miteinander in Verbindung bringt, scheint insofern erfolgreich zu sein. Allerdings beschränkt sich dies auf einen recht klein anmutendes Spektrum »Gleichgesinnter«, in dem Sinne, daß sie rassistische Strukturen in Staat und Gesellschaft für ein wesentliches gesellschaftliches Problem und eine gegen diese gerichtete Politik für notwendig erachten. Dabei können die Analyse dieser Strukturen und die daraus zu ziehenden Konsequenzen weit auseinanderliegen. Eine wesentliche Gemeinsamkeit besteht allerdings auch in der Erfahrung, daß frau sich mit dieser Einschätzung in einer kleinen Minderheitenposition befindet und die Chancen für eine wirksame antirassistische Politik gering sind.
Dennoch versuchten wir auf beiden Ebenen, das heißt sowohl mit praktischer Unterstützung für Flüchtlinge als auch mit Öffentlichkeitsarbeit, voranzukommen. Dies war gerade auch in der Zeit eskalierender Angriffe auf Flüchtlinge, rassistischer Morde und einer von der politischen Klasse zum Kampfplatz erklärten Asyl- und Ausländerpolitik, begleitet vom entsprechenden Trommelfeuer der Medien, gar nicht anders möglich.
Aktuell scheint die Konjunktur für antirassistische Politik erst einmal wieder abgeklungen zu sein. Initiativen für neue antirassistische Projekte finden kaum Unterstützung, das Interesse am Antirassismus hat sich auf einem niedrigen Niveau eingependelt. Entsprechend bildet sich beim ART der antirassistische Alltag heraus. Beamtenmentalität macht sich breit. Die Telefonschichten werden zunehmend als lästig empfunden. Andere Projekte drängen in den Vordergrund. Das Verwalten der antirassistischen Öffentlichkeit wird zur Sache von Einzelnen .
So bleibt unsere Politik an staatlichen Vorgaben orientiert. Ohne selbständige Ziele werden wir nicht in die Initiative kommen und uns in Abwehrkämpfen gegen staatliches Handeln verschleißen. Deshalb müssen sich linke und antirassistische Strömungen und deren Diskussionen verbindlich aufeinander beziehen, um eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu formulieren.

Foto: Umbruch-Bildarchiv





Ein aussichtsloser Abwehrkampf?

Anti-rassistische Politik unter verschärften Bedingungen

Wenn die Entwicklung der anti-rassistischen Bewegung – soweit es sie gibt und überhaupt so genannt werden kann – in Deutschland betrachtet werden soll, so muß als Ausgangspunkt die heutige Situation genommen werden. Linken anti-rassistischen Gruppen ist es in den letzten Jahren zwar gelungen, Rassismus als eine eigenständige Unterdrückungsform zu thematisieren und in das Bewußtsein der Linken und größerer Teile der Bevölkerung zu bringen, gleichzeitig ist die Linke aber so marginalisiert und innerlich zerstritten, wie sie es seit Entstehung der Neuen Linken wohl noch nie war.

Nach dem Entsetzen über Hoyerswerda und Rostock gab es ein moralisches Aufbäumen. Neben der Antifa-Arbeit, die einen immer größeren – in ihrer zuweilen einseitigen Fixierung auf militante Neo-Nazi-Strukturen vielleicht zu großen – Raum einnahm, bildeten sich zahlreiche Flüchtlingsunterstützungsgruppen. Es gab eine Vielzahl von Aktionen und Aktivitäten mit relativ hohem Mobilisierungsfaktor und Medienecho. Ein kurzes, vielfach von nicht reflektiertem Aktionismus bestimmtes Hoch. Seit der Abschaffung des Asylrechts und dem Scheitern der Gegenkampagne, die das bisher letzte breite Bündnis innerhalb der Flüchtlingspolitik war, machte sich Resignation breit; gegen immer größere Sauereien leisteten immer weniger Leute Widerstand und nur wenige arbeiteten kontinuierlich weiter.

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich seit der Wiedervereinigung mehr als deutlich zu unseren Ungunsten verschoben: Rechtsruck und wiederaufkeimender Nationalismus gehen durch alle gesellschaftlichen Schichten, Organisationen und Parteien; eine kritische, linksliberale Öffentlichkeit ist – wenn überhaupt – nur noch rudimentär vorhanden; viele ehemalige BündispartnerInnen sind weggefallen; Anti-Rassismus ist ein schier aussichtsloser Abwehrkampf geworden. Es gäbe hier endlos viele Schweinereien zu beweinen und anzuklagen, aber lamentieren allein hilft kaum weiter. Es gilt, innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung unsere eigenen Fehler und Versäumnisse zu bestimmen, die mit dazu geführt haben, daß wir heute derart marginalisiert sind; und es muß nach Ansätzen gesucht werden, dies produktiv und konstruktiv für die zukünftige Arbeit zu nutzen. Es ist an der Zeit, daß die radikale und anti-rassistische Linke nicht stetig ihre alten Fehler wiederholt. Dies wird nur möglich sein, wenn eigene Paradigmen und Verhaltensweisen ernsthaft in Frage gestellt werden, wenn Positionen nicht primär auf Abgrenzung basieren und eine offene Diskussions- und Streitkultur entwickelt wird, die nach Gemeinsamkeiten und Anknüpfungspunkten sucht. Wir sind in den letzten Jahren mit teilweise dramatischen gesellschaftlichen Veränderungen konfrontiert, denen mit althergebrachten Analysen und Gegenstrategien nicht mehr beizukommen sein wird. Das Erkennen dieser Problematik sowie das langwierige Abarbeiten daran ist von existentieller Bedeutung.

In diesem Rahmen soll nun der Versuch gemacht werden, anhand einiger konkreter Beispiele aus der Geschichte der Antirassistischen Initiative Berlin (ARI) die wechselseitige Entwicklung von Anti-Rassismusarbeit und Gesellschaft zu betrachten.

Brüche, Entwicklungen und Wiederholungen

Die Gründung der ARI 1988 basierte zu einem großen Teil auf Erfahrungen mit der »Aktion Fluchtburg« in Berlin. Die »Aktion Fluchtburg« war ein Versuch, mittels privater »Asylgewährung« und breiter Öffentlichkeitsarbeit einen Abschiebestopp für bedrohte Flüchtlinge zu erreichen. Auslöser war die Aufhebung des Abschiebestopps in den Libanon, im Laufe der Zeit erweiterte sich die Arbeit auch auf Flüchtlinge aus dem Iran, Bangladesch, Pakistan und der Türkei. Sie wurde von einem Spektrum unterstützt, daß – trotz großer inhaltlicher Differenzen und vieler Schwierigkeiten untereinander – von autonomen Gruppen über Einzelpersonen aus der AL bis zu kirchlichen Initiativen reichte. Darüberhinaus gab es immer die zeitweise Mitarbeit von selbstorganisierten Flüchtlingen, die aber meist nur dann zustande kam, wenn diese akut von Abschiebung bedroht waren.

Einer der Hauptgründe für das Ende bzw. Scheitern der »Fluchtburg« war der endgültige Entzug der informellen und finanziellen Unterstützung durch die AL nach deren Eintritt in die rot-grüne Koalition. In bezug auf die heutige Situation lassen sich hier einige politische Entwicklungen und veränderte Ausgangsbedingungen für die anti-rassistische Arbeit ausmachen: Die Fluchtburg arbeitete in einer Zeit, in der es den Artikel 16 GG noch gab, und in der die einzelnen Bundesländer einen viel größeren Spielraum in der Verhängung von Abschiebestopps hatten. Daher eröffnete sich die Möglichkeit, auf lokaler Ebene Druck auszuüben, um für die betroffenen Flüchtlinge *wieder* einen legalen Status zu erreichen. Wenn heute gelegentlich über eine





Fotos: Hinrich Schultze



ähnliche »Fluchtburg« für illegale Flüchtlinge nachgedacht wird, muß bedacht werden, daß die eben erwähnten Bedingungen nicht mehr existieren. Gerade angesichts der europäischen Harmonisierung des Asylrechtes ist eine lokale Beschränkung unmöglich geworden. Vor allem aber gibt es keinerlei rechtliche Möglichkeit, mittelfristig einen Aufenthaltsstatus für die Betroffenen zu erreichen. Dies hat die Konsequenz, daß eine wie auch immer geartete nichtstaatliche »Asylgewährung« zeitlich nicht zu begrenzen ist.

Auch ist ein Bündnis in dieser Breite mittlerweile undenkbar geworden. Das damalige Umschwenken der AL ist sicherlich mehr als symbolisch und programmatisch für die Entwicklung der Grünen und ihres Klientels. Darüberhinaus markiert das Ende der Fluchtburg den Beginn einer fatalen politischen Einstellung innerhalb breiter Kreise der kirchlichen Flüchtlingsarbeit. Zähneknirschend wurden immer weitere Verschärfungen des Ausländer- und Asylrechtes hingenommen, um durch einen bis auf die Spitze getriebenen Pragmatismus, immer stärkere Abgrenzung zu linken Gruppen sowie der Aufgabe eigener Positionen einen letzten Rest Einfluß und Beziehungen zu staatlichen Stellen nicht zu verlieren, wohl mit dem Ziel, damit in Einzelfällen noch *etwas* erreichen zu können.

Und zu guter Letzt zeigt das Beispiel »Fluchtburg« die Reduziertheit und Einspurigkeit reiner Flüchtlingsunterstützungsarbeit, wie sie in jüngerer Zeit in Berlin gerade mit dem Scheitern verschiedener Projekte deutlich wurde. Fast alle kurzfristig entstandenen autonomen Flüchtlingsgruppen haben ihre Arbeit mittlerweile eingestellt. Ebenso verhält es sich mit den Schutzwachen, die sich an den Wochenenden nachts schützend vor Flüchtlingsheime im Berliner Umland stellten. Beide Ansätze griffen zu kurz, in beiden Fällen blieben die Flüchtlinge Objekt: Im ersten Ansatz als potentiell Revoltierende, im zweiten als potentiell Bedrohte und zu Schützende. Ähnlich verhielt es sich mit dem Scheitern des Anti-Rassistischen Zentrums, der Besetzung von Räumen in der Technischen Universität Berlin für Flüchtlinge aus Hoyerswerda, um für diese zumindest

eine legale Aufenthaltsmöglichkeit in Berlin als selbstgewählten Ort zu erreichen. In allen genannten Fällen konnte mit der fast ausschließlichen Konzentration auf den Flüchtlingsbereich dem Phänomen Rassismus in seiner gesamtgesellschaftlichen Verankerung nicht beigekommen werden, und das ursprünglich meist moralisch bedingte Engagement verlief – aufgrund praktischer Schwierigkeiten, interner Widersprüche und mangelnder Bereitschaft zur Kontinuität – bald im Sande.

Aus der Erkenntnis heraus, daß Flüchtlingsarbeit nur ein Teil antirassistischer Arbeit sein kann, wurde die ARI gegründet. Rassismus sollte thematisiert und – mit einem größtenteils aus den Niederlanden übernommenem Anti-Diskriminierungsansatz – in allen gesellschaftlichen Bereichen aufgezeigt und bekämpft werden. Rassismus war zu dieser Zeit, bis auf wenige Ausnahmen, wie z.B. der RZ-Kampagne »Für ein Freies Fluten« für weiße Deutsche ein weitestgehend blinder Fleck und wurde allenfalls in Südafrika und den USA verortet.

Von dem Verständnis ausgehend, daß Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft kommt, versuchte die ARI in den wichtigsten gesellschaftlichen Bereichen wie Schule, Medien, Arbeit und Wohnen gemeinsam mit AkteurInnen vor Ort Konzepte für ein wirksames Einschreiten gegen Rassismus zu erarbeiten. In den Bereichen Arbeit und Wohnen wurde folgerichtig der Versuch unternommen, mit Gewerkschaften und MieterInnenorganisationen zusammenzuarbeiten. Eine gute Idee. Eine Idee, die gescheitert ist.

Viele Gründe dieser gescheiterten Zusammenarbeit bestehen weiter. Sie sind ursächlich dafür, daß die praktische Umsetzung der Verknüpfung von »Rassismus und sozialer Frage« oftmals in den ersten Versuchen stecken geblieben oder gescheitert ist, daß die Suche nach neuen BündnispartnerInnen allzu oft aussichts- oder perspektivlos erscheint. Da ist zum einen die fortbestehende Tatsache, daß die überwiegende Mehrheit der ProtagonistInnen der außerparlamentarischen Linken in Deutschland Politik in der Freizeit betreibt. Kaum jemand organisiert sich in »reformistischen« Gewerkschaften und MieterInnenvertretungen oder arbeitet dort gar aktiv mit. Diese »Freizeitpolitik« agiert meist stellvertretend und ist so gut wie nie orginäre Betroffenenpolitik (die Frauenbewegung natürlich ausgenommen!). Gerade im Bereich des »weißen« Anti-Rassismus tritt dies deutlich zu Tage, denn die eher theoretisch und moralisch motivierte Herangehensweise kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß »Weiße« letztlich – wenn auch im besten Fall nur passive – Nutznießer des Rassismus sind. Genau daher resultiert auch die oft auftretende Schwierigkeit in der Zusammenarbeit mit MigrantInnen und Flüchtlingen.

Dieser Politikstil beinhaltet zwei Probleme: Erstens müssen die eigenen Themen mühevoll von außen an die entsprechenden Organisationen herangetragen werden, zweitens stoßen wir dort oft auf eine – teilweise sicherlich nicht unbegründete – Skepsis, da wir von Rassismus selbst nicht direkt betroffen sind und uns in Bereichen, in denen wir selbst betroffen sind (z.B. Arbeit und Wohnen), kaum engagieren. Ich will hier nicht einem neuen Marsch durch die Institutionen das Wort reden, aber wir sollten diese Probleme im Kopf behalten, wenn wir z.B. gebannt auf die etablierten Organisationen starren und sehnlichst darauf warten, daß sich endlich auch in unserer Stadt antirassistische AGs in Mietervereinen und Gewerkschaften gründen, während gleichzeitig unsere Frustrationsgrenze in der Zusammenarbeit oftmals sehr niedrig bleibt. Die Herangehensweisen und Ziele sind nun einmal sehr unterschiedlich, und die Suche nach punktuellen Gemeinsamkeiten kann nur im Rahmen einer kontinuierlichen und ausdauernden Diskussion und Auseinandersetzung vonstatten gehen. Dazu muß allerdings von beiden Seiten ein Interesse bestehen. Innerhalb der ARI wurde dieser Versuch vorerst abgeschlossen, wenngleich es mit einzelnen Gerwerkschaften in Kampagnen-Bündnissen immer wieder eine begrenzte Zusammenarbeit gab. Hier stellt sich die Frage – und nicht nur für die ARI – ob nicht ein erneuter Versuch gestartet werden sollte, Austausch und Kooperation zu intensivieren.

Ähnlich verhält es sich in der Zusammenarbeit mit marginalisierten

Gruppen wie Obdachlosen, Junkies, Prostituierten, Sozialhilfeempfänge-rInnen. Die unterschiedlichen Lebensbedingungen sind sehr weit voneinander entfernt, die Art der Organisierung, falls überhaupt vorhanden, meist sehr abweichend von unseren Vorstellungen. So betreibt z.B. eine Prostituiertenorganisation wie »Hydra« eine eindeutige Interessenpolitik, in der es um verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen geht. Von ideologischen Bedenken innerhalb der radikalen Linken einmal abgesehen, ist zur Erlangung dieser konkreten Ziele eine Lobby-Politik bei SPD und Grünen sicherlich aussichtsreicher als ein Marginalisierten-Bündnis. Und selbstverständlich ist ein Deutscher, der obdachlos ist, nicht automatisch antirassistisch. Die Unterdrückungsformen laufen eben nicht nur streng hierarchisch von oben nach unten, sondern ziehen sich quer durch die Gesellschaft. Unterschiedliche Marginalisierung allein ist bei weitem noch keine Grundlage für einen gemeinsamen Widerstand, werden doch gerade die internen Widersprüche staatlicherseits forciert und versucht, die betroffenen Gruppen gegeneinander auszuspielen. Genau diese Gegensätzlichkeiten waren ursächlich dafür, daß der »Club der Verdrängten«, ein von der ARI 1994 mitinitiiertes Bündnis der eben erwähnten Gruppen, über eine Aktionswoche, die im typischen Kampagnenstil geplant und durchgeführt wurde, nicht hinausgekommen ist. Auch hier waren die Erwartungen unsererseits sehr hoch, die Interessen sehr unterschiedlich bis gegensätzlich, die Frustrationsschwelle niedrig und die Bereitschaft zu kontinuierlicher Arbeit gering. Der positive Aspekt, daß es zumindest gelungen war, seit Jahren das erste Mal die verschiedenen Gruppen an einen Tisch zu bekommen und zumindest detaillierte Informationen auszutauschen, wurde dabei von der ARI und anderen Gruppen aus dem linksradikalen Spektrum unterschätzt. So gelangten wir z.B. an genaue Informationen über Vertreibungspolitik von Polizeisondereinheiten und privatem Wachschutz in der Berliner City, die uns sonst nicht zugänglich gewesen wären.

Wenn auch aus den oben geschilderten Gründen momentan ein Bündnis oder gar ein gemeinsamer Kampf nicht absehbar ist, so wurde doch die Möglichkeit vergeben, entstandene Kontakte zu pflegen oder gar zu intensivieren. Falls es zukünftig tatsächlich wieder ein ernsthaftes Anliegen werden sollte, über den eigenen Bereich hinaus zu blicken, dann ist ein kontinuierlicher Informationsaustausch die unumgängliche Ausgangsbedingung für eine eventuelle spätere Zusammenarbeit. Die Erfahrungen dieser ersten Versuche der Zusammenarbeit sind in der ARI und vermutlich auch in vielen anderen Gruppen unseres Spektrums nicht abschließend diskutiert worden. Wenn wir nicht bei der theoretischen Erkenntnis, Rassismus auch mit anderen Unterdrückungsverhältnissen in Bezug zu setzen, stehen bleiben wollen, dann ist eine intensive Aufarbeitung unserer praktischen Erfahrungen unumgänglich.

Konsequenzen

Die deutsche Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren massiv verändert. Aufgabe linksradikaler und antirassistischer Politik muß es sein, diese Veränderungen genau zu analysieren und neue Konzepte zu entwickeln. Ein Großteil der radikalen Linken in der BRD ist zersplittert, unversöhnlich zerstritten und handlungsunfähig. Ursächlich für diese fatale Entwicklung ist die oftmals mißverstandene und fatale Interpretation von Differenz und »political correctness«.

Die ursprünglich notwendige Wahrnehmung von Differenzen war eine wichtige und zähe Entwicklung. Die Anerkennung und das Aufgreifen der Kritik von Frauen und MigrantInnen führte im weiteren Verlauf vielerorts zu diffusen Schuldgefühlen. Der daraus resultierende moralische Anspruch und das Nicht-aushalten-können eigener Widersprüche nahm dann oftmals eine Wendung dahin, immer neue Grenzen und Unterschiede zu suchen und festzuklopfen, während das Verbindende immer weiter in den Hintergrund geriet, nicht mehr gesucht oder gar komplett negiert wurde. Das führte zu einer Definition der eigenen Position über die Abgrenzung gegenüber den »spießigen Normalos« einerseits, und andererseits zur Abgrenzung innerhalb der linken Szene. Ergebnis sind zersplitterte Kleingruppen, zwischen denen eine übergreifende Diskussion fast gänzlich unmöglich geworden ist. Im Bereich des Rassismus-Diskurses führte diese Entwicklung in ihrer Extremform zu der fatalen Ansicht, »Weißen« jede Kritikfähigkeit an »Schwarzen« abzusprechen. Aufgrund der eigenen Verquickung an der Unterdrückung wurde und wird ausschließlich eine kritiklose Unterstützung von »schwarzen« Kämpfen erlaubt, da nur so erneute, »weiße« Hegemonien auszuschließen seien. Diese teilweise massiv vorangetriebene Fortführung der Selbstgettoisierung hinein in die Selbstethnisierung birgt nicht nur die Gefahr der kompletten Eigenlähmung, sondern zieht schlußendlich nur die herrschenden Differenzlinien ständig nach.

Auch innerhalb der ARI gab es immer wieder Diskussionen, die das eigene Profitieren am Rassismus und die mangelnde bis fehlende Mitarbeit von, sowie Zusammenarbeit mit MigrantInnen problematisierte. Dies führte an einem Punkt sogar zu der ernsthaften Überlegung, die ARI als »weiße« Gruppe aufzulösen. Stattdessen entschloß sich die ARI aber an einem Punkt der drohenden Eigenlähmung zu dem pragmatischen Schritt, sich wieder der praktischen Arbeit zuzuwenden. Ohne die vorher genannten Probleme und Differenzen zu vergessen oder zu verwischen, gelangte die ARI zu der Überzeugung, daß es sehr wohl eine Notwendigkeit und Legitimation für »weißen« Anti-Rassismus gibt. Die Unterschiedlichkeiten zu »Schwarzen« sind zwar unbestreitbar vorhanden, trotzdem muß nach Gemeinsamkeiten gesucht werden, anstatt die herrschenden Grenzen ständig nachzuziehen und Hierarchie- und Dominanzstrukturen unreflektiert auf den Kopf zu stellen.

Statt – wie in den letzten Jahren innerhalb der radikalen Linken stark verbreitet – die eigene Desorientiertheit und Einflußlosigkeit mit Abgrenzung oder Avantgarde-Ansprüchen zuzupflastern, besteht die dringende Notwendigkeit, wieder Diskussionsbereitschaft, Offenheit und Suche nach Gemeinsamkeiten zu entwickeln, sowohl innerhalb der linken Szene wie auch gesamtgesellschaftlich. Gerade in der BRD ist die linke Streitkultur unterentwickelt und von Intoleranz, Abgrenzung und

kategorischem Schubladen-Denken bestimmt, und die gesellschaftliche Verankerung ist besonders gering.
Das politische Kräfteverhältnis hat sich in den letzten Jahren drastisch zu unserem Ungunsten verschoben. Wenn es uns ernsthaft darum geht, dem entgegen zu wirken, so müssen wir unsere bisherige Arbeit kritisch hinterfragen. Die radikale und antirassistische Linke kann es sich keinesfalls erlauben, sich als die guten Menschen beleidigt in die Ecke zu stellen und mit dem Finger auf die rassistische und nationalistische Restbevölkerung zu zeigen. Gewisse Teile unseres politischen Selbstverständnisses, Verhaltensweisen und auch Borniertheiten müssen wir ernsthaft hinterfragen. Angesichts einer fehlenden, übergreifenden Gesellschaftsutopie mag das Beharren auf ausschließliche Fundamentalopposition zwar ehrenwert sein, wenn sie aber jede Praxis unmöglich macht, wird sie zum unpolitischen Politikersatz. Die maßgebliche Frage ist nicht revolutionäre Forderungen oder reformistische Praxis, sondern: Wie und wo sind realpolitische Veränderungen möglich, ohne grundsätzliche Forderungen aufzugeben oder zu vergessen? Wer wie die ARI in der praktischen Arbeit steckt, wird dies nur bestätigen können.
Dabei muß betont werden, daß es nicht darum gehen kann, den Rechtsruck nachzuvollziehen und sich mit multi-kulturellem Gefasel zu institutionalisieren und ähnlich den Ausländerbeauftragten zum anti-diskriminierenden Feigenblatt zu werden. Rassismus als Unterdrückungsform ist eine tragende Stütze für dieses System, und wer Anti-Rassismus ernst nimmt, kann nur in Opposition dazu stehen.
Trotzdem stellt sich die Frage, ob wir es uns zukünftig leisten können, zu linksliberalen und bürgerlich-humanistischen Initiativen wie der doppelten Staatsbürgerschaft und dem Anti-Diskriminierungsgesetz zu schweigen, weil wir dies in einem Bereich verorten, für den wir uns bisher nicht zuständig gefühlt haben. Zu kritisieren ist nicht, daß ein Großteil der radikalen und anti-rassistischen Linken diese Initiativen nicht unterstützt hat, sondern daß versäumt wurde, eine eigene Position zu entwickeln und mit dieser in die öffentliche Diskussion offensiv einzugreifen.
Und selbst diese Herangehensweise wird in anderen Bereichen nicht ausreichend sein. Bei allen Unvorhersehbarkeiten für die Zukunft ist es sicherlich Konsens, daß wir zunehmend mit einer hohen Zahl von »Illegalen« bzw. Illegalisierten konfrontiert sein werden. Hier muß die Frage erlaubt sein, ob gewisse Reaktionen auf die Hamburger Idee einer Legalisierungskampagne überhaupt noch realitätsmächtig sind. Einige sehen die letztendlich praxislose und moralische Forderung nach einem »Bleiberecht für Alle« damit verraten oder lehnen aufgrund der Problematik der Stichtagsregelung die gesamte Kampagne ab. Ihnen wäre es lieber gewesen, wenn z.B. die Grünen eine solche Forderung in die Diskussion gebracht hätten, weil man/frau dann, wie damals in den guten, alten Zeiten die Kampagne kritisch hätte begleiten können. Nur dummerweise sind diese Zeiten ein für allemal vorbei.
Wäre es, um auf ein aktuelles Beispiel zu kommen, tatsächlich so verwerflich, für die Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien eine möglichst großzügige Stichtagsregelung zu fordern und zu versuchen, diese durchzusetzen? Was wäre die Alternative? Endlich die Einführung des »Bürgerkriegsparagraphen« (§32a) einzufordern, der nur ein befristetes Aufenthaltsrecht darstellt und die Entscheidung Bürgerkrieg oder nicht der Einschätzung des Auswärtigen Amtes überläßt? Können wir uns erlauben, und können wir es verantworten, angesichts Zehntausender mittelfristig drohender Abschiebungen allein auf Fundamentalpositionen zu beharren und die praktische Lösungssuche anderen zu überlassen? Denn wenn hier humanitäre und kirchliche Organisationen federführend werden bzw. bleiben, wird es maximal auf den §32a hinauslaufen. Selbstverständlich ist eine Stichtagsregelung kein Allheilmittel, und deren immanente Problematik soll hier auch nicht verwischt werden. Aber es muß zumindest möglich sein, offen über möglichst weitgehende und durchsetzbare Möglichkeiten für die Betroffenen zu diskutieren.
Ein weiteres Beispiel: In bezug auf die »Illegalität« werden wir unsere bisherige Art der Öffentlichkeitsarbeit so nicht fortführen können. Auch wenn wir bisher in »legalen« Fällen niemals ohne Einverständnis und stets in Absprache mit den Betroffenen vorgegangen sind, so stehen wir im Bereich der Illegalität vor einem Dilemma: Einerseits gibt es die Notwendigkeit, die zunehmende »Illegalität« und Illegalisierung sowie deren unmenschlichen Bedingungen breit zu thematisieren. Andererseits wird den Betroffenen eine Veröffentlichung in den seltensten Fällen persönlich weiterhelfen, sondern sie oftmals sogar gefährden. Was nützt es ihnen, wenn die moralische Entrüstung auf ihrer Seite ist, sie dafür aber abgeschoben werden? In solchen Fällen wird Öffentlichkeitsarbeit oftmals nicht möglich sein.
Wenn sich gemeinsam doch dazu entschlossen wird, so ist größtmögliche Vorsicht, Verbindlichkeit und ein hohes Maß an Verantwortung unabdingbar. Den Betroffenen muß in ihrer eigenen Lebenssituation konkret und individuell geholfen werden. Wir müssen uns darauf einstellen, auch noch Monate nach der Veröffentlichung mit direkten und indirekten Folgen konfrontiert sein zu können, und können nicht nach dem Abzählen der Artikel zum nächsten Thema übergehen.
Natürlich stellen sich diese Aufgaben nicht nur im Zusammenhang mit Öffentlichkeitsarbeit. In so fundamentalen Bereichen wie Arbeit, Wohnen und Gesundheitsversorgung sind »Illegale« auf Hilfe zu konkreten Verbesserungen angewiesen. Auch wenn das auf den ersten Blick reformistisch und sozialarbeiterisch wirken mag, so darf es keinesfalls aus der anti-rassistischen Arbeit ausgeklammert werden. Die Entscheidung zwischen Einzelfallhilfe oder politische Öffentlichkeitsarbeit stellt sich in diesem Bereich von daher noch weniger als in anderen, das eine ist jeweils Bedingung für das andere.
Wir werden unsere bisherigen Herangehensweisen ernsthaft hinterfragen und gegebenenfalls verändern müssen. Auch wenn dies aus einer Position der Defensive heraus geschieht, so liegt doch eine große Chance darin. Eine Chance, die wir auf keinen Fall vergeben dürfen.

Jürgen, ARI

Antirassistische Initiative Berlin

Offen – immer öfter

Mutmaßungen und Kritik »from within«

Die Antirassistische Initiative (ARI) ist eine *offene* Gruppe. An den wöchentlichen Plena nehmen zwischen 20–30 Menschen teil – konjunkturell, durch ein heftiges Ausschlagen des rassistischen Pendels bedingt, sind es auch schon mal mehr.

Offen bedeutet hier prinzipiell ein erfrischend offensiver Umgang mit und eine große Bewegungsfreiheit innerhalb einer legalen antirassistischen Struktur in Berlin.

Offen heißt aber auch, daß z.B. Neuhinzukommende nicht nach ihren Motiven für die Mitarbeit und ihrem bewegungspolitischen Hintergrund gefragt werden. Sie werden auch nicht in die ohnehin heterogene Gruppe eingeführt. Eine Konsequenz ist, daß letztlich nur diejenigen mittelfristig bei der ARI bleiben, die entweder über persönliche und soziale Kontakte zu ARI-Leuten verfügen, oder aber genauestens wissen, warum und zu welchem Thema sie arbeiten wollen.

Nun, die »schlechten Manieren« der Gruppe wären zu vernachlässigen, jedoch bieten sie hier Anlaß, einmal gewisse »Unverbindlichkeiten und Beliebigkeiten«, die meiner Meinung nach auf die ARI zutreffen, zu benennen. Dies ist keine repräsentative Geschichts- und Zustandsbeschreibung der Antirassistischen Initiative. Dies sind subjektive Eindrücke und allenfalls Deutungsversuche eines Mitglieds der ARI. Wenn hier die Kritik im Vordergrund steht und die Nennung von Alternativen gänzlich ausbleibt, dann schlicht deswegen, weil es noch keine ausreichenden Antworten auf bestimmte Probleme unseres Ansatzes und der Praxis gibt. Bei aller folgenden Kritik muß vorneweg gesagt werden, daß die Antirassistische Initiative e.V. eine der wenigen kontinuierlich arbeitenden Gruppen ist, die über eine mehrjährige politische Praxis und Erfahrung verfügt, den Kontakt- und Infoaustausch mit verschiedenen Gruppen aufrecht erhält und im Einzelfall sowie in den Medien ab und an etwas bewegt.

Motivation

Von jeher wird der Linken ein zentrales Motiv zugeschrieben oder unterstellt: In der Französischen Revolution waren es die republikanischen Tugenden und die Gleichheit; bei Marx und der Alten Linken das materielle Interesse; der Neuen Linken wurde die Moral als idealistische Kategorie angehangen.[1]

Was ist wohl unsere Motivation, in der Antirassistischen Initiative mitzumachen? Es ist noch am ehesten der Idealismus und die Moral der Neuen Linken, sich auf der »besseren, gerechten Seite« gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Ausgrenzung zu wissen, die uns motivieren.

Was uns jedoch von der Alten Linken unterscheidet, und uns von der Neuen Linken mehr und mehr trennt, sind schlicht die »veränderten demotivierenden Zeiten« und eine deutliche Verschiebung im Verhältnis von Erkenntnis und (sinnlicher) Erfahrung.

Zum einen: Die – wie auch immer projektive – Aufbruchstimmung der 70er Jahe ist futsch. Statt Bewegung, Aufbruch und Bruch mit der Verlogenheit der Tätergesellschaft in der Nachkriegsrepublik nun Bewegungs- und Orientierungslosigkeit. Klaus Viehmann, Co-Autor des 3:1-Papiers, benennt – allgemein auf die Linke gewendet – einen (historisch) einleuchtenden Unterschied zwischen der »Bereitschaft« in den 70ern und der »Beliebigkeit« in den 90er Jahren: »*Ich meine, daß es damals eine größere Bereitschaft zur persönlichen Konsequenz gab und daß das gegenseitige Überzeugungsinteresse größer war. Heute ist Beliebigkeit und Vereinzelung spürbar. Früher wäre es beispielsweise kein Problem gewesen, im Auftrag einer Organisation in eine andere Stadt zu ziehen oder bei einer militanten Arbeit auch Knast mit einzukalkulieren. Diese Bereitschaft sehe ich heute kaum*«.[2]

Die hier benannte Radikalität, der bewußte Bruch mit der Gesellschaft, der Gang in die Illegalität sind heute sicherlich eher »unpopuläre« Kategorien und Maßstäbe des eigenen politischen Denkens und Handelns. Denn es hat sich wohl rumgesprochen, daß Emanzipation allenfalls noch als gradueller Prozeß gesellschaftlichen Umbaus gedacht und projektiert werden kann. Entsprechend ist das Engagement zumeist nicht nur zweifelnd-demotivierend sondern auch verhalten, weil eben dauerhaft angelegt. Nach dem dritten Strafbefehl halte ich mich verständlicher Weise erst mal zurück und wenn die Antirassistische Initiative es für sinnvoll erachten würde, mich nach Eberswalde oder Guben zu schicken, da hätt' ich dann schon was dagegen!

Zum anderen: In Zeiten der heutigen globalen Informationsgesellschaft besitzen wir immer weniger die Möglichkeit, den hohen und komplexen Erkenntnis- und Informationsstand über weltweite Katastrophen, Kriege und Krisen mit unseren eigenen Erfahrungen des Alltages abzugleichen. Wir wissen um die organisierte Unmenschlichkeit der Abschiebeknäste, des Asylbewerberleistungsgesetzes, der militärisch gesicherten Ostgrenze oder der rassistischen Übergriffe in den S-Bahnen – nur erfahren wir sie nicht. All dies hat zumeist keine unmittelbaren oder mittelbaren Konsequenzen für unseren eigenen Alltag. Dies soll hier gewiß nicht derart verstanden werden, als daß auch »wir« erst von Rassismus betroffen sein müßten, um so richtig motiviert zu sein. Ich denke nur, daß dieser alltägliche Erfahrungsabstand zu den Mechanismen von Unterdrückung und Ausgrenzung, der sicher auch unser Verhältnis zu selbstorganisierten ImmigrantInnen prägt und auf Distanz hält, der Entschlossenheit/Motivation in der antirassistischen Arbeit eine Grenze setzt. Diese Arbeit ist letztlich nur eine Facette in dem Setzkasten postmoderner Existenzen – eingeteilt in Reproduktion, Soziales, Freizeit und Engagement.

Letztlich ist es die Frage, wie wir uns besser und nachhaltig motivieren, wobei selbst eine positiv besetzte »Moral« nur bedingt selbst mobilisiert oder zur Mobilisierung taugt (und zudem noch mit einer Menge Fallstricke behaftet ist).[3]

Vielleicht muß die eigennützige Ebene in unserem Engagement stärker betont werden, vielleicht müssen wir (uns) konsequenter vermitteln, daß wir Rassismus aufgrund

seines antiaufklärerischen und deterministischen Charakters bekämpfen, daß er schlicht unseren emanzipatorischen Vorstellungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens widerspricht?

Identität der Gruppe

Die Unverbindlichkeit »Neuen/Interessierten« gegenüber verweist auf eine andere, kollektive Unverbindlichkeit hinsichtlich der Auseinandesetzung mit Konzepten wie »Organisation« und »Identität«, die auf die ARI zu beziehen wären. Dabei geht es nicht um eine Mit-90er Rezeption von Lenins »Was tun?«. Es geht um einfache, selten formulierte und nie so recht beantwortete Fragen wie: Was heißt es, bei der ARI zu sein? Bedeutet dies vielleicht Verantwortung oder gar eine gewisse Verpflichtung? Sind wir eine politische, linke Organisation, haben wir bestimmte Prinzipien, verorten wir die ARI in einem größeren linken Zusammenhang? Der Gruppenzusammenhang und -zusammenhalt der ARI definiert sich wesentlich über die wöchentlichen Plena. Montags wird informiert und ausgetauscht, Aufgaben und Termine weitergegeben. Dafür steht das Plenum. Immer seltener hingegen ist die ARI auch mit einer Position in der Öffentlichkeit oder in öffentlichen Diskussionen wahrnehmbar. Immer seltener sind wir über Impulse in Form von Veranstaltungen etc. identifizierbar. Selbst auf Demos finden wir uns kaum noch hinter dem Transparent der ARI ein, sondern marschieren getrennt in und mit anderen Bezugsgrüppchen.

Ist dies alles aus dem offenen, heterogenen Charakter der ARI ableit- und erklärbar? Stoßen wir hier an die objektiven Grenzen dessen, was eine derartig offen betriebene Gruppe an Gemeinsamkeit maximal bietet? Die Grenzen des Gemeinsamen in einem so gemischten Haufen wie der ARI existieren, trotzdem verbleibt noch genügend Spielraum, den Gruppenzusammenhang genauer und vielleicht auch verbindlicher zu bestimmen.

Es geht nicht darum, Gegensätze innerhalb der Gruppe zuzukleistern, sondern um die Frage, wie wir mit diesen Gegensätzen, den unterschiedlichen Bedürfnissen und sonstigen Schieflagen in der Gruppe umgehen, inwieweit sie den Charakter der Gruppe bestimmen oder eventuell bestimmte Veänderungen verhindern. Erst wenn wir mehr Klarheit über den Gruppencharakter der ARI haben, können wir auch sagen »Es geht nicht anders als so« oder »Jetzt machen wir es anders«.

In diesem Kontext wäre es vielleicht hilfreich, die andernorts geführte »Organisationsdebatte« zur Kenntnis zu nehmen und dazu (oder auch dagegen) Position zu beziehen.[4]

Hinsichtlich der Frage, was uns mit anderen Initiativen / Organisationen verbindet oder uns von diesen trennt, ist im letzten Jahr mit der Organisierung eines bundesweiten Telefontreffens zumindest ein Versuch unsererseits unternommen worden, Antworten zu finden. Zwar wurde deutlich, daß die simple Einrichtung eines antirassistischen Telefons noch keine gemeinsame Plattform abgibt (zu offensichtlich waren die unterschiedlichen Herangehensweisen), jedoch wurde hiernach der Kontakt zu einigen Initiativen (z.B. Hamburg und Bremen) intensiviert. Die Erörterung der Frage der Zusammenarbeit zwischen der »ZAG« und der »Off Limits« ist da sicher ein Aspekt der Suche nach gemeinsamen Interessen.

Gesellschaftsanalyse

In Zeiten des Verlusts großer gesellschaftlicher Gegenentwürfe und Utopien, ist die Unübersichtlichkeit um so größer, je schwieriger es ist, komplexe Verhältnisse wie Macht, Staat und Gesellschaft zu erklären. Allenfalls können wir wohl Herrschaft, Gewalt und Unterdrükkung beschreiben, eine gemeinsame Deutung oder gar Bewertung gesellschaftlicher Prozesse und Entwicklungen fehlt hingegen. Die Vernachlässigung der Gesellschaftsanalyse in toto erfolgt zugunsten einer ständigen Entlarvung der Gesellschaft an einem bestimmten Punkte: Es geht darum, den rassistischen Konsens aufzuzeigen. Verspielen wir hier nicht mittelfristig die Chance, rassistische Unterdrückung/Ausgrenzung mit anderen innergesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnissen und Ausgrenzungsmechanismen auf Ähnlichkeiten und Unterschiede hin zu vergleichen sowie gemeinsame Ursachen zu suchen? Verloren geht dabei nicht nur ein Stück

Analyse der und Kritikfähigkeit an den gegenwärtigen Zuständen, sondern auch die Möglichkeit, verschiedene soziale Proteste und Widerstände zu bündeln.
In diesem Zusammenhang war der von der ARI im Sommer 94 mitinitiierte »Club der Verdrängten« zumindest ein zarter Versuch, aus dieser Ein-Punkt-Programmatik des Antirassismus auszubrechen und Rassismus gemeinsam mit verschiedenen Formen sozialer Ausgrenzung zu thematisieren.
Gescheitert ist hierbei sicherlich nicht die Idee als solche oder die Erweiterung des Blickwinkels. Der »Club der Verdrängten« bzw. seine Fortsetzung scheiterte eher an den vielleicht zu hohen Erwartungen an einen derartigen spontanen Zusammenschluß höchst unterschiedlicher Lobbygruppen und selbstorganisierten »Marginalisierten« – ein dauerhaftes Bündnis erwuchs nicht!
Darüberhinaus können Ansätze wie die des Bremer Antirassismus Büro, die Bedeutung von Rassismus im Kontext einer grundsätzlicheren vertikalen und autoritären Straffung gesellschaftlicher Verhältnisse zu sehen, wo schließlich mehr und mehr Gruppen stigmatisiert und marginalisiert werden, produktiv zur Wiedererlangung linker Orientierung in unübersichtlichen Zeiten beitragen.[5]

Kleinster gemeinsamer Nenner

In der ARI beschränken wir uns auf einen kleinen inhaltlichen Konsens, der da lautet: Den Rassismus der Mitte darzustellen und zu bekämpfen! Die Ausrichtung auf den »Rassismus der Mitte« und das Augenmerk auf institutionelle Rassismen stammt aus den Anfangstagen der ARI, wo die Aufgabenstellung präziser, die Gruppe kleiner, dafür der gemeinsame Fundus zur Erklärung und Ableitung von Rassismus (Kalpaka/Räthzel, Miles und Hall) größer war. Zwar sind wir uns dieser theoretischen Wurzel bewußt, doch den Wenigsten sind die Theoreme dieser Schriften heute noch präsent. Aktuellere Aufsätze, die die Funktionen von Rassismus im derzeitigen Herrschafts- und Gesellschaftsgebäude Europas erklären und zudem noch die spezifischen Bedingungen in der BRD berücksichtigen, werden weder gemeinsam gelesen noch im Plenum diskutiert, so daß eine Verständigung über bestimmte Grundaussagen zu Theorie und Praxis von Rassismus ausbleibt.
Dieses allgemein beklagte Defizit inhaltlicher/theoretischer Debatten führte zur verstärkten Reanimation sogenannter Sonntagstreffen, wo ausführlich ein Thema erörtert wird. In der Zwischenzeit wurden u.a. Diskussionen über das Verhältnis von Rassismus und Antisemitismus geführt sowie die Perspektiven antirassistischer Arbeit erörtert. Dies ist ein Anfang, jedoch einer mit prototypischen Schwierigkeiten: So war z.B. das erste Sonntagstreffen zu den Perspektiven des Antirassismus gut vorbereitet und ebenso gut besucht. Beim Nachfolgetreffen schien uns schon der längere Atem zu fehlen: Die Vorbereitung klappte nicht so recht und die wenigen Anwesenden diskutierten recht plan- und ziellos.

Arbeitsalltag und Schwerpunkte

Unsere Arbeit ist zumeist aktuell-themenbezogen und reaktiv. Nachrichten und Meldungen über rassistische Übergriffe, Tagespolitik, Kampagnen oder Bündnis- und Veranstaltungsanfragen, die in das wöchentliche Plenum – und in den Büroalltag – reingetragen werden, bestimmen mit ihrer Sachzwanglogik und Dringlichkeit unsere Arbeitsweise. Jenseits ihrer tagespolitischen Aktualität sind Themen und Inhalte innerhalb der ARI auch nur solange präsent, wie es eben Leute gibt, die diese Themen bearbeiten oder in der Gruppe hochhalten.
Ist es fehlende Verbindlichkeit und mangelnde Organisationsstruktur

(der »offene« Charakter), daß wir uns innerhalb der Initiative nicht auf grobe inhaltliche Linien verständigen können, entlang derer dann die ganze Gruppe arbeitet? Stattdessen herrscht ein Themenpluralismus vor, wo jede/r die ihr/ihm zuneigenden Inhalte aufgreifen und wieder fallenlassen kann.
Alle bisherigen Diskussionen um eine mögliche Umstrukturierung unserer Arbeitsweise endeten mit dem beharrlichen Fazit, daß ein Großteil der antirassistischen Arbeit auf ewig reaktiv bleibt, daß die Gruppe eben nur innerhalb dieser Pluralität Bestand hat und daß alle Versuche, eine größere inhaltliche Kohärenz herzustellen bzw. die Leute auf bestimmte Themen zu »verpflichten«, zum Scheitern verurteilt sind.
Eine Ausnahme von dieser ARI-Regel bildete die langwierige Arbeit zu »Eberswalde«. Dort wurde mit erheblichen Aufwand (anfänglich eines großen Teils der Gruppe) und mit Kontinuität daran gearbeitet, die verschiedenen rassistischen Facetten (lokale Fascho-Strukturen, Verhalten von Justiz und Polizei, Verdrängungsleistungen der Bevölkerung und Behörden, Situation der VertragsarbeiterInnen und Flüchtlinge vor Ort) beispielhaft an Eberswalde aufzuzeigen. Seinerzeit wurden die Erfahrungen und Entwicklungen im Kontext von »Eberswalde« in das Plenum zurückgetragen, wo z.B. auch inhaltliche Diskussionen darüber einsetzten, warum wir es wichtig finden, daß die Mörder Amadeus angeklagt werden und was wir uns von dieser deutschen Justiz versprechen würden.

Scharnierfunktion

Es heißt, die ARI hat in Berlin eine Scharnierfunktion zwischen den autonomen und linksradikalen Gruppen einerseits und dem bürgerlichen und links-liberalen Spektrum andererseits. Wir haben Kontakte und Arbeitsbeziehungen in beide Richtungen, Infos werden entgegengenommen und in beide Richtungen weitergegeben.
Doch dieses Scharnier hält nicht, was es zu versprechen scheint. Denn in der Regel werden wir von Einzelnen oder Gruppierungen (aus dem einen oder anderen »Lager«) angesprochen, ob wir diese oder jene Aktion/Kampagne unterstützen, ob wir bei der Dokumentation von Bullen-Übergriffen auf VietnamesInnen helfen, ob wir die Pressearbeit für eine bestimte Veranstaltung übernehmen etc. Der reaktive Charakter unserer Arbeit wird also auch dadurch fortgeschrieben, daß andere Gruppen primär uns ansprechen und nicht wir selbst diejenigen sind, die Aktionen/Kampagnen initiieren und sich Bündnispartner suchen. Von einer Scharnierfunktion läßt sich da nur noch schwerlich reden, weil in der Praxis zumeist nicht wir mittels einer Aktion versuchen, ein breiteres Spektrum von Gruppen an einen Tisch zu bringen, sondern wir in das ein oder andere Bündnis hineingezogen werden.
Bei der gegenwärtig vorangetriebenen Atomisierung der restlinken radikalen und liberalen Szene bedeuten Bündnisse immer auch (zuerst?) Ausschlüsse und Abgrenzung gegen andere. Hätten wir tatsächlich eine Scharnierfunktion, so würden wir diese Unvereinbarkeit zu überbrücken versuchen. So aber entscheiden wir uns im konkreten Einzelfall jeweils für die Zusammenarbeit mit der Liga für Menschenrechte, anderntags unterstützen wir Aktionen der Umland-Antifa – es geht ja beides nebeneinander, jedoch kaum noch was miteinander.

Wie weiter?

Das wir als ARI weitermachen werden (und allein dies zeichnet uns in der gegenwärtigen Zeit aus) steht außer Frage. Über das »wie« werden wir uns Gedanken machen müssen. Auf die hier beschriebenen (zumal subjektiv empfundenen) Probleme unserer Praxis gibt es keine einfachen, schnellen Antworten – ich habe sie jedenfalls nicht. Jedoch bietet das vorliegende gemeinsame Projekt von ZAG und off limits die Möglichkeit, einmal grundsätzlich und ausdauernd über Form und Inhalt antirassistischer Praxis nachzudenken.

Andreas Rosen, ARI

1 *Zur Unterscheidung der Alten und Neuen Linken: Michael Wildenhain, In den Schluchten des Balkans. Thesen zur ›Neuen Linken‹, in: Perspektiven,* Nr 21 Juli 94, FFM.
2 *Klaus Viehmann in: Arranca* Nr.5, *Winter 94, Berlin.*
3 *Mobilisieren durch Moralisieren. Zum Antirassimus der Dritte-Welt-Bewegung, in: iz3w 1994, Freiburg.*
4 »7 *Fragen zum Organisationsprozeß« in: Arranca* Nr.4, *Sommer 94, Berlin.*
5 ZAG 3/94 »*Rassismus und soziale Frage«,* Berlin.

Foto: Umbruch-Bildarchiv



Rassismus als Diskurs

Eine theoretische Abgrenzung

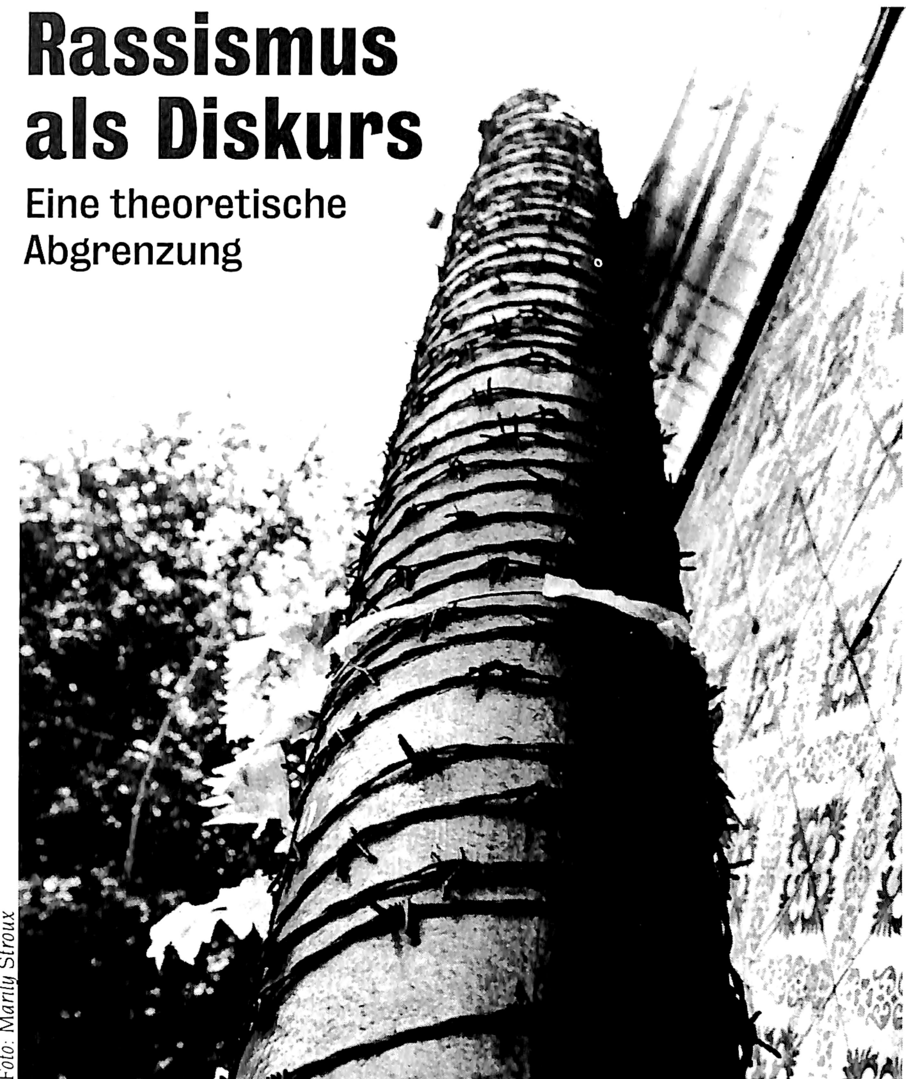


Foto: Marily Stroux

Die Deutschen möchten keine Rassisten sein. Und wenn eine Rede, eine Tat als rassistisch bezeichnet wird, erkennt man damit an, daß es in Deutschland so etwas wie Rassismus gebe.

Und auch manch ein Wissenschaftler scheut davor zurück, den Begriff »Rassismus« in den Mund zu nehmen. Immer wieder wird er als unwissenschaftlich, als Stich- und Schlagwort zurückgewiesen.

In den Wissenschaften ist der Begriff jedoch heute meist wohl definiert. Auch wenn er nicht von allen WissenschaftlerInnen in gleicher Weise definiert wird. Rassismus ist in der Tat ein umstrittener Begriff. Das hat er allerdings mit allen wissenschaftlich verwendeten Begriffen gemeinsam. Alle Begriffe waren, ehe sie sich (für eine Weile) durchsetzten, umstritten; sie können jederzeit wieder in Frage gestellt werden; und die heute mehrheitlich geteilten Begriffsbestimmungen werden mit Sicherheit in Zukunft wieder umstritten sein, sich verändern, möglicherweise verschwinden, wieder aufleben usw.

Das ist so gewesen, seit es so etwas wie Wissenschaft, Religion, Ideologie, Mythen usw. gibt. Wie die Wörter allgemein, so wandeln sich auch die Begriffe. Wie das sprachliche Inventar, das verwendet wird, nichts Fixes ist, sich im und durch den Gebrauch verändert, weil immer wieder neu *ausgehandelt* wird, was denn der Andere gemeint haben mag, so verändern sich auch die wissenschaftlichen Begriffe. Bedeutungen und ganze Bedeutungskomplexe (also Begriffe) werden ausgehandelt, man streitet sich darum, und dabei verändern sich die Bedeutungen: Sie können sogar verschwinden, z. B. mit den Sachen, auf die die Menschen mit den Bedeutungen verwiesen haben, aber auch deshalb, weil man sie als brisant, peinlich, aufdringlich, angeberisch und insgesamt nicht mehr als passend empfindet.

In anderen Ländern gang und gäbe, versucht man hier, Rassismus durch Wörter wie Ausländerfeindlichkeit, Xenophobie, Fremdenfurcht u.ä. zu verdrängen.

Meist wird dabei argumentiert, man müsse doch differenzieren, unterscheiden, dürfe nicht alles und jedes damit bezeichnen usw. Und da ist natürlich etwas Richtiges daran. Die Begriffe, die wir verwenden, sollten möglichst trennscharf sein, sonst reden wir mehr oder minder hoffnungslos aneinander vorbei. Ich möchte deshalb einen Vorschlag machen, wie eine differenzierte Verwendung des Begriffs »Rassismus« zur Zeit aussehen könnte.

Da ich mit meinen wissenschaftlichen Überlegungen auch in einen bzw. mehrere wissenschaftliche Spezialdiskurse »verstrickt« bin, in Diskurse, die eine lange Geschichte haben, die in sich ziemlich differenziert sind, ist der folgende Vorschlag nicht Resultat meiner individuellen Gedankenarbeit; er speist sich aus Übernahmen, Auseinandersetzungen, Kämpfen, Diskussionen, Ärger, Betroffenheit, Zorn usw. Das heißt, diese Definition ist auch Ausdruck einer bestimmten *diskursiven Position*, die ich zur Zeit einnehme, die sich wieder verändern kann und die ich im Extremfall eines Tages auch restlos über Bord werfen könnte.

Das hört sich für manche(n) etwas relativistisch, für manche vielleicht idealistisch an, insbesondere für diejenigen, die davon ausgehen, daß jeder Sachverhalt auf einen (immer gültigen) Begriff zu bringen wäre bzw. anders gesagt, die meinen, es gebe *in den Dingen* eine Wahrheit zu entdecken. Doch der Geist liegt nicht in den Dingen, sondern in unseren Köpfen, in Gestalt von Plänen und Ideen, nach denen wir die Wirklichkeit gestalten, wie der große Denker Karl Marx bereits an seinem schönen Baumeister-Biene-Beispiel illustriert hat oder dem vielfach mißverstandenen Satz, daß es das *gesellschaftliche* Sein sei, daß das Bewußtsein bestimme. Denn mit dem gesellschaftlichen Sein hat er das Sein von uns Menschen zu jeweiligen und veränderlichen Zeiten gemeint, nicht etwa die Natur, die uns umgebenden Sachen als solche. Und wichtigster Bestandteil unseres Seins ist, daß wir denken, lernen, Ideen und Vorstellungen von anderen übernehmen, sie modifizieren, weil wir uns auch mit anderen Menschen und Ideen konfrontieren, streiten, uns verstehen, Pläne schmieden, diese wieder verwerfen, nach Maßgabe solcher Pläne han-

deln, arbeiten, lieben usw. usw. Das bedeutet im übrigen auch, daß es wenig sinnvoll ist, vom sozialen Statuts, der Schicht, der Klasse, der Lebenslage und wie die Soziologismen alle heißen, platt auf das (von mir aus auch *notwendig* falsche) Bewußtsein zu schließen, das jemand erworben hat.

Nun aber mein Vorschlag, der sich in Auseinandersetzungen mit vielen anderen, Lebenden und Toten, Rechten und Linken, Alten und Jungen, Männern und Frauen, WissenschaftlerInnen und ArbeiterInnen usw. herausgebildet hat. Ich schlage vor, von *Rassismus* zu sprechen, wenn der folgende komplexe Tatbestand als Zusammenhang geäußert wird (in Worten und Taten):

1. Andere Menschen(gruppen) werden als »Rasse« konstruiert. Diese Konstruktion wird damit begründet, daß a) diese Anderen über bestimmte biologische Merkmale verfügen, die von unseren eigenen abweichen (= biologistischer Rassismus), oder daß b) sie bestimmte Sitten und Gebräuche, Religionen, Fertigkeiten und Unfähigkeiten und sonstige kulturelle Eigenschaften verinnerlicht haben, die absolut statisch und, einmal vorhanden, *nicht mehr veränderbar*, also auf natürliche Ursachen zurückzuführen seien (= kulturalistischer oder Neo-Rassismus).

(Wenn solche Eigenschaften und Fähigkeiten als *veränderbar* angesehen werden, und diese Veränderung als zu erbringende Anpassungsleistung eingefordert werden, dann liegt eine Haltung vor, die als *ethnozentristisch* zu bezeichnen wäre. Hier liegt nicht, wie in den zuvor charakterisierten Fällen, eine *Naturalisierung des Sozialen* vor, sondern eine Haltung, die zwar nicht die andere Natur für das Anderssein verantwortlich macht, aber *die eigene Position als den Maßstab aller Dinge* unterstellt. Eine solche Position ist mit Rassismus verwandt, und sie ist ausgrenzend, aber da sie Soziales nicht platt naturalisiert, würde ich sie als wenig erfreulich und überheblich, aber nicht als rassistisch bezeichnen.)

2. Solche Bewertungen sind meist negativ. Sie werden als negative Abweichungen von unserer (»deutschen«) Normalität angesehen.

Doch auch positive Bewertungen können hier eine Rolle spielen, etwa wenn man Schwarzen ein besonderes (*biologisch oder kulturalistisch-statisch gegebenes*) *Talent* unterstellt, etwa eine besondere Fähigkeit zum Entertainment, zum Jazz, zum Tanz etc. etc.

3. Und über diesen Punkt streiten sich die Geister. Wer eine schlichte ideologiekritische Position einnimmt und davon ausgeht, daß allein die *»wirkliche Wirklichkeit«* ernstzunehmen sei, und dabei vergißt, daß zur Wirklichkeit auch die Ideen, Pläne und Gedanken (also das Bewußtsein selbst) gehören, kann sich nicht oder nur schlecht vorstellen, daß sich bereits die Äußerung von Ideen, Haltungen, Einstellungen usw. schädigend auf Andere auswirkt.

Das gilt natürlich um so mehr, je mehr Einfluß der oder die sich Äußernde(n) auf die Menschen haben, etwa als politischer Großsprecher, Mediengangster, Guru oder Priester, bzw. anders gesagt: welche (hegemoniale) *diskursive Position* sie sich erobern konnten. Was diesen Streit angeht, neige ich, wie angedeutet, zu der Position, die die *Macht der Diskurse* betont. Dies heißt zugleich, daß dieser dritte Faktor der *Macht* nicht mehr eigens erwähnt werden muß, da er mit der (verbalen oder tätigen) Äußerung rassistischer Haltungen und Einstellungen zwangsläufig bereits mitgegeben ist.

In der freien Wildbahn der Diskurse treten die oben beschriebenen, diskursiv entstandenen Positionen relativ selten in reiner Form auf. Meist haben wir es mit Mischungen, Schwankungen, Verunreinigungen zu tun. Die Verstricktheit in die Diskurse führt zu den unterschiedlichsten diskursiven Positionen, die wiederum keine statischen Gebilde sind, sondern prozessual-dynamische. Sie lassen sich verändern, aufgeben, verfestigen. Jede antirassistische Arbeit hat dies zu berücksichtigen. Vor allem aber auch, daß diskursive Positionen umfassende Gebilde sind: Neben vorsintflutlichen Ideen, inhumanen Ansichten, brutalen Gewaltbereitschaften können fortschrittliche Gedanken, menschenfreundliche Gefühle und Zärtlichkeitsbereitschaften existieren. Diese zu fördern und zu entwickeln und die meist selbstschädigenden inhumanen zurückdrängen, dies würde für mich heute sinnvolle politische Arbeit bedeuten.

Um nicht mißverstanden zu werden: Damit meine ich nicht, daß man rassistisch motivierten Gewalttätern Jugend- oder Altersheime zur Verfügung stellen soll. Daß es diese Gewalttäter überhaupt gibt, das ist bereits Ausdruck einer Niederlage humaner Aufklärung und des Traums von einer menschlichen Weltgesellschaft. Es geht darum, diesen Traum wieder träumbar zu machen. Darum wird hart gerungen werden müssen – machen wir uns nichts vor!

Siegfried Jäger, DISS (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung)

Foto: Hinrich Schultze





Foto: Hinrich Schultze

Rassismus und Identität

Die rassistische Grundordnung

Eine Praxis des Antirassismus und die Reflexion darüber setzt voraus, daß man sich auf die gesellschaftliche Bedeutung und Notwendigkeit einer solchen Praxis und auf die Definition der Formen des Rassismus einigt, den es zu bekämpfen gilt. Die Formen des modernen und postmodernen Rassismus sind vielfältig, und die Kontrahenten halten sie selten auseinander.

Rassismus ist ein integraler Bestandteil der europäischen Moderne. Er entsteht zusammen mit dem nationalstaatlich organisierten Kapitalismus. Dies bedeutet nicht, daß es vor der Formierung der modernen Handelsweltordnung am Ende des 18. Jahrhundert keinen Rassismus gab (man denke an die Conquista und den regen Sklavenhandel seit dem 16. Jahrhundert), die systematische Zuschreibung von Menschen zu bestimmten Gruppen in einem Ungleichheitsverhältnis wurde jedoch in Zeiten des expandierenden Kapitalismus ideologisch begründet. Rassismus ist kein Nebenwiderspruch, sondern ein hartnäckiger, den kapitalistischen (und auch der realsozialistischen) Gesellschaften inhärenter Hauptwiderspruch, der sich historisch wandelt. Der Begriff, der als Negativbegriff entstand, tauchte zum ersten Mal im 20. Jahrhundert auf, als die kolonialistische Ordnung schon lange etabliert war. Die europäischen Mächte hatten sich den afrikanischen und den asiatischen Kontinent mehr schlecht als recht untereinander aufgeteilt. Die Rassenlehre des 19. Jahrhunderts bot die ideologische Rechtfertigung für die Herrschaft über Menschengruppen, die man »wissenschaftlich« in Völker, Ethnien, Stämme usw. einteilte. Der Begriff Rassismus wurde zunächst aber nicht auf die kolonialen Gewaltverhältnisse angewandt; in Frankreich benutzen ihn die Nationalisten in ihrer Auseinandersetzung mit den deutschen nationalistischen Begierden in den 20er Jahren. Das Wort Rassismus enstand in diesem Zusammenhang bei dem Versuch, das deutsche Wort »völkisch« ins Französische zu übertragen.

Um den Rassismus herum enstand eine Reihe von anderen Begriffen. Nationenbildung bzw. Nationalismus, Kategoriebildung in Form von Nationen, Völkern, Ethnien, Naturalisierung wurden zur Grundlage genommen, um Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen zu definieren, Teilhabe an Rechten und Ressourcen zu begründen oder um Ausbeutung und Ausgrenzung zu rechtfertigen. Ein Hauptmoment der Kategorienbildung ist der Begriff der schicksalhaften Gemeinschaft bzw. der Gemeinschaftszugehörigkeit, der im Gegensatz steht zu einem eher voluntaristischen und universalistischen Modell der bürgerlichen Gesellschaft.

Der Rassismus hat zeitlich und örtlich viele Formen und Modelle ausgebildet: unterschiedliche Kolonialordnungen, Sklaverei in den von den europäischen Staaten kolonisierten Ländern und in den USA, Rassendiskriminierung in den USA, Judenverfolgung und -vernichtung in Europa durch die Nazis, Apartheid in Südafrika ... Diese Aneinanderreihung von »Modellen« der rassistischen Logik – so zynisch sie klingen mag – zeigt, daß es unterschiedliche rassistische Praxen gibt, die für die Opfer unterschiedliche Konsequenzen haben können. Zwischen der kolonialen Ausbeutung, die nicht primär auf den Tod des Opfers abzielt, und der industriellen und systematischen Vernichtung von Juden und Roma, bei der das Ziel die Ausrottung der »rassisch« definierten Gruppen ist, liegen sehr unterschiedliche Ausprägungen, die es nahelegen, von Rassismen zu sprechen.

Das Entsetzen über den Massenmord an Juden nach der Befreiung von Auschwitz hat in der Weltöffentlichkeit zu einer offiziellen Verurteilung des Antisemitismus und des Rassismus geführt. In der Folge sind sie jedoch nicht verschwunden, sie haben sich lediglich in ihren Formen und Begründungen gewandelt. Die Entkolonisierung und die nationalen Befreiungskämpfe (Indochina, Algerien, Indien, Vietnam etc.) haben die Kolonialstrukturen durchbrochen, ohne das Prinzip Metropole-Peripherie abzuschaffen. Und wenn momentan hier, d. h. in Europa und spezieller in Deutschland, Rassismus sichtbar wird, so richtet er sich gegen eingewanderte Bevölkerungsgruppen (ArbeitsmigrantInnen, Flüchtlinge etc.), die je nach Verwertbarkeit und politischen Interessen diskriminiert, ausgegrenzt, kontrolliert, integriert, überfallen und/oder abgeschoben werden.

Die Erkenntnis, daß es in diesem Land eine rassistische Praxis und gesellschaftliche Organisation gibt, und nicht etwa eine Ausländer- oder Fremdenfeindlichkeit, hat sich inzwischen durchgesetzt. Es bleibt jedoch häufig unbeachtet, daß es auch eine damit korrespondierende ideologische Praxis gibt, deren Dispositive man eigentlich analysieren müßte, um ihnen besser entkommen zu können.

Verschiedene Modelle des Rassismus

»...*Es gibt Rassismus oder Rassisierung jedesmal, wenn in einer Konfliktbeziehung zwischen unterschiedlichen sozialen Kategorien ein Modus der Ausgrenzung (des Ausschlusses) und des biologischen (oder ›naturalistischen‹) Merkmals auf*

eine Kategorie ›von Menschen‹ – oder auf diejenigen, die eine Kategorie bilden könnten – angewandt wird.« [1]
Diese allgemeine Definition von P.-A. Taguieff beinhaltet die drei Grundelemente des Rassismus: Die einzelnen Individuen mit ihren unterschiedlichen Eigenschaften können sich nicht als solche definieren oder definieren lassen, sondern sie werden einer Gruppe (Volk, Volksgruppen, Ethnien, Stämmen) zwanghaft zugeschrieben. Die Gruppe wird definiert oder definiert sich selbst durch biologische oder sogenannte naturalistische Merkmale, die als unabänderlich gelten. Das Merkmal, d.h. die Naturalisierung dieses Merkmals, dient dann als Begründung für Ausgrenzung, Diskriminierung, Ausbeutung, Unterdrückung dieser Menschengruppen.
In der Blütezeit des biologistischen Rassismus, d. h. in der Zeit der Kolonisierung und der Bildung von Nationalstaaten in Europa – im 19. Jahrhundert –, haben sich zwei Typen von Rassisierung nach dem biologischen Muster entwickelt, die aber von gegensätzlichen Prinzipien ausgehen:
Entweder wurden Gruppen – die kolonisierten Völker – rassisiert, um dann als minderwertig abgestempelt zu werden. In diesem Modell kann man von Fremdrassisierung sprechen, die Grundlage ist für eine »natürliche« Hierarchisierung von Menschen innerhalb einer Gesellschaft und die eine Ausnutzung und Verwertung ihrer Arbeitskraft legitimiert, ohne unbedingt ihre Vernichtung zu wünschen, da ihr Verwertungswert verloren ginge. Die rassisierende Gruppe, in diesem Fall der Kolonialherr, nimmt sich dabei selber nicht als Rasse wahr, für sie gilt die universale Kategorie Mensch. Ein prinzipielles Ungleichheitsverhältnis begründet sich, indem der rassisierten Gruppe das Menschsein abgesprochen wird. Das einzelne Mitglied dieser Gruppe hat jedoch die Möglichkeit zum Menschen zu werden, wenn es auf die fremddefinierten Merkmale verzichtet und die zivilisatorischen Werte des Kolonialherrn durch Assimilation anerkennt. Die größte Gefahr für diesen universalistischen Rassisten ist die Revolte der Rassisierten, in der sie ihr Menschsein einfordern und durchsetzen. Dies ist die Grundstruktur der französischen Kolonialherrschaft, die zum Beispiel zuließ, daß »schwarze« Abgeordnete in der französischen Nationalversammlung saßen und gleichzeitig der algerisch-moslemischen Bevölkerung keinen vollwertigen Status zubilligte, solange sie nicht ihre traditionelle Gesellschaftsform aufgab. Das Gewaltverhältnis endet nie, es ist entweder Unterdrückung oder Assimilation.
Der andere Fall ist die Selbstrassisierung der Gruppen, in diesem Fall kann man von Rassismus der radikalen Differenz sprechen. Er erzeugt auch Ungleichheit, das erste Prinzip bleibt jedoch das Prinzip der Differenz. Die eigene Gruppe (Volk, Nation, ...) definiert sich über Merkmale, die gegen den Rest der Menschheit verteidigt werden müssen, die »weiße Rasse« in Südafrika und die »Arier« in Deutschland. Diese Konstanten sind nicht nur biologistisch definiert, sie schließen auch Werte und kulturelle Merkmale ein, die partout erhalten werden müssen. Die als solche definierte Gemeinschaft geht nicht von universalen Werten, sondern vom eigenen Partikularen aus. Der Rest der Menschheit, die Anderen, werden als ständige Bedrohung wahrgenommen. Die größte Gefahr ist dabei nicht die Revolte, sondern die Vermischung und die Berührung mit den Anderen, die Angst vor dem Verlust der definierten Eigenschaften. Diese Angst vor der Vermischung führt zu einem institutionalisierten Ausschluß innerhalb einer Gesellschaft, wie im System der Apartheid, oder zur Vernichtung. In der NS-Variante stellte sich die Massenvernichtung von Juden und Roma nicht nur als ein Recht, sondern auch als eine Aufgabe des »bedrohten« deutschen Volkes dar.

Rassismus und Kultur

Das multikulturelle Modell, das von Teilen der liberalen und rechten Öffentlichkeit als Lösungsansatz für das »Ausländerproblem« in den europäischen Gesellschaften angeboten wird, gibt schon durch seinen Namen die Marschrichtung an. Rasse ist nicht mehr das Kriterium der Rassisierung, die Kultur hat ihren Platz eingenommen. Die Unterteilung der Menschheit ist so möglich, ohne auf das diskreditierte Kriterium Rasse zurückgreifen zu müssen. Zur Markierung werden heute soziokulturelle Merkmale verwendet.
Nach 1945, nach dem Schrecken von Auschwitz, war Rasse als Grundkategorie unhaltbar geworden. Auf höchster Ebene bemühte man sich, diesen Begriff sogar wissenschaftlich aus der Welt verschwinden zu lassen. Zeitlich parallel zwangen die nationalen Befreiungskämpfe in den kolonisierten Kontinenten (Afrika, Asien) die europäischen Gesellschaften, sich mit der Existenzberechtigung und der Gleichwertigkeit von nicht-europäischen Kulturen auseinanderzusetzen. Auch für die Linke war dieses Terrain neu, denn sie hatte traditionell einen universalistischen, wenn auch eurozentristischen Anspruch. Als in den 80er Jahren der rassistische Diskurs sich von den kolonisierten Völkern abwandte und die Anwesenheit von sogenannten MigrantInnen in Europa zum zentralen Thema machte, unterstützten große Teile der Linken die Forderung nach dem Recht auf die kulturelle Differenz, die von MigrantInnen oder Jugendlichen ausländischer Herkunft gestellt wurden, z.B. in Frankreich 1984/85. Die Referenzen waren wahrscheinlich immer noch die antikolonialistischen bzw. antiimperialistischen Befreiungskämpfe oder auch die Black Power-Bewegung in den USA. Das Projekt der multikulturellen Gesellschaft, die von den deutschen Grünen propagiert wird, entspricht auch dieser Forderung nach der Anerkennung und Wahrung einer kulturellen Identität, die es gegen bzw. zusammen mit der Mehrheitsgesellschaft zu wahren gilt.
Die Anerkennung von kulturellen Merkmalen als konstituierende Momente einer Gemeinschaft war in der Vergangenheit Sache von wertkonservativen Strömungen, die sich über die Ablehnung der bürgerlich-revolutionären Prinzipien von 1789 definieren. Dem voluntaristischen Modell der Gesellschaft, die sich per Gesellschaftsvertrag und durch den allgemeinen Willen der einzelnen Individuen konstituiert, setzen sie die in der Göttlichkeit und der regionalen oder nationalen Kultur verwurzelte Gemeinschaft entgegen.
Als die Neue Rechte – vor allem in Frankreich – sich in den 60er Jahren aufmachte, das rechte Lager neu zu

formieren und ideologisch zu erneuern, knüpfte sie an diese bereits vorhandene konservative Tradition an. Notwendig war die Loslösung von einem engen Nationalchauvinismus, die durch die Verschiebung der Themen weg von der Nation und hin zur Kultur bewerkstelligt wurde. Fortan stand für die Neue Rechte das Recht auf Differenz an erster Stelle, eine Differenz, die eine absolute Trennung von der kulturell und ethnisch definiert Gruppen voraussetzt. Dankbar haben andere rechte Strömungen diese Begrifflichkeit übernommen, mit der die Abschottung gegenüber MigrantInnen aus Nicht-EU-Ländern gerechtfertigt wird.

Das Recht auf Differenz wird inzwischen auch von EuropäerInnen für die eigene, auf regionaler, nationaler und/oder europäischer Ebene definierte Gruppe in Anspruch genommen. Die multikulturelle Gesellschaft erscheint danach als ein akzeptables, sogar wünschenswertes Modell, solange diese Trennung beibehalten wird.

In diesem allgemeinen identitären Diskurs stellt man merkwürdige Allianzen fest, die von grundsätzlich konträren Standpunkten ausgehen und die unterschiedliche Motivationen und Ziele haben können. Das Gemeinsame ist jedoch das Festhalten an der Kultur bzw. an der kulturellen (ethnischen, religiösen) Identität als Moment der Befreiung oder als Begründung für die Ausgrenzung der Anderen. Das Gemeinsame ist auch, daß ein Entweichen aus der kulturell, ethnisch, religiös definierten Gemeinschaft als unmöglich hingestellt wird.

Durch Selbstethnisierung und/oder Fremdethnisierung kommt man auf dieses Modell der Naturalisierung von Merkmalen, die auf eine Gruppe oder auf eine potentielle Gruppe angewandt werden, wenn es um Konfliktsituationen geht. Und von allen Seiten wird der Krieg der Kulturen ausgerufen bzw. unterstützt.

Der Identitätsdiskurs

Mit Identitäten läßt sich wenig erklären, aber trefflich Politik und Geschäft machen. Identitäten haben Hochkonjunktur. Sie werden durch Werbung in Form von lifestyles und ähnlichem Unfug verkauft. Bildungs- und Erziehungseinrichtungen gestalten neue nationale Identitäten. Firmen lassen sich ein corporate identity maßschneidern, um nach innen und außen als homogene Gemeinschaft in Erscheinung treten zu können. Auch die Linke beteiligt sich an dem neuen Gesellschaftsspiel. Ob Frau oder Mann, Immigrantin oder Kurde, Revolutionär oder Lesbe, alle bekommen ihr Stückchen Identität ab. Dabei gibt es eine saubere Hierarchie, die idealtypisch von der Schwarzen-Lesbischen-Immigrantin bis zum Weißen-Metropolen-Mann absteigt.

Der Begriff Identität erwächst aus einer obskuren Mischung von haltlosen Annahmen, platten Offensichtlichkeiten und politischer Verschleierungstaktik. Seine Evidenz bezieht er aus der Diffusität des Gefühls, irgendwie müsse es doch sowas geben. Trotzdem handelt es sich nicht um harmloses Alltagswissen. Besonders im politischen Diskurs hat sich die Rede von der Identität inflationär ausgebreitet und ein Denkmodell geschaffen, das den Zusammenhang von Individuum und Gesellschaft neu definiert. Der rassistische Schub der letzten Jahre hat das Modell besonders befördert, weil es bequeme Erklärungen für die rassistische Gewalt anbietet.

Im Wortsinn meint Identität die vollständige Gleichheit zweier Dinge, die eben ›identisch‹ sind. In den hier behandelten Kontexten bezeichnet es einen subjektiven, inneren Zustand, in dem das Individuum mit sich selbst übereinstimmt. Erst in diesem Gleichgewichtszustand kann es sich positiv auf seine Umgebung, d.h. auf die Gemeinschaften, denen es angehört und auf den gesellschaftlichen Zusammenhang beziehen. Identität als Übereinstimmung mit sich selbst, so merkwürdig, ja unlogisch diese Konstruktion klingt, so wirksam ist sie im allgemeinen Diskurs geworden.

Die innere Identität des Individuums wird durch eine auf das Außen gerichtete Dimension ergänzt, die kollektive Identität. Sie wird oft als kulturelle Identität eines Sprachraums oder einer Nation dargestellt, kann sich aber auch auf kleinere Gemeinschaften beziehen. Die Referenzen, an die kollektive Identitäten üblicherweise gebunden werden, sind nicht weniger nebulös als der Begriff selbst. Mehr oder weniger bewußt wird vergessen, daß Nationen und Sprachen nichts Natürliches anhaftet. Nationen sind historisch noch ganz junge Gestalten. Die Einheitssprachen wurden mit Gewalt erzwungen, und dieser Prozeß ist noch nicht einmal in Europa abgeschlossen. Die Kämpfe für die nationale Unabhän-



Foto: Marily Stroux

gigkeit auf Korsika, im Baskenland und anderswo zeigen das deutlich.
Erklärungen für den zunehmenden Rassismus machen häufig die Entfremdung der rassistischen Individuen als Ursache aus. Es gilt als sicher, daß der Verlust der gemeinschaftsstiftenden Identitäten, sei es durch »Überfremdung«, durch Verarmung oder durch den Verlust althergebrachter Bindungen und Institutionen zu unkontrollierten Ausbrüchen von Gewalt führt. Auf diese Weise stellt das Identitätskonzept eine einfache Erklärung für Handlungen bereit, die zunächst irrational scheinen. Es verweist dabei auf eine unterstellte menschliche Natur, ein Reiz-Reaktions-Schema, dem wir angeblich nicht entrinnen können. Die Auflösung des Rassismus-Problems lautet aus dieser Sicht immer: Die Fremden müssen verschwinden.

Geschichte statt Identität

Die Rede von der Identität besitzt nur eine scheinbare Evidenz. Es ist die der Evidenz des Offensichtlichen, die zu hinterfragen immer angebracht ist. Kollektive Identität ist eine bestimmte Art, den Zusammenhang zwischen Individuen zu beschreiben. Dadurch konkurriert sie mit anderen Begriffen, etwa dem der Gesellschaft oder der Gemeinschaft, die immerhin den Vorteil haben, daß sie tausendfach beschrieben, definiert, neudefiniert, umgewälzt und verworfen wurden. Es sind analytische Begriffe, deren Gehalt kontextbezogen sichtbar gemacht werden kann, die wegen ihrer Komplexität nicht zu einfachen Lösungen führen, sondern immer nur partiell anwendbar sind. Wer von Identität spricht, spart sich alle Schwierigkeiten. Sie ist immer die Voraussetzung ihrer selbst, sie kommt als gegeben, als Natur daher und beansprucht Erklärungsmacht auf dem Gebiet, das am allerwenigsten mit Natur zu tun hat, der menschlichen Kultur und Gesellschaft.
Warum sollen wir eigentlich von Identität sprechen, warum nicht von Geschichte? Was die Individuen tatsächlich zu Gemeinschaften zusammenfügt, sind gemeinsame Erfahrungen und eine Geschichte, die weiter zurückreicht als die unmittelbare Erinnerung jedes einzelnen Menschen. Geschichte und Erfahrung sind jedoch im Gegensatz zu Identität beschreibbar und kritisierbar. Sie eröffnen den Individuen und der Gesellschaft Möglichkeiten, ihr Handeln rational zu reflektieren und ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Das Gerede von Identität erspart uns solche Mühe. Doch der Preis dafür ist hoch. Wir unterstellen uns einem blinden Prozeß der Identitätsstiftung, von dem wir glauben, wir könnten ihm nicht entgehen. Wir bleiben ihm gegenüber als Individuen unverantwortlich, unser Handeln entzieht sich so der rationalen Kontrolle und unserem Willen. Diese ganz besondere Weise, sich der Verantwortung für das eigene Handeln zu entledigen, ist in der nachträglichen Rechtfertigung rassistischer Angriffe durch die Täter häufig zu beobachten. Es entsteht dieser seltsame Widerspruch zwischen der rational durchgeführten Tat und dem Fehlen einer rationalen subjektiven Begründung. Die Täter sehen sich selbst nicht als Subjekte und werden von ihrer Umwelt meist auch nicht als solche betrachtet.

Rassismus schafft Identität

Der Prozeß der Rassisierung setzt fortwährend Identitäten frei. Wie andere Formen der Herrschaft von Menschen über Menschen, erzeugt er Gemeinschaften mit Individuen, die sich in ihnen bewegen. Es ist ja keine reine Hollywood-Erfindung, daß sich amerikanische Negersklaven als solche gefühlt und verhalten haben. Sie waren einfältig und unterwürfig nicht nur, weil sie dazu gezwungen wurden, es war auch ihre ›wirkliche‹ Identität. Dasselbe läßt sich von allen andern Herrschaftsverhältnissen sagen. Ebenso wie die Sklaverei den Sklaven von innen heraus konstruiert, erzeugt das Patriarchat nicht nur die unterdrückte Frau, sondern auch die weibliche Identität. Genauso sind Kinder vermutlich viel weniger ›kindlich‹, als wir gerne annehmen. Die so erzeugten Identitäten verselbständigen sich über die Zeit und werden als Stützpunkte für Widerstand benutzt. Ein Beispiel dafür ist der Erfolg der Black Power Bewegung mit all ihren Vorläufern, Nachfolgern und Verzweigungen, die sich alle auf eine schwarze Identität beziehen. Entlang dieser Identität werden die Individuen organisiert und beginnen, sich gegen Unterdrückung zu wehren.
In der feministischen Diskussion ist das Problem schon längere Zeit diskutiert worden. Durch die Trennung von Sex und Gender wurde versucht, die soziale Komponente der Konstruktion Geschlecht (Gender) analytisch vom biologischen Geschlecht (Sex) abzuheben. Cornelia Eichhorn[2] beschreibt die Problematik einer Frauenbewegung, die sich entlang von Identität entfaltet:
»*Wenn du positive Kriterien willst, läufst du immer Gefahr, bestehende Strukturen zu bestätigen, anstatt sie zu bekämpfen. Für die Frauenbewegung und den Feminismus denke ich vor allem an die Frage der positiven Identität. Daran, daß in der Frauenbewegung schon sehr früh eine Strömung entstand, die begann, mit Begriffen wie Weiblichkeit positiv umzugehen, Weiblichkeit positiv zu besetzen und damit eigentlich Zuschreibungen, die an Frauen gemacht werden zu forcieren. Mein Kampf als Feministin richtet sich genau dagegen. Und da steckt das Paradoxe drin – denn als Feministin bin ich erstmal Frau, kämpfe aber dagegen, Frau genannt zu werden.*«

Wespe und Orchidee

Ganz andere Ansätze, über Identität nachzudenken, gab es in den 70er Jahren. Das Spiel mit den Codes begann, als sich mit dem Strukturalismus ein neues Denkparadigma Bahn brach. Die Herrschaft des Signifikats war gebrochen. Von nun an bestimmte der Signifikant. Gilles Deleuze und Felix Guattari[3] entwarfen die Möglichkeit, die Selbstinszenierung des modernen Menschen bis zur Auflösung jeder kollektiven Identität zu treiben. Wespe und Orchidee sollten wir sein, oder auch der rosarote Panther. Das Spiel mit den Codes schien unendlich, und es schimmerte ein ganz neues Reich der Freiheit durch. In den Verkettungen, den Vielheiten und den Deterritorialisierungen schien sich Herrschaft wie von selbst aufzulösen. Lyotards ›Patchwork der Minderheiten‹[4] war die Vision einer neuen, spielerischen Gesellschaftsformation, die immerwährende Abwechslung versprach. Man kann die Entstehung der neuen sozialen Bewegungen in diesen Prozeß eingebettet sehen. Ihnen galt das Ganze nichts mehr. Sie lehnten jeden Universalismus ab und ergingen sich ganz in einem neu entdeckten Hier

und Jetzt, das zu erobern und zu gestalten war. Den radikalsten Ausdruck fand diese Stimmung in der Autonomia in Italien, aber auch in den Häuserkampftagen im Westen Berlins in den frühen 80er Jahren. Doch mit der Zeit erwies sich die Freude als voreilig. Statt des freien Spiels mit der Identität, das zur Auflösung jeder Identität und damit zur Verwirklichung des universalistischen Gedankens hätte führen sollen, begann ein Prozeß der Re-Territorialisierung, in dem die verstreuten Identitäten auf den Boden der sozialen Verhältnisse zurückgeworfen wurden und sich in extreme Partikularismen umzuwandeln begannen. Statt der rosarote Panther, wurden wir doch nur wieder schwarz oder weiß, Frau oder Mann, oder noch schlimmer Deutsche, Kroaten usw. In den USA löste sich im Zuge der Erfolge der schwarzen Bürgerrechtsbewegung die Gesellschaft in Communities auf. Diese sind heute als klassenübergreifendes Organisationsprinzip anerkannt. Die Communities konstruieren sich nach dem ethnischen Prinzip. Sie bilden inzwischen »Nations« verschiedenster Art, die zusammen das Patchwork der US-Gesellschaft darstellen, in dem die Klassengegensätze unsichtbar geworden sind. In dieser Art des Kommunitarismus erreicht die Ethnisierung des Sozialen ihre bislang höchste Ausprägung. Der Vergleich zu den Nationalisierungsprozessen im ehemaligen Jugoslawien und andernorts drängt sich auf. Wahrscheinlich ist es nur die im Vergleich zur Alten Welt völlig anders verlaufene Nationenbildung in den USA, die eine andere Verlaufsform der Konflikte erzeugt als die der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen »selbsternannten« Völkern.

Identität als Waffe?

In der linken Debatte machen sich zwei Tendenzen bemerkbar, mit Identität umzugehen. Von vielen ImmigrantInnen wird die Organisierung entlang von ethnischen/kulturellen Identitäten bevorzugt. Tatsächlich ist der Widerstand gegen Rassismus, Diskriminierung und Ausbeutung wahrscheinlich zur Zeit nur über solche Identitäten zu organisieren, die von einem großen Teil der ImmigrantInnen als die ihren angesehen werden. Diesen Ansatz vertritt beispielsweise Diedrich Diederichsen[5], der für einen bewußten Umgang mit den Identitäten eintritt: Sie »*werden sowohl als Zuschreibung, Entmündigung und Zwang eingesetzt, als auch, um im Moment des mit einem Fuß in der Tür Stehens, Forderungen zu formulieren, (sie) leisten das, was Identitäten leisten können: Sie sind wie Baseballschläger und werden in der Regel von der Macht benutzt, aber wenn das der Fall ist, ist man auch gezwungen, sich mit ihnen zu wehren.*« Es bleibt die Frage, ob »Identität als Waffe« tatsächlich handhabbar ist, oder ob sie ein weiteres Mal in der Variante des Zauberlehrlings in Erscheinung tritt. Wie er den gerufenen Geist nicht wieder los wird, könnte sich eine auf Identität basierende Politik am Ende nur dazu eignen, neue Herrschaftsverhältnisse zu errichten, ohne gleichzeitig einen Emanzipationsprozeß einzuleiten. Michael Hahn und Günther Jacob[6] verlangen dagegen »das Signifikant-Werden von Marginalisierten« selbst zu thematisieren, d.h. die Zuschreibung von Identität von vornherein in Frage zu stellen, statt zu versuchen, sie »positiv zu wenden«.

Es droht ein Endlosstreit, der nicht mehr ist als eine lukrative Angelegenheit für das Feuilleton. Vielleicht ist es nicht so sehr die Frage, ob Identität als Stützpunkt für Widerstand benutzt werden soll oder nicht. Es passiert sowieso. Wichtiger scheint es, daß die Handelnden beginnen, die Zuschreibung von Identität zu reflektieren. Nur über diesen (mühevollen) Akt der bewußten Reflektion kann das identitäre Individuum die Souveränität des handelnden und verantwortlichen Subjekts zurückgewinnen. Um den rosaroten Panther ist es trotzdem schade. *Jan Allers / Nadine Gevret*

1 *Pierre-André Taguieff, La force du préjugé. Essai sur le racisme et ses doubles, Paris, La Découverte*, 1987, S. 59
2 *Cornelia Eichhorn in einem Interview in der Jungen Welt*, 7.1.1995.
Vgl. auch: Cornelia Eichhorn/Sabine Grimm: Gender Killer; Texte zu Feminismus und Politik, Berlin 1994
3 *Gilles Deleuze/Felix Guattari: Rhizom, in: Kapitalismus und Schizophrenie; Tausend Plateaus, Paris* 1980
4 *Jean Francois Lyotard: Patchwork der Minderheiten*
5 *Diedrich Diederichsen: Freiheit macht arm, Köln* 1993
6 *Michael Hahn/Günther Jacob: Patchwork im Kriegszustand, in: konkret* 12/1994



Antifaschismus und Antirassismus – was geht da zusammen?

Im Unterschied zu anderen Ländern hat sich in Deutschland erst in den letzten Jahren eine politische Praxis um den Begriff des Antirassismus etabliert. Aufbauend auf Theorie und Praxis anderer europäischer Länder, insbesondere der niederländischen, französischen und britischen Diskussionen, wird seitdem Rassismus in seiner Ideologie und in seinen Formen als eigenständiges Phänomen untersucht. Mit beigetragen haben dazu sicher auch die Auseinandersetzung um triple opression (beispielsweise der Aufsatz »Drei zu eins« von Klaus Viehmann u.a.). Bis dahin wurde die Beschäftigung mit dem Komplex Rassismus seitens der deutschen Linken im wesentlichen den Bereichen Antifaschismus und Internationalismus subsumiert. Geschuldet ist dies meiner Meinung nach ökonomistisch verkürzten Analysen, die Rassismus im wesentlichen als Bestandteil faschistischer und imperialistischer Politik ausmachen. Es ist an der Zeit, den linksradikalen Antifaschismus, wie er sich heute artikuliert, einer kritischen Betrachtung aus antirassistischer Perspektive zu unterziehen, und sich der Frage zu stellen, welche gemeinsamen Anknüpfungspunkte vorhanden sind.

Mangelnde theoretische Fundierung ...

In das Zentrum der Kritik rückt dabei notwendigerweise die antifaschistische Praxis. Theoretische Anstrengungen zur Fundierung eines neuen Antifaschismus werden kaum zur Kenntnis genommen. Dabei haben sich mit dem Ende der »bipolaren Weltordnung« die Möglichkeiten für faschistische Politikansätze drastisch erweitert und äußern sich auch in praktischer Politik. Nicht nur die Wiederherstellung Deutschlands als politisches Projekt, gerade auch die Entwicklungen in Italien oder Österreich zeigen, daß faschistische Politikoptionen wieder herrschaftswirksam werden können. Es ist dringend angesagt, sich (wieder) einen Begriff vom Faschismus zu erarbeiten. Dabei wird es insbesondere darauf ankommen, Fehler der Linken bei der Untersuchung des historischen Faschismus aufzuarbeiten. Aus meiner Sicht müßten dabei die Bedeutung von Rassismus und Antisemitismus in Ideologie und Praxis für den Faschismus im Mittelpunkt stehen. Theoretische Erklärungen, die Faschismus immer noch in erster Linie als totale kapitalistische Herrschaft mit dem Ziel der besonders brutalen Unterdrückung der Arbeiterklasse beschreiben wollen, sollten sich eigentlich allmählich überholt haben. Sie klären beispielsweise nicht, woher die Faszination kommt, die der Faschismus auf viele Menschen ausübte (und vielleicht wieder ausübt). Insbesondere ausgeklammert wird auch die Besonderheit des deutschen Faschismus: die systematisch betriebene Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden. Antisemitische Tendenzen werden in diesem Land, in dem es die Linke nach dem Faschismus nicht geschafft hat, eine kritische politische Kultur zu etablieren, die den Opfern ohne jede Funktionalisierungsabsicht mit Respekt begegnet, auch weiterhin eine politische Größe bleiben. Darauf verweist nicht nur das »Deckert-Urteil« aus dem letzten Jahr. So gab es im Frühjahr 1994 eine regelrechte antisemitische Kampagne gegen jüdische Einrichtungen und Personen, die in dem Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck ihren Höhepunkt fand.

... und ihre Konsequenzen für die Praxis

Die fehlenden theoretischen Klärungen haben selbstverständlich auch praktische Konsequenzen. Zwar sind in den letzten Jahren immer wieder die Schlagwörter »Rassismus und Sexismus« unter den zu bekämpfenden Phänomenen aufgetaucht, doch spiegelt sich dies kaum in der antifaschistischen Praxis wider. Bestenfalls wird gesagt, daß Rassismus ein Produkt des Zentrums der Gesellschaft sei, allerdings ohne zu benennen, was das nun konkret bedeutet und wie dem entgegenzutreten sei. Ganz der Tradition klassischer kommunistischer Analyse verhaftet erscheint Rassismus im linksradikalen Antifaschismus als listige Strategie, die sich die Nazis bzw. die Herrschenden ausgedacht haben, um die Bevölkerung aufzuhetzen und von den »eigentlichen Problemen« abzulenken. Entschuldigt wird mit dieser Herangehensweise die Mehrheit der Bevölkerung, die sich rassistische Ideologieangebote zu eigen macht und zumindest durch Duldung rassistische Ausschreitungen und Diskriminierungen passiv unterstützt. In der Interpretation der Pogrome seit Anfang der neunziger Jahre als Aufstand orientierungsloser Modernisierungsverlierer treffen sich übrigens linksradikale Einschätzungen mit dem Gedankengut von Heitmeyer, Leggewie und ähnlichen Koryphäen. Es ist meine Zuversicht, daß die Linke zu genaueren Analysen in der Lage ist. Parolen wie »Ausländer sind die falsche Adresse, haut den Politikern auf die Fresse« als Reaktion auf die Rostocker Pogrome dürften dann hoffentlich der Vergangenheit angehören.

»Fahndungsantifaschismus«

Die antifaschistische Bewegung verharrt dagegen bei einer Politik, die irgendjemand 'mal meiner Meinung nach zutreffend als »Fahndungsantifaschismus« bezeichnet hat. In mühevoller und aufwendiger Kleinarbeit werden Recherchen über faschistische Kader und Gruppen angestellt. Sicher ist es auch notwendig, genaue Informationen über Organisation und Hintergrund faschistischer Gruppen und Parteien zu sammeln. Nur birgt diese Arbeit die Gefahr der Personalisierung: Einerseits in dem Sinne, daß nur noch das als faschistisch entlarvt wird, was auch organisatorisch mit der Fascho-Szene verbunden ist, andererseits in dem »der Feind« dann sichtbar gemacht, mit Adresse und Telefonnummer angegeben werden kann, wobei gleichzeitig komplexere gesellschaftliche Zusammenhänge

mehr und mehr in den Hintergrund treten. Die Bedrohung, die von rechter Hegemonie in der politischen Kultur in diesem Land ausgeht, gerät aus dem Blickfeld. Seit 1989 haben die Bemühungen der deutschen Politik, sich aus den Fesseln der Vergangenheit zu befreien, eine neue Qualität erlangt. Die Abschaffung des Asylrechts stellt dabei einen Meilenstein dar. Das Asylrecht war nicht nur die letzte legale Möglichkeit für viele, in dieses Land einzureisen. Mit dem Asylrecht wurde auch eines der wenigen Einsprengsel, die als Konsequenz aus der faschistischen Geschichte hochgehalten wurden, beseitigt. Die aktuelle Diskussion um internationale Kriegseinsätze des deutschen Militärs weist in dieselbe Richtung. Um diese Politik ideologisch zu legitimieren, ist eine Relativierung des Nationalsozialismus für die Herrschenden unbedingt erforderlich. Deshalb muß in diesem »Jahr des Gedenkens« auch um Dresden getrauert werden (nach dem Motto: »die anderen waren ja auch schlimm«), deshalb wurde im letzten Jahr der 20. Juli dazu genutzt, regierungsoffiziell Anti-Antifa-Politik zu betreiben und deshalb mußte im Jahr zuvor mit der »Neuen Wache« ein nationales Symbol entworfen werden, das die Unterschiede zwischen den Opfern und Tätern im Nationalsozialismus einebnet.

Falsche Begrifflichkeiten

Von der Antifa-Bewegung sollte eigentlich erwartet werden, daß sie diese Geschichtsverfälschung und ihr zentrales Motiv erkennt und politisch angreift. Stattdessen sorgt sie durch falsche Besetzung von Begriffen für zusätzliche Verwirrung. Beispielsweise ist die Reservierung des Begriffs »Revisionismus« für die Vertreter der »Auschwitz-Lüge« (wie sie von Antifa-Publikationen wie dem »Rechten Rand« betrieben wird) völlig fehl am Platz. Geschichtsrevisionismus fängt eben nicht erst mit dem Leugnen der Shoah oder der deutschen Kriegsschuld an. Ein anderes Beispiel für einen falschen Umgang mit Begrifflichkeiten stellt die aktuelle Auseinandersetzung um die »Neue Rechte« dar. Die »Neue Rechte« stellt in meinen Augen ein faschistisches Projekt neuer Qualität dar, sowohl ideologisch als auch politisch strategisch. Durch kontinuierliche theoretische Arbeit hat sie eine Alternative zum traditionellen Faschismus etabliert und dabei Stichwörter wie »Ethnopluralismus« und »nationale Identität« in den herrschenden politischen Diskurs eingebettet. Ideologisch kümmert sie sich insbesondere um die Entwicklung eines kulturalistisch begründeten Rassismusbegriffs (dem die Linke oft einigermaßen hilflos gegenübersteht, weil sie ihn nicht richtig begriffen zu haben scheint). Sie arbeitet mit einer langfristig angelegten politischen Strategie, die sich erklärtermaßen die Erringung der »kulturellen Hegemonie« zum Ziel gesetzt hat, also über parteipolitische Bestrebungen weit hinausreicht, und sie ist dabei, wie wir täglich sehen, überaus erfolgreich. Mit einer zielgruppenspezifischen Ansprache ist es ihr gelungen, Bestandteile ihrer Ideologie in nahezu allen politischen Lagern zur Diskussion zu stellen. Es gibt also genügend Gründe, sich politisch und vor allem inhaltlich mit der »Neuen Rechten« als eigenständigem Projekt innerhalb faschistischer Optionen auseinanderzusetzen. Stattdessen bemüht sich die Antifa-Bewegung darum, nachzuweisen, daß die »Neue Rechte« gar nicht so neu ist, weil ihre ideologischen Fundamente auf der »Alten« fußen.

Gemeinsames

Meine Kritik ist deshalb so heftig, weil ich gerade dem linksradikalen Antifaschismus mehr zutraue. Bleibt die Frage nach der »Schnittmenge« zwischen heutiger antifaschistischer und antirassistischer Politik. Offensichtliche Gemeinsamkeiten bestehen bei der Bekämpfung direkter militanter faschistischer Angriffe, die zu ihrem großen Teil rassistisch motiviert sind. In diesem Bereich kommt es immer wieder zu gemeinsamen Aktionen antifaschistisch und antirassistisch motivierter AktivistInnen, sei es die Organisation von Demos, sei es gemeinsames S-Bahnfahren. Weiter gibt es selbstverständlich immer dann Zusammenarbeit, wenn es um die Bekämpfung offen rassistisch auftretender Organisationen geht. Antirassismus, sofern er politisch ernstgenommen werden will, beschränkt sich aber keinesfalls auf die Reaktion auf gewalttätige Übergriffe seitens der Faschisten oder auf andere Formen des offen auftretenden Rassismus. Diese stellen immer nur die Spitze des Eisbergs dar. Im Mittelpunkt einer linken antirassistischen Praxis stehen der institutionelle und der strukturelle Rassismus, wie er im Zentrum der Gesellschaft produziert und reproduziert wird. Hier, so fürchte ich, gibt es im Moment wenig bis keine Überschneidungen zwischen antifaschistischer und antirassistischer Politik. Wir haben uns mit dem rassistischen Konsens, wie er in breiten Teilen der Bevölkerung herrscht, auseinanderzusetzen. Und es geht zunächst einmal darum, überhaupt ein Bewußtsein für die rassistische Durchdringung ganzer Gesellschaftsbereiche zu schaffen. Zugegebenermaßen kriegen wir hier, auch angesichts der Fülle der uns gestellten Aufgaben, noch viel zu wenig auf die Reihe, sowohl was praktisches Eingreifen als auch theoretische Anstrengungen zur Analyse des Komplexes angeht. Wo es (hoffentlich) mehr Gemeinsamkeiten gibt oder zumindest geben könnte, ist die Beschäftigung mit der »Neuen Rechten«. Die antirassistische Bewegung (oder besser: die Splitter derselben) wäre gut beraten, wenn sie sich mit dieser inhaltlich und praktisch auseinandersetzen würde. In den Denkfabriken der »Neuen Rechten« wird immer wieder an Themen gearbeitet, die zum Teil Jahre später politisch wirksam werden. Hier wird an den Legitimationen rassistischer Politik gefeilt. Ein Beispiel dafür ist eben die Durchsetzung eines kulturalistisch geprägten Rassismusbegriffs (wobei hier nicht gesagt werden soll, das offen biologistisch auftretender Rassismus heute keine Rolle mehr spielt: gegenwärtig sind wir mit allen Spielarten rassistischer Begründungen konfrontiert). Eine genaue Beschäftigung mit neurechten Ideen würde vielleicht auch bei der Beantwortung der Frage helfen, auf welche Form von Gesellschaft hier zugesteuert wird. Wenn seitens der antifaschistischen Bewegung in diesem Bereich neben die Recherchearbeit – die ich, wie gesagt, für notwendig, aber nicht hinreichend halte – auch noch eine inhaltliche Klärung treten würde, könnten wir uns dort wiedertreffen.

Thomas, ZAG-Redaktion

Foto: Marily Stroux



Zentralamerika Komitee Tübingen

Die Linke zwischen Antirassismus und internationaler Solidarität

15 Jahre ZAK (Zentralamerika Komitee Tübingen) waren für uns Anlaß für den Versuch einer Standortbestimmung der internationalistischen BRD-Linken.

Angesichts der Umbrüche der letzten Jahre fallen uns heute die blinden Flecken und Denkfaulheiten von gestern auf die Füße. In einer Art Abwehrkampf reagieren wir nur noch auf die schlimmsten Auswüchse. Die zugrundeliegenden politischen Entwicklungen beantworten wir oft nur mit Sprachlosigkeiten.

Die internationalistische Linke in der alten BRD hat sich jahrelang in der Solidarität mit den Ländern am wohlsten gefühlt, mit denen der deutsche Imperialismus am wenigsten zu tun hatte. Nun haben wir im ZAK zwar reichlich bemüht, von dort Verbindungslinien nach hier nachzuzeichnen, doch auf die naheliegende Konsequenz, von hier den offenen Adern stromaufwärts zu folgen mit der Gefahr, nicht in Nicaragua, sondern in der Türkei oder im Iran anzukommen, sind wir nur sporadisch gekommen.

Der »Hinterhof« des US-Imperialismus war uns näher als der der BRD. Heute, wenige Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des gesamten RWG wird vollzogen, was abzusehen war: In der neuen Weltordnung nimmt sich das sich formierende Europa sein Lateinamerika vor der Haustüre, Deutschland seinen Hinterhof. In der Frage des Asylrechts bekamen die östlichen Nachbarn eine Lektion, wie deutsche Ostpolitik vom Innenministerium aus betrieben wird, zwischenstaatliche Vereinbarungen nicht verhandelt, sondern diktiert werden.

Amerika den (US-) Amerikanern, Europa den Deutschen. Und wie die USA vom Rest Amerikas durch eine Mauer getrennt wird, so werden auch um ganz Europa, speziell aber an der deutschen Ostgrenze wieder Mauern gebaut entlang der Wohlstandsgrenze. Diese Prozesse gehen nicht bruchlos. Sie wollen ideologisch unterfüttert sein. Die wohlstandschauvinistische Verteidigungshaltung, mit der wir es tagtäglich und immer mehr zu tun haben, ist auch ein Ergebnis dieser Abschottung unseres Reichtums.

Heute machen wir – wie viele linke Gruppen – antirassistische Arbeit. Wir reagieren damit auf den sich ausbreitenden Rassismus, also auf die Ideologien, die die Formierung eines europäischen Machtblocks unter deutscher Führung absichern sollen. Gleichzeitig tun wir uns nach wie vor schwer damit, diese politischen Entwicklungen selbst zum Thema zu machen. Weder zu Osteuropa, wo große Teile dabei sind, zu klassischen »3. Welt«-Ländern abzurutschen, noch zu EG, noch zum wiedererstarkten deutschen Machtanspruch gibt es eine nennenswerte linke Opposition. Wenn wir Unterstützungsarbeit für Flüchtlinge machen, wie die Arbeit gegen das Abschiebelager in Reutlingen oder das Projekt Zuflucht, dann müssen wir gerade als internationalistische Gruppe immer auch die Fluchtursachen über diese Arbeit öffentlich machen. Dabei kommen wir nicht mehr an der Tatsache vorbei, daß ein Großteil der Flüchtlinge aus Osteuropa kommt, also nicht aus den Ländern, zu denen wir bisher gearbeitet haben.

Die Veränderungen in Praxis und Inter-

nationalismusverständnis der Linken scheinen dazu geführt zu haben, daß uns Kämpfe und Entwicklungen in anderen Teilen der Welt weniger präsent sind.

Nach drei Jahren Unterstützungsarbeit für und mit Flüchtlingen stellen wir jedoch fest, daß wir die Kämpfe in der »3. Welt«, auf die wir uns jahrelang bezogen haben, kaum mehr wahrnehmen. In dem Maß, wie das Interesse der kritischen Öffentlichkeit und der bürgerlichen Medien an der »3. Welt« nachgelassen haben, verließ uns auch das Gefühl, wir könnten mit unserer Unterstützungsarbeit für die Befreiungskämpfe in der »3. Welt« hier noch etwas bewegen. Über Zentralamerika »dynamisiert sich hier nichts mehr«, sagten wir – und trugen damit selbst dazu bei, daß der BRD-Linken der internationalistische Blick verloren ging.

Das hat Folgen: Nach der Grenadainvasion hätte wohl jedeR von uns in einigen Stunden ein ganz passables Flugblatt schreiben können, für ein gutes Flugblatt zu Somalia müßten wir wohl einige Tage in Klausur gehen, zu Jugoslawien vielleicht eine ganze Woche. Das läßt sich nicht nur mit Verunsicherung erklären. Die Einmischung der BRD im ehemaligen Jugoslawien und die UNO-Intervention (mit BRD-Beteiligung) in Somalia ruft bei uns, wenn wir ehrlich sind, statt anti-imperialistischer Empörung nur noch ein halbherziges Unbehagen hervor. Zu lange hatten wir uns daran gewöhnt, die Welt allzu leicht in Gut und Böse, in Schwein oder Nichtschwein zu unterteilen. Heute fehlt uns offensichtlich das Handwerkzeug für eine differenzierte Wahrnehmung und Vermittlung von Prozessen, zu denen wir nicht schweigen sollten.

Der uns InternationalistInnen häufig vorgeworfenen Flucht in die »3. Welt« folgt heute also die Abkoppelung der »3. Welt« in unserer Praxis und immer mehr auch in unseren Köpfen. Hat beides miteinander zu tun?

Wir leben in dem Dilemma, uns in der verhaßten Schicksalsgemeinschaft BRD ganz angenehm eingerichtet zu haben. Ob wir wollen oder nicht, sind wir NutznießerInnen der bestehenden Weltordnung. Die Identifikation mit fernen Befreiungsbewegungen war eine Möglichkeit, dieses Dilemma scheinbar aufzulösen. Auf der richtigen Seite des Guten stehend konnte man sich der Verwobenheit mit der eigenen Gesellschaft und ihrer sich wiederholenden Vergangenheit entziehen. Verbunden war dies meist mit vehementen Schuldgefühle, die nicht selten zu einem argen moralischen Rigorismus protestantischer Tradition führten. Das machte uns hart, elitär, unattraktiv.

Wir ahnen, mit Moral läßt sich kein Blumentopf mehr gewinnen. Unrecht, das nicht mir, sondern anderen angetan wird, scheint für eine Dauermotivation nicht zu taugen.

Für uns ist Widerstand offensichtlich nicht notwendig, es gibt hier keine Not zu wenden (Thürmer-Rohr), wir können uns den Luxus leisten, auch mal eine Weile Pause von der politischen Arbeit zu machen. Dabei muß man kein Schwarzseher sein, um zu sehen, wieviel Not, wieviel kaputte und fertige Menschen diese Gesellschaft täglich produziert. Trotzdem fällt es uns schwer, hieraus ein eigenes Interesse an Widerstand abzuleiten und vor allem darüber auch neue Bündnisse zu schließen, mit den anderen, die hier ähnlich betroffen sind. Während noch vor 20 Jahren die intellektuelle Linke selbst in die Fabriken gegangen ist, um sich zu proletarisieren, befinden sich heute viele von uns selbst in prekären Beschäftigungsverhältnissen ohne Aussicht auf eine langfristige wirtschaftliche Absicherung. In vielen Gruppen wird unter dem Stichwort »Neue Proletarität« unser Verhältnis zur sozialen Frage und unsere eigene Position diskutiert (z. B. Karl-Heinz Roth). Das ist wichtig. Darüber, ob sich daraus neue Bündnisse zu denen ergeben, zu denen wir den Kontakt lange und gründlich verloren haben, bin ich eher skeptisch. Wir sind kulturell und politisch von den vielen in dieser Gesellschaft, die sich heute in ähnlicher sozialer Lage befinden, weitgehend isoliert. Ich fürchte in diesen sozialen Kämpfen, die die politischen Auseinandersetzungen in den nächsten Jahren bestimmen werden, werden wir – also die intellektuelle Linke – nicht die treibende Kraft sein.

Die Linke hat den Antikapitalismus aufgegeben oder zumindest vernachlässigt. Sie kann daher kaum auf die soziale Krise reagieren.

Jahrelang haben viele Soli-AktivistInnen die Arbeiter und Arbeiterinnen aus der internationalistischen Sichtweise nur als Profiteure des weltweiten Systems gesehen. Nun sehen wir uns immer mehr einer »3. Welt« in der »1. Welt« gegenüber. Nicht nur Flüchtlinge aus der »3. Welt«, sondern auch viele »Eingeborene« rutschen immer weiter unter die Armutsgrenze ab. Während sich andere noch eine Ausländerfreundlichkeit leisten, die sie nichts kostet, weil die anderen die Drecksarbeit machen, sind die von Krise Betroffenen stärker gezwungen, sich zwischen Ausgrenzung und Solidarisierung zu entscheiden. Die Interessengegensätze zwischen ArbeiterInnen hier und dort können wir nicht wegreden. Wenn es darum geht, ob eine Fabrik hier oder in einem »3.Welt«-Land gebaut wird, dann stehen sie in Konkurrenz um Arbeitsplätze. **Zu einer antikapitalistischen Analyse würde aber gehören, diese scheinbar objektiven Interessengegensätze zu hinterfragen.** Wie ist das aber heute vermittelbar? Das gemeinsame Interesse aller müßte sein, sich nicht mehr gegeneinander ausspielen lassen zu müssen, die Sache in die eigene Hand zu nehmen, statt sich ausbeuten zu lassen. Wir haben hier keine Sprache, antikapitalistische und internationalistische Positionen in den Auseinandersetzungen vor Ort verständlich zu machen. Auch die Positionen selbst müssen erst wieder errungen werden: Hat Huidobro recht, wenn er es schon für internationalistisch hält, wenn deutsche Kohlearbeiter gegen die Einfuhr von »Blutskohle« aus der »3. Welt« protestieren, um ihre Arbeitsplätze zu sichern?

Ein anderes Beispiel: Jahrelang haben wir die zerstörerischen Auswirkungen des Welt-Kapitalismus in der »3. Welt« angeprangert (Stichwort Direktinvestitionen). Seit den 80er Jahren leiden viele Länder aber unter dem Abzug von Kapital. Provokant gefragt: Leidet die »3. Welt« an »zuviel« oder an »zu wenig« Kapitalismus? Eigentlich eine fundamentale Frage, aber wir wissen trotz jahrelanger Beschäftigung mit dem Thema wie »Weltmarkt« und »Verschuldung« keine Antwort.

Die bisherige Darstellung linker Versäumnisse und Verunsicherungen führt zu der Frage, ob Gaby Gottwald Recht hat, wenn sie bereits 1991 for-

mulierte: »*Die Linke als gesellschaftliche Kraft existiert nicht mehr. Wer sich noch trifft, das sind ehemalige Akteure der Linken, die die Trauer über den Verlust organisatorischer Zusammenhänge genausowenig überwunden haben wie die Trauer über den Verlust der historischen Bedeutung der eigenen Persönlichkeit bei der radikalen Umgestaltung dieser Gesellschaft*«(in: PIZZA: Odranoel, Hamburg 1992)

Tatsächlich ist bei einer kritischen

Bestandsaufnahme nicht zu verleugnen, daß wir uns seit Jahren mit gesellschaftlichen Utopien schwer tun. Wir sehen keine Ansatzpunkte, von denen aus wir Gegenentwürfe entwickeln könnten. Die logische Konsequenz daraus ist, daß wir nur noch in den eigenen Kreisen agitieren oder ein kleines bißchen darüber hinaus. Für uns als internationalistische Gruppe besonders folgenreich ist die Aufgabe nach einer internationalen Utopie und zwar nicht erst als Konsequenz aus dem Scheitern des »Experiments Staatssozialismus«, sondern lange vorher.

In unseren politischen Biographien gab es irgendwann den Punkt, an dem uns klar wurde: Das System hier macht keine Fehler, es ist der Fehler. Aus unserer Praxis heraus erkannten wir die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen – in der gleichen Praxis ging uns dann irgendwann der Glaube verloren, daß diese notwendigen Veränderungen unter den gegebenen Bedingungen erreichbar sind.

Grundlegende notwendige Veränderungen – also so was wie eine Revolution – kann sich hier in den Metropolen wohl schon lange keineR mehr ernsthaft vorstellen. Aber noch zur »Blütezeit der ZAK« bis Mitte der 80er Jahre sah man sich als unterstützender Teil internationaler Aufstände und Befreiungsbewegungen, die von den drei Kontinenten aus »dem System« gefährlich zu werden schien. Noch 1987 ließen wir uns von Karam Khella vorrechnen, daß »der Imperialismus« in seinen letzten Zügen liege. Auch damit ist es heute erstmal vorbei.

Der Umgang der Linken mit diesem Dilemma, das ich kurz als revolutionäres Bewußtsein ohne Geschichtsoptimismus bezeichnen möchte, ist durchaus verschieden:

Ein Teil der noch Aktiven verdrängt das Dilemma mit Projektionen und Mythenbildung oder hält starr an alten Formen und Parolen fest.

Der andere Teil stellt sich dem Dilemma und begreift sich konsequenterweise als diese furchtbar unattraktive »Kraft der Negation«. Konkrete Utopien in dem Sinne »Es müßte doch möglich sein, daß ...« beziehen sich nicht mehr auf die Umsetzung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, sondern auf die Richtigkeit der Analyse.

Wieder andere betreiben die Versöhnung oder auch Wiedervereinigung mit der vorher verhaßten Gesellschaft. »Spätheimkehrer« nennt sie Hermann Gremliza. Ihre Utopien reichen nicht mehr über »Tempo 30-Zonen« hinaus.

Der Rest leidet – was nachzuvollziehen ist – unter Erschöpfung und zieht sich in die innere Emigration oder in den Zynismus zurück.

Ich denke, daß uns als Solibewegung das heute hart trifft, da wir uns ja jahrelang ganz gut mit Entwürfen für neue Gesellschaften in Nicaragua und El Salvador über Wasser halten konnten. Auch über unsere tatsächliche gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit konnten wir uns hinwegtäuschen, da es hier immer noch genug frustrierte Linke gab, denen wir mit Nicaragua und El Salvador etwas Sinn stiften durften. Heute gibt es immer noch Kämpfe in Zentralamerika, aber um unsere gesellschaftlichen Gegenentwürfe müssen wir uns selber kümmern. Konkrete Utopien können nur dann handlungsrelevant werden, wenn sie uns nicht auf ein jenseitiges Danach vertrösten. Es kommt also nicht darauf an, konkret zu entwickeln, was wir machen würden, wenn wir dürften, wie wir wollten.

Die Utopien, die wir brauchen, müssen spürbar sein, sie müssen hier in meinem Leben vorstellbar sein. Meine, unsere eigenen Interessen müssen darin vorkommen. Aber sie müssen die Interessen der Anderen auch miteinschließen.

Christina Thürmer-Rohr fordert: »*Wenn wir an einem utopischen Begriff von Gesellschaftskritik festhalten wollen und nicht nur die Erhaltung des status quo oder einige Verbesserungen für uns, dann geht es nicht mehr nur um unsere Diskriminierung, sondern auch um die der Anderen.*« (taz, 6.1.1993)

Geht das zusammen, die eigenen Interessen und die der Anderen?

Lutz Taufer zitiert einen Genossen von den Tupamaros: »*Wir brauchen eine Strategie des Glücks, nicht der Opfer. Die Linke muß diese Strategie des Glücks spürbar, sichtbar verkörpern. Sie muß wegkommen von der spartanischen, der dem Leben abgewandten Einstellung. Es geht nicht um die Zerstörung, sondern um die Überwindung dessen, was ist. Der Reichtum im Kapitalismus ist, für sich genommen, nichts Schlechtes. Aber in deinem Land werden viele Dinge verschwendet, die wir in Uruguay zum Leben bitter*

nötig hätten.« Soweit Louis Rosadilla (ak 337, Dezember 1992).

Worum es geht, ist, eine Strategie des Glücks jenseits der Doktrin des Egoismus zu entwerfen. Begriffe wie Solidarität oder Teilen sind uns geraubt worden und werden zur Zeit nationalistisch gegen uns gewandt. Das darf uns nicht sprachlos machen.

Was wir brauchen, sind Dialoge mit Menschen aus der »3. Welt«. Dialoge, die eher diesen Namen verdienen als viele der ungezählten Einbahnstraßenveranstaltungen mit VertreterInnen von Befreiungsbewegungen, in denen auf beiden Seiten von Neugierde kaum was zu spüren war.

Was wir brauchen, sind Dialoge mit Menschen aus der »1. Welt«. Die Erkenntnis, daß wir in den kommenden sozialen Bewegungen nicht die Träger sein werden, kann uns helfen, uns in diesen Kontakten nicht nur als Agitatoren, sondern wieder als Lernende zu begreifen. Auf dieser Ebene können wir dann mit einem gewissen Selbstbewußtsein unsere Fragen und unsere Positionen einbringen.

Würden wir uns mal wirklich darauf einlassen, könnten wir sehen, daß es noch sehr viele Menschen hier gibt, die sich noch lange nicht abgefunden haben und die dabei – wenn vielleicht auch eingegraben in institutionelle Zwänge oder in der Versenkung – auch noch über den eigenen Tellerrand blicken, sei es auch nur weil die Suppe kalt geworden ist.

Gemeinsam müssen wir uns ermutigen, daß es genug Gründe gibt, sich zu wehren, etwas ganz anderes zu wollen und auch etwas dafür zu geben, dem näher zu kommen, was wir wollen. Gemeinsam sollten wir uns die Kultur des Widerstands erhalten und sie dort wiedergewinnen, wo sie uns verloren gegangen ist. Nicht um am Ende selig gesprochen zu werden, sondern um nicht zu ersticken in dem sich ausbreitenden deutschnationalen Sumpf, um nicht kaputt zu gehen, wie so viele hier mitten unter uns in dieser reichen ersten Welt.

Sicher, unsere Ohnmacht, die uns lähmt, können wir nicht wegreden. Sie ist real. Doch wir dürfen ihr nicht unsere Seele zum Fraß vorwerfen. Wo sich noch Widerständiges regt, da ist noch Leben. Das Erstarrte, gegen das wir kämpfen, müssen wir immer wieder in unseren Köpfen schon überwinden.

Das ZAK/Zentralamerikakomitee Tübingen hat sich wie viele Komitees im Herbst 1978 gegründet, um politische und materielle Unterstützung für die FSLN in Nicaragua und später auch für andere revolutionären Bewegungen in Zentralamerika zu mobilisieren. Wir verstanden uns als Teil des internationalistischen Arms der westdeutschen Linken. Der »Widerstand im Herzen der Bestie« schien uns die wirkungsvollste Unterstützung mit den Befreiungskämpfen in der »3. Welt« zu sein. Von daher war uns wichtig, den Bezug zu »hier« herzustellen (z. B. die Rolle rechter Contra-Unterstützer, aber auch der SI, später die Rolle von IWF und Weltbank). Von daher beteiligten wir uns an lokalen und überregionalen Aktionen und Bewegungen (Anti-AKW, Hausbesetzungen, politische Gefangene etc.). Dabei legten wir Wert auf Bündnisse sowohl mit linksradikalen als auch mit eher bürgerlichen Gruppen. In den vergangenen drei Jahren haben wir uns thematisch neu orientiert. Wir stellten die Ländersolidarität mit Nicaragua und El Salvador ein und konzentrierten uns auf »übergreifende« Themen wie EG, 500 Jahre conquista und Weltwirtschaftsgipfel. Vor allem machten wir aber in den vergangenen drei Jahren antirassistische Arbeit vor Ort (Protestaktionen u.a. zum Thema Asylrecht und zum Abschiebelager in Reutlingen).

Der vorliegende Text ist ein Referat, das ein Vertreter der ZAK anläßlich des 15-jährigen Jubiläums des Komitees vor ZAK-AktivistInnen am 19.11.1993 gehalten hat.



»Antirassistische« Sozialarbeit: Von der Realität einer Halluzination

Ist doch bloß »Sozialarbeit«. So oder ähnlich klingen die abwertenden Kommentare linker AntirassistInnen über die Aktivitäten anderer, aber auch über die eigenen. Distanzierung und schlichte Negierung von sozialarbeiterischen Elementen des eigenen Tuns ist eine beliebte »Strategie«, der (selbst)kritischen Auseinandersetzung mit der Rolle der Sozialarbeit innerhalb eines linken Antirassismus auszuweichen. Kaum ertönt das Reizwort »Sozialarbeit«, schon fallen Adjektive wie »reformistisch« und »unpolitisch« aus diversen Mündern. Dieser Reflex verhindert eine notwendige Diskussion zu einem differenzierteren Umgang mit der Sozialarbeit. Wir wollen in diesem Text die verschiedenen Ebenen sozialarbeiterischen Handelns in der antirassistischen Praxis aufzeigen und bewerten. Nach einer Darstellung der Entstehungsgeschichte der Sozialarbeit soll insbesondere ihre gesellschaftliche Funktion betrachtet werden. Klar ist, daß eine gesellschaftstheoretische Auseinandersetzung mit der Rolle der Sozialarbeit eine kritische bis ablehnende Haltung zur Folge hat, jedoch darf dies den Blick nicht darauf verstellen, daß eine praktische Handlungsfähigkeit in Anbetracht der gesellschaftlichen Bedingungen erhalten bleiben muß. Insofern halten wir es für notwendig, die individuelle Handlungsebene in die Überlegungen miteinzubeziehen.

Was ist eigentlich Sozialarbeit?

Die Anfänge einer professionellen Sozialarbeit sind zu Beginn der Industrialisierung entstanden. Mit der Auflösung der feudalen Gesellschaftsordnung wuchs in den expandierenden Städten der »Stand« der »freien Lohnarbeiter«; Menschen ohne feste Arbeit, die die industrielle Reservearmee bildeten. Der feudale Lehnsherr, der verpflichtet war, seine Leibeigenen in schlechten Zeiten vor dem Hungertod zu bewahren, hatte abgedankt. Nun war das Bürgertum gefordert, hier neue Lösungsstrategien zu entwickeln.

Als erste Ergebnisse einer bürgerlichen »Sozialpolitik« entstanden an der Peripherie der Städte sogenannte »Armenhäuser«, in denen arbeitsunfähige Menschen interniert wurden. Für die Arbeitsfähigen wurden hingegen spezielle »Arbeitshäuser« errichtet, um arbeitswillige und funktionierende ArbeiterInnen für die Produktion heranzuziehen. Die Aufseher in diesen Einrichtungen waren neben den Henkern, die die »peinlichen Strafen« an den der bürgerlichen Obrigkeit nicht genehmen, weil vagabundierenden und bettelnden Menschen vollzogen, die erste Personengruppe, die sich hauptberuflich mit Armen, Fremden, elternlosen Kindern, Obachlosen, kurz: allen möglichen gesellschaftlichen Randgruppen befaßten. Von diesen führt die historische Entwicklung über die Wohlfahrtspflege und Fürsorge hin zur heutigen Sozialarbeit.

In diesen knapp 200 Jahren hat sich viel geändert, das »Arbeitshaus« als Zwangsmittel zur Arbeit wurde von subtileren Methoden abgelöst; das bürgerliche Ideal der Arbeitsgesellschaft wurde gesamtgesellschaftlich durchgesetzt, deren Tugenden wie Ordnung, Pünktlichkeit und Gehorsam verinnerlicht. Die Arbeit selbst wurde zum Sinn-Zentrum des Lebens. Für diejenigen, die, aus welchen Gründen auch immer, aus diesem System herausfallen oder herausgehalten werden, tritt – damals wie heute – die Sozial-Arbeit auf den Plan.

Seit ihrer Entstehung ist die gesellschaftsintegrierende Funktion der Sozialarbeit weitestgehend unverändert geblieben, die einzelnen Aufgabengebiete haben sich mehr und mehr ausdifferenziert. Die Sozialarbeit definiert sich heute als jene »befähigte« Instanz, die Benachteiligten Unterstützung und Hilfe leisten soll, um diesen die Möglichkeit zu geben, regelmäßig und verhältnismäßig unabhängig (im Rahmen kapitalistischer Bedingungen) am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Der Bezugsrahmen der Sozialarbeit war und ist der jeweils herrschende Status Quo der Gesellschaft; abstraktes Ziel bleibt die Eingliederung von Individuen in die Gesellschaft. Konkret heißt dies bestenfalls, die Lebenssituation der Individuen in den unteren Stufen der gesellschaftlichen Hierarchie etwas erträglicher zu gestalten.

Die professionelle Sozialarbeit tritt erst dann in Erscheinung, wenn Gesellschaft oder Politik sie einfordern, um gesellschaftliche Mißstände zu ändern. Eine Kritik oder ein Infragestellen von politischen Vorgaben und gesellschaftlichen Zuständen findet in der Regel nicht statt.

Lediglich Minderheiten der in den unterschiedlichsten Bereichen der Sozialarbeit tätigen Menschen haben immer wieder versucht, ein emanzipatorisches Selbstverständnis ihrer Arbeit zu entwickeln und

sich bemüht, es im Rahmen der gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen zu praktizieren.
Die sonst so beliebte Unterscheidung von unbezahlter (gleich politisch korrekter) und bezahlter (gleich reformistischer) Sozialarbeit halten wir für relativ beliebig. Sowohl bezahlt als auch unbezahlt kann emanzipatorisch oder traditionell gearbeitet werden. Bei bezahlten sozialarbeitenden Menschen besteht jedoch die Gefahr, daß das Interesse, sich selbst überflüssig zu machen, verloren geht. Aufgrund der ökonomischen Abhängigkeit sind sie nicht bereit, diese »goldene Regel« der Sozialarbeit umzusetzen. Bei unbezahlter, nicht an Institutionen gebundener sozialer Arbeit, können möglicherweise die Spielräume des Handelns größer sein. Die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen bleiben jedoch gleich.

Sozialarbeit gegen rassistische Gewalt?

Nachdem das massive Auftreten rechter Gewalt nicht mehr schöngeredet werden konnte, mehrten sich die Stimmen, die, auf das »deutsche Ansehen« und die Exportraten schielend, forderten, etwas gegen die Gewalttätigkeiten, die in erster Linie bei Jugendlichen verortet wurden, zu unternehmen. Schnell wurden Gelder aus anderen Bereichen wie Suchtprävention oder Frauen abgezogen, um mit Hilfe solch wohlklingender Programme wie »Jugend mit Zukunft«, der Jugendgewalt »Herr« zu werden. Aus diesem Topf wurden Maßnahmen zur Integration / Reintegration von Jugendlichen via Streetwork oder durch neue, teilweise wiedereröffnete Jugendtreffpunkte ebenso gefördert, wie auch eine Abteilung der Polizei, die, beauftragt, die Jugend von der Zukunft zu überzeugen, komplett mit sämtlichen Argumentationshilfen, vom Schlagstock bis zur Wanne, ausgerüstet wurde. Autoritäts- und Machtverhältnisse wurden – was wenig erstaunen dürfte – nicht in Frage gestellt.
Den frustrierten und desorientierten Jugendlichen, in den Medien meist in der männlichen, kurzhaarigen Variante als Protagonisten des Rassismus präsentiert, fehle es vor allem an Zuwendung und Perspektiven. Mit Hilfe von Sozialarbeit und pädagogischen Programmen könnten diese Jugendlichen jedoch lernen, wieder auf den »rechten Pfad« zurückzukehren. Namhafte Sozialwissenschaftler wie Wilhelm Heitmeyer, Claus Leggewie und Hajo Funke legitimierten dieses Bild und beschworen vor allem die Gefahren durch Modernisierungsprozesse. Obwohl empirisch widerlegt, wurden Orientierungs- und Perspektivlosigkeit, sowie Arbeitslosigkeit und Langeweile zu Ursachen rechtsextremer und rassistischer Einstellungen erklärt. So wird suggeriert, eine Sozialarbeit, die Orientierung, Perspektiven, Erlebnisse und Unterhaltung bietet, könne die (politische) Lösung für den Rassismus in der Gesellschaft sein.
Es fragt sich, wie sinnvoll unter solchen Vorzeichen eine sozialarbeiterische Unterstützung von rechten Jugendlichen ist. Damit wird eine Dominanzgruppe unterstützt, deren Gedankengut sich mit dem eines großen Teils der Bevölkerung deckt, den rassistischen Konsens der Gesellschaft jedoch in radikalisierter Weise artikuliert. Es scheint so, als ob die Sozialarbeit stellvertretend für die »schweigende Mehrheit« der guten Deutschen den Kampf gegen die rassistischen Gewalttäter am Rand der Gesellschaft aufnimmt. Nur ist Rassismus keine Erscheinung der gesellschaftlichen Ränder, Rassismus ist ein struktureller Bestandteil der ganzen Gesellschaft. Was bleibt, ist das konstruierte Bild des rassistischen Gewalttäters als Opfer. Und »Opfer« ist er ja auch, Opfer der kerzentragenden Rassisten, denen das »Ansehen der Deutschen im Ausland« und ihr eigenes gutes Gewissen wichtig genug sind, sich von denjenigen abzugrenzen, die »lediglich« ihre eigenen Gedanken und Worte in die Tat umsetzen.
Andere Erklärungsansätze, wie die von Birgit Rommelspacher, die das Dominanzverhalten einer patriarchalen Gesellschaft als eine Ursache benannte, und damit im Widerspruch zu herrschenden Modellen stand, werden belächelt oder pikiert zur Kenntnis genommen. Sie passen nicht in das selbstzufriedene Bild der professionellen Helfer. Anstatt den von Rassismus Betroffenen effektive Unterstützung zu gewährleisten, wurden und werden Projekte ins Leben gerufen, die rechte deutsche Jugendliche darin unterstützen, eine »neue« Lebensperspektive in dieser »Risikogesellschaft« zu finden. Die Gefahr, daß die politische Arbeit von Rechten unter dem Deckmäntelchen der Sozialarbeit vorangetrieben werden könnte, wurde nicht als reales Problem betrachtet. Beispiele aus der Praxis zeigen jedoch, daß Organisierung von Rechten in sozialpädagogischen Einrichtungen stattfinden kann. Teilweise stammen die Sozialarbeiter selbst aus der örtlichen rechten Szene, teilweise unterstützen wohlmeinende SozialarbeiterInnen wissentlich oder unwissentlich den Aufbau rechter Strukturen. Außerdem wur-



Foto: Umbruch-Bildarchiv

den in vielen Städten Jugendclubs von rechten Jugendlichen in Beschlag genommen und andere Jugendliche dadurch verdrängt.
Nicht daß eine Auseinandersetzung mit Rechten nicht stattfinden sollte, doch muß die Ausgangslage eine andere sein und als Allheilmittel darf nicht die Vermittlung einer Lehrstelle, einer »sinnvollen« Freizeitbeschäftigung oder Ähnliches stehen. Es kann nicht darum gehen, sozialpädagogische Arbeit mit Jugendlichen grundsätzlich abzulehnen. Angebote, die nicht aus dem Fundus des rechten Umfeldes stammen oder es stabilisieren, sind durchaus sinnvoll. Wenn dadurch dazu beigetragen wird, daß Jugendliche sich nicht in rechten Zusammenhängen organisieren, kann dies als Erfolg gewertet werden.Sozialarbeit muß gesellschaftliche Machtverhältnisse thematisieren und darf bei der Arbeit mit rechten Jugendlichen nicht aufhören. Die Lösung von politischen und gesellschaftlichen Problemen kann jedoch von ihr nicht verlangt werden.
Indes hilft Sozialarbeit, Rassismus und Faschismus zu verharmlosen, wenn sie die Ansicht vertritt, mit entsprechend abgestimmten Angeboten a la Erlebnispädagogik derartige Strukturen verändern zu können. Sie läßt die Gesellschaft und politisch Handelnde außen vor, entläßt Verantwortliche aus ihrer Verantwortung, wenn sie Rassismus und Faschismus primär als individuelle Grundeinstellung betrachtet und nicht als gesamtgesellschaftliches Problem.

Sozialarbeit mit ImmigrantInnen und Flüchtlingen

Die Sozialarbeit mit ImmigrantInnen und Flüchtlingen unterscheidet sich und muß aus einem anderen Blickwinkel betrachtet werden. Die Klientel besteht nicht aus orientierungslosen Jugendlichen, die integriert werden sollen, sondern aus den sogenannten »Ausländern«. Bestimmte Gruppen innerhalb (ImmigrantInnen) und außerhalb der Gesellschaft (Flüchtlinge) werden als Problem erfaßt und als Randgruppe gekennzeichnet. Die gesellschaftlich festgestellte »Auffälligkeit« dieser Gruppen besteht darin, daß diese Menschen keinen deutschen Paß besitzen und ihnen aufgrund dessen jegliche oder elementare Rechte verweigert werden. Der Staat übernimmt durch gesetzgebende und ausführende Maßnahmen die Definitionsmacht. Die geschaffenen Probleme ziehen weitreichende Folgen für das individuelle Leben nach sich. Traditionelle Sozialarbeit in diesem Bereich übernimmt in erster Linie eine Fürsorgefunktion, d.h. es gehört mit zu ihrem Auftrag, die entmündigenden und unmenschlichen Lebensbedingungen abzumildern. Dies bringt die Klientel in die Rolle der Bittsteller, gegen strukturelle Ausgrenzungen wird nichts unternommen.
Mittlerweile sind Flüchtlinge mehr und mehr aus dem Wirkungsfeld der traditionellen Sozialarbeit herausgefallen, es geht schon lange nicht mehr um eine gesellschaftliche Integration dieser Gruppe, sondern nur noch darum, Flüchtlinge in der Zeit ihres immer kürzer werdenden Aufenthaltes in Deutschland möglichst ruhig und unauffällig zu halten, während die eher emanzipatorisch orientierte Variante versucht, die Aufenthaltsdauer von Flüchtlingen solange es geht zu verlängern und die ihnen vorenthaltenenen noch verbliebenen Rechte einfordert.

Immer dem Trend hinterher

Aber auch eine emanzipatorische Sozialarbeit hat so ihre Tücken. So hat das übliche Verfahren, Rechte für Flüchtlinge per Klage vor Verwaltungsgerichten durchzusetzen, in vielen Fällen leider zum Resultat, daß die so aufgespürten Gesetzeslücken postwendend vom Gesetzgeber geschlossen wurden.
Hinzu kommt, daß spätestens seit der de facto Abschaffung des Grundrechts auf Asyl im Juni 93 eine antirassistische Sozialarbeit eher reagiert, nicht agiert. Selbst die vom Gesetzgeber vorgegebenen engen Rahmenbedingungen werden, sei es aus vorauseilendem Gehorsam oder Resignation, nicht ausgeschöpft oder eingefordert.
So reiben sich im Flüchtlingsbereich arbeitende Menschen seit ein paar Jahren damit auf, für Bürgerkriegsflüchtlinge aus Jugoslawien einen Aufenthalt durchzusetzen. Bis zum Sommer 94 war eine Duldung auf dem Weg der Einzelfallprüfung das angestrebte Ziel. Massenweise wurden individuelle Begründungen formuliert. Da die Duldungen nach ein paar Monaten ausliefen, mußten auch weitere Begründungen nachgeliefert werden. Durch diese oft langwierige Einzelfallarbeit blieb wenig Energie für eine politische Arbeit. Dabei hätte es hier durchaus ein paar pragmatische Ansatzpunkte gegeben. Z.B. wäre der §32a des »Ausländergesetzes«, der für Bürgerkriegsflüchtlinge eine Aufenthaltsbefugnis vorsieht, ein etwas »besserer«, weil langfristigerer Aufenthaltsstatus als die bloße »Duldung«. Dieser Paragraph war in den »Asylkompromiß« aufgenommen worden, damit auch die SPD der Abschaffung des Asylrechts zustimmt. »Wirklich Bedrohten«, so klopften sich die Spezialdemokraten auf die Schultern, »werde immer noch Schutz gewährt.« Da dies aber im Einvernehmen mit allen Innenministern der Länder zu geschehen hat, ist bis jetzt noch keinem Bürgerkriegsflüchtling eine Aufenthaltsbefugnis erteilt worden. Vielleicht wäre mit einer offensiven öffentlichen Diskussion, zumindest die Möglichkeiten des eingeschränkten Asylrechts und des §32a mit entsprechendem Druck auf die SPD, voll auszuschöpfen; die Situation der Bürgerkriegsflüchtlinge nicht ganz so schlecht wie heute. »Duldungen« gibt es nicht mehr, es werden knallhart »Ausreiseaufforderungen mit Abschiebungsandrohung« verteilt.

Die Menschen dort abholen, wo sie stehen? Paternalismus versus Selbstorganisierung

Mittlerweile haben fast alle im Flüchtlingsbereich sozial arbeitenden Menschen den Begriff Paternalismus zumindest mal im Duden nachgeschlagen. Ein diffuses Problembewußtsein ist entstanden, das teilweise recht merkwürdige Auswirkungen hat. Ein gutes Beispiel ist die Entstehung und Entwicklung des Komitees der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien in Berlin. Bei einem Treffen von MitarbeiterInnen verschiedener Berliner Beratungsstellen kam die eigentlich ganz gute Idee auf, das sich die Flüchtlinge doch selbst organisieren und ihre Interessen vertreten sollten. Gesagt, getan, ein Flugblatt wurde verfaßt und in den Heimen verteilt. Zum ersten Treffen erschienen auch ca. 300 Flüchtlinge aus allen Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Alle kamen mit ei-

ner großen Erwartungshaltung zu diesem Treffen, alle hofften, daß sich ihre Lage mit einem Engagement im Komitee irgendwie verbessern würde. Doch als die Frage aufkam, wie dies konkret aussehen könnte, brach Ratlosigkeit und großes Schweigen aus. Der kreative Vorschlag der UnterstützerInnen, man könne eine Demonstration veranstalten, brach das Schweigen und erhielt daher große Zustimmung. Nach diesem Muster wurden diese Demonstration wie auch andere Aktionen vorbereitet. Zwischendurch gab es immer wieder Appelle der deutschen UnterstützerInnen an die Flüchtlinge, ihre Organisation doch selbst in die Hand zu nehmen, diese Appelle wurden jedoch von den UnterstützerInnen selbst während der Vorbereitung durch ihr autoritäres Durchzocken ihrer Vorstellungen konterkariert. Was für die Flüchtlinge blieb war ein schneller Einführungskurs in die Diskussionsstrukturen sozialarbeitender AntirassistInnen, die Erkenntnis, in diesem Land unerwünscht zu sein und dies mehr oder weniger deutlich auch gesagt zu bekommen (von der Innenministerkonferenz, dem Berliner Ausländerausschuß, der Ausländerbeauftragten und dem Vertreter der Synode der evangelischen Kirche) und jede Menge Frust.

Fazit

So richtig sozialarbeiterisches Handeln für einzelne Flüchtlinge und MigrantInnen sein mag, die gesamtgesellschaftliche Funktion der Sozialarbeit, gesellschaftliche Widersprüche zu glätten und zu entschärfen, bleibt bestehen. Gerade hier ist es für eine antirassistische sozialarbeiterische Praxis wichtig, sich mit ihren KritikerInnen, aber auch selbstkritisch mit dem eigenen Handeln auseinanderzusetzen. Auf diese Weise können neue Ansatzpunkte und Perspektiven entwickelt oder zumindest allzu grobe Schnitzer vermieden werden. Sozialarbeit muß auf gesellschaftlich verantwortliches Handeln abzielen und darf nicht an die Stelle von grundlegenden Veränderungen treten, sondern sollte auf diese Veränderungen hinwirken und bei deren Umsetzung helfen. Ebenso darf Sozialarbeit für antirassistisch arbeitende Menschen nicht die Wirkung eines Beruhigungsmittels annehmen, spärliche individuelle »Erfolge« zugunsten von Flüchtlingen und MigrantInnen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Ziel unserer Politik nur eine nicht rassistische Gesellschaftsstruktur sein kann.

Antirassistisches SozialarbeiterInnen-schreibkollektiv der ZAG

Foto: *Conny Grenz*



Foto: Marily Stroux



Interview mit Hans Dehning und Claudia Leitsch, HAMBURGER ARBEITSKREIS ASYL E.V.

»Man muß Verbote übertreten dürfen ...«

Wie hat sich der Arbeitskreis Asyl gegründet? Aus welchen Leuten setzt er sich zusammen?

H: Der Arbeitskreis Asyl hat sich Anfang der 80er Jahre gegründet. Der Vorläufer war ein loses Treffen von Menschen, die beruflich mit Flüchtlingen zu tun hatten: Mitarbeiter, u.a. Sozialarbeiter der Freien- und Hansestadt Hamburg, Mitarbeiter der freien Wohlfahrtsverbände sowie Angestellte der Ausländerbehörde. Diese Treffen dienten dem Informationsaustausch der mit Flüchtlingsfragen befaßten Institutionen. Der Umgang Flüchtlingen gegenüber war damals schon ähnlich katastrophal wie heute auch. Uns, die wir es für notwendig hielten, Kritik an der städtischen Flüchtlingspolitik zu üben, wurde es in zunehmender Weise schwer gemacht, ein offenes Wort zu reden. Als die Stadt Hamburg finanzielle Mittel für zwei Beratungsstellen bereit hielt und die freien Wohlfahrtsverbände daraufhin begannen, sich vornehm zurückzuhalten, sind wir ausgestiegen. Wir gründeten den *Hamburger Arbeitskreis Asyl* als eingetragenen Verein mit dem Ziel, Öffentlichkeitsarbeit gegen die staatliche Flüchtlingspolitik zu machen. Übrigens auch, weil es uns so möglich schien, Außenvertretungsrechte, die wir als städtische Angestellte berücksichtigen mußten, zu umgehen. Gleichzeitig stießen einige Anwälte zu uns, weil sie juristisch allein gegenüber der Ausländerbehörde nicht weiter kamen.

Wir haben mit kleinen öffentlichen Aktionen angefangen, mit einer Broschüre 1980 und mit Veranstaltungen mit *amnesty*. Es hatte schon Anfang der 80er Jahre Kampagnen gegen Flüchtlinge gegeben, wobei die Zahlen der Flüchtlinge im Vergleich zu heute klein waren. Es wurde damals bereits von angeblicher »Flut« geredet. In Hamburg hat sich das an Flüchtlingen aus Ghana, die in Pinneberg und auch in Hamburg wohnten, festgemacht. Als Probleme auftraten, sprachen Zeitungen bereits von Scheinasylanten und Kriminalität. Ähnliches ist in Stuttgart passiert, wo viele Flüchtlinge aus Äthiopen kamen. Solche Kampagnen haben sich bis heute fortgesetzt.

Was waren eure Ziele? Und was sind Eure Ziele heute?

H: Wir haben von vornherein gesagt, daß wir keine Beratung machen wollen, weil es sowieso unser Job – als Sozialarbeiter oder Anwalt – war, zu beraten. Wir wollten eine Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel machen, die wirkliche Situation von Flüchtlingen darzustellen und uns gegen die verbalen Angriffe gegen Flüchtlinge zu verwahren. Die ersten Übergriffe hat es später gegeben, in Hamburg Anfang der 80er Jahre bei einem Anschlag auf eine Unterkunft, wo Vietnamesen wohnten. Dabei gab es die ersten Toten.

Die staatliche Flüchtlingspolitik, den institutionalisierten Rassismus gibt es nicht erst seit heute. Da hat sich im Prinzip nicht viel geändert. Seit einem Jahrzehnt gibt es Vorschläge, das Asylverfahren zu verändern, zu verkürzen, ganz abzuschaffen. Es gibt Abschiebungen. Ich weiß nicht, ob man behaupten kann, hier ist etwas eskaliert. Insofern haben sich unsere Ziele wenig verändert. Ich sehe, daß durch die staatliche Flüchtlingspolitik und die Medien der Begriff des Flüchtlings zu einem sehr negativ besetzten Begriff in weiten Bevölkerungskreisen geworden ist. Das hat es vor 10 Jahren in dem Maße nicht gegeben.

C: Ich bin erst seit 1989 beim AK Asyl. Zu den Zielen gehört schon dazu, daß wir Öffentlichkeitsarbeit in Form von Broschüren machen, die auch eine beratende Funktion haben sollen, wie z. B. zum Asylverfahrensgesetz oder zu minderjährigen Flüchtlingen. Wir machen Veranstaltungen, Aktionen, stoßen Aktionen an und bereiten sie vor. Wir waren an der Gründung des Flüchtlingsrats beteiligt und wir versuchen mit anderen Initiativen, gegen die staatliche Flüchtlingspolitik etwas zu tun. 1989 war ja der Kampf um das Bleiberecht der Roma, der von vielen Gruppen unterstützt wurde.

Ich glaube, daß es jetzt eine etwas andere Situation gibt, weil das Thema Asyl vielmehr im Mittelpunkt steht. Die Grundgesetzänderung hat dazu geführt, daß die gesellschaftliche Diskussion an diesem Punkt eskaliert ist.

H: Ich glaube auch, daß sich an diesem Punkt etwas verändert hat. Be-

vor das neue Ausländergesetz 1991 in Kraft trat, gab es andere rechtlichen Möglichkeiten, einen Weg zu finden. Seitdem gibt es nicht mehr viel zu regeln. Das Geflecht, um Flüchtlinge möglichst schnell loszuwerden, greift.

Welche Möglichkeiten seht Ihr denn noch?

C: Ich spreche von der Zeit seit 1989. Ein wichtiger Punkt des AK ist, Lobbyarbeit für Flüchtlinge zu machen, z.B. Beratungsstellen einzufordern.
Es stellt sich jedoch für mich sehr wohl die Frage, ob es nicht andere Strategien zur Unterstützung von Flüchtlingen geben muß. Es kommen gar nicht mehr so viele, die einen Asylantrag stellen. Entweder kommen sie nicht rein oder sie haben aufgrund der Gesetze keine Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen. Darüber müssen wir nachdenken.

H: Die Leute, die wie auch immer aus beruflichen oder politischen Gründen ein Interesse an dem Thema Flüchtlinge hatten, gab es nur in einer verschwindend geringen Zahl. Es müssen sich mehr Leute mit dem Thema beschäftigen, auch mehr Institutionen, wie z. B. Kirchen dies tun. Sie sollen sich äußern in konkretem Handeln. Diese Ansätze gibt es, aber es gibt sie noch zu wenig. In diesem Land müssen Flüchtlinge leben können.
Die Zahl der Flüchtlinge, die einen Antrag stellen, ist ja drastisch zurückgegangen. Ich behaupte aber, daß die Zahl der Illegalisierten enorm gestiegen ist, gerade in großen Städten. Wie sollen wir damit umgehen? Soll ich eine Legalisierungskampagne fordern? Wenn man eine Legalisierungskampagne macht, so wird es, so wie dieses Land organisiert ist, zum Schluß in Form eines Papiers passieren. Zur Durchsetzung bedarf es eines erheblichen gesellschaftlichen Drucks. Die Frage ist, ob man diesen Druck herstellen kann. Die Alternative wäre etwas borniert: Ich kann mich als jemand, der hier wunderbar lebt, locker hinsetzen und sagen: Ich will keine Legalisierungskampagne, laßt die Menschen so leben, wie sie leben. Ich muß es nicht aushalten.

C: An dieser Frage müßten wir im Arbeitskreis umdenken. Bei dem Versuch, eine Legalisierungskampagne auf die Beine zu stellen, gab es relativ wenig Beteiligung vom AK.

Eure letzten Aktionen waren der Promi-Aufruf »Hamburg schiebt ab« und die Gespräche mit dem hamburgischen Innensenator Wrocklage. Welche Gedanken stecken dahinter?

H: Die Kampagne »Hamburg schiebt ab« war ein Versuch, über Leute, die prominent sind, andere für dieses Thema zu gewinnen, in der Hoffnung, daß es auf breitere Beine kommt, und die Politik dieser Stadt zu revidieren.
Die andere Frage ist, ob man nun mit dem Innensenator Gespräche führen soll oder nicht? Ich persönlich habe damit überhaupt kein Problem, mit einem Innensenator über die Fragen des Umgangs mit Flüchtlingen zu reden. Man muß aufpassen, daß man Positionen, die man für nicht verhandelbar hält, nicht verläßt.

C: Diese Prominentenaktion stand kurzzeitig in der Presse; es haben einige unterschrieben, es gab eine Veranstaltung, zu der nur ein Behördenvertreter, nämlich der Leiter der Ausländerbehörde, gekommen ist. Um ein breiteres Bündnis zu kriegen, reicht das nicht aus. Außer einer kurzen Öffentlichkeitswirksamkeit kommt nicht mehr dabei heraus.
Ich bin gegen diese Gespräche, weil man damit der Innenbehörde Rechtfertigungsmittel gibt. Weil die Gespräche nicht öffentlich stattfinden, gibt man ihnen Argumentationshilfen: »Wir haben mit dem AK Asyl und mit *amnesty* geredet, wir versuchen auch etwas zu ändern ...«. Damit können sie ihre Politik mit den Flüchtlingen weiter betreiben, ohne grundsätzlich etwas zu ändern. Es wird im Grunde in diesen Gesprächen nichts mehr angegriffen. Ich bin dagegen, soviel Kraft in die Gespräche mit der Innenbehörde zu setzen, da es letztendlich nur der falschen Seite dient.

H: Einmal ist es nicht richtig zu sagen, daß es keine öffentlichen Gespräche sind. Wir haben sehr deutlich gesagt, auch gegenüber der Innenbehörde, daß alles öffentlich gemacht wird, damit ein Gemauschel verhindert wird. An dem Thema Flüchtlinge muß vieles erlaubt sein. Es ist wichtig und notwendig, öffentliche Aktionen und Kampagnen zu machen; es muß jedoch genauso möglich sein, mit politisch Verantwortlichen in dieser Stadt zu reden.
Ich habe die etwas aufbrausende Diskussion darüber nicht verstanden. Mit anderen Senatsvertretern hat es in der Vergangenheit Gespräche gegeben, was ich richtig finde. Es waren Gespräche mit Senatsämter, deren Politik ich für genauso menschenfern und falsch halte wie die Politik der Innenbehörde. Meines Wissens hat es Gespräche mit dem Amt für Jugend und der Senatorin für Schule, Jugend und Berufsbildung zum Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen gegeben. Wichtig ist, was dabei herauskommt. Aber Gespräche zu führen, darin sehe ich keine Schandtat!

C: Ich habe nichts gegen Gespräche, mit klar definierten Zielen, wie z. B. Abschiebestop für Kurden. Wir sind deswegen schon in die Ausländerbehörde gegangen und haben gefordert, mit den Zuständigen der Abschiebeabteilung zu reden. Es ist eine klare Sache, sie ist einschätzbar. Aber bei den Terminen mit der Innenbehörde entsteht bei mir der Eindruck, daß es um grundsätzlichere Gespräche geht und daß man ihnen Tips geben will. *Amnesty* will, z.B., Informationen zu Fluchtgründen und Herkunftsländer geben oder darüber, wie man Flüchtlinge besser berät. Da begibt man sich auf eine Arbeitsebene mit ihnen, die auf eine Kooperation hinausläuft. Selbst wenn erreicht wird, daß jetzt alle Flüchtlinge gesiezt werden, daß keine Fangfrage mehr gestellt wird, dann ist an der grundsätzlichen Politik nichts geändert worden.
Es geht sicherlich nicht darum, daß man mit Leuten nicht reden darf, weil sie »böse« sind. Erst dann kann man konfrontativ in die Gespräche gehen. Wenn das Ziel aber ist, daß sie mehr Informationen erhalten sollen, damit alles besser läuft, damit sie ihre Politik gestalten können, dann greifst du ihre Politik nicht grundsätzlich an, du läßt dich auf ihre Ebene ein. Sie können sagen, daß die, die noch im Knast sitzen, zu Recht dort sitzen, da sie es mit dem Arbeitskreis durchgesprochen haben. Es ist kein Zufall, daß sie zu diesen Gesprächen bereit waren. Im Gegensatz dazu sollte eine Diskussion vor der Fernsehkamera stattfinden. Der Justizvollzugsamtsleiter und der Sprecher der Ausländerbehörde haben sich neulich geweigert, gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat vor die Kamera zu treten. Da hätten sie ihre Meinung

äußern können, es war öffentlich. Ich finde, daß der Arbeitskreis sich mit diesen Gesprächen in ein gefährliches Fahrwasser begibt. Wir machen uns gegenüber Flüchtlingen unglaubwürdig.

H: Ich finde dies eine akademische Diskussion. Im Grunde haben wir bis jetzt nichts anderes gemacht, als uns mit Behörden über die Frage von Aufenthalt im weitesten Sinne zu unterhalten. Es hat schon viele sogenannte Altfallregelungen gegeben, die jedoch nicht entstanden sind, weil ein Senator eine gute Idee hatte. Diese Forderungen sind in Form von Weisungen aus der Behörde umgesetzt worden.

Ich kann sagen, daß ich mit diesem Staat nichts zu tun haben will, weil ich seine Politik ablehne. Ich kann dann über eine Öffentlichkeitsarbeit, die nicht mit den staatlichen Institutionen in Berührung kommt, versuchen, zu verändern. Ich behaupte aber, daß dies in der BRD mit den heutigen Machtverhältnissen nicht geht.

Vorläuferorganisationen des Flüchtlingsrats haben versucht, mit massiver Kritik und einer Mobilisierung von Öffentlichkeit vorzugehen. Meiner Ansicht nach sind sie alle gescheitert. Übrigens auch daran, daß wir – und ich meine uns alle – unfähig sind, uns unter uns auseinanderzusetzen. Meistens konnte man sich hinterher nicht mehr leiden. Darüber freut sich der politische Gegner.

C: Das Problem sehe ich momentan nicht. Der Flüchtlingsrat ist ein ziemlich großer Zusammenhang von unterschiedlichen Initiativen, die alle am gleichen Strang ziehen. Es läuft erstaunlich lange, natürlich nur unter einer bestimmten Prämisse. Es hat eine lange Diskussion darüber gegeben, ob die Forderungen »Offene Grenzen« und »Bleiberecht für Alle« in die Grundsatzerklärung aufgenommen werden. Es hat sich durchgesetzt, und der überwiegende Teil hat keine Probleme damit.

Gespräche mit der Ausländerbehörde hat es bereits wegen Abschiebestops und minderjähriger Flüchtlinge gegeben. Die Forderungen waren klar. Heute sind sie nicht klar. Und das Ganze ist auch nicht in größeren Zusammenhängen diskutiert worden.

Mit welchen Gruppen und Institutionen arbeitet und diskutiert ihr denn zusammen?

H: Anfang der 80er Jahre gab es das Deutsch-Ausländische Aktionsbündnis. Dessen Fortsetzung war eine »Koordination Flüchtlinge«, an der ähnliche Gruppen beteiligt waren. Das Aktionsbündnis war aufgrund von Streitigkeiten auseinandergegangen. Um daß zu erklären, müßte man eine Debatte über Rassismus führen ... Später hat sich der Flüchtlingsrat entwickelt. Es gibt von uns aus viele Kontakte zu Schulen, zu Kirchen, zu allen Gruppen, mit denen wir im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit zusammenarbeiten.

C: Es gibt eigentliche keine kontinuierlichen Diskussionszusammenhänge mit anderen Gruppen, außer der regelmäßigen Teilnahme am Flüchtlingsrat. Inhaltliche Zusammenarbeit gibt es aber an bestimmten Punkten, wie z. B. zu Minderjährigen, am Tribunal, am Infocafé Exil oder bei bestimmten Kampagnen.

H: Die Entscheidungen werden pragmatisch getroffen. Flüchtlingsrat, Bleiberechtkampagne oder jetzt die »Hamburg schiebt ab«-Geschichte sind arbeitsintensive Sachen. Jeder stellt sich die Frage, an welcher Stelle seine persönlichen Ressourcen erschöpft sind.

Versteht ihr eure Politik als antirassistisch?

H: Man mußt sich darüber unterhalten, was antirassistisch ist. Ich persönlich verstehe mich als einen Menschen, der antirassistisch oder nicht-rassistisch arbeitet. In meiner beruflichen und politischen Arbeit bin ich immer davon ausgegangen, daß in diesem Lande Flüchtlinge leben können müssen, und zwar unter den gleichen Bedingungen wie jeder hier. Ich finde eine Diskussion über Rassismus und Antirassismus notwendig. Nur ist das nicht der Ausgangspunkt meiner Arbeit. Ich verstehe meine berufliche Tätigkeit mit Flüchtlingen als eine Aufgabe, in der sich meine persönlichen und politischen Überzeugungen wiederfinden müssen. Wo sich der berufliche Alltag mit diesen Überzeugungen nicht deckt, gehört er verändert. Alles so hinzunehmen, wie es ist, finde ich falsch und opportunistisch.

C: Der Schwerpunkt im Arbeitskreis ist Flüchtlingspolitik. Dies hängt sicherlich mit der Geschichte des AK zusammen. Flüchtlinge sind die Gruppe, die als erste von der Repression des Staates betroffen ist, durch Aussonderung, Abschiebung und massive Einschränkung ihrer Rechte. Deswegen ist die Grundforderung, daß Flüchtlinge hier leben können und die gleichen Rechte wie Deutsche haben, letztendlich eine antirassistische Forderung. Natürlich muß man manchmal eine Politik der kleinen Schritte machen und versuchen, kleine Forderungen durchzusetzen. Es ist die Frage, wie und inwieweit man das Gesamtziel im Auge behält.

H: Dem hinzuzufügen bliebe nur: man muß wissen, es ist eine Sysiphusarbeit. Man braucht einen langen Atem, um gesellschaftliche Veränderung und auch auf staatlicher Ebene durchzusetzen.

Dieses Land hat eine lange Tradition darin, Menschen auszugrenzen. Dies passiert auch durch staatliche Politik, und das sollte man nicht unterschätzen. Zudem gibt es einen gesellschaftlichen Rassismus, der offensichtlich das Töten einschließt. Beides ergänzt sich.

Ich behaupte auch, daß die Wahl des Zeitpunktes der Änderung des Ausländergesetzes kein Zufall war. Während in den 80er Jahren der Versuch, ausländergesetzliche Regelungen zu verändern, an dem erheblichen Widerstand gesellschaftlicher Gruppen scheiterte, gab es diesen Widerstand bei der Änderung des Ausländergesetzes in der jetzigen Fassung nicht mehr. Der deutsch-deutsche Einigungstaumel, ein Begründungstext zur Änderung des Ausländergesetzes des damaligen Innenministers Schäuble, der das Fürchten lehrt, und ein gesetzliches Schnellverfahren zur schließlichen Änderung des Ausländergesetzes blieben ohne Widerspruch. Es hat niemanden mehr interessiert.

C: Es wurden durch inszenierte Kampagnen vorbereitet mit dem Ziel, die Gesetzesänderungen und die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl durchzusetzen. Das hat natürlich auch mit der Wiedervereinigung und einem starken Nationalismus zu tun ...

Also es gab auch die verstärkten Diskussionen auf europäischer Ebene, also Festung Europa, Abschottung, das Schengener Abkommen. Diese Diskussionen existieren seit

Kongreß Migration und Rassismus in europäischen Hafenstädten

16.-19. 2.95 in Hamburg



An dem Kongreß nahmen Mitglieder antirassistischer Gruppen, JournalistInnen und RechtsanwältInnen aus Großbritannien, den Niederlanden, Rußland, Spanien, Portugal, Frankreich, der Türkei, Dänemark und der BRD teil.
Es soll an dieser Stelle nicht über die inhaltlichen Auseinandersetzungen berichtet werden. Wir dokumentieren mit den folgenden Photoseiten begleitende Aktionen des Kongresses.
Der Kongreß verfaßte einen Aufruf zur Teilnahme am Sonntagsspaziergang zum Abschiebeknast Glasmoor bei Hamburg. Darin heißt es u.a.: „Die Staaten der Europäischen Union arbeiten in der Asyl- und Flüchtlingspolitik stark zusammen und deportieren tausende von Flüchtlingen...Als ein Ergebnis des Kongresses wird festgehalten, daß die BRD die Vorreiterrolle in der europäischen Deportationspolitik spielt. Mit dieser Kundgebung wollen wir die Öffentlichkeit über die besondere Funktionsweise und Beschaffenheit dieser Depotationsknäste sowie die routinemäßige Verletzung der Menschenrechte von Flüchtlingen informieren..."
Die folgenden zwei Photoseiten bebildern den Sonntagsspaziergang in Glasmoor am 19.2.95. VertreterInnen aus oben genannten Ländern hielten unter großem Beifall der Gefangenen Redebeiträge vor der Polizeiabsperrung. (Auf den Photos nicht zu sehen: Die kurzzeitige Festnahme eines Kundgebungsteilnehmers, das anschließende Trommelkonzert einer togolesischen Gruppe und der Auftritt einer Hip-Hop Band)
Die Photos auf der folgenden dritten Seite zeigen eine Photoausstellung zu Blinden Passagieren - stowaways im großen Saal des Kongresses.

Alle Photos sind von Marily Stroux.









1735

Migration
Rassismus

1984/85. Nicht nur die Wiedervereinigung hat das produziert.

H: Ich wollte nur sagen, daß man eine historische Situation genutzt hat, in der alle Leute an diesem Thema nicht mehr gearbeitet haben, weil sie sprachlos geworden waren. Die aktuelle Frage lautet: Flüchtlinge gibt es nach wie vor, aber unter welchen Bedingungen?

Daran anschließend die Frage nach den Perspektiven, auch des AK Asyl?

C: Unser Schwerpunkt sollte etwas weg von Tätigkeiten, wie das Forcieren von Beratungsstellen, hin zur Unterstützung von illegalisierten Flüchtlingen und von Menschen, die in Abschiebehaft sitzen. Es geht darum, breitere Bündnisse zu finden, die grundsätzlich etwas an dieser Unrechtspolitik ändern wollen. Damit meine ich nicht die Leute, die die Situation vor 1989 wieder haben wollen. Es ist eher die Frage: Ist es rechtens, daß Nichtdeutsche Sondergesetzen unterliegen, daß sie sich solchen Verfahren unterziehen müssen, daß sie keine Möglichkeiten mehr haben, hierher zu kommen? Wichtig wäre auch, mit anderen Gruppen zusammenzuarbeiten und mehr Öffentlichkeitsarbeit, mehr Veranstaltungen und auch mehr Aktionen zu machen.

H: Ich finde es nach wie vor richtig, daß wir uns um ein Beratungsangebot bemühen, das es meiner Meinung nach in Hamburg nicht gibt. Wir werden eine andere Flüchtlingspolitik nur hinkriegen, wenn genügend gesellschaftliche Kräfte der herrschenden Flüchtlingspolitik etwas entgegensetzen. Es reicht nicht mehr aus, mit 20 Leuten eine Gegenöffentlichkeit darzustellen. Und um einen breiteren gesellschaftlichen Konsens zu erreichen, werden wir Themen diskutieren müssen, zu denen wir völlig andere Positionen haben als z.B. eine Kirchengemeinde. Darauf muß man sich auch einlassen können.

C: Ich habe überhaupt nicht soviel Hoffnung, diese Kräfte auf die Beine zu stellen. Sicherlich gibt es kirchliche Gruppen, die bereits jetzt viel in dem Bereich tun und die z. B. in diesen Zusammenschlüssen um den Abschiebeknast Glasmoor sind. Auch in Bereichen wie Schule oder in anderen sozialen Zusammenhängen wird es ansprechbare Leute geben.

Wir sind jetzt beim letzten Glied in der Kette des angewendeten ausländerrechtlichen Instrumentariums angekommen, nämlich bei der Abschiebung.

C: Jetzt muß man an diesem Punkt aktiv werden. Früher konntest du viel gegen ablehnende Bescheide machen. Jetzt ist die Situation eher so, daß die Leute am ersten Tag in Hamburg festgenommen werden. Sie sind nur im Abschiebeknast erreichbar.

Ich finde jeoch das Infocafé vor der Ausländerbehörde genauso wichtig, damit die Flüchtlinge so wenig Fehler wie möglich im Umgang mit der Behörde machen. Aber wir können die Leute nicht sitzen lassen, wo sie sind, nämlich im Knast.

Wir dürfen uns nicht auf Einzelfälle beschränken. Es muß von politischen Aktionen begleitet werden. Wir müssen noch mehr tun, um die Abschiebeknäste und die Abschiebehaft an sich zu skandalisieren, bis es in Kirchenkreisen oder in der sogenannten liberalen Öffentlichkeit zur Betroffenheit kommt.

H: Es sind unglaublich viele Leute damit konfrontiert, daß Flüchtlinge hier leben; Ärzte, Lehrer, Verkäuferinnen etc.. Es ist zwar ganz schön, wenn sich mehr Leute in ihrem Stadtteil aus humanitären Motiven um Flüchtlinge kümmern. Für mich würde das aber auch bedeuten, sich zu fragen, warum Menschen, die gestern noch hier waren, heute nicht mehr da sind. Darüberhinaus müßte dann die Beschäftigung mit Abschiebung erfolgen. Es sollte gesagt werden, diesen Umgang mit Flüchtlingen dulden wir nicht!

Früher haben Besetzungen der Ausländerbehörde oder zum Teil sehr massive Behinderungen stattgefunden. Könntet ihr euch heute ähnliche Aktionen vorstellen?

C: Wir sollten versuchen, solche Aktionen weiterhin zu machen. Daran beteiligt war nicht immer der ganze AK, auch Aktionen am Flughafen und in der Ausländerbehörde.

H: Es gibt sogenannte Übertretungsverbote. Es betrifft nicht nur den Besuch einer Ausländerbehörde, sondern auch ganz andere Wege. Man muß vorhandene Verbote übertreten dürfen.

Ich finde es außerdem wichtig, darüber nachzudenken, wie hier Illegalisierten geholfen werden kann. Sie leben unter entwürdigenden Bedingungen. In anderen Ländern gibt es eine Art akzeptierte Illegalität. Es wäre eine interessante Diskussion, ob dies hier realistisch wäre.

C: Es ist eher die Frage, ob wir ein Klima schaffen können, wo Menschen jenseits der Legalität leben können. Flüchtlinge aus dem Abschiebeknast haben uns berichtet, daß sie in anderen Ländern ohne Probleme illegal leben konnten. Kaum waren sie einen Tag in Deutschland, sind sie festgenommen worden.

Es ist wichtig, deutlich zu machen, wie hier Kontrolle und Überwachung funktionieren. Das betrifft nicht nur Flüchtlinge.



Anti-Rassismus-Büro Bremen

Antirassismus in Deutschland

Die Frage nach einem »Deutschen Antirassismus« gibt einen entsetzlichen Titel ab und weist erheblich in die falsche Richtung. Wer wird hier alles unter »Deutsch« subsumiert: Männer und Frauen, Sozialhilfeempfängerlnnen und Großverdiener, »Betroffenheitsbürger«, Berufs-«AntirassistInnen« und AussiedlerInnen ... Und was ist gemeint? Ist Antirassismus »national« zu verstehen, haben wir es hier mit einer Ethnisierung zu tun? Besser würden wir nach einem »Antirassismus in Deutschland« fragen, in der aufstrebenden Weltmacht, im Land des Nationalsozialismus. Was hinter der Eingangsfrage zu vermuten ist, fragt wohl nach dem deutschen historischen Hintergrund des Rassismusverständnisses und nach der Widersprüchlichkeit antirassistischer Arbeit von Nichtbetroffenen, von Deutschen.

Prämisse: So wie jede britische Einführung zum Thema Rassismus mit der Eroberung des Kolonialreiches, dem Raub von Naturschätzen und Menschen beginnt und mit der Verwissenschaftlichung durch Darwins Rassenlehre und mit dem Imperialismus endet, so muß jede deutsche Einführung beginnen bei den nach Osten und Südosten gerichteten Expansionsbetrebungen sowie dem Antisemitismus, muß fortfahren mit der nationalsozialistischen Eroberungsstrategie, der Rassenlehre, Bevölkerungspolitik und Massenvernichtung, um vor dem Hintergrund der Wiederherstellung seiner Weltmachtpositionen nach konzeptionellen Kontinuitäten zu fragen.

Auch wenn es anmaßend scheint, über andere zu sprechen, so muß der Frage nach Theorie und Praxis unserer Arbeit und warum wir erst so spät einen nachholenden Diskurs entfalteten, die Frage nach der »Verfaßtheit« der Betroffenen, der MigrantInnen vorangestellt werden. Warum gibt es keine antirassistische Bewegung von Betroffenen in Deutschland, wie sie aus der Geschichte der USA, Englands und teilweise auch aus Frankreich bekannt ist? Welches Selbstverständnis haben MigrantInnen, welche Steine legt ihnen der Staat in den Weg, wodurch separiert sich die antirassistische Arbeit von Deutschen von dem Engagement der MigrantInnen?

Antirassistische Bewegung?

Dennoch ist die Bedeutung der Migrationsbewegung und der Flüchtlings- und MigrantInnenproteste nicht hoch genug einzuschätzen. Die meisten gesellschaftlich bedeutsamen sozialen Proteste der vergangenen fünf Jahre wurden von MigrantInnen oder von antirassistischen und Flüchtlingsgruppen getragen. Erinnert sei nur an die von türkischen und kurdischen Jugendlichen getragenen Berliner Mai-Riots ab 1987, die großen Demonstrationen gegen das Ausländergesetz 1990, die bundesweit beachtete Mobilisierung von Roma, die zahllosen Aktionen des kurdischen Widerstands, die von türkischen und kurdischen MigrantInnen geprägten Demonstrationen nach Mölln und Solingen und ihre tagelangen Aktionen im Ruhrgebiet, die Flüchtlingsproteste gegen die Zwangszuweisungen, gegen die Bedingungen in Sammellagern, Revolten in den Abschiebeknästen in Lingen, Lübeck und Kassel, Besetzungsaktionen und Hungerstreiks.

Daneben gibt es eine antirassistische und Solidaritätsbewegung, angefangen mit den Aktionen gegen das neue Asylverfahrensgesetz, gegen die Sammellager, oder den Tag X in Bonn. Zwar ist dies keine originäre soziale Bewegung, wohl aber politischer Ausdruck unter Bezugnahme auf eine soziale Bewegung.

Bemerkenswert auch, daß sich viele weitere soziale Brennpunkte von der Seite des Rassismus her erschlossen: Erinnert sei an Aktionen gegen Schließungspläne von Floh- und »Polenmärkten«, gegen die Konzepte der Innenstadtsäuberungen, »Bettelverbote«, gegen systematische Polizeiübergriffe.

Im übrigen sollten wir nicht dem Fehler verfallen aus den Zyklen von »Bewegungen« eine Kritik ihrer TrägerInnen abzuleiten. Vieles war gut, und nach einer Niederlage bleibt in der Regel Katzenjammer, Demobilisierung und eine gewisse Desorientierung. Die Frage »Was bringt das alles?« steht dann oft so sehr im Mittelpunkt, daß eine Weiterentwicklung geradezu unmöglich erscheint. Für jene, die heute noch aktiv sind, ist Antirassismus ein wichtiger Diskurs, der eine bedeutende soziale Bewegung – die Migration – zugrundelegt und mehr oder weniger deutlich einen emanzipatorischen Gehalt darin sieht. Darin die ewige Suche nach »revolutionären Subjekten« oder ähnlichen Projektionen zu vermuten, wäre zynisch.

Die antirassistische Bewegung in Deutschland ist ganz wesentlich geprägt durch die sog. Asyldebatte. Viele antirassistische Gruppen sind 1990/91 entstanden oder wieder aus der Versenkung aufgetaucht, als eine weitere Verschärfung des Ausländergesetzes in Kraft trat. Hintergrund war die im neuen Ausländergesetz verfaßte Drohung, sog. »defacto-Flüchtlingen« ihre weitere Duldung abzusprechen und aus Deutschland auszuweisen. Selbst in den Medien war die Rede von »Massenabschiebungen«, rund 300.000 Flüchtlinge waren nun so akut von ihrer Abschiebung bedroht. Dies rief auch zumindest Teile der »weißen, deutschen« Linken auf den Plan.

Die rasante Zunahme rassistischer Gewalt seit der Wiedervereinigung, das Pogrom von Hoyerswerda führten andererseits dazu, daß sich in vielen Städten die verschiedensten Gruppen bildeten, um Flüchtlingen »Schutz« vor solchen rassistischen Attacken zu gewähren. Da sich die deutsche Linke traditionell wenig für soziale Belange interessiert und immer furchtbar »moralisch« daherkommt, reagiert sie nicht auf Rassismus als solchen, sondern erst auf dessen offenkundiger Gewaltförmigkeit. Als ob erst Blut fließen oder die Abschiebung in den Tod bevorstehen muß, ehe ein Konflikt richtig dringlich erscheint.

Diese antirassistische Bewegung entstand also recht spät, gemessen an z.B. der Flüchtlingskampagne der RZ, der Diskussion um die imperialistische Flüchtlingspolitik (1986/87) oder den vielfältigen Aktionen der Roma. Insofern ist auch die Diskussion um Rassismus/Antirassismus eine sehr junge.

Wenn wir heute von antirassistischer Bewegung sprechen, müssen wir uns vor Augen halten, daß Antirassismus oftmals ein sehr subjektiver Begriff ist, der gesellschaftliche Zusammenhänge von Herrschaft und Ökonomie weitgehend ausblendet, und so mehr zu einer moralischen Kategorie wird. Nirgends ist dies deutlicher geworden als in den »Lichterketten-Inszenierungen« nach Mölln und Solingen: Rassismus wird vielfach nur begriffen als ein »zwischenmenschliches Beziehungsproblem«, daß allein auf »Mißverständnissen« zwischen einzelnen Menschen, auf »Vorurteilen« beruht.

Linke, autonome und antirassistischen Gruppen haben immer wieder versucht, auf die offensichtlichen Zusammenhänge von Asyl- und Ausländerpolitik auf der einen Seite und der rassistischen Gewalt der Faschisten und beifallklatschender BürgerInnen auf der anderen hinzuweisen. Spätestens Rostock hatte überdeutlich zum Ausdruck gebracht, wie weit Innenministerium, Polizei und Faschisten tatsächlich Hand-in-Hand-und-in-Pogromstimmung zusammenwirken und zusammenarbeiten, wie die systematische Zusammenfassung von Flüchtlingen in Sammellagern, ihre gesellschaftliche und soziale Ausgrenzung und Sonderbehandlung zusammen mit dem rassistischen Trommelfeuer einer »Das Boot ist voll«-Propaganda zum Pogrom führten.

Die Praxis des ARAB

Die Praxis des Antirassismus-Büros hat zusammengefaßt drei Stützpfeiler: die sozialrechtliche Unterstützung von Flüchtlingen, politische Kampagnen und antirassistische Öffentlichkeitsarbeit. Ersteres ist die Bereitstellung von Ressourcen und Kenntnissen, schlicht Solidarität und gegenseitige Hilfe, nicht jedoch Sozialarbeit, weil die Absicht nicht in der Vermittlung oder Abpufferung sozialer Widersprüche lag, sondern in der Durchsetzung von Rechten und Ansprüchen. Zweiteres war die Bereitstellung politischer und organisatorischer Kenntnisse, um die Einzelerfahrungen zu einem Thema zu bündeln und kollektive Handlungsfähigkeit herzustellen. Drittes hieß, Nicht-Verhalten oder Rassismus von Deutschen zu kritisieren, sowie Solidarität und Unterstützung zu mobilisieren. Denn schließlich ist Rassismus ein Problem »Weißer«.

Jedoch blieb die konkrete politische Praxis der meisten antirassistischen Gruppen angesichts der gewalttätigen Dynamik der rassistischen Anti-Flüchtlingspolitik und ihrer Propaganda weitgehend auf die »Verteidigung« des Asylrechts und auf eine ganze Reihe von »Abwehrkämpfen« beschränkt. So richtig und notwendig es auch war, die einzelnen Etappen der Verschärfung und schließlich weitgehenden Abschaffung des Asylrechts zu kritisieren, blieb der Antirassismus begrenzt auf die Solidarität mit Flüchtlingen, begrenzt auf die Kritik an den Verschärfungen des AsylVfG, den Lebensbedingungen in den Sammellagern, und auf den Versuch, Abschiebungen zu verhindern. Bei aller Notwendigkeit, diese Kämpfe zu führen, und bei allem Bewußtsein darüber, daß diese Kämpfe nicht zuletzt angestoßen wurden durch die verschiedenen Ansätze einer Selbstorganisation von Flüchtlingen und einer Reihe von Kämpfen gegen ihre Ausgrenzung und rassistische Sonderbehandlung nicht nur durch Gesetze, sondern auch durch den Rassismus der Behörden, der Justiz und der Polizei, liegt dieser politischen Praxis ein sehr begrenzter Begriff von Rassismus/Antirassismus zugrunde.

Wo wir Rassismus nur in Form von »Asylgesetzen« wahrnehmen, verlieren wir schnell den Zusammenhang von Rassismus und Migration aus den Augen, und beziehen uns politisch auf eine ganz bestimmte, in rassistischen Sondergesetzen definierten »Figur« von MigrantInnen.

Gemeinsame Interessen

Für die Frage nach den »gemeinsamen Interessen von Deutschen und MigrantInnen« zwei unterschiedliche Ordnungsbegriffe – Deutsche bzw. Flüchtlinge – zum Ausgangspunkt zu nehmen, führt in die Irre. Der eine beschreibt eine Nationalität, der andere einen sozialrechtlichen Status. Zudem subsumieren beide Begriffe ganz unterschiedliche Menschen in unzulässiger Weise: der eine Arme und Reiche, Rechte und Linke etc., der andere »gescheiterte Putschisten« und Kriegsdienstflüchtlinge, wohlhabende Schahanhänger und politische Oppositionelle, Hungerflüchtlinge und »Abenteurer«. Beide Begriffe enthalten ethnisierende und reduktionistische Anteile.

Die immer wiederkehrende Frage nach »übereinstimmenden Ansätzen der Bedürfnisse und Interessen von Deutschen und MigrantInnen« läßt sich unserer Meinung nach nur aus einer umfassenden Bestimmung dessen, was Rassismus ausmacht, beantworten. Das setzt voraus, daß wir Rassismus als eine Systematik von Ausbeutung und Unterdrückung begreifen, als ein »Terrain des sozialen Krieges«. Rassismus ist ein Strukturmerkmal hierachischer Gesellschaften und nicht Resultat der Zuspitzung sozialer Widersprüche. Rassismus ist ein globales soziales Verhältnis mit einer eigenen Geschichte, Migration holt die daraus resultierenden sozialen Widersprüche und damit auch die Kämpfe ins Land. Rassismus ist kein separates soziales Verhältnis, sondern ist unter allen Gesichtspunkten von Innen-, Außen-, Sozial oder Arbeitsmarktpolitik zu finden. Rassismus wechselt phasenweise sein Gesicht, ist mal mehr, mal weniger offen gewalttätig.

Allein schon deshalb darf sich antirassistische Politik nicht (noch) weiter von allgemeinen sozialen Prozessen abkoppeln: Weder dadurch, daß wir uns nur auf bestimmte »Figuren« der Migration beziehen (»AsylbewerberIn«), uns somit womöglich im schlechtesten sozialpädagogischen Sinn seiner »Klientel« widmen und uns von den Problemen anderer sozialer Gruppen absetzen und womöglich den ganzen Prozeß von Stigmatisierung, Segregation und des Differenzialismus auch noch vorantreibten. Noch dadurch, daß die Möglichkeiten vergleichbarer Ansprüche und – perspektivisch – gleichgerichteter Kämpfe mit dem berechtigten Hinweis auf die Privilegien weißer, deutscher MetropolenbürgerInnen schlichtweg negiert werden. Ein antirassistischer Diskurs, der sich separiert und nicht den gesamten sozialen Raum mitdenkt, in dem Rassismus, Sexismus und Klassismus eine komplexe sozialhierarchische Struktur abgeben, bewegt sich in die falsche Richtung. Deshalb muß unterschieden werden zwischen Sozialpädagogik von oben und Antirassismus von unten. Das eine setzt auf Vermittlung, Integration und soziale Kontrolle durch eine Abpufferung und Vermittlung sozialer Konflikte, der andere setzt auf die Entblockierung von sozialen Konflikten und deren Offenlegung zum Zweck der Überwindung.

Struktueller Rassismus

Der deutsche antirassistische Diskurs ist zum einen vielfach reduziert auf die soziale Gruppe der Flüchtlinge, sowie zum anderen auf den Aspekt der Gewalt. Rassismus »betrifft« nicht allein MigrantInnen, die über den Gebrauch des Asylrechts nach Deutschland kommen, und umfaßt wesentlich mehr als eine Politik der »geschlossenen Grenzen«. Er folgt den methodischen Fehlern eines verkürzten antifaschistischen Begriffs, bzw. der herkömmlichen Gewaltdebatte auf dem Fuße. Rassismus ist jedoch vielmehr, als die Asylfrage und Abschiebepraxis, mehr als die Gewalt auf der Straße und die Frage nach den Bewegründen der Täter, mehr als die Frage der Staatsbürgerschaft und Einwanderungsregelungen. Dem militanten und populistischen Rassismus liegt im Kern eine ebenso alltägliche wie umfassende Benachteiligung auf sämtlichen gesellschaftlichen Terrains zugrunde. Dieser strukturelle Rassismus ist ein stiller, doch nicht minder skandalöser, der mehr als rund acht Millionen Menschen betrifft, 10% der Bevölkerung dieses Landes. Als »Ausländer« leben sie in einem juristischen Ghetto, dessen Grundlage die Verweigerung der Staatsbürgerschaft und damit der umfassenden Staatsbürgerrechte ist. Dies ist jedoch noch nicht einmal der Kern des Problems, aus Großbri-

tannien oder den Vereinigten Staaten wissen wir um die Lebensbedingungen einer schwarzen, asiatischen oder lateinamerikanischen Bevölkerung, die ungeachtet aller sozialen Rechte und Antidiskriminierungsgesetze überproportional benachteiligt sind. Hinter den ganz unterschiedlichen Formen des formellen Rassismus verbirgt sich eine hierzulande bislang weitgehend unbeachtete soziale und politökonomische Dimension. Unter nahezu allen gesellschaftlichen Aspekten und Kriterien sind jene »Ausländer« genannten MigrantInnen überproportional stark betroffen, bzw. benachteiligt. Rassismus bedeutet u.a. die systematische Unterprivilegierung von MigrantInnen, ihre Unterversorgung (Wohnen, Arbeiten, Bildung usw.), Diskriminierung (u.a. Polizei und Justiz) und Ausgrenzung.

Insofern führt die Debatte um das Verhältnis von Rassismus und sozialer Frage in die Irre, den einen dient sie der Belebung akademischer ordnungsbegrifflicher und Methodenstreits, den anderen der Begründung idealisierter und ideologischer Gegensätze. Rasse ist ebenso wie Geschlecht ein soziales Konstrukt, Rassismus ein soziales Verhältnis, unterliegt ständigen Veränderungen und nimmt im Zuge sozialer Prozesse immer neue Gesichter an. Rassismus ist weder die soziale Frage, noch unabhängig von ihr denkbar, er ist ebenso wie der Sexismus und die politische Ökonomie Strukturmerkmal von Hierarchien im sozialen Raum. Ebensosehr wie die politische Ökonomie eine sexistische und rassistische Dimension hat, haben Sexismus bzw. Rassismus eine permanente soziale Dimension. Die Zusammenhänge sind dergestalt, daß unter jedem Einzelaspekt der sozialen Frage, also von Arbeit, Wohnung, Bildung, Gesundheit und Justiz, ebenso wie in der Frage demokratischer und sozialer Sicherheiten »AusländerInnen«, bzw. MigrantInnen überproportional benachteiligt sind. Unter allen Gesichtspunkten von Unterversorgung sind sie Mehrfachbetroffene. Es ist eine Binsenweisheit, daß sie parallel zu Frauen als erste von Entgarantierung, Entlassungen und Arbeitslosigkeit betroffen werden. Von allen Prozessen gesellschaftlicher Deregulierung, Entrechtung oder Paradigmenwechseln in der Innen- und Sicherheitspolitik sind sie darüberhinaus Experimentierfeld neuer gesellschaftlicher Verhältnisse. Deshalb geraten »Ausländer« und »Schwarze«, MigrantInnen und Rassismus so häufig in den strategischen Mittelpunkt der sozialen Konfrontation und deshalb heißt sich mit Rassismus auseinanderzusetzen dann u.a. auch, sich mit Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bevölkerungspolitik auseinanderzusetzen.

MigrantInnen stellen die Verteilung des Wohlstandes in Frage, sie fordern die Privilegien jeder Weißen heraus, sie erwarten soziale Garantien vom Sozialstaat und fordern Solidarität. Ihre antirassistischen Kämpfe sind soziale Kämpfe, sind Kämpfe gegen ihre Ausgrenzung, gegen ihre Diskriminierung und es sind Kämpfe für ganz »normale« Rechte und Garantien, die ihnen die rassistische Gesellschaft jedoch vehement und systematisch verweigert. Das zu erkennen und in anderen gesellschaftlichen Konflikten und -prozessen zu vermitteln, die Legitimität ihrer Kämpfe zu unterstreichen, und ihnen unsere Solidarität zu versichern, ist Aufgabe einer jeden antirassistischen Politik. Es muß uns perspektivisch tatsächlich darum gehen, antirassistische Politik und Positionen in allen gesellschaftlichen Bereichen und Kämpfen zu entwickeln, und nicht umgekehrt, Antirassismus zum Kampf-an-sich zu erklären. Perspektivisch deshalb, weil wir davon noch ein gutes Stück entfernt sind, aber auch, weil die letzten Jahre weniger von vielfältigen Kämpfen als vielmehr von gesellschaftlichen Umbrüchen gekennzeichnet waren.

Bestandteil der so nötigen gemeinsamen Diskussion und kritischen Reflexion unserer, auch unterschiedlichen, politischen Praxis müßte darüberhinaus sein, Erfahrungen des antifaschistischen Widerstands wie auch anderer sozialer Kämpfe in die Debatte mitaufzunehmen. Ein hartes Stück Arbeit.

(Diesen Beitrag verstehen wir als eine Ergänzung zum »Winterpaper« und zum in der ZAG Nr. 12 erschienenen Beitrag »The burning spear of anti-racism«).

ANTI-RASSISMUS-BÜRO *Bremen*,
Januar 1995

Der folgende Beitrag vom Café Morgenland kritisiert das Verhältnis der linksradikalen Szene zu den MigrantInnen. Ausgangspunkt dabei ist der ›Kaindl-Prozeß‹. Wer nachlesen möchte: In ZAG 10, 11, 13 und in der off limits 7 haben wir uns mit dem ›Kaindl-Prozeß‹ beschäftigt. Das Papier der ›QuerdenkerInnen‹, auf das hier wiederholt Bezug genommen wird, ist kurz nach dem Prozeßende in der »Interim« erschienen und inzwischen auch in der »Radikal« abgedruckt worden. *die Red.*

Kurze Prozesse – lange Gesichter

»*Er war der Gejagte, der zweitausend Jahre Geschichte der Demütigung in sich trug. Für einen Augenblick aber wurde er zum Jäger: nicht aus Freude am Weidwerk, sondern aus dem Willen zu bleiben, der er war, und zugleich ein anderer zu werden.*« (Jean Amery: Widersprüche, 1971)

Im November '94 endete der Prozeß gegen sechs Berliner MigrantInnen aus den Antifasist-Gençlik-Zusammenhängen und einen deutschen Antifaschisten. Es war ein kurzer Prozeß.

So wie die vorangegangenen in dieser Sache. So wie das vorläufig letzte Urteil der »QuerdenkerInnen«. So wie überhaupt zur Zeit viele Prozesse jeder Art laufen. Unter anderen Umständen, bei einem anderen Verlauf dieser Prozesse, hätten wir uns wahrscheinlich auf eine gemeinsame Auseinandersetzung über den Prozeßverlauf eingelassen. Vielleicht hätten wir sogar manchen Kritiken zugestimmt.

So wie die Dinge stehen, sind wir nicht imstande, dies zu tun. Statt dessen packt uns die Wut über diese Art der Geschichtsschreibung – selektiv und deutsch.

Erstens, weil der gesamte Verlauf, d.h. vom Hintergrund der Aktion bis hin zum Prozeß – wie so oft – ausgeblendet wird, und zweitens, weil unsere Sicht, die mittlerweile ziemlich bekannt sein dürfte, nicht in die Auseinandersetzung einbezogen wurde und wird.

Zur Erinnerung: Der erste Prozeß, veranstaltet und ritualisiert durch Teile der autonomen Zusammenhänge fand kurz nach dem Angriff auf die Nazis statt und endete mit einer Verurteilung ihrer »Killer«. Verschärfend kam hinzu, wie in der *Interim* formuliert wurde, daß keine Erklärung seitens der AngreiferInnen abgegeben wurde! Später, nach den Verhaftungen, fiel das zweite Urteil: Ein Teil der autonomen Szene bestätigte in einer Art autonomem Revisionsverfahren das erste Urteil, wie dies in Veranstaltungen in Berlin und Frankfurt geschehen ist. Ein Schnellverfahren, kurz und bündig.

Die Zeitung der Enkelgeneration (taz) war ihrerseits mit ihre Hetzkommentaren (»keine Aura des Politischen mehr«) und -artikeln (»Spiel mir das Lied vom Tod«) bemüht, eine Vorverurteilung zu erzwingen. Detaillierte Beschreibung des Tathergangs sollten Empörung und Abscheu gegenüber den »TäterInnen« hervorrufen. (O-Ton: »*Gerhard Kaindl erlag keineswegs ›wenige Stunden später seinen Verletzungen‹, sondern krepierte, nachdem seine Lunge mit einer 25 Zentimeter langen Messerklinge zerfleischt wurde, noch in der Kneipe.*« (21.10.94).) Als die Staatsanwaltschaft den Mordvorwurf zurücknahm, urteilte die taz: »*Und doch sind sie schuldfähig*« (taz, 20.10.94).

In diesem Klima kamen wir zu der festen Überzeugung, daß mit diesem Prozeß ein Exempel statuiert werden sollte. Wir dachten, wenn die schon so denken, was wird ein deutsches Gericht wohl entscheiden? Es ist keine Zuspitzung, wenn wir im nachhinein eine gewisse Erleichterung empfinden, daß die Verhafteten nicht durch diesen Teil der Szene abgeurteilt worden sind!

Der Versuch, mit den schwachen Mitteln des geschriebenen Wortes (»Redebeitrag auf der Demo am 20.4.94 in Berlin«, »Die Weizsäckerisierung der Militanz« usw.) klar zu machen, daß wir uns mit einer derartigen Aburteilung nicht abfinden würden, lief ins Leere. Schon damals hatte uns angekotzt, erneut erklären zu müssen, was längst keiner Erklärung mehr bedarf, und uns immer wieder dem Rechtfertigungszwang der Szene zu unterwerfen.

Klar ist, daß wir diesem Zwang solange unterliegen, wie wir keine eigene Stärke entfalten. Und auch dies ist im Verlauf dieser Prozesse gescheitert. Da es uns nicht gelungen ist, eine breite Solidarität unter MigrantInnen zu erreichen, um das Ganze wieder vom Kopf auf die Beine zu stellen (Feindliches Hinterland, Antifasist-Gençlik-Komitees), blieb alles fest in deutscher Hand.

Wir hatten kaum Möglichkeiten einzugreifen, wobei wir es im nachhinein als unseren Fehler sehen, daß wir uns auf die Strategie der RechtsanwältInnen und die »StrategInnen« der Szene eingelassen haben. Mit der Drohung, daß jede unserer Äußerungen gegen die Gefangenen gewendet werden kann, haben sie es geschafft, den Prozeß von der Verteidigerseite her zu entpolitisieren. Dem Ratschlag zur politischen Enthaltsamkeit folgend, wurde ein herz- und schlagloses Blatt (»Herzschläge«) für autonome ChristInnen, und alle, die es werden wollen, produziert und verteilt. Unsere Anregung, das Blatt einzustellen, wurde ignoriert.

Die politischen Gruppen versorgten »ihre« Gefangenen mit »ihren« Informationen und bezogen sie in »ihre« Auseinandersetzungen ein.

Autonome Reisende aus Frankfurt machten sich auf den Weg, ihren Berliner GenossInnen die Lehren aus dem Startbahn-Prozeß zu verkünden, ohne sich mit der Frage zu belasten, ob beide Aktionen so ohne Weiteres zu vergleichen seien. Die Szene spielte ihr »ExpertInnentum« und ihre organisatorische Überlegenheit voll aus. So wurde auch nur das von den Gefangenen publik gemacht, was in das Szenekonzept paßte. Forderungen von Gefangenen an das »Herzblatt« wurden einfach ignoriert.

Der Wunsch eines Gefangenen, nach »draußen« mitzuteilen, daß er die politische Positionsbestimmung von *Cafe Morgenland* in vollem Umfang mittrage, wurde als nicht existent betrachtet, ignoriert und zensiert.

Gefangene wurden unter Druck gesetzt, sich an die beschlossene Linie anzupassen. Wie gesagt, Machtverhältnisse wurden voll ausgespielt.

Obwohl unsere langjährigen Erfahrungen uns inzwischen zu einer gewissen Vorsicht im Umgang mit autonomen u.ä. Zusammenhängen gebracht haben, ärgern wir uns jetzt, daß wir an eine »faire Behandlung« der Gefangenen durch die Szene geglaubt haben und unsere Solidarität nur aus der Distanz (d.h. ohne eigenen, direkten Kontakt mit den Gefangenen) zum Ausdruck gebracht haben.

Schließlich gab es von Anfang an die Bemühungen, die MigrantInnen als Opfer der deutschen Antifa-Bewegung zu verbuchen, womit die spezifischen Gründe von MigrantInnen, sich gegen jeden organisierten Teutonismus, ob in Springerstiefeln oder Pumps, zu wehren, geleugnet wurden.

Ketzerische Stellungnahmen von *Cafe Morgenland* und anderen Gruppen wurden durch rigorose Zensur bei *Interim*, *Herzschläge* usw. ausgeschaltet.

Dieses Verhalten scheint auf breite Zustimmung gestoßen zu sein: Der Versuch der Gruppe 13. Februar, durch bundesweiten Protest und Kritik die rassistische Zensur der *Interim* zu thematisieren, fand kaum ein Echo. Das gleiche Schicksal erfuhren auch die wenigen Beiträge, die unsere Ausrichtung unterstützten.

Die kurz vor Beginn des Prozesses begonnene Wende in Inhalten und Praxis von Teilen der UnterstützerInnen trat zu spät ein, um das Blatt zu wenden (trotzdem finden wir das unbedingt erwähnenswert). Unmittelbares Produkt der zuvor beschriebenen Entwicklung war dann der Prozeßverlauf. Dieser Verlauf fing nicht mit dem ersten Prozeßtag an, sondern steht am Ende einer langen Kette von Prozessen. Eine Kritik kann also nicht erst mit dem ersten Tag der Gerichtsverhandlungen beginnen, wie die »QuerdenkerInnen« vorgeben. Sie interessiert lediglich die verpaßte Chance, den Polizeiskandal zu thematisieren, dessen Verschweigen Bestandteil des Deals zwischen Anwälten und Staatsanwaltschaft war.(Polizeiskandale sind angeblich ein hilfreiches didaktisches Mittel, das Vertrauen der BürgerInnen in diesen Staat zu erschüttern. Diese Chance wurde wieder einmal verspielt!)

Gemessen an unseren Intentionen und Ansichten ist der Gerichtsprozeß, trotz unserer Freude und Erleichterung über die Urteile, eine politische Katastrophe. Was wir im Einzelnen am Verhalten der MigrantInnen (drinnen und draußen) zu kritisieren hätten, was wir an Fehlern und Unzulänglichkeiten, insbesondere an uns (*Cafe Morgenland*, bzw. Antifasist-Gençlik-Komitees) auszusetzen haben, das ist eine Sache, die wir unter uns – zusammen mit unseren FreundInnen und GenossInnen aus Berlin und anderen Städten – austragen müssen. Angesichts der wiederholten Erfahrungen wird unter Ausschluß der deutschen Szeneöffentlichkeit getagt.



Vorerst wollen wir auf das reagieren, was die »QuerdenkerInnen« »ausgeklammert« haben.

Zu dem vom Gericht »verhandelten« Thema (offensive Abwehr):

Trotz intensiven »in-uns-Gehens« können wir nach wie vor kein Mitleid mit unseren Mördern empfinden. Nicht trotz, sondern gerade wegen unserer humanistischen Sozialisation, sind wir dazu »unfähig«. Egal ob sie gezielt oder spontan angegriffen werden. Egal ob sie von Zuhältern, von politisch Organisierten oder spontan Reagierenden getroffen werden. Mit oder ohne Erklärungen (wer immer noch Erklärungen braucht, hat nicht begriffen in welchem Land sie/er lebt).

Obwohl wir uns nicht mit der Frage beschäftigen ob »Nazis biologisch abbaubar« sind, betrachten wir Auseinandersetzungen mit Neonazis und sonstigen, auch unorganisierten RassistInnen, nicht als eine politische Positionsbestimmung – sondern immer mehr als eine Frage des Überlebens.

Ein Unterschied zwischen »Notwehr« und »offensiver Abwehr« ist für uns nur logistisch auszumachen (im zweiten Fall bestimmen die Opfer und nicht die TäterInnen den Zeitpunkt und Ort der Konfrontation, was bestimmte Vorteile mit sich bringt). Es bleibt dabei: Auch in der Zukunft ist allen, die bedroht sind (Flüchtlinge, MigrantInnen, sog. Behinderte und all diejenigen, die der völkischen Norm nicht entsprechen) und sich wehren, unsere bedingungslose Solidarität gewiß.

Da gibt es nichts zu »verhandeln«. Wir akzeptieren weder das »Gewaltmonopol« des Staates, noch das »Gewaltmonopol« der Volksaufstände (ohne Hochkommata) des Mobs. Die Zuspitzung dieser Konfrontation auf die Frage nach Leben oder Tod hat uns längst jeglicher Alternative beraubt.

Daher sprechen wir weiterhin dem deutschen Staat und seinen Institutionen das Recht ab, Urteile über Flüchtlings- und MigrantInnen-Widerstand zu fällen. Dies ist nicht als Verbalradikalismus angesichts unserer eigenen Ohnmacht zu verstehen, sondern als Anleitung zu entsprechendem Verhalten, wenn wir gezwungenermaßen vor diesen Instanzen stehen.

Es ist gleichzeitig für uns klar, daß dies nur dann seine Umsetzung finden kann, wenn eine MigrantInnen-Bewegung, die eine dem rassistischen deutschen Alltag entsprechende Stärke entwickeln muß, diese Haltung mitträgt. Daher sehen wir uns kaum imstande unsere FreundInnen und GenossInnen zu kritisieren, obgleich wir die fehlende Legitimation deutscher Gerichte, über antirassistischen Widerstand zu urteilen, immer wieder betonen.

Generalkonsul in Kobe

Keine Deutschen unter Opfern

TOKIO, 18. Januar (dpa). Den Deutschen, die in der vom Erdbeben verwüsteten Stadt Kobe und Umgebung wohnen, ist offenbar außer Vermögensschäden nichts passiert. Er habe keine Hinweise auf Tote oder Verletzte, sagte der deutsche Generalkonsul in Kobe, Nils Grüber, am Mittwoch.

Die Zahl der in Osaka und Kobe lebenden Deutschen wird auf tausend geschätzt. Etwa 80 deutsche

gen Telefonen, die funktionieren, lange Warteschlangen." Die Arbeits- lichkeiten des Generalkonsulats stark eingeschränkt. Im Laufe des solle in der verschont gebliebenen schen Schule in der Nähe Notdienst eingerichtet

Das

Zu unserem »Problem«:

Im Verlauf der Prozesse wurde der Eindruck erweckt, daß sich unser Problem auf Nazis, deutsche PolitikerInnen und deutsche Staatsmacht konzentrieren läßt. Die erschreckende Wahrheit aber ist, daß wir Probleme mit dem mörderischen Feldzug einer 80-Millionen-Population (mit oder ohne Wachsflecken) inklusive ihrer linken BewährungshelferInnen haben.

Dies nicht hinzunehmen, die Tatsache, daß allein mit der Reduzierung auf den Antifaschismus-Begriff das Wesen dessen, was wir als Lebens-

gefühl der deutschen Mehrheit kennengelernt haben, wurde kaum berücksichtigt.
Wo dieser Feldzug enden wird, ist ungewiß. Wir halten zwar nichts von gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten, wohl aber müssen wir mit der existentiellen Lebensartikulation der Deutschen (Ich »mobe«, also bin ich) umgehen.
In Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen, in Mannheim-Schönau und in Mannheim-Waldhof ist etwas passiert, was die meisten Linken am liebsten wieder – als durch den Wiedervereinigungsschock bedingten Störfall – schnell unter den Teppich kehren wollen.
Zur geschichtlichen Erfahrung dieser Population mit der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden, der Roma und Sinti und aller »Undeutschen«, kam die Bereicherung dieses ureigenen deutschen Bewußtseins durch die volksfestartigen Pogromnächte und -tage hinzu. D.h., daß während man/frau bisher davon ausging, daß die Deutschen den Juden Auschwitz verziehen haben (Grundlage der Konstituierung der alten BRD), haben die Pogrome und antisemitischen Angriffe diese Annahme in ihrem vollen Umfang über den Haufen geworfen.
Die linken Antworten darauf – wenn sie gerade nicht ihren »Konformationstag« vorbereiten (autonomer Kongreß), – sind, freundlich ausgedrückt, peinlich. Die klassenanalytischen Erklärungen eignen sich nicht einmal als Karikaturvorlage. Sie haben immer noch nicht verstanden, daß die deutsche Arbeiteraristokratie samt ihren »Deklassierten« längst zu TäterInnen geworden sind und in dieser Tradition fortfahren.



Auf der Suche nach dem revolutionären Subjekt

Das einzige, was für ihre Strategien zählt, ist die Frage des (Ausgebeutet-)Seins, die objektive Klassenlage, eventuell das Geschlecht. Anschließend wird sich bemüht, den ausgebeuteten »Massen«, das richtige Bewußtsein ihrer Situation zu vermitteln und u.U. auch den lediglich in der Zielrichtung Fehlgeleiteten das richtige Objekt für ihre Ausfälle aufzuzeigen. Dabei vermeidet man es tunlichst, die umworbene Bevölkerung zu kritisieren. Dies geht soweit, daß die Lichtenhagener Population dazu aufgefordert wurde, sich in den antirassistischen Ringelreigen einzureihen.
Wir wissen immer noch nicht, ob sie die Verhältnisse nicht richtig erkannt haben, oder um des Glaubens an die Revolution willen, sich vor der Wahrnehmung der Verhältnisse verschließen. In die gleiche populistische Strategie reiht sich der Versuch ein, mit einer Aktionsreihe deutsche UrlauberInnen zu solidarischem Handeln mit Flüchtlingen, die abgeschoben werden sollen, zu bewegen. Glaubt ihr tatsächlich, daß irgend ein deutscher Türkeiurlauber kostbare Minuten seines Urlaubs wegen einer Kurdin verlieren will, die abgeschoben werden soll?
Jüngst inszenierten Solidaritätsgruppen in Frankfurt eigens den Ablauf der versuchten Abschiebung von Kola Bankole, die dieser nicht überlebt hatte. Sie haben sich wahrlich bemüht, Marx' Feststellung, die Geschichte wiederhole sich zwei Mal, einmal als Tragödie und einmal als Farce entsprechend zu bewahrheiten: Um das reality-TV-geschädigte Publikum doch noch aufzurütteln, wurden der gesamte Verlauf der Abschiebung und der Tod des Flüchtlings am Frankfurter Flughafen nachgestellt; dabei wurde ein Afrikaner dazu überredet, das Opfer zu spielen.
Demgegenüber erscheint ein weiterer Prozeß gerade zu harmlos. Teile der Autonomen und Antifa-Szene können sich heute auch wieder parlamentarisch vertreten sehen durch die PDS. Die Tatsache, daß Stephan Heym oder Peter Gingold für die PDS kandidierten, hat die Überzeugung gestärkt, daß sich der Gang zur Urne wieder lohnt. Die PDS als verlängerter Arm der Arbeiterklasse und als antirassistische Alternative im Bundestag (Gegen den Rassismus in den Köpfen!) scheint eine



Aktion auf dem Frankfurter Flughafen im Dezember: Eine Nachstellung der Knebelung, die dem Tod von Bankole vorausging
Foto: Gunna

wählbare Alternative zum Boykott. Deutschnationale Untertöne »für das Zusammenwachsen und die Versöhnung zwischen Osten und Westen«, der Populismus der PDS im Kampf für den Erhalt von Arbeitsplätzen in Ostdeutschland usw. wurden geschickt überhört. (1) Für uns hätte sich die Alternative, wenn wir sie gehabt hätten, zwischen SPD (»Arbeit! Arbeit! Arbeit!«), CDU (Arbeit durch Aufschwung!), REPs (Arbeit für Deutsche!) und PDS (Arbeit her!) nicht gestellt.

In der Szene stört es offensichtlich niemand, daß die PDS gerade in den Orten in der Ex-DDR hohe Stimmenanteile erzielte, wo sich massenhaft die deutsche Volksfront gegen Flüchtlinge formierte, wie z.B. in Hoyerswerda (51% PDS-Stimmen bei den Bürgerschaftswahlen). Die autonomen PDS-WählerInnen reihten sich problemlos ein in die PDS-WählerInnengemeinschaften von Lichtenhagen (35%), Magdeburg, Dolgenbrodt und Basdorf (»*Wir wären bereit, 20 sowjetische Juden statt der Flüchtlinge aufzunehmen*«, PDS-Basdorf), um nur einige zu nennen.

Spätestens bei der Wahlurne und anschließend bei der Auszählung und -zahlung der Stimmen (für jede Stimme 2,50 DM) wurde die Einheit, die vor dem Flüchtlingsheim in Hoyerswerda vorübergehend im Jahr '92 und später in Schönau, gestört wurde, wiederhergestellt.

Aber auch die sog. »antinationalen Gruppen« bleiben nicht untätig und veranstalten ihre Kongresse und Diskussionsrunden im nationalen Rahmen (Deutsche unter sich), ohne sich dieses Widerspruchs bewußt zu werden.

»Liberale« Zeitungen würdigen »nach dem Ableben« hemmungslos die Nutznießer der Verfolgung der Jüdinnen (siehe FR-Beitrag und Leserbrief).

Heute ist es so, daß der Angriff von überall kommen kann: Von den deutschen Nachbarn – wie in Mannheim-Waldhof – oder von den deutschen Saufkumpanen – so endete z.B. für einen Mann aus Polen die Begegnung mit Letzteren tödlich. (2) Wenn in der Landschaft der deutschen Volksgemeinschaft der Mob immer und immer wieder sich als Bürgerinitiative formiert – wie im Münchener Stadtteil Pfaffenwinkel, um die Flüchtlingscontainer abzuschaffen (wegen Lärmbelästigung) – dann kommt die Antwort der Linken dort einer Bedrohung gleich: »Zusammenleben« heißt die ausländerfreundliche Gegeninitiative.

Wir reden auch von diesen Prozessen, die sich in diesem Land zugetragen haben, und in denen die Szene nach Kräften mitmischt.

Ohne diese Prozesse zu berücksichtigen, ist jede Kritik notgedrungen selektiv und deutsch.

Die ersten Lichterketten gegen »kriminelle« Ausländer haben sich bereits in Hamburg-Altona unbehelligt (besser gesagt »unverdunkelt«) formiert. Sie aus der Straße wegzufegen, auf diese Idee kam und kommt man/frau nicht einmal.

Wozu also noch diskutieren?

KEINE AUSSAGEN BEI DER SZENE!

Cafe Morgenland und Berliner MigrantInnen, 25. Januar 1995

(1) Zu PDS: »*Die Herrschenden setzen auf Spaltung: West gegen Ost, Deutsche gegen Ausländer, Lohnabhängige gegen Sozialhilfeempfänger. Die eigentlichen gesellschaftlichen Widersprüche werden so verschleiert. Sie [die PDS] ist die Partei, die ostdeutsche Interessen als integralen Bestandteil einer alternativen Reformpolitik für ganz Deutschland begreift und damit einen tatsächlichen Beitrag zum Abbau der inneren Spaltung leistet.*« (aus: *Thesen des Parteivorstandes der PDS zum 4. Parteitag*, AK 374, 11.1.95).

(2) Zum »*Höhepunkt*« *einer gemeinsamen Feier am 26.7.1994 in Berlin stoßen acht Deutsche den Polen Ryszard M. in die Spree. Ein anderer Pole versucht ihn zu retten. Die Deutschen lassen sie nicht mehr an Land und beschimpfen sie dabei. Der zu Hilfe gekommene Pole ertrinkt. Die Polizei kann den anderen retten. Was als* »*Spaß*« *mit Deutschen beginnt, kann für MigrantInnen tödlich enden.*

Heil'ge Nacht, o gieße Du
Himmelsfrieden uns ins Herz.

Am Heiligen Abend hat ein sanfter Tod meinen lieben Mann

Siegfried Mühlhausen

Buchhandler in Frankfurt am Main
geb. 10. August 1912

aus unserer wunderbaren Gemeinsamkeit von mir genommen.
In bin unendlich traurig und mit mir alle Angehörigen nah und fern.

Ruth Mühlhausen, geb. Burre

Mein Mann war mit ganzem Herzen Buchhändler.
Er liebte seine Heimat über alles: Dresden, seine Geburtsstadt, und Hubenrode im Kaufunger Wald, seines Vaters Heimatdorf, vor allem war er stolz, ein Deutscher zu sein.
Wir haben von unserem lieben Entschlafenen im engsten Familienkreise Abschied genommen.

33615 Bielefeld, Kantstraße 6

Anstelle von zugedachten Blumen bitten wir im Sinne des Verstorbenen um eine Spende an den Volksbund Deutsche Kriegsgraberfürsorge, Konto-Nr. 39900-605, Postbank Frankfurt, BLZ 500 100 60.

Buchhändler Siegfried Mühlhausen starb mit 82

Siegfried Mühlhausen ist tot; wie erst jetzt bekannt wurde, starb der Frankfurter Buchhändler an Heiligabend in Bielefeld, der Heimatstadt seiner Ehefrau Ruth. Er ist 82 Jahre alt geworden.

Siegfried Mühlhausen, von dem in den ersten Nachkriegsjahrzehnten in Frankfurt die Rede ging, er wisse, „was in jedem Buch drinsteht", wurde 1912 in Bad Nauheim geboren. Nach einer Gärtnerlehre gab er die Absicht auf, Gartenarchitekt zu werden und absolvierte eine Buchhändlerlehre. In einer Erfurter Buchhandlung lernte er seine spätere Frau kennen.

Die Chance, sich selbständig zu machen, brachte die beiden nach Frankfurt: Sie übernahmen 1939 die ehemalige Strauß'sche Buchhandlung in der Biebergasse, nachdem deren jüdische Inhaber in die USA emigrieren mußten. Es folgten die Zeit als Soldat und russischer Gefangenschaft; die Buchhandlung wurde von seiner Frau geführt, zunächst in einem Notquartier.

Die Wiedereröffnung der Buchhandlung Mühlhausen fiel in das Jahr 1956, am Rathenauplatz 1a, neben der Einhorn-Apotheke. 1975 war der Umzug in die Schillerstraße 5, wo Siegfried Mühlhausen 1982 die Buchhandlung in eine GmbH überführte, deren Geschäftsführerin Elke Dilgen 1992 auch den Umzug in die Lorey-Passage bewerkstelligte. clau

Betr.: Nachruf auf S. Mühlhausen, FR 31.12.94
Buchhändler Siegfried Mühlhausen starb mit 82 (clau)

"De mortibus nihil nisi bene" (Nichts über die Toten, es sei denn Gutes), lautet ein lateinisches Sprichwort, das sich die Verfasserin des Nachrufs auf S. Mühlhausen wohl zu eigen gemacht hat. Während man, bei Verstorbenen, die all zu offensichtliche Nutznießer des natioanlsozialismus waren, als daß es sich verklittern ließe, bisher darauf geeinigt hatte, diesen Zeitraum kurzerhand aus ihren Biographien verschwinden zu lassen, entscheidet sich die FR-Journalistin dafür, das Gegebene als Selbstverständlichkeit zu präsentieren. Wir erfahren, daß der Nationalsozialismus M. eine "Chance, sich selbständig zu machen" bescherte, konnte er doch 1939 zusammen mit seiner Ehefrau eine Buchhandlung in Frankfurt übernehmen. Deren vormalige Eigentümer jüdischer Herkunft mußten aus Deutschland flüchten.

Würde man der Sichtweise, die die Journalistin in ihrem Nachruf einnimmt, folgen, so ließe sich der Nationalsozialismus ohne weiteres darauf reduzieren, daß die Karten neu verteilt wurden und nun jene zum Zuge kamen, denen zuvor weniger Glück beschert war. Ähnlich wie Herrn Mühlhausen boten sich Hunderttausenden seiner Volksgenossen ungeahnte Aufstiegsmöglichkeiten. Im Handel wurden die Geschäfte jüdischer EigentümerInnen durch Zwangsarisierungen stillgelegt, so daß die unliebsame Konkurrenz beseitigt war, ein Teil dieser Geschäfte wurde "arisiert", also an nicht-jüdische Deutsche zumeist weit unter dem tatsächlichen Wert verkauft. Mit dem Gesetz zur „Wiederherstellung des deutschen Berufsbeamtentums" wurden alle Jüdinnen und Juden aus dem Staatsdienst entlassen, so daß sich auch hier nicht-jüdischen Deutschen neue Karrieremöglichkeiten eröffneten. Ähnliches gilt für viele andere Bereiche, wie Wissenschaft und Kunst. Aber auch der Aufbau von Verwaltungseinheiten in den besetzten Gebieten verlangte arisches Führungspersonal. So lagen Glück und Unglück in der Tat dicht nebeneinander!

Der Zynismus dieser Aussage scheint Ihnen vollends entgangen zu sein. In zwei sachlich verfaßten Sätzen verschmelzen Sie unternehmerischen Erfolg und bestialische Brutalität des Nationalsozialismus, der Entrechtung, "Aussonderung" und Enteignung der jüdischen Bevölkerung, die allesamt nur Vorläufer ihrer späteren Vernichtung in den Gaskammern von Auschwitz, Treblinka und Sobibor waren, ohne daß Sie die Ungeheuerlichkeit dieses Zusammenhangs aufschrecken läßt. Die "Banalität des Bösen" und die Haltung derer, die es mitgetragen haben, bedarf für Sie offensichtlich keiner Erklärung. Um die Pietät gegenüber der TäterInnen und ihren HandlangerInnen wahren zu können, scheuen Sie nicht vor der Pietätlosigkeit gegenüber der Opfer zurück. Während das Mitgefühl der LeserInnen ganz auf M. und seine Ehefrau gerichtet wird - die Buchhandlung im „Notquartier" während des Krieges, die russische Kriegsgefangenschaft - (Mühlhausen, war wie seine Ehefrau uns über die Todesanzeige mitteilt „vor allem stolz ein Deutscher zu sein" (F.R. 3.1.95)), schlägt den Opfern blanke Gleichgültigkeit entgegen!

Foto: Marily Stroux



Noch blieben wir unerhört

Der bundesweite Zusammenschluß um *inisiyatif*, der nicht erst seit dem Erscheinen der gleichnamigen Zeitschrift im April '94 existiert, vertritt nach wie vor die wesentlichen Grundzüge des in der ersten Ausgabe erschienenen Leitartikels mit dem Titel: »Die Jugend und der antifaschistische Widerstand«. Der folgende Artikel ist eine überarbeitete Fassung des genannten Artikels.

Türkisch/kurdische Jugendliche

Daß wir, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen türkischer und kurdischer Herkunft, längst InländerInnen dieses Landes sind, braucht eigentlich nicht extra erwähnt zu werden. Ein großer Teil von uns ist hier geboren und aufgewachsen. Unser Leben und unsere Zukunftspläne richten wir nach hiesigen Bedingungen und den hier erworbenen Ein- und Vorstellungen. Im Vergleich zu unseren Eltern setzen wir uns mit der Geschichte, der gesellschaftlichen Struktur und der heutigen Realität dieses Landes intensiver auseinander. Aufgrund unserer Position in der Gesellschaft, unserer spezifischen Probleme, der Haltung der Herrschenden uns gegenüber und unserer Suche nach einer neuen soziokulturellen und politischen Identität, befinden wir uns in einer besonderen Lage. Die Jugend, mit der ihr eigenen Realität, ist mit Problemen konfrontiert, die ein Einzelner nur mit erheblichen Schwierigkeiten bewältigen kann. Weder die Familie noch die Gesellschaft und ihre Institutionen sind in der Lage, ihr eine Grundlage für die Gestaltung einer sinnvollen und selbstbestimmten Zukunft zu verschaffen. Es ist kein Wunder, daß in dieser Gesellschaft, in der die Menschen vereinsamt und individualisiert werden, jede Beziehung und jeder Austausch zwischen Menschen untereinander an Eigeninteressen gebunden sind. Oft prägt sich die Auffassung ein, überlegener als alle anderen zu sein. Die Kultur und Unterhaltung wird kommerzialisiert, fast alle menschlichen Werte mit Geld gemessen und Werte wie Solidarität, Teilen, Toleranz, Gleichheit, Freiheit und Geschwisterlichkeit getilgt oder ihrer wahren Inhalte beraubt. Die Jugendlichen haben gegen sehr hohe Barrieren zu kämpfen, um eine sozial sinnvolle und kreative Identität und Zukunft überhaupt in Aussicht zu haben. Diese Barrieren sind für die türkisch/kurdischen Jugendlichen doppelt und dreifach hoch. Sie befinden sich in einer Auseinandersetzung zwischen zwei oder gar mehreren Kulturen, sie tragen mit ihren Eltern einen ständigen Konflikt aus, ihnen werden keine auf ihre besondere Situation ausgerichteten Möglichkeiten angeboten, um eine erfolgreiche Ausbildung durchzuführen. Sie werden kriminalisiert und bestraft, wenn sie sich zu Wort melden; sie bilden relativ gesehen den größten Anteil unter den Arbeitslosen, und aufgrund ihrer verzweifelten Situation und der Perspektivlosigkeit verbringen sie ihre Zeit oft in Spielhallen, in Diskotheken oder auf der Straße; sie weichen leider auch nicht immer der Kriminalität aus.

Deutscher Nationalismus, Rassismus und faschistische Angriffe

Die Probleme, denen die Jugendlichen ausgesetzt sind, stehen in direktem und indirektem Zusammenhang mit dem Charakter des Systems. Die türkisch/kurdischen Jugendlichen sind zusätzlich zu den sie spezifisch betreffenden Problemen genauso wie viele andere Teile der Gesellschaft (vor allem ImmigrantInnen, Flüchtlinge, Behinderte, Homosexuelle, Juden, deutsche AntifaschistInnen) mit Ausgrenzung, Diskriminierung und rassistisch-faschistischen Angriffen konfrontiert. Vor allem mit der Vereinnahmung der DDR durch die BRD wurde durch die Herrschenden und die Medien der deutsche Nationalismus systematisch entwickelt und beschleunigt. Dies führte zur endgültigen Bildung der Grundlage und der Legitimation der von tausenden von deutschen BürgerInnen unterstützten rassistisch-faschistischen Angriffe und Pogrome. Diese Pogrome vervollständigen die von Herrschenden seit Jahrzehnten betriebene rassistische »AusländerInnen-« und Asylhetzpolitik.

Rassistische AusländerInnen- und Asylpolitik

Die folgenden Ansichten, die seit Jahrzehnten vertreten werden, sind prinzipielle Bestandteile der Politik dieses Staates: »AusländerInnen« sind unerwünschte Gäste, die die innere Sicherheit der BRD gefährden; »Deutschland ist kein Einwanderungsland«; »AsylbewerberInnen sind asozial und parasitär«; »Ausländer-

Innen« sind schuld an der Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Kriminalität; »AusländerInnen« haben die Auswahl, entweder sich zu assimilieren oder zu verschwinden, usw. Als die CDU/CSU und FDP-Koalitionsregierung 1982 an die Macht kam, hieß es in der ersten Regierungserklärung: »In 10 Jahren wird die Anzahl der Ausländer auf die Hälfte reduziert«, »um Probleme wie Arbeitslosigkeit zu lösen«. Ist das nicht die reinste rassistische Politik? Diese Politik ist nichts anderes als eine Perversität, damit werden rassistische Haltungen in der Gesellschaft angeheizt und die Nazis ermutigt, ihre Morde hemmungsloser fortzusetzen. Nicht aus den Augen zu verlieren ist die Tatsache, daß die rassistische Politik gegen »AusländerInnen« und Flüchtlinge auf der Europa-Ebene koordiniert und ausgeführt wird (siehe dazu die bilateralen Vereinbarungen und Beschlüsse der EG: »Organisierte Kriminalität von Ausländern«). Es ist schon sehr bezeichnend, daß der Protest gegen den EG-Gipfel in Essen massiv – 900 Festnahmen – unterdrückt wurde. D.h. für ein reibungsloses Funktionieren der eurorassistischen Politik muß jegliche Opposition gnadenlos erstickt werden. Es ist daher angesagt, die antirassistische Arbeit und die MigrantInnenbewegung europaweit zu koordinieren.

Heuchelei

Wie oft wurde belegt, was für einen Billionen-Beitrag die sogenannten »AusländerInnen« für die Gesellschaft und den Staat geleistet haben, ohne Grund- und Menschenrechte wahrnehmen zu können? Wie oft wurde belegt, daß die sog. »AusländerInnen« sich hier niedergelassen haben und die BRD faktisch ein Einwanderungsland ist? Wie oft wurde belegt, daß die BRD für das Elend und den Krieg in vielen Ländern, aus denen die sog. »AusländerInnen« und Flüchtlinge kommen, mitverantwortlich ist?

Nun, wenn die Nazis mörderisch auftreten, dann kann sich die BRD trotzdem »ausländerInnenfreundlich« hinstellen, indem sie diese als Taten von asozialen Einzelgängern verurteilt. Zur Gewissensberuhigung und zur Show für den Rest der Welt werden auch Lichterketten veranstaltet. Selbst wenn einige Naziorganisationen verboten werden, an der heuchlerischen Politik ändert sich nichts, solange die BRD darauf besteht, Täter zu Opfern und Opfer zu Tätern zu erklären. Die auf einem nationalen Konsens beruhende Reaktion auf die Pogrome von Hoyerswerda-Hünxe-Saarlouis-Mannheim-Rostock und unzählige faschistische Angriffe war die Abschaffung des Asylrechts (massive Einschränkung des Art. 16. GG) mit einer unüblichen Geschwindigkeit, denn die Ursache der Pogrome sind nach Ansicht der BRD die Anwesenheit der Opfer. Die Gesetzesänderung hat die Rassisten und Faschisten in ihren Taten bestätigt, und die Neonazis haben ihre mörderischen Taten als Erfolg gefeiert. Um die Kritik vor allem im Ausland zu mildern, hat man nur ein paar Neonazi-Organisationen verboten. Doch die rassistischen Pogrome und die Angriffe setzen sich unvermindert fort. Jährlich werden nach offiziellen Angaben ca. 3.000 rassistisch motivierte Anschläge registriert. Innerhalb von 4 Jahren sind über 60 Personen ermordet worden.

Institutionalisierter Rassismus

Der Rassismus in der BRD läßt sich nicht allein durch rassistische Pogrome, Nazi-Angriffe und deren Duldung bzw. Förderung durch den Staat erklären. Der Rassismus in der BRD ist institutionell verankert. Die Belege dafür liefern unzählige Gesetze, die rassistische Politik der Bundesregierung und aller staatstragenden Parteien, die täglich neu produzierte rassistische Hetze der Medien und der Rassismus in vielen Einrichtungen wie z.B. Schule. Allen voran sei das »AusländerInnen«gesetz genannt. Mit diesem Gesetz wird die Ausgrenzung und Diskriminierung der »AusländerInnen« festgeschrieben. Das Arbeitsförderungsgesetz, § 19, schreibt rassistische Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt vor. Viele der Grund- und Menschenrechte, die im Grundgesetz definiert werden, gelten nicht für »AusländerInnen«. Daß den »AusländerInnen« kein Wahlrecht gewährt wird, ist ein Beleg für den Rassismus der bundesdeutschen »Demokratie«.

Rassismus und Faschismus betreffen alle

Der Rassismus ist eine Erscheinung, die täglich neu produziert wird und unser Leben in allen Lebensbereichen begleitet. Rassismus und faschistische Angriffe betreffen nicht nur uns, die ImmigrantInnen und Flüchtlinge, sondern alle anders denkenden Menschen. Die Herrschenden wollen durch den Rassismus und die von ihnen geförderten faschistischen Angriffe uns in »AusländerInnen« und Deutsche spalten und damit die eigentlichen Verursacher von sozialen und ökonomischen Mißständen verdecken, d.h. »Teilen und Herrschen mit der Sündenbockpolitik«. Andererseits ist der Rassismus, vor allem deutscher Prägung, geschichtlich und gesellschaftlich so tief verankert, daß die einfache sozio-ökonomische Erklärung nicht immer ausreicht. Aber letztendlich spielt die sozio-ökonomische Komponente eine entscheidende Rolle.

Wie deutsch ist der Rassismus?

Auffassungen wie »die deutsche Population – oder Nation – ist von Grund auf rassistisch« sind fatal. Würden wir diese Auffassung vertreten, wäre die Konseqüenz: »Kampf gegen alle Deutschen« oder »der Rassismus im deutschen Blut muß bereinigt werden«. Hier stellen sich viele Fragen, wie z.B.: Wer oder was ist deutsch? Sind Rassismus und Faschismus deutsche Spezialitäten? Fazit: Fatale Auffassungen erzeugen sinnlose Fragen, weil die Auffassung selbst, ob bewußt oder unbewußt vertreten, rassistische Ansätze hat.

Gemeinsam gegen ...

Wir lehnen selbst Ansätze wie »MigrantInnen gegen Deutsche«, in welcher Form auch immer, strikt ab. Wir kämpfen gegen Rassismus und Faschismus – egal von welcher »nationalen« Gruppe sie stammen. Daher dürfen wir uns nicht zu Opfern der Politik »Teilen und Herrschen« machen lassen und müssen erkennen, daß die Grenzen nicht zwischen »AusländerInnen« und Deutschen, sondern zwischen oben und unten verlaufen. Der antirassistisch-antifaschistische Widerstand und der Kampf um gleiche Rechte für ALLE muß gemeinsam und überall geführt werden.

Selbstorganisierung und doch am gleichen Strang

Selbst wenn diverse gesellschaftliche Kreise – also auch die ImmigrantInnen – aufgrund ihrer eigenen sozio-kulturellen Realität selbständige Organisierungen mit Recht vorsehen, ist es dennoch notwendiger denn je, gerade durch gleiche Forderungen und Ziele eine gemeinsame Front zu entwickeln. Dies ist sicherlich ein langfristiger und langwieriger Prozeß, dessen Erfolg von unserer Einsicht und unseren Anstrengungen abhängt.

Wir setzen uns zum Ziel, eine bewußtere und militantere Organisierung türkisch/kurdischer Jugendlicher und junger Heranwachsender für die Lösung der eigenen Probleme und als Mittel für den antirassistischen und antifaschistischen Kampf voranzutreiben. Um dies konkret in die Praxis umzusetzen, muß antirassistische und antifaschistische Arbeit mit Jugendlichen und jungen Heranwachsenden vor Ort geführt werden. Bezüglich der Politisierung türkisch/kurdischer Menschen im antifaschistischen Sinne, muß gleichzeitig ein Kampf gegen Chauvinismus, Rassismus und islamischen Fundamentalismus türkischer Prägung geführt werden. In den letzten Jahren ist eine verstärkte Aktivität der islamischen Fundamentalisten und der »Grauen Wölfe« zu verzeichnen. Ihr Einfluß auf die Jugendlichen ist enorm. Der gemeinsame Nenner des Kampfes gegen Rassismus und faschistische Angriffe und um gleiche Rechte ist nicht die »gemeinsame Betroffenheit«. Zur Bildung eines antifaschistischen Bewußtseins gehört die bewußte Absage an jegliche Art von Rassismus. Dies bei den türkisch/ kurdischen Jugendlichen zu erreichen, ist ein zentraler Punkt unserer Arbeit. Solange dies Erfolg hat, ist es gleichzeitig ein Beitrag zur Entwicklung der MigrantInnenbewegung. Die MigrantInnenbewegung, die in erster Linie einen entschlossenen Kampf um gleiche Rechte führen wird, wird somit auch einen Beitrag zur Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse in diesem Land leisten.

Andere Lösungskonzepte für die »AusländerInnenfrage«:

Trotz unserer Forderung, alle uns zustehenden Rechte zu besitzen und selbst entscheiden zu können, halten wir nicht viel von Lösungen wie Staatsbürgerschaft (ob die doppelte, Kinder- oder »normale« Staatsbürgerschaft). Denn einerseits rühren sie vom Assimilationsdruck (nach dem Motto: »Entweder Deutsch oder Ausländer«), andererseits haben sie keine Bedeutung im Kampf gegen Rassismus. Multi-Kulti-Konzepte klammern die sozio-politische Diskriminierung und Ungleichberechtigung aus und reduzieren das Zusammenleben auf Döner Kebab, Pizza, Bauchtanz etc.. Diese Vorstellung enthält auch rassistische Ansätze: Ausländer sind willkommen (Döner Kebab etc.), aber ein gleichberechtigtes Zusammenleben in jedem Sinne haben sie nicht nötig.

Kampf, aber wie?

Die Bekämpfung von Rassismus und Faschismus kann nicht allein auf das Jagen von Nazis beschränkt werden. Wir denken, daß die Aufklärung des Zusammenhanges zwischen dem staatlichen Rassismus und den Nazi-Umtrieben sowie die Vermittlung der Fakten, die aus diesem Zusammenhang resultieren, gerade für die Überzeugungs- und Öffentlichkeitsarbeit eine wichtige Rolle spielen (z.B. gibt es unzählige Beispiele dafür, daß wir uns auf den deutschen Staat und seine Polizei nicht verlassen können – daher die logische Konsequenz des antifaschistischen Selbstschutzes). Andererseits steht es für uns nicht zur Diskussion, daß Nazis, überall wo sie auftreten, nicht zu dulden sind, und mit unserer Härte rechnen müssen. Das heißt: Bieten wir den Faschisten keinen Fußbreit und bilden wir den antifaschistischen Selbstschutz in allen Lebensbereichen: in Stadtteilen, Schulen, Betrieben, etc.. Antifaschistischer Selbstschutz heißt nicht nur körperliche Verteidigung, sondern und vor allem konkrete politische Arbeit in den entsprechenden Bereichen.

Unsere Stärke

Wir rufen alle »ausländischen« wie deutschen AntifaschistInnen auf, einen fruchtbaren Austausch miteinander zu führen und sich in ihren Kämpfen gegenseitig zu bestärken. Unsere Stärke ist die Solidarität und die Entschlossenheit, für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen, in der niemand wegen seiner Sprache, seiner Nationalität, seiner Religion, seiner Anschauungen und seines Geschlechts diskriminiert wird.

inisiyatif

»Die Koalitionsmöglichkeiten in der Flüchtlingsbewegung sind noch längst nicht ausgelotet«

Interview von off limits mit Volker Maria Hügel von Pro Asyl


Foto: Umbruch-Bildarchiv

Was macht Pro Asyl?

VMH: Pro Asyl will nicht nur die Bedingungen für Flüchtlinge verbessern, sondern vor allem eine Anwaltschaft darstellen. Insbesondere weil im Laufe der Jahre das Thema Asyl immer stärker in die öffentliche Diskussion hineingelangt ist, nicht zufällig, sicher auch lanciert. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl will bestimmte Themenbereiche besetzen. Dazu gehören z.B. die Verhinderung von Abschiebungen, Bleiberecht für Roma, weg von den abschreckenden Maßnahmen wie die Gemeinschaftsverpflegungsgutscheine, informieren, was Herkunftsländer anbelangt, z.B. die Situation der Kurdinnen und Kurden, die Situation der Roma, um über Kampagnen die eigenen Positionen dann besser rüber zu bringen. Pro Asyl ist natürlich nur so stark wie das Medienecho ist. Und daß Pro Asyl diesen Namen hat, ist ganz wesentlich mit der Person verbunden, die acht Jahre die hauptamtliche Sprecherfunktion hatte, Herbert Leuninger. Ohne ihn wäre Pro Asyl nie zu dem geworden was es ist: Eine erste Adresse, um Positionen abzufragen, wenn irgendwo ein Skandal ist, wenn irgendwo eine Demonstration passiert gegen Abschiebung, wenn Abschiebungen drohen, wo Abschiebungsschutz gefordert wird, wenn irgendwo recherchiert werden muß, wenn Informationen zu Hintergründen gefordert werden.

Was hat sich in den letzten Jahren geändert?

VMH: Was wir Ende der 80er Jahre vor der Abschaffung von Artikel 16 als Szenario an die Wand gemalt haben, ist von uns zu harmlos geschildert worden. Pro Asyl sieht die schlimmsten Befürchtungen übertroffen. Von daher hat die Arbeit sich grundsätzlich geändert, früher haben wir uns jährlich Schwerpunkte überlegt, diese Frage stellt sich kaum noch. Wir sind genau wie die Menschen, die vor Ort mit den Flüchtlingen arbeiten, gezwungen zu reagieren, weil es an allen Ecken brennt. Hinzu kommt die europäische Komponente seit Mitte der achtziger Jahre. Wir kannten das Wort Harmonisierung, aber keiner hat sich dafür interessiert, was daran im Asylbereich wichtig ist. Wir wußten nur, daß Verträge existieren. Wir bekamen ja kaum Informationen. Es ist eine ganz neue Dimension, zu sehen, da passiert ganz viel um uns herum, Stichwort Festung Europa. Von daher hat sich natürlich ganz viel im Aufgabenbereich verändert. Dazu kommt, daß mit dem höheren Bekanntheitsgrad von Pro Asyl die Anfragen zugenommen haben, nicht nur von der Presse her, sondern auch von Leuten die sich Hilfe versprechen von Pro Asyl, Materialien, Argumentationshilfen oder aber auch kleine Wunder erwarten. Wenn man von Pro Asyl bei einer Ausländerbehörde anruft, daß dann eine Abschiebung nicht stattfindet oder ähliches. Das heißt, man braucht auch Personal, um eine Geschäftsstelle auszustatten, einfach um Menschen mit Flugblättern mit Materialien zu versorgen. Wir würden uns wünschen, viel mehr Kampagnen machen zu können, viel mehr Personal zu haben und auch viel präsenter zu sein in dem Bereich, auch durch Dezentralisierung. Ich fände das wichtig, wenn an verschiedenen Stellen eine kleine Infrastruktur vorhanden wäre, damit so ein Unsinn aufhört, für fünf Minuten Radiosendung in HR 3, acht Stunden nach Frankfurt und zurück zu fahren, das soll doch jemand aus Frankfurt machen. In den letzten Jahren ist einiges hinter den Großthemen runtergefallen, minderjährige Flüchtlinge oder die Situation von Frauen. Wenn man eine größere Anzahl von Menschen hat, die den Bereich inhaltlich bearbeiten und dann für Pro Asyl sprechen, kann das nur von Vorteil sein. Auch für die Arbeit vor Ort. Ich denke es ist immer viel leichter zu sagen: das hat Pro Asyl auch gesagt, als wenn eine Initiative aus Kleinkleckersdorf plötz-

Wer oder was ist Pro Asyl? Die Bundesarbeitsgeminschaft Pro Asyl wurde 1986 als »closed shop« von Persönlichkeiten aus dem Bereich der Flüchtlingsarbeit gegründet, hauptsächlich aus Wohlfahrtsverbänden, KirchenvertreterInnen und GewerkschafterInnen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl war als Interimslösung gedacht bis zur Gründung eines Bundesflüchtlingsrates. Von diesem Ziel wurde abgewichen, da sich sowohl der Name Pro Asyl als auch die Institution Pro Asyl durchgesetzt hatte.

Die Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl setzen sich auch heute noch aus Vertretern der Verbände (vor allem Wohlfahrtsverbänden, z.B. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband), Gewerkschaften, Amnesty International, Ausländerbeauftragten und Vertretern der Landesflüchtlingsverbände zusammen. Eine Gastmitgliedschaft hat ein Vertreter des UNCHR. Die Anzahl der Sitze in der Bundesarbeitsgeminschaft teilt sich so auf, daß eine Hälfte von den Verbänden/Organisationen besetzt wird, die andere von den Landesflüchtlingsräten.

Da Pro Asyl kein geschützter Name ist, kann es vorkommen, daß sich Gruppen diesem Namen geben, aber nicht in der Bundesarbeitsgemeinschaft vertreten sind, sie können allerdings Fördermitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft sein.

lich den Stein der Weisen gefunden hat und meint das wär's nun.

Verstehen Sie Pro Asyl als Organisation auf einer höheren Ebene, die in einem breiteren Zusammenschluß für die lokalen Organisationen die Arbeit macht?

VMH: Nein, sie hat vor allem durch ihre Infrastruktur die Möglichkeit, sagen wir einmal Vorgaben zu leisten. Ich glaube nicht, daß sie an Stelle der örtlichen Initiativen was machen könnte. Ich glaube, das ist eine andere Funktion. Ich könnte mir vorstellen, daß eine örtliche Initiative überfordert wäre, beispielsweise alle Bundestagsabgeordnete anzuschreiben, mit gewissen Materialien zu versorgen zu einem bestimmten Thema ...

Soll eine Arbeitsteilung zustande kommen?

VMH: Ich sehe das als Arbeitsteilung. Wir haben ja in der Flüchtlingsbewegung diesen Spagat zwischen Zäune einreißen und pampernising, dieses Betüteln von Leuten. Jenen, die sagen, wir haben mit der politischen Situation nichts am Hut, wir sind auch nicht gegen Abschiebung, aber die Flüchtlinge, die betreuen wir und denen soll es gut gehen. Ich will diese Menschen nicht ausgrenzen. Ich habe nur Schwierigkeiten, das unter einen Hut zu bringen, wenn auf der anderen Seite auch der Molotowcocktail gegen die Ausländerbehörde fliegt, wo eine Überzeugung dahinter steckt, die ich in Teilen bejahe, aber nicht in den Mitteln der Umsetzung.

Ist es denn so, daß bei Pro Asyl auch eine Menge »Sozialarbeit« gemacht wird?

VMH: Nein, nicht bei Pro Asyl. In der Sozialarbeit vor Ort werden Erwartungen geweckt, dadurch daß Pro Asyl auch so eine Art know how vermittelt, daß es Lösungen für vor Ort geben könnte. Das kann die Bundesarbeitsgemeinschaft nicht leisten.

Und die politische Diskussion?

VMH: Wir diskutieren beispielsweise darüber, welche Forderungen an ein neues oder verbessertes Ausländergesetz gestellt werden müßten. Da werden vier Seiten Papiere gemacht, was ich sehr gut finde, wie man mit dem Artikel 16 umgehen kann, da ja derzeit realistisch gesehen eine Zweidrittel-Mehrheit für den alten Artikel 16.2.2 nicht zu bekommen ist. Wir versuchen auf pragmatischem Wege Verbesserungen in Details hinzubekommen. Dafür haben wir in der Bundesarbeitsgemeinschaft das know how von wirklich hochkarätigen Fachleuten. Ich muß aber auch sagen, daß ich das System, an dessen Verbesserung ich gerade arbeite, natürlich ablehne. Wir brauchen auch die grundsätzliche Kritik daran, daß wir überhaupt ein Ausländergesetz haben, selbst wenn ich genau weiß, daß ich das durch eine Kritik nicht weg bekomme.

Lassen Sie uns nochmal zu den inhaltlichen Positionen von Pro Asyl kommen. In einem älteren Papier hieß es: die Situation der Flüchtlinge verbessern, die rechtliche Situation vor allem stärken, Abbau von rechtlicher Ungleichheit plus ein Einwanderungsgesetz für die BRD – damit wären die politischen Forderungen von Pro Asyl erfüllt.

VMH: Es hat natürlich, wie bei vielen in der Flüchtlingsbewegung, auch bei Pro Asyl so eine Illusion gegeben. Die Illusion, daß mit dem herrschenden Asylrecht sozusagen umzugehen ist, wenn wir es nur leicht verbessern, und die Zuwanderungsproblematik durch ein Einwanderungsgesetz zu lösen sei. Ich denke, die Diskussion ist inzwischen sehr viel weiter. Ich fordere schon seit langem kein Einwanderungsgesetz mehr, Pro Asyl auch nicht. Ein Einwanderungsgesetz würde sich nur an den Bedürfnissen der deutschen oder europäischen Wirtschaft orientieren, keinesfalls aber den Zuwanderungsdruck der Menschen, die ihr Land aus welchen Gründen auch immer verlassen wollen/müssen. Von daher war das die Augenwischerei beim sog. Asylkompromiß, da wurde uns ja ein Einwanderungskonzept versprochen. Ich denke, so ein Beispiel zeigt, daß auch Pro Asyl in den ersten Jahren Flüchtlingspolitik isoliert gesehen hat, nicht mit ihrem gesamtgesellschaftlichen Bezug, auch nicht mit dem europäischen Bezug, auch nicht, um das in die Migrationsarbeit einzubringen. Ich denke, daß es vornehmlich Aufgabe von Pro Asyl bleibt, die Flüchtlingsfragen in den Vordergrund zu stellen, daß aber auch Ungleichbehandlung von MigrantInnen thematisiert werden muß.

Wenn ich Pro Asyl richtig verstehe, sagen Sie ja auch, daß das Asylrecht quasi abgeschafft ist?

VMH: Das individuelle Asylrecht ist abgeschafft. Es gibt noch Möglichkeiten für wenige Personen, Asylschutz zu bekommen. Das hat auch

ganz viel mit dem verwaltungstechnischen Nichtfunktionieren der Drittstaatenregelung zu tun, weniger mit den Schutzmöglichkeiten, die die BRD legal noch bereithält – das finde ich einen ganz gravierenden Unterschied. Die Humanisierung des Asylrechts zu fordern, halte ich nach wie vor für einen wichtigen Aspekt – aber was heißt das eigentlich, wenn wir in der gleichen Bundesrepublik die totale Dehumanisierung von Flüchtlingen haben? Dann hat das für mich sowas wie »Du darfst nicht stehlen« und »Du darfst nicht töten«, und es passiert dennoch alle Tage. Das Postulat bleibt bestehen, aber es verändert nichts.

Vielleicht können Sie noch Beispiele nennen, was aktuell von Pro Asyl in diese Richtung gemacht wird?

VMH: Für uns ist im Moment wichtig, die Diskussion um eine Altfallregelung voranzutreiben. Der zweite Schwerpunkt ist sicher, die Massendeportationen zu verhindern, aktuell bezüglich des Abschiebestops für KurdInnen, dessen Aufhebung zu befürchten ist. Es gab bereits Initiativen auf der Ebene der Landesflüchtlingsräte dazu. Eine weitere Gruppe unter diesem Schwerpunkt werden Kriegsdienstverweigerer aus dem ehemaligen Jugoslawien sein sowie Kosovo-AlbanerInnen und andere Minderheiten. Ich persönlich habe mit diesem Herauspicken von Flüchtlingsgruppen meine Probleme. Ich finde es wichtig, Kampagnen zu machen, sowohl für Kosovo-AlbanerInnen, für Roma als auch für KurdInnen, aber ich weiß andererseits, daß, wenn wir eine Gruppe auslassen, im Nachzug die örtliche Arbeit, um Angehörige dieser Gruppe zu schützen, umso schwieriger wird. In dem Moment, wo ich eine Gruppe herausgreife und mich gegen deren Abschiebung wende, und ich vergesse aus taktischen Gründen zu betonen, daß ich überhaupt gegen Abschiebung bin, dann löse ich das Dilemma nicht auf, sondern brauche z.B. immer erst den aktuell aufflammenden Krieg, um einen Abschiebungsschutz argumentativ durchdrücken zu können, ich brauche noch mehr Tote – das klingt zynisch, aber es ist so. Aus diesem Dilemma kann man sich nicht befreien, wenn man nicht parallel dazu auch endlich anfängt, Abschiebungen als solche zu brandmarken und zu sagen, was sie sind. Es gibt ja schon Schwierigkeiten mit der Begriffswahl: ich sage »Deportationen«, »Massendeportationen«. Der Sprachgebrauch der Bundesarbeitsgemeinschaft ist »Abschiebungen«, »Massenabschiebungen«. Ich weiß, daß es historische Assoziationen zum Begriff »Deportationen« gibt. Ich habe keine Angst vor diesen historischen Assoziationen, da ich glaube, daß es ganz besonders wichtig ist, zu erkennen, wo wir hinfahren und was das für ein Zug ist, in dem wir in der Bundesrepublik sitzen.

Sie haben eben die Schlagworte »historische Kontinuität« und »Einforderung von Menschenrechten« gebracht. Versteht sich Pro Asyl als eine Antirassismus-Gruppe oder als eine Gruppe, die in der BRD Menschenrechte einfordert oder als beides? Gibt es da vielleicht Widersprüche?

VMH: Ich denke, Pro Asyl wäre sehr unglücklich über die Bezeichnung als antirassistische Organisation, allein schon weil es Vorbehalte gegen diese Begrifflichkeit gibt. Aber vieles, was an Arbeit bei Pro Asyl geleistet wird, hat ganz klar antirassistischen Charakter. Aber Antirassismus ist ein so emotional besetztes Wort. Ich finde da auch die Gesetzgebung sehr mangelhaft, weil sie immer noch, z.B. im internationalen Völkerrecht, von unterschiedlichen Rassen spricht. Ich bin der Überzeugung, daß es keine unterschiedlichen Menschenrassen gibt, daß es ethnische Zugehörigkeiten und bestimmte Merkmale gibt, worin sie sich unterscheiden.

Man kann die Frage ja auch anders stellen: Bezeichnet ihr das, was hier z.B. auf der Asylgesetzebene von staatlicher Seite abläuft, als rassistisch?

VMH: Ich denke, daß in einer Verlautbarung von Pro Asyl man diese Begrifflichkeit seltener finden würde. Ich selbst bezeichne diese Politik so.

Ist es dann Einforderung von Menschenrechten, was Pro Asyl macht?

VMH: Das auf jeden Fall. Ich halte diesen christlich-humanen Ansatz der Unteilbarkeit von Menschenrechten, unabhängig vom Status, unabhängig vom Nationalpaß, für eine ganz zentrale Forderung. Die Frage ist, wie es aussieht, wenn jemand nach Prüfung eines Asylantrags nach Meinung auch von Leuten in der Flüchtlingsbewegung aus asylfremden Gründen kommt, wie dann mit der Person zu verfahren ist. Ich denke, daß sich da die Geister scheiden. Man versucht noch einmal eine Aufsplittung, ganz frech gesagt: zwischen den »guten« und den »bösen« Flüchtlingen zu machen. Wir fordern natürlich menschenwürdige Bedingungen für alle, aber der Elan des Einsatzes, wenn es darum geht, Abschiebungen zu verhindern, läßt doch zum »Rand« hin sehr stark nach. Wenn genügend Kapazitäten da wären, könnte man sich vielleicht auch eine härtere Polarisierung leisten und sich auch leisten, sich als antirassistisch arbeitende bundesweite Organisation darzustellen. Pro Asyl sollte aber nicht so tun, als seien sie die Vordenker und könnten so ein ideologisches Fähnchen raushängen. Das wäre genauso schlimm wie diese plakativen Forderungen nach Toleranz, Zivilcourage, das, was ja von rechts bis links immer wieder in Sonntagsreden gefordert wird, aber zu überhaupt keinen Konsequenzen führt.

Wo sind denn eigentlich die Problem der Lobby-Arbeit? Warum ist es so schwer, unsere Sichtweise etwas stärker publik zu machen?

VMH: Ich denke, das hat zwei Aspekte. Der erste ist eine zunehmende Tendenz in den Medien zu skandalisieren, d.h. Einzelfälle rüberzubringen und die Strukturdebatte zu vernachlässigen. Ich glaube, daß die Medien, sobald ein persönlicher Bezug da ist, bereit sind, das als Aufhänger zu nehmen, aber die Strukturen sind so komplex, daß sie einfach nicht in einen anderthalb Minuten-Beitrag passen. Einzelfälle werden bei der verbreiteten Rechtsstaatsgläubigkeit als »Ausrutscher« gesehen statt als Normalität. Dann ist da die Hetzkampagne gegen Flüchtlinge, die nicht erst begonnen hat mit Helmut Schmidt, der gesagt hat, daß »das Boot voll ist«. Der zweite Aspekt sind die Versäumnisse in der Vergangenheit der Flüchtlingsbewegung. Das ist einmal die Entschuldigungsebene: Ausländer nehmen uns nicht die Arbeit weg, Ausländer sind nicht krimineller – so nach dem Motto, als sei Wohlverhalten die Garantie dafür, daß man hier »gleichberechtigt« behandelt wird. Der zweite Punkt ist, daß ein Kerngedanke, die Fluchtursachen, gebetsmühlenartig wiederholt wird, ohne eine peppige Öffentlichkeitsarbeit damit zu verbinden. Man sollte nicht mit einem moralischen Anspruch kommen, sondern mit libe-

ralen und rechtsstaatlichen Gedanken. Die Verfassung verbietet das, was hier mit Flüchtlingen passiert – nach Artikel 1,2. Und wir haben Artikel 4 als Gewissensfreiheit, d.h., Leute können sagen: Ich koppel nicht den Wagen an IC Albert Einstein, der die Landabschiebungen ins ehemalige Jugoslawien durchführt. Ich bin nicht bereit, den Abschübling zu fixieren, Handschellen anzulegen und einen Menschen zum Paket zu verschnüren. Diese Möglichkeiten haben wir, aber sie werden nicht genutzt.

Was hat man aus den Fehlern gelernt? Was sind die kommenden Schwerpunkte?

VMH.: Die schon erwähnten Schwerpunkte der Arbeit in der nächsten Zeit – Altfallregelungen und Verhinderung von Massendeportationen – lassen sich politisch nur klar begründen, wenn man aufzeigt, wie das, was hier als Schutzmechanismus bezeichnet wird, zur Farce verkommen ist. Das fängt an bei den Verhinderungen von Einreisen, z.B. 91000 Zurückweisungen an den deutschen Ostgrenzen laut Asylbericht '93. Zu fragen, was mit den Abgewiesenen passiert, ist schon fast ketzerisch. Da endet die deutsche Verantwortung, es gibt Rückübernahmeabkommen, und ob diese Menschen dann weitergeschoben werden, im Widerspruch zur Genfer Flüchtlingskonvention, interessiert niemanden. Wenn es Flüchtlinge trotzdem schaffen, ins Asylverfahren zu kommen, werden sie mit Anhörungen konfrontiert, die darauf ausgerichtet sind, sie in Widersprüche zu verwickeln. Beratung im Vorfeld und muttersprachliche Dolmetscher werden verweigert. Das führt natürlich dazu, daß die Chancen sich verringern. Hinzu kommt, daß bei den für viele wichtigen Abschiebungsschutzregelungen nach § 53 Ausländergesetz, wo die Europäische Menschenrechtskonvention verankert ist, der Bundesinnenminister Weisungsbefugnis hat. Und es gibt einige Dokumente, die belegen, wie er damit umgeht. Bekannt ist der Brief der deutschen Botschaft aus Belgrad betreffend die serbischen Deserteure, in dem sie ganz klar schreibt, daß die Todesstrafe noch droht, obwohl sie in der Verfassung abgeschafft worden ist. Dieses Schreiben ist auf dem Dienstweg zum Auswärtigen Amt gekommen, von dort zum Innenminister, und der Innenminister hat es mit einem Begleitschreiben versehen und ans Bundesamt geschickt. Und da steht dann sinngemäß drin: Laut beiliegendem Schreiben des Auswärtigen Amtes ist in Zukunft nicht mehr davon auszugehen, daß Wehrdienstverweigerer aus Restjugoslawien bei Rückkehr die Todesstrafe droht. Dann kann man sagen: es gibt ja noch die Verwaltungsgerichtsebene. Wenn man sich aber den Instanzenweg anguckt, dann bleibt den Flüchtlingen oft nur noch ein schriftliches Eilverfahren. Und welche AnwältInnen setzen sich hin und machen eine 4-Stunden-Anhörung mit dem Flüchtling, damit dann ein 10-Seiten-Schriftsatz herauskommt! So ziehen sich die Entscheidungen vom Bundesinnenminister durch bis zur Entscheidung vor dem Verwaltungsgericht. Das führt dazu, daß massenhaft abgeschoben werden darf, es ist legal. Hier ist zu sagen: das kann nicht legal sein, wenn die vorhandenen Schutzmechanismen, angefangen vom Artikel 1,2 Grundgesetz über das Ausländergesetz bis zur Europäischen Menschenrechtskonvention, außer Kraft gesetzt werden. Wenn man diese Mechanismen aufzeigt und sagt: Liebe Leute, ihr beruft euch auf Rechtsstaatlichkeit, dann stellt sie im Asylverfahren für Flüchtlinge her. Dann haben wir wenigstens eine Ausgangsbasis, um darüber zu diskutieren, wie hier MigrantInnen- oder Flüchtlingspolitik auszusehen hat. Aber solange wir nicht mal die Mindestanforderungen der Gesetze umgesetzt haben, solange ist jede Debatte um Verbesserungen von Flüchtlingsrecht eigentlich eine Illusion. Perspektiven aufzubauen, heißt doch, den Ist-Zustand realistisch einzuschätzen und von da aus weiterzuarbeiten. Aber wir haben ja hier in der Diskussion auf der einen Seite die Leute, die sagen es passiert alles rechtsstaatlich, hat seine Ordnung und ist legal, und auf der anderen Seite stehen wir und sagen: Moment mal, ihr arbeitet ja sogar mit den algerischen Sicherheitsbehörden zusammen, die ghanaischen Sicherheitsbehörden stellen jetzt schon die Transportbegleiter bei der Abschiebung, die Frage ist, wann die iranischen Behörden in die Gefängnisse rein dürfen, um ihre Dissidenten abzuholen. Und genau das ist der Punkt, den man verdeutlichen muß. Da hat man auch eine Chance, von Leuten, die nicht in der Flüchtlingsbewegung drinstecken, sich nicht grundsätzlich mit der Migrationsthematik beschäftigen, Zuspruch zu bekommen, weil sie einen liberalen oder einen demokratischen oder einen rechtsstaatlichen Ansatz haben. Und da glaube ich, daß die Koalitionsmöglichkeiten in der Flüchtlingsbewegung längst nicht ausgelotet sind. Ich fand es z.B. faszinierend, welche »große Koalition« der Anti-Asyl-Koalition entgegenstand: von Kirchen, Gewerkschaften und und und ... Und darin stecken die Möglichkeiten, daß Leute, die nicht täglich mit Asyl umgehen, die Sachen thematisieren aus ihrer eigenen politischen Auffassung heraus. Das hat nur Erfolg, wenn man die Strukturen aufzeigt.

Volker Maria Hügel, geboren 1952 in Münster, ist seit 1978 in der Flüchtlingsarbeit tätig (u.a. Leiter einer Flüchtlingsberatungsstelle, Referententätigkeit im Bereich Asyl, Sprecher des Flüchtlingsrats NRW, Lehrbeauftragter an der Universität Münster) und seit dem 28.5.1993 gewählter Sprecher von Pro Asyl.

Foto: Umbruch-Bildarchiv



Ein Jahr Bielefelder AntiDiskriminierungsBüro

1981 wurde das Internationale Begegnungszentrum (IBZ) von MigrantInnen und Deutschen gegründet, die anstelle der »Betreuung« einzelner Nationalitäten durch die Wohlfahrtsverbände Eigeninitiative und selbständige Interessenvertretung initiieren wollten. Mittlerweile ist das IBZ ein Zentrum, das von Menschen aus über 20 verschiedenen Herkunftsländern getragen wird. Das IBZ bietet einen Freiraum zur kulturellen und politischen Entfaltung von MigrantInnen, einen Raum also, der ihnen ansonsten vorenthalten wird. Natürlich ist das IBZ nicht im luftleeren Raum angesiedelt. Auch hier kommt es zu Konflikten zwischen Menschen gleicher oder unterschiedlicher Nationalitäten. Der offene und tolerante Umgang mit solchen Konflikten ist ein – mitunter mühsamer und schmerzhafter – Lernprozeß für alle Beteiligten, zu dem es jedoch keine Alternative gibt.

Einschätzung und Kritik der bisherigen Arbeit

In dem einen Jahr seiner Existenz hat sich das AntiDiskriminierungsBüro sowohl bei den von Diskriminierung Betroffenen als auch in der Öffentlichkeit etablieren können. Dazu trugen neben Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Artikeln und Anzeigen in mehreren Zeitungen auch mehrsprachige Informationsmaterialien und Aufkleber bei. Darüber hinaus stieß die Arbeit des Modellprojektes bei antirassistischen Initiativen, Behörden und in den Medien bundesweit auf großes Interesse.

Mit dem AntiDiskriminierungsBüro konnte in Bielefeld eine erste Anlaufstelle für die Betroffenen von rassistischer Diskriminierung eingerichtet werden. Zahl und Inhalt der Meldungen bestätigten uns in der Erkenntnis, daß Ausgrenzung und Benachteiligung von MigrantInnen und Flüchtlingen ein alltägliches gesellschaftliches Phänomen darstellt. Hier muß eine Einrichtung wie das AntiDiskriminierungsBüro ansetzen und rassistische Diskriminierung öffentlich und bewußt machen. Als »weiße Deutsche« sind wir hierbei auf die Unterstützung der Betroffenen angewiesen, denn auch berechtigte Vermutungen über diskriminierende Tatbestände sind ohne konkrete Belege wenig hilfreich. Die Nichtwahrnehmung von und die fehlende Auseinandersetzung mit Rassismus und rassistische Diskriminierung in Deutschland können nicht anders durchbrochen werden.

Die Frage nach dem Erfolg unserer Arbeit ist schwer zu beantworten. Natürlich gibt es konkrete Einzelfälle, anhand derer »kleine« Erfolge nachweisbar sind. Auf der Ebene von institutionellem Rassismus fällt dieser Nachweis schon wesentlich schwieriger aus. Hier kann nur eine kontinuierliche Arbeit greifen, die immer und immer wieder versucht, strukturell bedingten Rassismus aufzudecken und anzugreifen. Fraglich bleibt jedoch auch dann, ob die diskriminierenden Personen und Institutionen aufgrund unseres Eingreifens nicht einfach nur vorsichtiger und verdeckter mit diskriminierenden Handlungen fortfahren, statt sie infragezustellen.

Die folgende Kritik ist zum Teil Selbstkritik, zum Teil aber auch eine Kritik an der Vorgehensweise bei der Einrichtung und Konzeption des AntiDiskriminierungsBüros, an der wir, die wir jetzt hier arbeiten, nicht beteiligt waren.

Die Einrichtung des AntiDiskriminierungsBüros geht auf die Initiative der MitarbeiterInnen des IBZ zurück. Das Büro wurde bewußt als ein Arbeitsbereich im IBZ konzeptioniert. Diese Vorgehensweise hätte den Vorteil, daß das Büro relativ schnell realisiert werden konnte, da sowohl die Räumlichkeiten als auch die Infrastruktur vorhanden waren und der Kontakt zu den Betroffenen leichter herzustellen war. Kritisch anzumerken ist jedoch, daß die Konzeption des Büros ohne größere Einbindung von Betroffenen und antirassistischen Initiativen erstellt wurde. Diese Einbindung gab es erst von dem Zeitpunkt an, als die Umsetzung der Konzeption vorbereitet wurde. Damit wurde die Möglichkeit erschwert, die Vorstellungen von potentiellen UnterstützerInnen (in erster Linie MigrantInnen und antirassistische Initiativen) in die Konzeption des Büros einfließen zu lassen und seiner Arbeit dadurch dauerhaft eine stärkere Basis und größere Unterstützung zu sichern.

Auch hätten durch eine breitere Einbindung möglicherweise Fehleinschätzungen bei der Erstellung des Konzepts vermieden werden können. Als solche sehen wir vor allem die weitgehende Anlehnung an Konzepte aus den Niederlanden. Es gibt in Bezug auf das gesellschaftliche Bewußtsein über die Existenz von Rassismus und rassistischer Diskriminierung erhebliche Unterschiede zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden. Dies macht eine andere Schwerpunktsetzung der Arbeit und andere Strategien, als sie das niederländische Modell anbietet, notwendig. So lag in dem bisherigen Konzept zuviel Gewicht auf der Unterstützung der Betroffenen in Einzelfällen statt auf dem Bemühen, die Existenz von Rassismus und ras-

Foto: Umbruch-Bildarchiv



sistischer Diskriminierung im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung zu verankern. Zudem wurde gerade in konkreten Diskriminierungsfällen die Wirksamkeit von Interventionsmöglichkeiten überschätzt.

Mit der Einrichtung des Büros wurde von den InitiatorInnen und MitarbeiterInnen zwei Erwartungen an die Arbeit verknüpft, die sich in der Praxis so bisher nicht bestätigten.

Die erste: Es werden reichlich Meldungen eingehen, denn diskriminiert wird täglich und überall. Da es bisher keine Stelle gab, die solche Meldungen sammelte und dokumentierte, werden MigrantInnen und Flüchtlinge wohlwollend das Angebot aufgreifen. Die zweite: Gemeldete Fälle kann man zur Sichtbarmachung von Diskriminierung einsetzen oder durch Skandalisierung gut in die Öffentlichkeit bringen. Keine Frage – Rassismus durchzieht alle Lebensbereiche und wird von den Betroffenen tagtäglich erlebt. Dies führt jedoch nicht zwangsläufig dazu, daß diese ins AntiDiskriminierungsBüro kommen und von ihren Erfahrungen berichten. Rassismus ist kein neues Phänomen. Und die Eskalation rassistischer Gewalt in Deutschland hat das ihrige dazugetan, daß MigrantInnen und Flüchtlinge stärker in ihren communities nach Unterstützung und Verteidigungsstrategien suchen. Bei vielen überwiegt zudem eine nicht ganz unberechtigte Skepsis (»Klar, das AntiDiskriminierungsBüro ist eine gute Sache, aber wirklich was ändern könnt ihr doch auch nicht«). Für wieder andere ist rassistische Diskriminierung ein derart alltäglicher Bestandteil ihres Lebens in der BRD, daß sie von ihren Erfahrungen nebenbei erzählen, aber niemals deswegen extra das AntiDiskriminierungsBüro aufsuchen würden.

Die Meldungen kamen also nicht so zahlreich, wie wir erwartet hatten und die Menschen, die sich meldeten, erhofften sich zunächst eine Lösung für ihr »individuelles Problem« und wollten damit nicht an eine breitere Öffentlichkeit treten. Auch wenn diese »Einzelfälle« strukturelle Ursachen hatten, eigneten sich nur wenige dafür, sie z.B. in den Medien darzustellen.

Nicht zu unterschätzen ist überdies die ungewollte Situation, daß seit dem Ausscheiden des türkischen Kollegen zwei Deutsche im AntiDiskriminierungsBüro arbeiten, die folglich weder von rassistischer Diskriminierung betroffen sind, noch über eintsprechende Erfahrungen verfügen. Hinzu kommen sehr unterschiedliche Erwartungen an uns, die wir im AntiDiskriminierungsBüro arbeiten – Erwartungen der Betroffenen, Erwartungen seitens antirassistischer Initiativen und der MitarbeiterInnen im IBZ, dazu nicht zuletzt unsere eigenen Erwartungen.

Unser Fehler war bisher vor allem die fehlende Schwerpunktbildung und Konzentration auf einzelne Bereiche von Diskriminierung. Stattdessen sahen wir uns für alles und jedes zuständig, so daß wir überall, aber kaum irgendwo konstant und intensiv gearbeitet haben. Darüber hinaus haben wir unsere eigene Leistungsfähigkeit überschätzt, die Auswirkungen der beinahe täglichen Konfrontation mit rassistischer Diskriminierung und unseren frustrierend geringen Eingriffsmöglichkeiten hingegen unterschätzt. Ein weiterer Schwachpunkt liegt darin, daß es uns nicht gelungen ist, gegenüber dem IBZ ein eigenes Profil aufzubauen: Menschen, die zu den BesucherInnen des IBZ gehören kommen auch zu uns; Menschen, die das IBZ meiden, werden auch uns eher meiden. Trotzdem gilt für uns: Die Überwindung diskriminierender Strukturen und Praktiken ist ein langwieriger Prozeß, für den der Aufbau eines AntiDiskriminierungsBüros auf lokaler Ebene einen ersten wichtigen Schritt darstellt. Eine kontinuierliche antirassistische Arbeit, die die bisherigen Erfahrungen miteinbezieht, ist nach wie vor sinnvoll und notwendig.

Beispiel Arbeitsplatz

Bei der Neubesetzung der Stelle einer stellvertretenden Stationsleiterin wird eine erfahrene Krankenschwester gesucht. Eine Mitarbeiterin nicht-deutscher Herkunft, die schon lange auf der Station arbeitet und Zusatzqualifikationen besitzt, bewirbt sich. Ihr wird gesagt: »Sie sind hier, um zu arbeiten, nicht um zu führen.« Die Stelle wird mit einem frisch ausgebildeten deutschen Krankenpfleger ohne Berufserfahrung besetzt.

Beispiel Standesamt

Ein bi-nationales Paar, das heiraten möchte, meldete sich bei uns. Die beiden wissen nicht mehr, was sie machen sollen, denn der Standesbeamte zögert seit Monaten mit immer neuen Gründen die Bestellung des Aufgebotes heraus. Einige Papiere des Ehemannes werden im nächsten Monat ungültig. Dazu kommen beleidigende Äußerungen wie »Warum wollen Sie den denn heiraten, es gibt doch genug deutsche Männer hier.« Die beiden sind mittlerweile so genervt, daß sie sich selbst nicht mehr mit dem Beamten auseinandersetzen wollen. Wir gehen noch einmal die Liste aller benötigten Unterlagen durch – es ist alles vorhanden, auch die erforderlichen Stempel sind da – und entschließen uns zu einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Standesbeamten. Der Beamte reagiert zunächst nicht in der ihm gesetzten Frist. Erst nach einem telefonischen Rückruf erklärt er, daß jetzt alles okay ist und der Bestellung des Aufgebotes nichts mehr im Wege steht.

Unsere Interventionsstrategien

Am Anfang fast jeder Meldung standen wir vor der Frage, ob es sich um rassistische Diskriminierung handelt oder nicht, und wenn ja, ob wir in dem jeweiligen Fall kompetent handeln können.

Wo es eindeutig um die Suche nach Unterstützung zur Bewältigung von Alltagsproblemen (z. B. Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen) oder um Fragen zum Aufenthaltsrecht und zum Asylverfahren handelte, haben wir an entsprechende Beratungstellen, RechtsanwältInnen und UnterstützerInnen weitervermittelt.

In den registrierten 91 Meldungen über Diskriminierung ließen wir uns zunächst den Fall ausführlich schildern. Nach der Abwägung von Möglichkeiten und Wünschen handelten entweder wir in Absprache und im Einvernehmen mit den Betroffenen oder die Betroffenen selbst setzten die gemeinsam erarbeitete Strategie um.

Häufig mußten wir zunächst weitere Informationen, insbesondere rechtlicher Art, einholen. Oft fragten wir auch bei anderen Institutionen nach, die schon zuvor mit dem Fall befaßt waren. Oder es waren weitere

Recherchen notwendig, um Diskriminierung aufgrund der Herkunft nachzuweisen.
In der Mehrzahl der Fälle nahmen wir Kontakt mit der beschuldigten Person oder Institution auf, meistens telefonisch und, wenn möglich, in Anwesenheit der Betroffenen, so daß diese sich – wenn gewollt – direkt dazu äußern konnten. In einigen Fällen schrieben wir Briefe und baten um Stellungnahme. In anderen Fällen suchten wir gemeinsam mit den Betroffenen die Diskriminierenden auf. In den Gesprächen ging es vorrangig um eine Vermittlung zwischen den Konfliktparteien. Wir ergriffen zwar Partei für die Betroffenen, wollten die Diskriminierenden jedoch nicht einfach nur beschuldigen, sondern sie mit ihrer diskriminierenden Handlung konfrontieren und zur Reflexion ihres Verhaltens bringen.
Oftmals waren die Opfer von Diskriminierung jedoch nicht mit der Kontaktaufnahme zu den Tätern einverstanden. Dahinter stand die Befürchtung, ein Eingreifen von unserer Seite könne negative Konsequenzen für sie haben und das vorher anvisierte Ziel unerreichbar werden lassen. Dies galt insbesondere bei Diskriminierung durch Polizei und Justiz, durch Verwaltung und Behörden und vor allem am Arbeitsplatz. Also überall da, wo die Machtposition der diskriminierenden Person oder Institution weitreichende Nachteile für die Betroffenen erwarten läßt.

Weitere Vorgehensweisen waren:

■ Begleitung der Betroffenen, z. B. zur Polizei (Anzeigenerstattung), zum Amtsgericht (Einspruch), zum/zur RechtsanwältIn (Rechtsberatung), zur Gewerkschaft (Unterstützung): Bei der Begleitung von Betroffenen zu Institutionen, in denen sie diskriminierend behandelt worden waren, fiel uns immer wieder auf, wie wenig Achtung und Verständnis die Behörden den nichtdeutschen EinwohnerInnen entgegenbrachten. Wir bekamen oft zu hören, daß wir auf die »neue Masche der Ausländer« reingefallen seien, Deutsche zur Durchsetzung ihrer »unberechtigten« Interessen vorzuschicken.

■ Veröffentlichung des Diskriminierungsfalles: Von dieser Möglichkeit machten wir selten Gebrauch, da die Betroffenen hier ebenfalls massive negative Konsequenzen befürchteten. Überdies setzt die Veröffentlichung von Diskriminierungstatbeständen eine sorgfältige Recherche und ausreichende »Beweise« voraus. Da diskriminierendes Handeln gemeinhin in Abwesenheit von ZeugInnen ausgeübt wird, liegen Beweise häufig nicht vor. Hinzu kommt, daß die Medien zwar durchaus großes Interesse an einer derartigen Veröffentlichung hatten, die Fälle hierfür aber spektakulär, eindeutig oder »filmreif« sein mußten, was sie meist nicht waren.

■ Hausbesuch bei Nachbarschaftskonflikten;

■ Beschränkung auf die Dokumentation des Diskriminierungstatbestandes, wenn die Betroffenen sich selbst gewehrt oder eine andere Lösung des Problems gefunden hatten;

■ das Aufsuchen von anderen Ämtern und Behörden, wenn sie in dem betreffenden Fall wirksamer vorgehen konnten als wir: Z. B. schalteten wir im Fall einer Zutrittsverweigerung zu einem Fitneßstudio das Ordnungsamt ein, das dem Betreiber mit Gewerbeuntersagung drohte (auf der Rechtsgrundlage des § 35 Gewerbeordnung in Verbindung mit § 14 Abs.1 Ordnungsbehördengesetz).
Ähnliche Drohungen mit Konzessionsentzug gab es in der Vergangenheit auch bei Zutrittsverweigerungen zu Diskotheken. Ein anderes Beispiel ist die Weitergabe eines Falles an das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV). Nach der Freigabe der KFZ-Haftpflichttarife im Rahmen der EU-Angleichung ab dem 1.7.94 sind diese nicht mehr genehmigungspflichtig. Wenn aber höhere Kaskoverträge mit der Nationalität der KundInnen begründet werden, hat das BAV die Möglichkeit einzuschreiten.
Viele Diskriminierungsfälle zogen sich über mehrere Monate hin und sind z.T. noch nicht abgeschlossen.

Aus: Ein Jahr Bielefelder AntiDiskriminierungsBüro. Dokumentation 1994. Hrsg. AntiDiskriminierungsBüro im IBZ, Teutoburger Str. 106, 33607 Bielefeld

»... nicht unbedingt politische Erfolge«



Foto: Umbruch-Bildarchiv

GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus

Die *GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus* gibt es seit nunmehr sieben Jahren. Gegründet hat sich diese Gruppe – damals überwiegend Auszubildende – mit dem Ziel, dem anwachsenden Rassismus und Neofaschismus im Betrieb und der Berufsschule etwas entgegenzusetzen.

Schon aufgrund unseres Alters wurden wir eine Arbeitsgruppe der DGB-*Jugend Berlin* und diesen Status haben wir noch immer. Heute besteht die Gruppe aus etwa fünfzehn Personen unterschiedlicher Einzelgewerkschaften.

Auch wenn die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und Bündnissen keinen geringen Stellenwert in unserer Arbeit hat, liegt unser Schwerpunkt im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich. Hier haben wir unterschiedliche Aktivitäten entfaltet. Wir erstellten Flugblätter und Hintergrundmaterial zu Neofaschismus und Rassismus, führten Seminare mit Berufschulklassen und Auszubildenden durch, organisierten Aktionen und Veranstaltungen oder erarbeiteten Argumentationshilfen und Informationsmaterial für Betriebs- und Personalvertretungen sowie für Jugend- und Auszubildendenvertretungen. Seit 1991 geben wir den RAG (Rundbrief antirassistischer / antifaschistischer GewerkschafterInnen) vierteljährlich heraus.

Wenn uns rassistische und faschistische Fälle in Betrieben und Berufsschulen bekannt werden, versuchen wir uns dort einzumischen, Öffentlichkeit herzustellen und diejenigen, die sich dagegen wehren, auf unterschiedlichster Ebene zu unterstützen. Die Erfahrungen, die wir hierbei machten, sind nicht unbedingt als politische Erfolge zu bezeichnen.

In einem Berliner Krankenhaus wurden im Wohnheim die Fußmatten vor der Eingangstür eines afrikanischen Pflegers und einer türkischen Schwester angezündet. Personalrat und Krankenhausleitung bezeichneten dies – ohne nähere Untersuchung – als Scherz einiger Jugendlicher. Nur auf Druck von Beschäftigten wurde eine Betriebsversammlung durchgeführt, auf der der Vorfall aber ebenfalls heruntergespielt wurde. Auch die Gewerkschaft ÖTV wurde – trotz Aufforderung einiger Mitglieder aus dem Krankenhaus – nicht aktiv. Sowohl die Schwester als auch der Pfleger wollten keine weiteren Aktionen und Öffentlichkeit mehr.

Ein Jugendvertreter eines Kaufhauses hängte einen RAG-Artikel am schwarzen Brett auf, in dem darauf verwiesen wurde, daß in diesem Kaufhaus – trotz Verbot der Konzernleitung – noch immer Nazi-Zeitungen verkauft werden. Dem Jugendvertreter wurde von der Geschäftsleitung nahegelegt zu kündigen, da durch sein Verhalten das Vertrauensverhältnis gestört sei. Da er dazu keine Veranlassung sah, kam es zu einem weiteren Gespräch, an dem auch ein Betriebsrat teilnahm. Unterdessen war die Geschäftsleitung bereit, den Fall auf sich beruhen zu lassen, wenn der Jugendvertreter sich entschuldigen würde. Obwohl es keine Grundlage für irgendwelche arbeitsrechtlichen Konsequenzen gab, riet auch der Betriebsrat zu diesem Weg. Der Jugendvertreter entschuldigte sich. In diesen Fall waren zwei SekretärInnen der Gewerkschaft HBV eingebunden, die es jedoch versäumt hatten, sich rechtzeitig abzusprechen – so ermutigte die eine den Kollegen zu seinem Kampf gegen den Verkauf von Nazi-Zeitungen, der andere hingegen unterstützte den Betriebsrat. Der Betroffene bat weitere Aktivitäten zu unterlassen, da ihm zu verstehen gegeben wurde, daß seine Teilnahme an der betrieblichen Nachwuchsförderung vom weiteren Verlauf »dieser Geschichte« abhing.

In einem Metallbetrieb gab es unter den Auszubildenden organisierte Nazis, die nicht nur Kolleginnen aus der Jugend-und Auszubildendenvertretung bedrohten, sondern auch ausländische Kollegen und andere Azubis. Darüberhinaus berichtete ein Lehrer der Berufsschule, daß viele Azubis dieses Betriebes Aufkleber

der neofaschistischen FAP auf den Heften hätten. Eine von den JugendvertreterInnen durchgesetzte Arbeitsgruppe, die sich mit den rechten Tendenzen im Betrieb auseinandersetzten sollte, wollte der Betriebsrat thematisch um die Untersuchung linker Tendenzen erweitern. Die Versuche der IGM, einerseits zwischen Betriebsrat und Jugendvertretung zu vermitteln und andererseits das Problem mit den Rechten anzugehen, scheiterten. Einem Beauftragten der IGM, der bei dem Aufbau einer betrieblichen Jugendgruppe helfen sollte, erteilte der Betriebsrat Hausverbot, da dieser den Betriebsfrieden stören könnte. Gespräche und Verhandlungen zogen sich über Monate hin und der Druck für die Jugendvertreterinnen wurde immer größer – beide verließen den Betrieb, die organisierten Faschos blieben.

Die Gründe für ein solches Verhalten von Betriebsräten und GewerkschafterInnen sind vielschichtig. Einfach zu pauschal wäre aber die Interpretation, daß es sich bei ihnen um Rechte handelt – die es aber natürlich auch gibt.

Die dargestellten Beispiele sind von den uns bekannten nur die Spitze des Eisbergs. Bei den überwiegenden Fällen kam es noch nicht zum offenen Konflikt – aber er schwelt. Nazischmierereien werden wortlos entfernt, weil man nicht weiß, wer anzusprechen ist. Rassistische Sprüche werden überhört, weil man nicht weiß, ob sie wirklich so gemeint sind. Der Hauptgrund scheint darin zu liegen, daß nichts »hochgekocht« werden soll – faktisch wird damit alles heruntergespielt. Die Befürchtung, daß Konflikte zu Tage kommen und sich das Betriebsklima merkbar verschlechtert, steht im Vordergrund. Hinzu kommt die Unklarheit und Hilflosigkeit darüber, wie dann mit solchen Konflikten umgegangen werden soll.

Bei den o.g. Beispielen gab es immer einen Kreis von verschiedenen GewerkschafterInnen, die die angegriffenen KollegInnen mit unterschiedlichen Aktivitäten unterstützten. Völlig unzureichend war dabei jedoch die Abstimmung untereinander. Die daraus resultierenden Konflikte gingen zu Lasten der Betroffenen.

Wir hätten uns in allen Fällen einen viel offensiveren und konsequenteren Umgang gewünscht, konnten aber ohne die Zustimmung der Betroffenen nicht handeln. Letztere müssen den Konflikt im Betrieb mehr oder weniger alleine aushalten. Die Unterstützung und Solidarität von außen kann dabei nur eine begrenzte Hilfe sein. Dieses prinzipielle Problem stellt sich augenblicklich noch ungleich stärker, da sich kaum auf betriebliche und gewerkschaftliche Unterstützungsstrukturen zurückgreifen läßt.

Neben den dargestellten Beispielen gibt es natürlich auch andere bei denen sich KollegInnen, Betriebräte und Gewerkschaften anders verhielten. Die Diskussion über den Umgang mit Rassismus und Faschismus im Betrieb wird geführt, leider jedoch nur von einer Minderheit.

Das Hauptproblem unserer Arbeit liegt darin, daß es uns trotz aller Aktivitäten nur unzureichend gelungen ist KollegInnen für eine aktive Arbeit zu gewinnen.

Rassismus und Faschismus werden zwar als gewerkschaftliches »Thema« gesehen, aber für die meisten leitet sich daraus kein unbedingter Handlungsbedarf im Betrieb, der Berufsschule oder der Gewerkschaft ab. Diejenigen, die sich in Betrieben und Gewerkschaften gegen Rassismus und Faschismus engagieren, haben keine Struktur, die diese Aktivitäten vernetzt oder einen Austausch ermöglicht. Dies wird von vielen vemißt und bedauert.

Ein Versuch, an dieser Situation etwas zu ändern, waren die antirassistischen Aktionswochen, die im Frühjahr letzten Jahres stattfanden. Unter dem Motto »*Unsere Toleranz hat Grenzen – Gegen Rassismus und Faschismus*« organisierten wir gemeinsam mit anderen Gruppen und Initiativen eine Veranstaltungs- und Aktionsreihe.

Mit dieser Idee verfolgten wir das Ziel einer Vernetzung antirassistischer und antifaschistischer Aktivitäten, sowohl auf gewerkschaftlicher und betrieblicher Ebene als auch mit anderen Gruppen. Wir wollten damit einen Erfahrungsaustausch der Aktiven ermöglichen und weitere Interessierte gewinnen. Darüberhinaus wollten wir gegen einen erneuten Aufmarsch der neofaschistischen FAP am 1. Mai in Berlin mobilisieren und ihn verhindern.

Das Angebot der Veranstaltungen war vielseitig. Eine Arbeitstagung von BildungsreferentInnen setzte sich mit antirassistischen Seminarkonzeptionen auseinandersetzten. Es fand eine antifaschistische Stadtrundfahrt zum Thema »Jugendopposition im Nationalsozialismus« statt und ein deutsch-türkisches Theaterprojekt hatte seine Premiere. Es gab Veranstaltungen zum Thema »Innere Sicherheit«, »Türkische Rechte«, »Zivilcourage am Arbeitsplatz«, »Soziale Krise und Rassismus« und zur neurechten Zeitschrift »Junge Freiheit«, um hier nur einiges zu nennen. Unser Anspruch, daß aus den einzelnen Veranstaltungen Ideen für weitere Aktivitäten entwickelt wurden, ließ sich nur in einzelnen Bereichen umsetzten.

Eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Bildungsarbeit wurde verabredet. AntiFa-Gruppen und Gewerkschaften wollen der neurechten Wochenzeitschrift »Junge Freiheit« gemeinsam etwas entgegensetzen. Und eine Plakataktion, die zur Zivilcourage gegen Rassismus und Fa-





„Immer wieder sagt man sich: das mache ich noch mit, und das ertrage ich noch. Aber hier war der Punkt! Hier fühlte ich mich ganz konkret gefordert. Hier wollte ich mich als kleines Rädchen nicht mehr drehen. Ich will noch in den Spiegel gucken Können."

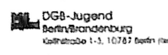
Eine Beschäftigte des NDR, die sich weigerte an rassistischen Werbespots mitzuarbeiten, in einer persönlichen Erklärung vor dem Landesarbeitsgericht, das über ihre Abmahnung verhandelte.

zum Beispiel:

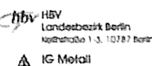
- Einzelhändlerinnen, die keine Nazizeitungen verkaufen
- Beschäftigte beim Arbeits- und Sozialamt, die keine Meldungen nach dem Ausländergesetz weitergeben
- Flugkapitäne, die sich weigern mit Flüchtlingen, die abgeschoben werden sollen zu starten
- FahrerInnen, die keine Nazizeitungen mehr ausliefern
- PostzustellerInnen, die keine rassistische Wahlwerbung austragen
- DruckerInnen, die keine den Krieg und die Nazis verherrlichende Werbung drucken
- BuchbinderInnen, die ihre Mitarbeit an Nazidokumenten verweigern
- SFB-KollegInnen, die sich nicht an Werbespots rassistischer Parteien beteiligen wollen

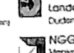
Zivilcourage ist eine Frage des Anstandes

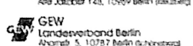
Wir unterstützen Euch!


DGB-Jugend Berlin/Brandenburg
Keithstraße 1-3, 10787 Berlin (Tiergarten)


DPG Bezirksvorstand Berlin
Schillstraße 9/10, 10785 Berlin (Tiergarten)

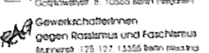

HBV Landesbezirk Berlin
Keithstraße 1-3, 10787 Berlin (Tiergarten)


IG Medien Landesbezirk Berlin/Brandenburg
Dudenstr. 10, 10965 Berlin (Tempelhof)


IG Metall Verwaltungsstelle Berlin
Alte Jakobstr. 148, 10969 Berlin (Kreuzberg)

NGG Verwaltungsstelle Berlin
Gotzkowskystr. 8, 10555 Berlin (Tiergarten)

GEW Landesverband Berlin
Ahornstr. 5, 10787 Berlin (Schöneberg)


GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus
Brunnenstr. 125-127, 13355 Berlin (Wedding)

schismus am Arbeitsplatz aufruft, wurde ins Leben gerufen. Die unterzeichnenden Gewerkschaften sichern dabei den Betroffenen, vor allem bei arbeitsrechtlichen Konsequenzen, ihre Unterstützung zu, ein UnterstützerInnennetzwerk hat sich gegründet. Die Auswertung der Aktionswochen führte auch in unserer Gruppe zu unterschiedlichen Einschätzungen. Die Frage, inwieweit die gesteckten Ziele tatsächlich erreicht wurden, oder ob unsere Erwartungen einfach zu hoch gesteckt waren, ließ und läßt sich nicht eindeutig beantworten.

Wir haben in der Planungsphase versucht, viele gewerkschaftliche und betriebliche Gruppen miteinzubeziehen. Bei den meisten dieser KollegInnen, die uns ihre Unterstützung und Beteiligung zusagten, blieb es bei dieser Aussage. Wir waren hier einmal mehr mit einem hohen Maß an Unverbindlichkeit konfrontiert.

Enttäuschend war die geringe Beteiligung an den Informations- und Diskussionsveranstaltungen. Die Anzahl der jeweiligen BesucherInnen bewegte sich zwischen 15-40 Personen. Vor allem von den KollegInnen aus den Betrieben und Gewerkschaften haben wir zu wenige erreicht – trotz einer Mobilisierung die weit über die gewerkschaftlichen Wege hinausging. D.h., von einer Vernetzung auf dieser Ebene kann nur sehr eingeschränkt die Rede sein.

Die Ergebnisse und Absprachen aus den einzelnen Veranstaltungen der Aktionswochen sollen nicht geschmälert werden, aber auch hier haben wir bei der praktischen Umsetzung einige Probleme.

Absprachen werden nicht eingehalten, und die jeweiligen Vorhaben müssen immer wieder angeleiert werden. So begann beispielsweise die Plakataktion zu »Zivilcourage am Arbeitsplatz« schon im letzten Jahr, aber die Plakate hängen in verhältnismäßig wenigen Betrieben.

Ein Erfolg während der Aktionswochen war natürlich die Verhinderung des FAP-Aufmarsches am 1. Mai. Dies hatte einerseits mit der Breite des Bündnisses und der öffentlichen Diskussion zu tun, andererseits waren jedoch auch die Aktionswochen ein wichtiger Mobilisierungsfaktor. Der DGB und Einzelgewerkschaften forderten den Innensenator schon im Vorfeld öffentlich auf, den geplanten Aufmarsch zu verbieten. Betriebsräte schlossen sich dem per Unterschriftensammlung an und erklärten darüberhinaus, daß sie sich einem Aufmarsch entgegenstellen werden. Von den DGB-Demozügen am 1. Mai und von der Bühne der zentralen Kundgebung aus wurden die KollegInnen gegen den zeitgleich angemeldeten (und letztlich nicht verbotenen) FAP-Aufmarsch mobilisiert. Angesichts der Nazi-GegnerInnen zog es die FAP dann vor, ihren Aufmarsch kurzfristig abzusagen.

Dieses letzte Beispiel zeigt, daß es möglich ist, innerhalb der Gewerkschaften KollegInnen zu mobilisieren und Aktivitäten zu entwickeln.

Bleibt also die Frage, warum sich das dort nicht in einer kontinuierlichen Arbeit niederschlägt, die sich auch verbreitet? Antirassistische und antifaschistische Aktivitäten sind nicht in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Alltagsarbeit verankert – es ist immer eine zusätzliche Aufgabe. Gewerkschaften berufen sich zwar auf eine antifaschistische Tradition, aber sie haben keine antifaschistische und antirassistische Alltagskultur.

Hier liegt der Ansatz und es gibt einige Möglichkeiten. Tarifpolitische Forderungen, die neben der quotierten Vergabe von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen an Frauen auch eine Quotierung für ethnische Gruppen vorsieht, Betriebsvereinbarungen zur Weiterqualifizierung besonders für ausländische KollegInnen, Einstellung ausländischer KollegInnen als GewerkschaftssekretärInnen, Kampagnen für die Kandidatur ausländischer KollegInnen zu Betriebs- und Personalratswahlen, ...

Es wäre naiv zu glauben, daß dies nur gefordert werden müsste und die Auseinandersetzung dann schon innerhalb der Betriebe und der Gewerkschaft beginnen würde. Damit wäre aber endlich der Anfang für eine notwendige Diskussion gemacht, die sich auch um gewerkschaftliche Grundsätze drehen würde.

Eine korrekte Beschlußlage alleine kann dies auf Dauer ebensowenig ersetzen wie entsprechende Presseerklärungen.

GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus, Kontaktadresse: DGB Jugend- und Kulturzentrum, Brunnenstraße 125–127, 13357 Berlin

Foto: Marily Stroux



Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in Hamburg:

Die Sozialarbeiterisierung eines »Problems«

Für antirassistische Initiativen ist der Kampf gegen den institutionellen Rassismus, wie er sich vorrangig in der staatlichen Flüchtlings- und Asylpolitik manifestiert, ein wesentlicher Schauplatz. Antirassistische Politik, die hier an die Tradition antistaatlicher Kämpfe in der BRD anknüpft, gerät jedoch gerade in diesem Bereich auch immer wieder an spezifische Grenzen, nämlich da, wo es um die Interessen der Betroffenen der staatlichen Politik geht. Flüchtlinge und MigrantInnen sind nicht die Hauptakteure des antirassistischen Kampfes, sondern trotz ihrer vielfältigen Interessenlagen, unterschiedlichen politischen (oder auch apolitischen) Positionen ist ihnen vielleicht eines gemeinsam: daß es ihnen in den Auseinandersetzungen zunächst um die Realisierung ihrer unmittelbaren existentiellen, finanziellen und sozialen Interessen geht. Die Verfaßtheit der bundesdeutschen Gesellschaft kann sie nicht im einzelnen »interessieren«, geschweige denn deren Veränderung, zumindest solange nicht, wie der Kampf um die Durchsetzung des puren Hierseins gegen ein gesellschaftliches Kollektiv, das ihnen diese fundamentale Existenzberechtigung gerade bestreitet, nicht entschieden ist.

Von daher bewegen sich die »Gemeinsamkeiten«, die Zusammenarbeit und die Berührungspunkte zwischen der antirassistischen Politikszene und den in einen sehr individualisierten (und parzellierten) Kampf ums (Über)Leben verstrickten Flüchtlingen/Flüchtlingsgruppen in einem starken Spannungsfeld und werden aus vollkommen verschiedenen Blickwinkeln wahrgenommen.

Die »Begegnung« findet vor dem Horizont unterschiedlicher Erwartungshaltungen statt.

Flüchtlinge und MigrantInnen wenden sich an exponierte linke Gruppen dort, wo sie konkrete Unterstützungsangebote vermuten oder erfahren. Gemeinsame Aktivitäten kommen da zustande, wo sie praktische Hilfe für die Durchsetzung ihrer individuellen, familiären oder Gruppeninteressen sehen. Die politische Motivation, die hinter diesen Angeboten steht, spielt dabei kaum eine Rolle, ist sicherlich auch kaum zu durchschauen.

Umgekehrt sind diese Angebote für die antirassistischen AktivistInnen ein Resultat der theoretischen Einsicht, daß Stellvertreterpolitik über die Köpfe der Betroffenen hinweg nichts bringt, und daß langfristig eine Politik, die die existentiellen Lebenslagen aller potentiell zu Erreichenden ignoriert, von vornherein zum Scheitern verurteilt ist.

Ungewöhnlich an der Erfahrung in diesem Bereich ist wohl nur, daß sich auch die autonomen und auf Antistaatlichkeit eingeschworenen PolitikerInnen plötzlich von einem Teil ihrer AdressatInnen eingeordnet sehen in das etablierte Szenario der bundesdeutschen Gesellschaft und von Betroffenen wie eine besondere, das heißt besonders freundliche und hilfsbereite, Spezies der Wohlfahrts-

gesellschaft betrachtet werden, die hier gemeinhin als SozialarbeiterInnen bezeichnet werden.
Dieser festgezurrte Rahmen, in dem StaatsgegnerInnen zu aktiven Stabilisatoren der herrschenden Gesellschaft eingespannt sind, ist nur schwer zu durchbrechen. Bisher fehlen dafür die erfolgversprechenden Ansätze. Die aktuelle Alternative scheint darin zu bestehen, sich entweder als zynische, aber radikale KritikerInnen in der Opposition einzuigeln und auf bessere Zeiten zu warten, oder aber als staatlich erwünschte Pufferzone das Bild einer sich selbst kritisierenden, nur scheinbar von Widersprüchen geprägten, sogenannten demokratischen Gesellschaft aufrechtzuerhalten und allenfalls vor den anderen als die »besseren Deutschen« dazustehen, die frau/man gar nicht sein will (oder vielleicht doch).
Dieser sehr theoretische Vorspann soll im folgenden an der kritischen Bilanz einer Arbeitsgruppe des Flüchtlingsrats Hamburg illustriert werden:
Die AG »Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge« (MUF) ist Anfang 1992 entstanden. Anlaß war der skandalöse Umgang mit einer wachsenden Zahl von vor allem westafrikanischen Flüchtlingsjugendlichen, die, nachdem sie monatelang in dubiosen Hotels auf dem Kiez in St.Pauli und St.Georg im wahrsten Sinne des Wortes abgelagert worden waren, mitten im Winter auf die Straße gesetzt wurden.
Öffentliche Protestaktionen, teilweise zusammen mit den betroffenen Jugendlichen, Interventionsversuche auf allen politischen und behördlichen Ebenen gingen von VertreterInnen so unterschiedlicher Gruppen und Personen wie *terre des hommes*, *Arbeitskreis Asyl*, afrikanischen MigrantInnenorganisationen, einzelnen Kirchengemeinden, der *Solidarischen Kirche Hamburg*, MitarbeiterInnen von Jugendhilfeeinrichtungen, Einzelpersonen aus der autonomen Szene St.Paulis, Leuten vom *Antirassistischen Telefon*, LehrerInnen, SozialarbeiterInnen aus Behörden usw. aus. Viele dieser Gruppen hatten sich im gerade gegründeteten Flüchtlingsrat Hamburg zusammengeschlossen.
Heute, drei Jahre später, besteht die aus diesen Aktivitäten entstandene Arbeitsgruppe immer noch, allerdings aus einer kleinen Zahl von Leuten, die maßgeblich von den wenigen engagierten SozialarbeiterInnen aus der Jugendhilfe für junge Flüchtlinge kommen. Nicht nur der personelle Schrumpfungsprozeß, sondern auch die Frage nach den Perspektiven politischer Arbeit sind Anlaß für eine kritische Bilanz.
Ein zentraler Aspekt dabei ist für uns eine feststellbare »Sozialarbeiterisierung« des Umgangs mit minderjährigen Flüchtlingen – einerseits durch die Behörden, andererseits aber auch bis hinein in unsere Arbeitsgruppe, nicht nur was ihre Zusammensetzung betrifft. Nach einem kurzen Abriß zur politischen Bedeutung der »Problemgruppe« minderjährige unbegleitete Flüchtlinge, von denen – bezeichnenderweise? – trotz ihres Namens niemand in unserer Arbeitsgruppe vertreten ist, soll entlang einiger »Stationen« die Entwicklung unserer AG und der mit ihr in Zusammenhang stehenden Initiativen dargestellt werden. Im dritten Teil soll dann versucht werden, eine Bilanz zu ziehen.

1. Die politische Bedeutung der »Problemgruppe« minderjährige unbegleitete Flüchtlinge

Für die Behörden in Hamburg und anderswo sind das »Problem« natürlich nicht die allseits bekannten Flucht- und Migrationsursachen: Kriege, Bürgerkriege, korrupte und repressive Regimes, Armut, fehlende Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten in den Herkunftsländern der Kinder und Jugendlichen, seien sie aus Afrika, Türkei-Kurdistan, Rumänien, Afghanistan (Gebiete, aus denen die meisten »MUFs« in Hamburg kommen) oder aus anderen Teilen der Welt.
Weder die individuell durchaus unterschiedlichen Gründe der Minderjährigen, Familie, Freunde, soziales Umfeld auf abenteuerlichen und gefährlichen Wegen zu verlassen, noch ihre Vorstellungen, was sie hier eigentlich suchen und erreichen wollen, werden thematisiert.
Sicher gibt es Druck auf viele Kinder und Jugendliche, nicht nur von Seiten der Schlepper, sondern auch von ihren Familien, die sich das Geldverdienen im fernen, reichen Deutschland viel leichter vorstellen als es in der Realität ist. Viele Jugendliche gehen an diesem Druck kaputt, psychisch und/oder physisch. Auch die Hoffnung vieler Minderjähriger, hier eine fundierte Schul- und/oder Berufsausbildung machen zu können, wird nicht erst durch die Abschiebepolitik zunichte gemacht, sondern schon durch die zunehmende Ausgrenzung aus allen »normalen« Bildungsgängen.
Aber all dies sind nicht die Probleme, die von den verantwortlichen PolitikerInnen diskutiert werden. Ihr Hauptproblem ist – so wird jedenfalls argumentiert –, daß die MUFs Geld kosten, zu viel Geld, in einer Situation, in der nun mal überall gespart werden müsse.
Ein wesentlicher Grund, warum man die MUFs von einem Kommen abschrecken bzw. so schnell wie möglich wieder loswerden will, scheint aber auch zu sein, daß insbesondere *»männliche jugendliche Ausländer ohne verfestigten Aufenthaltsstatus«* für diesen Staat und die deutsche Gesellschaft eine unbequeme Gruppe darstellen. Zum einen stören sie angeblich schon allein durch ihre Anwesenheit, z.B. auf der Straße (»Herumhängen«) oder durch laute Musik zu Zeiten, in denen der deutsche Durchschnittsbürger seinen wohlverdienten Schlaf genießt – daß dies für deut-



sche Jugendliche genauso gilt und dort viel eher toleriert bzw. nach Lösungen gesucht wird, wird oft vergessen. Zum anderen sind die »*jungen Ausländer*« entsprechend diverser Polizeistatistiken besonders »kriminell«, beispielsweise im Zusammenhang mit Drogenhandel. Aber auch bei anderen Formen der (Klein-)Kriminalität, wie z.B. so furchterregenden Taten wie »Beförderungserschleichung« oder Kaufhausdiebstahl, werden als erstes die jungen Flüchtlinge und Migranten verdächtigt.

Was sicher stimmt, ist, daß jugendliche Flüchtlinge »mobiler« sind als z.B. Familien, daß sie diverse Tricks kennen, Gesetze und Kontrollen zu unterlaufen, sich relativ flexibel von Ort zu Ort, ja von Land zu Land bewegen, auf sicher nicht immer legalen Wegen. Aber der »gute Tip« eines »Freundes« hat auch schon manche Kinder und Jugendlichen in den Knast oder gar in den Tod getrieben. Dennoch: trotz Visapflicht, Grenzkontrollen, Fingerabdrucksystemen, ständigen Razzien und Kontrollen schaffen es immer noch viele insbesondere jugendliche Flüchtlinge, in dieses Land zu gelangen und zumindest eine Zeitlang hier zu bleiben bzw. sogar wiederzukommen nach einer Abschiebung. Und das ist dem Staat ein Dorn im Auge.



Sozialarbeit soll in dieser Situation die Aufgabe wahrnehmen, in Zusammenarbeit mit der Polizei des »Problems« Herr zu werden. Das heißt: mitzuhelfen bei der Sortierung und Aussonderung, bei »sozialverträglicher« Verwahrung und Kontrolle und letztlich bei der durch Gesetze (die offen internationalen Schutzabkommen widersprechen) legitimierten Abschiebung der unbequemen Gruppe.

2. Entwicklung unserer Arbeitsgruppe und anderer politischer Aktivitäten in dem Bereich

Die Behörden in Hamburg sprachen 1986 erstmalig von der Personengruppe der »minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge« (das Kürzel »MUF« wurde erst später erfunden). Spätestens seitdem gab es Leute, die sich beruflich und auch politisch für diese Kinder und Jugendlichen eingesetzt, die Konzepte und Forderungen diskutiert haben, wie z.B. die, daß die Anwendung des Asylverfahrensgesetzes auf Kinder und Jugendliche unzumutbar sei.

Eine größere Öffentlichkeit wurde in Hamburg allerdings erst ab Herbst 1991 auf diese Flüchtlingsgruppe aufmerksam, als zunehmend unbegleitete minderjährige Afrikaner (insgesamt ca. 300) in Hamburg ankamen, für die es angeblich nicht genug jugendgemäße Einrichtungen gab und die deshalb letzlich auf der Straße landeteten.

Am Anfang unserer Arbeit stand eine Art »Aufschrei«, der Gruppen und Personen mit ganz unterschiedlichen politischen Positionen und Zielen vereinte: nämlich gegen eine menschenverachtende Zuspitzung der behördlichen Praxis auf dem Rücken einer besonders schwachen Gruppe. Damit verbunden war die bis ins bürgerliche Spektrum hinein vermittelte Einschätzung, daß für die »Flüchtlingsproblematik« in Zukunft eine repressive und polizeirechtliche »Lösung« vorgesehen war und, daß diese Politik diejenigen zuallererst treffen würde, die ihr aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Alters, ihrer Entwurzelung etc. wie auf dem Präsentierteller ausgeliefert werden und zugleich – egal welche Geschichte sie haben – im Rahmen der herrschenden Gesetze chancenlos sind. Dies alles war vor den weiteren Verschärfungen der Gesetze und behördlichen Praktiken gegen Flüchtlinge und Asylsuchende.

Die Forderungen unseres Aktionsbündnisses hatten antirassistischen Charakter, denn es ging um die Gleichstellung der ausländischen Minderjährigen mit deutschen Jugendlichen und die ausnahmslose Anwendung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) mit den daraus resultierenden besonderen Hilfen sowie den Zugang zu (Aus-) Bildungsangeboten für alle.

Zwei Faktoren spielten jedoch bereits zu Beginn eine wesentliche Rolle:

Zum einen ging es ganz aktuell um existentielle Probleme: rund 200 Jugendliche waren mehrere Wochen lang obdachlos. Insofern waren praktische Ergebnisse der Aktionen ganz wichtig.

Zum andern bestanden wenig persönliche Kontakte und Erfahrungen zwischen den politischen AktivistInnen und den Jugendlichen. Niemand von uns wußte so recht etwas über die Hintergründe dieser offensichtlich massenhaften Migration, die Situation in den Herkunftsländern war nur wenigen, den meisten gar nicht bekannt. Es fehlte an Vertrauen seitens der Jugendlichen, die sich teilweise zum ersten Mal mit einer massiven Diskriminierung als Schwarze konfrontiert sahen, weil sie zu einer Generation gehören, die die weißen Kolonialherren in ihren Ländern nicht mehr miterlebte, sondern nur die der Entkolonialisierung folgenden Kriege kennt.

Dennoch gelangen Ansätze, die deutsche Öffentlichkeit zu mobilisieren, das Skandalöse der Vorgänge und die Problemlage dieser Flüchtlingsgruppe in die Medien zu bringen und damit auch PolitikerInnen und Behörden unter Handlungszwang zu setzen. Vorübergehende Notunterkünfte wurden zur Verfügung gestellt, später eine Anzahl von zwar schlechten, aber längerfristigen Unterkunftsplätzen, neuen Hotelbetten usw. organisiert. Entscheidend an diesen »Erfolgen« war aber auch die Tatsache, daß es gelang, die Jugendlichen selbst davon zu überzeugen, für ihre Interessen einzutreten. Es gab diverse Versammlungen, sie selbst entsandten Vertreter, die bei Behördenaktionen für sie sprachen, usw. Viele Jugendliche beteiligten sich – allen Äng-

sten zum Trotz – an einer Besetzungsaktion im Amt für Jugend.
Diese zunächst ganz hoffnungsvollen Ansätze einer Mobilisierung in zwei Richtungen: Aktivierung der deutschen und der etablierten MigrantInnen-Öffentlichkeit einerseits, Politisierung der Flüchtlingsjugendlichen andererseits, ließen sich aber leider nicht fortführen, wurden von uns wohl auch nicht konsequent genug im Auge behalten.
Der altbekannte Ansatz, durch möglichst breite Öffentlichkeitsarbeit reale Verbesserungen der aktuellen Lage zu erreichen, führte zu ebenso bekannten Verschleißerscheinungen. Die AktivistInnen der Arbeitsgruppe wurden mehr und mehr zu »ExpertInnen«, die die interessierte Öffentlichkeit auf dem laufenden hielt, zugleich AnsprechpartnerInnen der Medien und durften in diversen Gesprächen mit den zuständigen Behörden die Rolle der kritischen Kommentatorin für die Hamburger Abschiebepolitik spielen.
Hinzu kam, daß aufgrund des öffentlichen Drucks zumindest für die unter 16jährigen Flüchtlinge eine bestimmte Zahl von betreuten Unterkunftsplätzen geschaffen wurde. Das hieß auch: es gab Arbeitsplätze. Mangels anderer qualifizierter Kräfte (das Gehalt von BetreuerInnen ist auch nicht gerade attraktiv) wurden vielerorts auch AktivistInnen der vorangegangenen Proteste eingestellt, einschließlich einiger MigrantInnen, was die afrikanischen Organisationen auch zu einer Forderung erhoben hatten. Dies bedeutete jedoch auch zunehmende Einbindung – nicht nur zeitmäßig.
Resultat war auch, daß unsere Arbeitsgruppe auf einen kleinen Kern überwiegend im Bereich »minderjährige Flüchtlinge« Beschäftigte zusammenschrumpfte. Sowohl die afrikanischen Migranten als auch die betroffenen Flüchtlinge selbst blieben weg.
Die Behördenpolitik konnte jedoch trotz Sozialarbeiterisierung nicht darüber hinwegtäuschen, daß es um Ausgrenzung und letztlich Abschiebung dieser Kinder und Jugendlichen ging. Andererseits wurde in Einzelfällen, wenn das öffentliche Engagement zu groß war, durchaus »Schadensbegrenzung« betrieben: Es gab die erfolgreiche Verhinderung einer Abschiebung durch den Einsatz von MitschülerInnen und LehrerInnen. Und die Verweigerung der Sozialhilfe für einen Schüler (Flüchtling) im Juli 1992 mit der Begründung: »*Sozialhilfe dürfe nicht gewährt werden, weil mit dem Schulbesuch der aufenthaltsrechtliche Status in Richtung Integration verfestigt würde. Damit wäre eine jederzeitige Abschiebung nicht möglich*« mußte aufgrund öffentlicher Proteste zurückgenommen werden.
Verhindert wurden allerdings schon 1992 alle Bemühungen, obdachlosen Flüchtlingsjugendlichen private Wohnmöglichkeiten anzubieten. Flüchtlinge haben in speziellen Unterkünften zu leben!
Ansonsten hofften die Behörden, daß sich das »Problem« im Laufe der nächsten Monate aufgrund neuer Zuweisungsregelungen und Kontingentierungen von selber erledigen werde.
Es erledigte sich allerdings nicht, u.a. weil das von Hamburg geforderte bundesweite Verteilverfahren auch für unter 16jährige von den anderen Bundesländern nicht akzeptiert wurde. Die Hamburger Ausländerbehörde reagierte mit zunehmenden »Altersfeststellungen« (und erreichte nach anfänglichen Problemen auch eine Umverteilung der für älter Erklärten), die Schulbehörde mit der Einrichtung von Sonderkursen für Flüchtlinge statt der bisher üblichen Einschulung, und das Amt für Jugend bzw. freie Träger der Jugendhilfe mit dem Bau weiterer »Erstaufnahmeeinrichtungen«: in Anlehnung an die nach Inkrafttreten des Asylverfahrensgesetzes für Erwachsene eingeführten Lager meist in Form von »Containerdörfern« oder Holzpavillons für jeweils 20-35 Jugendliche. Als im Juli 1993 dann der sog. »Asylkompromiß« in Kraft trat, war klar: auch bei minderjährigen Flüchtlingen ging es nur um Verwahrung bis zur schnellstmöglichen Abschiebung.
All dies rief wieder Kinderschutz- und Menschenrechtsorganisationen auf den Plan: *terre des hommes* protestierte gegen die Maßnahmen, erklärte sie für rechtswidrig und startete schon Ende 1992 eine Initiative für ein Bleiberecht für minderjährige Flüchtlinge außerhalb des Asylverfahrens. Der Deutsche Kinderschutzbund veranstaltete eine Tagung in Hamburg, auf der auch BehördenvertreterInnen sich kritischen Fragen ausgesetzt sahen. Im Zusammenhang mit der Ausgrenzung von Flüchtlingen im Schulbereich startete die GEW eine Kampagne »Schulpflicht für alle!«. Und im Zusammenhang mit einem internationalen Psychiatrie-Kongreß über »Children, War and Persecution« wurde am Universitätskrankenhaus ein »Runder Tisch Flüchtlingskinder« gegründet.
Unsere Arbeitsgruppe selbst organisierte zusammen mit *terre des hommes* eine Veranstaltung unter dem Titel »*Der letzte macht das Licht aus – Jugendhilfe im Spannungsfeld zwischen Kinder- und Jugendhilfegesetz und Asylrecht*«*, zu der über 100 TeilnehmerInnen, überwiegend SozialarbeiterInnen und BehördenmitarbeiterInnen, kamen.
Diese Aktivitäten veranlaßten wohl das Amt für Jugend im November 1993, eine Arbeitsgemeinschaft nach § 78 KJHG einzurichten, an der als Besonderheit nicht nur MitarbeiterInnen der Behörden und der freien Träger aus dem Bereich MUF teilnehmen sollten, sondern auch Kinderschutz-, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen bis hin zum Antirassistischen Telefon. Die Arbeitsgemeinschaft solle ein »*Forum für eine bessere Abstimmung der unterschiedlichen Maßnahmen und für eine Intensivierung der Kommunikation untereinander sein.*« (aus dem Einladungsschreiben zum 6.12.93)

Foto: Marily Stroux



Unsere Arbeitsgruppe verbrachte daraufhin einen großen Teil ihrer Zeit mit der Vor- und Nachbereitung dieser »§ 78-AG«, und das hieß vor allem mit Versuchen, die AG als Forum zur Verbreiterung unserer Forderungen zu nutzen. Als sich herausstellte, daß das Amt für Jugend es noch nicht einmal für nötig gehalten hatte, die § 78-AG im voraus von gravierenden Sparmaßnahmen im Bereich MUF im Sommer 1994 auch nur zu informieren, platzte selbst einigen BehördenmitarbeiterInnen in der AG der Kragen. Daß es den Behörden bei der AG allerdings vor allem um Einbindung von potentiellem Protest bzw. Glättung von Wogen im Vorfeld geht und nicht um reale Beteiligung, zeigte sich z.B. daran, daß von den Behördenvertretern jegliche öffentliche Äußerung der AG, sei es gegen Sparmaßnahmen, gegen Ausgrenzung im Schulbereich oder was auch immer, ganz offen unterbunden wurde.

Dazu kam, daß von politischen Aktivitäten der SozialarbeiterInnen, von denen auf der Veranstaltung im September '93 geredet wurde, nicht allzu viel zu spüren war. Man/frau versank wieder im zunehmenden Streß der Einzelfälle und des Einrichtungsalltags. Eine Ausnahme bildete lediglich eine kurzfristige Mobilisierung gegen die Sparmaßnahmen im Sommer '94, vor allem gegen die Streichung der (politisch allerdings umstrittenen!) LehrerInnenstellen in den Einrichtungen und die radikale Kürzung des Stellenschlüssels in der Betreuung. Auch dieser Protest verebbte jedoch sehr bald, nachdem die Behörden ein paar (hohle) Versprechungen gemacht hatten. Nicht wenige frustrierte SozialarbeiterInnen suchten sich von sich aus neue Stellen. Nur wenige zeigten auf, daß es bei dem Sparprogramm nicht nur um Arbeitsplätze ging, sondern um eine weitere Umstrukturierung der Einrichtungen hin zu immer größeren Lagern und Reduzierung der Rolle der SozialarbeiterInnen auf reine Kontrollfunktionen, letztlich nicht mehr sehr verschieden von der von Gefängniswärtern.

Unsere Arbeitsgruppe war Anfang 1994 zu dem Schluß gekommen, daß es frustrierend ist, immer nur auf Maßnahmen der Behörden zu reagieren, und daß wir stattdessen die Grundlagen und die Zielvorstellungen einer Arbeit mit jungen Flüchtlingen überdenken und in die Diskussion bringen sollten. Resultat unserer Überlegungen war das »*Projekt Malkwitz: Von der Versorgung zur Selbständigkeit. Die realistische Vision einer besseren Jugendhilfe für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge in der Hansestadt Hamburg.*«* Wir diskutierten das Konzept mit SozialarbeiterInnen und VertreterInnen von Jugendhilfeträgern, GEW, *terre des hommes* und Kinderschutzbund, überarbeiteten es, legten es dann der Behörde für Jugend vor, und es gelang, das Konzept zum Gegenstand der Diskussion in der § 78-AG zu machen. Für uns ist allerdings unklar, wie wir mit solchen Diskussionsversuchen weiter umgehen sollen.

3. Was woll(t)en wir – was haben wir erreicht?

Ein wesentliches Ziel unserer Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat war die *Herstellung von Öffentlichkeit* und die Aktivierung breiterer Kreise für die Verbesserung der Lage der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge. Gelungen ist es uns zeitweise, öffentliches Interessse an der Situation der Kinder und Jugendlichen zu wecken, und ab und zu gab und gibt es auch eine gewisse Empörung, allerdings überwiegend an »besonders schlimmen« Einzelfällen. Es gab eine Reihe von Berichten in Presse, Funk und Fernsehen mit durchaus positiver Tendenz, und es gab und gibt einige Menschen außerhalb unseres »Spektrums«, die sich seitdem für minderjährige Flüchtlinge einsetzen. Allerdings bleibt dieses Engagement weitgehend auf der humanitären Ebene und bezogen auf Einzelfälle. Beispiel dafür ist die große Resonanz auf die jüngste Initiative des Kinderschutzbunds, PrivatvormünderInnen zu suchen, die unter qualifizierter Anleitung Flüchtlingskinder und -jugendliche betreuen sollen. Ein Teil der VormünderInnen wird bei dieser Tätigkeit sicher wichtige Erfahrungen machen (bzw. hat sie schon gemacht), z.B. auf der Ausländerbehörde, die nicht nur dem einzelnen Minderjährigen nützen, sondern vielleicht auch zu politischen Forderungen führen. Und für die Flüchtlinge ist eine Privatvormundschaft eine Möglichkeit des Kontakts zur »deutschen Normalität«, der sonst immer mehr verbaut wird.

Ein anderer Teil der InteressentInnen wird aber vermutlich schon zurückschrecken, wenn klar wird, daß die zu Betreuenden in den seltensten Fällen süße, kleine, hilflose Kinder sind, sondern Jugendliche mit all ihren Macken – bis hin zum angeblichen oder tatsächlichen Drogendealer. Um hier zu verhindern, daß die Medienhetze auf fruchtbaren Boden fällt, müssen wir politisch argumentieren, müssen klarmachen, warum die Situation so ist und was vom Staat beabsichtigt ist – kurz: welches System hinter der Ungleichbehandlung und Ausgrenzung steckt und dann natürlich auch Probleme produziert, die auf dieser Ebene nicht zu lösen sind. »Mitleid mit den armen Kindern« reicht dagegen allein nicht aus und kann aufgrund von Enttäuschung über die »Undankbarkeit« der Betreuten leicht ins Gegenteil umschlagen.

Ein weiteres Ziel unserer AG war sicher die *Mobilisierung der Betroffenen*, das heißt der minderjährigen Flüchtlinge selbst. Dies ist von uns nicht nur zunehmend »vergessen« worden, sondern die Probleme damit sind auch Resultat der Sozialarbeiterisierung des Bereichs: wir, auch wenn wir gar nicht als solche arbeiten, werden von den Jugendlichen,

nachdem sie die ersten Exemplare dieser Gattung kennengelernt haben, als SozialarbeiterInnen gesehen. So fragten z.B. Jugendliche, als ein Mensch aus einer Antifa-Gruppe in einer Erstaufnahmeeinrichtung vorbeikam, um über Vorfälle mit Nazis und Polizei zu reden, ob das auch ein Sozialarbeiter sei? SozialarbeiterInnen sind für die jugendlichen Flüchtlinge Leute, die zwar eine bestimmte Machtposition haben, weil sie ja irgendwie zum Staatsapparat gehören, und deshalb sollte man auch nicht zu offen zu ihnen sein, andererseits sind sie aber meistens ganz nett, und durch taktisches Verhalten kann man sie dazu bringen, bestimmte Vergünstigungen oder Unterstützungsleistungen zu verteilen – von der Begleitung zur Ausländerbehörde bis zur verbilligten oder gar kostenlosen Konzertkarte. Nach Ansicht vieler Flüchtlinge müssen SozialarbeiterInnen solche Leistungen qua Job erbringen. Sozialarbeit wird mehr oder weniger als Dienstleistungsbetrieb gesehen. Selbstorganisation der Jugendlichen wird in den seltensten Fällen gefördert und ist in den Großeinrichtungen und bei ständig wechselnder Belegung auch noch schwieriger. So entsteht und verstärkt sich bei den Jugendlichen eine Art Abzockhaltung: mitnehmen, was man kriegen kann, solange es noch SozialarbeiterInnen gibt. Es nützt nichts, ihnen von gestrichenen Stellen und Geldern zu erzählen. Sollen Flüchtlinge etwa noch für den Erhalt der Arbeitsplätze von SozialarbeiterInnen auf die Straße gehen? Angesichts der immer offensichtlicher werdenden offiziellen Funktion von Sozialarbeit ist das mehr als fraglich, zumindest solange die Beschäftigten selbst dagegen nicht öffentlich protestieren.

Als Vermittlungspersonen zur politischen Aktivierung der jugendlichen Flüchtlinge sind 30-50jährige deutsche Linke, ob SozialarbeiterInnen oder nicht, also denkbar ungeeignet. Auch die älteren afrikanischen oder türkischen Landsleute mit ihrem relativ gesicherten Status stehen trotz ähnlicher rassistischer Bedrohung der Welt dieser Jugendlichen ziemlich fern, und auf einigen von Jugendlichen mitorganisierten Veranstaltungen zur Situation in den Herkunftsländern würden auch politische Differenzen klar. Nötig wäre der Kontakt zu politisch aktiven Jugendlichen hier, MigrantInnen und Deutschen, den wir selbst aber auch nicht haben. Und für die Flüchtlingsjugendlichen wird er durch die zunehmende Ausgrenzung beim Wohnen, in der Schule und überall sonst in der deutschen Gesellschaft erschwert, wenn nicht gar verhindert.

So organisieren sich die jungen Flüchtlinge mehr oder weniger locker auf sozialer Ebene, meist nach Herkunftsländern, um ihr Überleben zu sichern bzw. suchen in Discos nach deutschen Mädchen mit der Hoffnung, sich vielleicht durch eine Heirat eine Bleibeperspektive zu verschaffen. Oder sie verschwinden wieder: in den Knast, in die Illegalität, in andere Städte und Länder.

Tja, und dann bleibt noch das Ziel der *Politisierung und Aktivierung der in dem Bereich Beschäftigten*. Als Grenze stellte sich sehr schnell die Angst um den eigenen Arbeitsplatz heraus, die gerade im öffentlichen Dienst oft zu völliger politischer Enthaltsamkeit bis hinzu »vorauseilendem Gehorsam« führt. Aber auch zunehmend unbewußt werdende »Sachzwänge« des Einrichtungsalltags stumpfen ab, führen zur Einbindung, zu einer frustrierten Jobhaltung oder zu individuellem Ausstieg. Einmal wieder wird deutlich: eine Politisierung der Sozialarbeit ist nicht möglich ohne gleichzeitige gesellschaftliche Mobilisierung bzw. solange – auch von SozialarbeiterInnen – »Arbeit« und »Politik« als getrennte Bereiche gesehen werden. Unser »Projekt Malkwitz« ist der Versuch einer Verbindung – aber die Auseinandersetzung mit BehördenvertreterInnen darüber wird nicht zu einem Erfolg führen ohne breiteres öffentliches Interesse daran, ohne Mobilisierung der Betroffenen und ohne Überwindung des Opportunismus' der in dem Bereich Beschäftigten.

Als Arbeitsgruppe befinden wir uns zur Zeit in der Diskussion, auf welcher Ebene wir überhaupt weitermachen wollen und können angesichts einer politischen Lage, in der die Linie festgeklopft scheint und es Politik und Behörden nur noch um ihre möglichst reibungslose Umsetzung geht.

Mitglieder der Arbeitsgruppe »Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge« des Hamburger Flüchtlingsrats

* *Die Manuskripte der Veranstaltung »Der letzte macht das Licht aus« sowie das Konzept des »Projekt Malkwitz« können für einen Unkostenbeitrag von 10,–DM incl. Porto angefordert werden beim:*
Flüchtlingsrat Hamburg, c/o Haus für Alle, Amandastr.58, 20357 Hamburg
Artikel zur »Behandlung« der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge durch die Hamburger Behörden und Initiativen dagegen siehe off limits Nr.1, 2 und 5

Das böse Spiel der Igel mit dem Hasen oder Was vom Bleiberecht für ehemalige DDR-Vertragsarbeiter/innen übriggeblieben ist



Foto: Umbruch-Bildarchiv

Für viele der ehemaligen Vertragsarbeiter/innen aus Vietnam, die bis zum 17. April 1994 ihre Aufenthaltsbefugnis für die BRD unter dem Namen »Bleiberecht« (vgl. ZAG Nr. 10/1994, S. 10–12) erhalten hatten, brachte der Jahresanfang '95 ein Wechselbad der Gefühle – und das war kein gutes.

Zu dieser Zeit beginnen die Migrant/innen aus Vietnam sonst mit den Zurüstungen für das für sie besonders wichtige Tetfest zur Feier des Jahreswechsels Anfang Februar. Viele von ihnen hatten – nun mit einer Aufenthaltsgenehmigung in der Tasche – schon weit im letzten Jahr ihr erstes Flugticket gebucht, um dieses Fest nach langen Jahren wieder im Kreise ihrer Familien zu Hause zu feiern. – Die große Politik brachte sich da mit einem Paukenschlag in Erinnerung: Das, was die Innenministerkonferenzen bei der Regulierung des »Bleiberechts« in Richtung Bund und Außenamt zuletzt wieder im November 1993 verlangt hatten, nämlich Vietnam zu zwingen, per BRD-Gesetz ausreisepflichtige Vietnamesinnen und Vietnamesen auch gegen ihren Widerstand »zurückzunehmen«, war Gegenstand von in der Sache erfolgreichen Verhandlungen zwischen Vietnam und der BRD und zu diesem Zeitpunkt öffentlich geworden. Vietnam hatte den bundesdeutschen Verhandlungspartnern im Prinzip zugesagt, im Gegenzug zu wiederbelebten Hermes-Bürgschaften, »angemessener« Reintegrationshilfe und Kanzlerbesuch die Vietnamesinnen und Vietnamesen auch gegen deren Willen wieder aufzunehmen. Die Jahre vorher hatte sich Vietnam nur zur Aufnahme freiwilliger Rückkehrer, die zuvor ein Einreisevisum beantragt hatten, bereit gefunden.

Aber was hat das mit den per »Bleiberecht« mit einer Aufenthaltsbefugnis versehenen Vietnamesinnen und Vietnamesen zu tun? Diese sind ja nicht ausreisepflichtig nach Recht und Gesetz. Woher dann das Wechselbad der Gefühle, wird sich manche/r fragen.

Durch nichts gerechtfertigte Panik, die sie getrieben hat, ihre Tickets zu stornieren?

– Mitnichten.

Stimmungsmache und Verunsicherung durch makabre Zahlenspiele mit »Illegalen«

Zum einen: Die großartigen »Verhandlungs«aussichten mit in Aussicht genommenen jährlichen Rückführungs«kontingenten« in Größenordnungen wurden von der Bundesregierung mit einem makabren Zahlenspiel gekoppelt und für die »sensible« Öffentlichkeit austrompetet. Um 40.000 Vietnamesinnen und Vietnamesen sei es bei den Verhandlungen vom 6. Januar 1995 gegangen, und die aus sehr verschiedenen Gründen und mit teils sehr gegensätzlichen Ambitionen kritische Presse posaunte diese Zahl zunächst ganz unkritisch unisono (!) heraus. Daß diese angeblich vierzigtausend Betroffenen in den meisten Fällen in den Headlines gleich noch zu *Illegalen* avancierten, charakterisiert den Hintergedanken des Gesamtszenarios und bedarf keiner Kommentierung, wohl aber der Richtigstellung: Illegal in die BRD eingereiste Vietnamesinnen und Vietnamesen gab und gibt es so gut wie keine, und selbst diejenigen von ihnen, deren Asylantrag bis dato rechtsgültig abgelehnt worden war, halten sich mitnichten illegal in der Bundesrepublik auf. Sie werden zwar sozial so »kurz« wie irgend möglich gehalten, sind aber auf Grund der Haltung Vietnams bis dato geduldet und mithin legal in der BRD. Und das Spiel mit der Zahl: Auf diese Kampagne an die Adresse der »das Boot ist voll«-Geängstigten erfolgten umgehend und laut die Einsprüche und Widersprüche derer, die es wissen müs-

sen: Zur Heimreise verpflichtet sind nach Ansicht von Ausländerbeauftragten der Kommunen und der Länder – und das ist die weiteste *Schätzung* – höchstens halb so viele wie offiziell verkündet. Durch genaue Zahlen aus den Ländern wird noch deutlicher, daß in kaum einem (ostdeutschen) Land mehr als eintausend Ausreisepflichtige auf ihren Tag X »warten«.

Der Effekt auf die Psyche derer, denen so mitgeteilt wird, daß Vietnam nun derart massenhaft »zurücknimmt«, ist aber nur das eine.

Das andere: Wenn die ehemaligen DDR-Vertragsarbeiter/innen nach ihrer Ankunft in der BRD eines gelernt haben, dann ist es das: Was heute als sicher gilt, das muß morgen nicht mehr sicher sein.

Und natürlich war auch für diejenigen von ihnen, die inzwischen die Aufenthaltsbefugnis erhalten hatten, inzwischen schon manches unsicherer geworden.

Überlebenskampf der Opfer des wirtschaftlichen Crash-Kurses

Im Oktober 1994 schon hatte es ein Verwaltungsgerichtsurteil gegeben, wonach der Entschluß des Berliner Innensenats rechtswidrig sei, die Befugnis auch dann zu erteilen, wenn vietnamesische Vertragsarbeiter/innen straffällig geworden sind und eine Verurteilung bis zu neunzig Tagessätzen erfolgte.

Zur Erinnerung: Diejenigen von ihnen, die in der Zeit des DDR-Umbruchs ihre Arbeit verloren hatten, anfangs ohne Arbeitslosengeld dastanden bei gleichzeitig kostendeckend steigenden Mieten in den Wohnheimen (von 30,– DDR-Mark auf über 230,–DM, wenig später auf über 400,–DM für ein 15 qm-Zimmer), die in dieser Situation ihren Überlebenskampf mittels Verkaufs geschmuggelter Zigaretten betrieben haben und dabei ertappt wurden, erhielten von der Berliner Ausländerbehörde regelmäßig ihre Ausreiseaufforderung. Und der Trend zur Kriminalisierung von Ausländer/innen erhielt dadurch einen kräftigen Aufwind. Für die Austreibungspolitik paßte die regierungsoffizielle Mär vom kriminellen Ausländer.

Keine Rede war von den sozialen Nöten, in die insbesondere die ehemaligen Vertragsarbeiter/innen getrieben worden waren. Sie waren die ersten Opfer des wirtschaftlichen Crash-Kurses, der sie gnadenlos in die Arbeitslosigkeit trieb. Und viele Vertragsarbeiter/innen aus Vietnam waren es, die am zähesten an der Möglichkeit, hierzubleiben, festhielten, die ihre Integration in diese Gesellschaft unbedingt wollten, denen aber kaum eine Chance gelassen wurde. Sie waren die größte Gruppe ehemaliger Vertragsarbeiter/innen, die sich in der Folgezeit auch am stärksten für das Bleiberecht für ehemalige Vertragsarbeiter/innen engagiert hatte. Der größte Teil der Vertragsarbeiter/innen aus Kuba, Korea (Nord), Mocambique, Angola war mehr oder minder freiwillig gegangen: Kubaner und Nordkoreaner, weil ihre Regierungen unmittelbar nach dem Mauerfall die Verträge kündigten und sie nach Hause beorderten (den hiergebliebenen Kubanern wurde im Zusammenhang mit der Bleiberechtsregelung für Angolaner/innen, Mocambiquaner/innen und Vietnames/innen eine Sonderregelung versprochen, bis dato folgenlos); für die anderen, deren Regierungen sich derartige (unbelohnte) Gesten nicht leisten konnten, sollte bei Verlust ihrer Arbeit nachgeholfen werden: Rückkehrprämien (3.000 DM und drei Netto-Monatslöhne bar) und mehr oder weniger spontane »ausländerfeindliche Übergriffe« haben bei mancher und bei manchem gezogen. Und wenn nicht, so wurden sie auch schon mal zu ihrem eigenen Schutz vor Übergriffen in Busse und dann gleich ins Flugzeug verfrachtet (Hoyerswerda via Frankfurt nach Maputo).

Die Courage der vietnamesischen Vertragsarbeiter/innen, sich durchzubeißen, bis 1993 endlich so etwas wie eine Bleiberechtsregelung für sie zurechtgebastelt war, hatte einen hohen Preis. Falls sie in dieser Zeit des Überlebenskampfes (parallel zu juristischer und politischer Aktion für ihr Recht zu bleiben) irgendwann einmal mit geschmuggelten Zigaretten zu tun hatten, um wirtschaftlich zu überleben, brachte die ausländerrechtlich fixierte Doppelbestrafung von Ausländer/innen das Aus für ihren endlich errungenen Anspruch auf die Aufenthaltsbefugnis.

Juristische und bürokratische Hürden gegen Erfolge im Bleiberechtskampf

In Berlin war der Kampf von Initiati-

ven, Parteien, Gewerkschaften gegen die rigide Handhabung der Strafrechtsparagraphen des Ausländergesetzes im Kontext mit dem Bleiberecht Mitte 1994 erfolgreich. Der Innensenat legte sich auf ein quantitatives Strafmaß in Tagessätzen als Kriterium für die Erteilung einer Aufenthaltsbefugnis fest, das für manche/n zum Rettungsanker wurde.
Im Oktober 1994 kassierte das Verwaltungsgericht diese Entscheidung. Begründung: Ergangen ohne Einwilligung des Bundesinnenministers, und dessen Entscheidung war negativ.
Ergo: Wer die Befugnis im Paß hat, dem wird sie entzogen, falls ... – siehe oben. Widerruf der Entscheidung des Innensenators vom 1. Juli 1994 im Dezember desselben Jahres. Nehmen wir ruhig an, daß diese Praxis nur für wenige Vietnames/innen das endgültige Aus bedeutete. Tatsächlich ist die Statistik, die ausländerrechtliche Vergehen wie den unerlaubten Aufenthalt von Asylbewerber/innen mit den Vergehen aufgrund gewerblichen Vertriebs von Schmuggelzigaretten zu einer Horrorsumme zwecks »Nachweises« der »kriminellen Energie« von Ausländer/innen zusammensummiert, derart tendenziös, daß Rückschlüsse auf die tatsächliche Zahl der auf diese Weise um ihren Aufenthalt gebrachten ehemaligen Vertragsarbeiter/innen unmöglich werden.
Für die meisten von ihnen, die mit der Aufenthaltsbefugnis beglückt worden sind, ist die Existenz hier, der Aufenthalt durch die vom Ausländergesetz gesetzten Kriterien ohnehin perspektivisch eher fraglich.
Die Befugnis wird gemäß der »Bleiberechts«regelung von 1993 definitiv *ohne* Berücksichtigung der Aufenthaltsdauer bis zu ihrer erstmaligen Erteilung – und das hätte *theoretisch* (tatsächlich hat die behördliche Umsetzung weitere zwei Monate in Anspruch genommen) zuerst im Mai 1993 mit der Verabschiedung der Regelung sein können – erteilt.
Das bedeutet entsprechend § 32 AuslG., daß die Verfestigung des Aufenthaltstitels (Aufenthaltserlaubnis) erst nach acht Jahren erfolgen kann. In dieser Zeit muß die/der Antragsteller/in – die Befugnis wird nämlich längstens für die Dauer von zwei Jahren erteilt – mindestens viermal um die Verlängerung bei der Ausländerbehörde einkommen. Sie/er muß mindestens viermal die Hürde nehmen, die die Verlängerung der Befugnis als Bedingungen setzt: eigenes Einkommen entsprechend den Regelungen und gemäß der Familiengröße und jedesmal auch den angemessenen Wohnraum.
Es muß wohl davon ausgegangen werden, daß diese Regelungen besonders konsequent angewendet werden, zumal sich ja die »humanitäre« Lösung, als die die Bleiberechtsregelung ausgegeben wurde (und für die dann auch der Flüchtlingsstatus erteilt wurde), mit jedem Schritt einvernehmlicher Verhandlungen zwischen der BRD und der vietnamesischen Regierung überflüssiger macht.
Ob Vertragsarbeiter/innen zum Zeitpunkt der Erteilung der Aufenthaltsbefugnis 1993 schon acht oder zehn Jahre hier gearbeitet und gelebt haben, wie weit ihre Integration hier tatsächlich fortgeschritten ist, das alles spielt überhaupt keine Rolle mehr.

Aktion Bleiberecht 95: mit neuen Forderungen die Realität einholen?

In dieser Situation haben sich Initiativen im Januar Berlin als Aktion Bleiberecht 95 erneut zu Wort gemeldet. Ihre Hauptforderungen lauten:
Erstens: Anerkennung der Arbeits- und Lebenszeit der ehemaligen DDR-Vertragsarbeiter/innen während ihres DDR-Aufenthaltes *und* des Zeitraumes bis zur Erteilung der Befugnis für die Verfestigung ihres Aufenthaltsstatus. Eine nicht unbeträchtliche Zahl von Vertragsarbeiter/innen würde dann schon heute einen Rechtsanspruch auf die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis geltend machen können.
Zweitens: Berücksichtigung der sozialen Notsituation bis zum Zeitpunkt der Durchsetzung der Bleiberechtsregelung Mitte 1993 für die Bewertung strafbarer Handlungen. Die ungeklärte Aufenthaltssituation, die für viele verbunden war mit einem Verbot der Arbeitsaufnahme, ist die Ursache für ihr Handeln. Eine klare Regelung in Gestalt einer Duldung bis zur politischen Entscheidung hätte eine derartige Notsituation verhindern können. Das wurde unterlassen. Und die aus solcher Unterlassung entstandenen Delikte dürfen kein Verweigerungsgrund sein für die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung im Sinne der Bleiberechtsregelung.
Drittens: Um die soziale Integration der hier lebenden ehemaligen Vertragsarbeiter/innen zu intensivieren, sind Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramme erforderlich.
Viertens: Humanitäre Lösung für die vietnamesischen Asylsuchenden. Hier muß die Altfallregelung in Anspruch genommen werden können, der Zeitraum seit der Asylantragstellung ist vielfach beträchtlich. Für sie muß die Härteklausel der Arbeitserlaubnisverordnung gelten, ein durch keine gesetzlichen Vorbehalte beschränkter Zugang durch Erteilung der besonderen Arbeitserlaubnis allein ermöglicht ihre Integration.

Zum Schluß: Der Hase und die Igel

Die nach Jahren intensiver Aktionen von Vertragsarbeiter/innen, Initiativen, ostdeutschen Kommunal- und zum Teil auch Landespolitikern, Gewerkschaften und Parteien Mitte 1993 ergangene »humanitäre« Lösung mit der Erteilung einer Aufenthaltsbefugnis und (durchaus nicht ohne Komplikationen erteilte) Arbeitserlaubnis wurde politisch als Teil des »Asylkompromisses« von SPD und CDU/CSU durchgesetzt. Damit sind die wichtigsten Ziele der Aktionen für ein bedingungsloses Bleiberecht realpolitisch ebenso unterlaufen worden wie das Recht auf Asyl faktisch demontiert wurde.
Ziel aller Aktionen war die Erteilung eines dauerhaften Aufenthaltsrechtes, das alle Möglichkeiten für eine soziale Integration der ehemaligen Vertragsarbeiter/innen bieten konnte, die sie nicht als DDR-Altlast abserviert.



Tatsächlich haben die Vertragsarbeiter/innen von Anfang an alle Restriktionen erlitten, die die die in der Ausländergesetzgebung der BRD seit dem AuslG. vom 1.1.1991 direkt oder indirekt aufgebaut wurden.
Als erste erhielten sie die Aufenthaltsbewilligung erteilt, den an den Aufenthaltszweck gebundenen und mit dessen Entfallen zu entziehenden Aufenthaltstitel. Die Ergebnisse des Kampfes der früheren BRD-«Gast«arbeiter um einen Rechtsanspruch zum Daueraufenthalt wurden damit empfindlich gekappt. Per Recht und Gesetz werden nun wieder Gastarbeiter importiert und – wenn überflüssig geworden – wieder abgeschoben.
Massenhafte Realität für die Vertragsarbeiter/innen, die den nicht bis Mitte '93 durchgehalten hatten.
Kaum war über die Rechtsinstanzen erwiesen, daß auch Flüchtlingen ein Anspruch auf Kindergeld zusteht, wurde das Gesetz modifiziert und an die Aufenthaltserlaubnis gebunden. Mit der Aufenthaltsbefugnis der »humanitären« Lösung und der gesetzlichen Restriktion verloren die ehemaligen Vertragsarbeiter/innen wie jeder andere mit Befugnis Geduldete auch diesen Anspruch.
Die Arbeitserlaubnisverordnung, die den Vertragsarbeiter/innen ohnehin nur notfalls den Zugang zur besonderen Arbeitserlaubnis eröffnete, wurde durch Weisung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung unterlaufen: Arbeitgeber wurden angewiesen, einen bestimmten Anteil ausländischer Arbeitnehmer in der Belegschaft nicht zu überschreiten. Das betrifft eben nicht nur die Vertragsarbeiter/innen, die glücklich eines besondere Arbeitserlaubnis ergattert hatten. Das betrifft auch Migrant/innen, die den Status der Aufenthaltsberechtigung besitzen und für die die Arbeitserlaubnisverordnung nicht mehr zutrifft; sie benötigen keine Arbeitserlaubnis, um eine Arbeit aufzunehmen.
Natürlich ist der Rechtsweg offen, solche Weisungen hinsichtlich ihrer Gesetzes- und GG-Konformität zu überprüfen.
Hase und Igel?
Die Demontage der Rechte aller Migrant/innen geht systematisch und auf allen ihre Interessen berührenden Gebieten der Politik massiv vonstatten.
Es wird Zeit, daß die antirassistischen Initiativen dem Spiel der Igel eine adäquate Strategie und Arbeit entgegensetzen. Andernfalls laufen sie Gefahr, sich zu Tode hetzen zu lassen.
Das kann nicht den Verzicht auf die konkrete Arbeit und Aktion heißen, aber sie allein bringt es nicht – siehe den Kampf ums Bleiberecht.

Dietrich Lederer

Foto: Umbruch-Bildarchiv



Basso-Tribunal zum Asylrecht in Europa

Eine Einschätzung

Beim Basso-Tribunal wurden vom 8.-12. Dezember 1994 in Berlin die EU- und EFTA-Staaten wegen ihrer Asylpolitik angeklagt. Im Urteil wurden sie von der zehnköpfigen internationalen Jury schuldig gesprochen, »die Rechte von Asylsuchenden und Flüchtlingen systematisch und wiederholt verletzt zu haben«. Vorangegangen war ein dreitägiger symbolischer Prozeß, der sich mit Anklage, Verteidigung und Beweiserhebung an der Form einer »herkömmlichen« Gerichtsverhandlung orientierte. Neben Länderberichten, in denen exemplarisch die zentralen Probleme des Asylrechts und der Asylpraxis in Frankreich, Deutschland, der Schweiz und Spanien vorgetragen wurden, schilderten Flüchtlinge als ZeugInnen ihre konkreten Erfahrungen mit der Politik der Abschottung und Abschreckung. Um die Asylpolitik in einen größeren Zusammenhang zu stellen, analysierten Experten Fluchtursachen sowie die Beziehung zwischen dem Abbau des Asylrechts und dem anderer sozialer und politischer Rechte.

Die Organisationsgruppe bestand aus etwa 15 Leuten, größtenteils aus der Asyl-, Antirassismus-, Menschenrechts- und Flüchtlingsarbeit. Dem UnterstützerInnenkreis schlossen sich bis zum Tribunal über 90 Gruppen an. Letztlich konnte das Tribunal jedoch ohne großen Apparat auf die Beine gestellt werden, allerdings mit nicht unerheblichen Schwierigkeiten wegen fehlender Zeit, Arbeitskraft und knapper Finanzen.

Die keineswegs unumstrittene *Form* eines Tribunals zu wählen, war für uns keine Entscheidung aufgrund eines besonderen Hangs zum Legalismus, sondern eine Frage der politischen Wirkung. Das Tribunal sollte eine detaillierte Analyse und Kritik des europäischen Asylrechts mit einer öffentlichkeitswirksamen Form verbinden.

Dabei war klar, daß eine Entscheidung für diese Form einen Schwerpunkt auf den Gesichtspunkt der *Rechtsverletzung* setzten und andere Aspekte in den Hintergrund rücken würde. Wichtig schien uns jedoch, daß sich ein Tribunal auf klare Maßstäbe – nämlich das Völkerrecht – stützt. Entsprechend orientierte sich die Kritik staatlicher Politik nicht einfach an der jeweiligen »Privatmeinung« der Vortragenden oder den durchaus heterogenen politischen Vorstellungen in unserer Gruppe, sondern an den normativen Grundstandards, zu deren Einhaltung sich auch die angeklagten Staaten verpflichtet haben. Auch wenn sich über das (internationale) Rechtssystem und den *individuellen* Bezug der Menschenrechte streiten läßt, halten wir die im Tribunal zugrundegelegten Rechtsnormen in bezug auf die europäische Asylpolitik und -praxis für geeignet, die Kritik an der Entrechtung von Asylsuchenden und Flüchtlingen auf den Punkt zu bringen.

Für die Form des Tribunals spricht unseres Erachtens auch im nachhinein, daß es eine Veranstaltung mit einem schriftlich fixierten *Ergebnis* ist. Stärker als bei einer Diskussionsveranstaltung oder einem Kongreß steht am Ende eines Tribunals ein (möglicher) Anknüpfungspunkt für die weitere politische Arbeit. Allerdings ist mit der Tribunalform auch verbunden, daß die anwesende Öffentlichkeit zum Publikum wird. Ebenfalls war nicht zu umgehen, daß wir die inhaltliche Entscheidung über das Ergebnis, also das Urteil und die sich daran anschließenden Forderungen, an andere – nämlich die mit mehr oder weniger bekannten Persönlichkeiten besetzte Jury – abgaben.

Die Nachteile dieser Form halten wir allerdings auch im Rückblick für vertretbar, weil wir ein Tribunal nur als Ergänzung der kontinuierlichen politischen Arbeit verstehen.

Inhaltlich wurden während des Tribunals die verschiedenen nationalstaatlichen Varianten einer (zunehmend in zwischenstaatlichen Verträgen und auf EU-Ebene aufeinander abgestimmten) Abschottungs- und Abschreckungspolitik gegenüber Flüchtlingen nachgewiesen. Dabei wurde deutlich, daß in den europäischen Staaten Rechte von Flüchtlingen entweder abgebaut werden oder ihre Inanspruchnahme be- und verhindert wird. Das Urteil des Tribunals beruht vor allem auf der Feststellung, daß durch nationale Gesetze eine Entrechtung der Betroffenen legalisiert wird, die verhindert, daß die im Völkerrecht (u.a. der Genfer Flüchtlingskonvention und Menschen- und Bürgerrechtsrechtskonventionen) und auch in den Verfassungen von den europäischen Staaten selbst anerkannten Rechte auch wahrgenommen werden können.

Im Rückblick denken wir, daß wir die



Vorn links: Frances Webber (Anklägerin), am Pult: Verteidiger Thomas Jung
Foto: Wahied Wahdat-Hagh

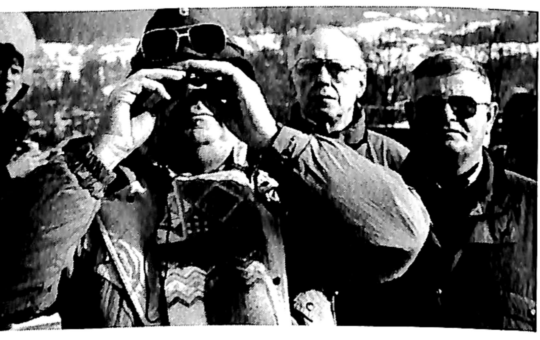
Politik der EU als Institution nicht als nur »mitlaufenden«, sondern mehr als einen eigenen Punkt hätten hervorheben sollen. Außerdem haben wir es (wegen des Mangels an Ressourcen) nicht optimal geschafft, die Beiträge aus den verschiedenen europäischen Staaten von Berlin aus konzeptionell aufeinander abzustimmen.
Wichtig finden wir, daß die Jury den Spielraum einer nicht nur formal-juristischen, sondern rechtlich-politischen Veranstaltung genutzt hat und das Urteil die Forderung nach einer Ausweitung des (internationalen) Flüchtlingsrechts einschließt: insbesondere die Anerkennung geschlechtsspezifischer Fluchtgründe, der Verfolgung wegen der sexuellen Orientierung, wegen (Bürger-)Krieg und aufgrund der im Urteil festgestellten »strukturellen ökonomischen Verfolgung«. Andere zukunftsweisende Überlegungen mit Blick auf die zu befürchtenden »Fluchtursachen von morgen«, wie die Verhinderung der ökologischen Zerstörung von menschlichen Lebensräumen und die Notwendigkeit vorausschauender Deeskalationskonzepte bei Konflikten, kamen im Rahmen des Tribunals zu kurz.
Unserer Einschätzung nach ist es gelungen, mit dem Tribunal eine Form zu finden, die die Inhalte transparenter macht. Das Wechselspiel von Anklage, Verteidigung, Berichten und ZeugInnenaussagen ermöglichte es, komplexe Zusammenhänge verständlicher und anschaulicher zu präsentieren als etwa eine Folge von Referaten auf einem Kongreß. Durchschnittlich waren bei den Tribunal immer etwa 200 Personen anwesend. Bei einzelnen Verhandlungsabschnitten stieg die Zahl der ZuhörerInnen auf über 400.
Zur öffentlichen Wirkung des Tribunals hat vor allem jedoch die umfangreiche überregionale Berichterstattung der Medien beigetragen, mit der die Kritik an der offiziellen Asylpolitik eine weite Verbreitung fand.
Auch wenn der »Erfolg« des Tribunals letztlich nicht gemessen werden kann, und die mittelfristige Wirkung davon abhängen wird, inwieweit mit dem Urteil und der (etwa im April erscheinenden) Dokumentation der verschiedenen Beiträge politisch gearbeitet wird: Alles in allem finden wir, daß es sich in jedem Fall gelohnt hat.

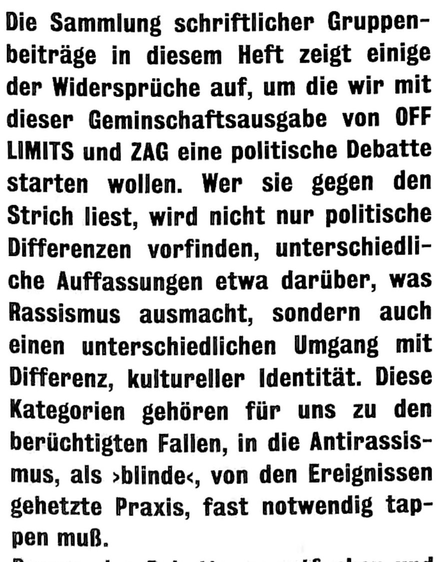
Die Organisationsgruppe

Rückmeldungen zum Basso-Tribunal bitte an das Basso-Sekretariat, c/o AStA TU Berlin, Marchstr. 6, 10587 Berlin. Hier kann auch das Urteil bestellt werden. Anfragen zur Dokumentation ab März an Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, z.Hd. Johannes Zerger, Auguststr. 80, 10117 Berlin, Tel.: 030/2886-203.

Über die Differenzen hinaus?

Annäherungen an einen notwendigen Streit





Die Sammlung schriftlicher Gruppenbeiträge in diesem Heft zeigt einige der Widersprüche auf, um die wir mit dieser Geminschaftsausgabe von OFF LIMITS und ZAG eine politische Debatte starten wollen. Wer sie gegen den Strich liest, wird nicht nur politische Differenzen vorfinden, unterschiedliche Auffassungen etwa darüber, was Rassismus ausmacht, sondern auch einen unterschiedlichen Umgang mit Differenz, kultureller Identität. Diese Kategorien gehören für uns zu den berüchtigten Fallen, in die Antirassismus, als ›blinde‹, von den Ereignissen gehetzte Praxis, fast notwendig tappen muß.
Darum eine Debatte zu entfachen und Konsequenzen für die Organisierung antirassistischer Politik aufzuzeigen, war unser Begehr, mit dem wir an politische Gruppen und Einzelpersonen – ganz mit Absicht aus möglichst ›differenten‹ Bereichen – herantraten. Der Einladung zu diesem Gespräch folgten:

- **Martin, Roma-UnterstützerInnengruppe Bochum,**
- **Yves Dorestal (Haiti), Dozent für Philosophie in Santiago de Chile,**
- **Olajide ›Aki‹ Akinyosoye (Nigeria), Afrikanische Union Hamburg (AUH),**
- **Nadine Gevret, off limits**
- **Heidi Hegen, off limits**

Die Fragen stellten Micha, Antirassistische Initiative/ZAG (Berlin) und Conni, off limits (Hamburg).

Conni: Der Titel unser Ausgabe ist »Deutscher Antirassismus« - mit einem dicken Fragezeichen. Zu diesem Streitgespräch haben wir euch eingeladen, weil uns einerseits euer kritischer Blick »von außen« interessiert, andererseits eine Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Positionen fruchtbar sein könnte.
Micha: Uns würde am Anfang interessieren, ob die politische Praxis antirassistischer Gruppen – von außen gesehen – überhaupt ins Gewicht fällt, ob sie eigentlich aus eurer Sicht einen gesellschaftlich relevanten Faktor, und damit auch einen politischen Bezugspunkt darstellt, der den unübersehbaren rassistischen Tendenzen hier etwas Substantielles entgegensetzen kann.
Yves: Nun, ich würde nicht gerade von einer antirassistischen Bewegung sprechen, die ist meiner Meinung nach nicht sichtbar, aber wenn ich das mit der Vergangenheit vergleiche, kann man schon von einigen antirassistischen Inseln sprechen. Für mich ist das unmittelbar erlebbar, ich komme alle vier bis fünf Monate nach Deutschland und im Vergleich zu früheren Jahren ist zumindestens auf der Ebene dieser Gruppen eine Auseinandersetzung um das Phänomen des Rassismus erkennbar.
Micha: Was fehlt?
Yves: Eine Strategie des Antirassimus. Sicher, es gibt Aktionen, es gibt Gruppen, die einige Zeit zu die-

sem oder jenem Thema arbeiten. Aber diese wichtige politische Arbeit kommt auf Dauer nicht ohne längerfristige historische Perspektive aus, besonders wenn man weiß, daß es in Deutschland eine Akkumulation unbewältigter Probleme der Vergangenheit gibt: Es gab den Kolonialismus, aber es fehlte an einem systematischen antikolonialen Kampf. Es gab den Faschismus, aber man vergißt, daß der Faschismus nicht nur Antisemitismus bedeutete, sondern auch die Ideologie der Unterlegenheit der slavischen und schwarzen Völker beinhaltete. Es gab einen ›Neger‹-Begriff, der vom Nationalsozialismus verbreitet wurde, der wenig aufgearbeit wurde. Der Faschismus war eine rassistische Staatsdoktrin, von der nicht mal der Antisemitismus genügend verarbeitet wurde. Dies gilt auch für die Linken, die, ausgehend von der Analyse des Faschismus als Neuerscheinung des Monopolkapitalismus, eine sehr verkürzte politökonomische Sicht pflegte.

Nadine: Stimmt, es gibt in Deutschland eine gewisse Scheu, auch bei AntirassistInnen, den Rassismus näher zu analysieren: Was für Formen des Rassismus gibt es und wie sind sie historisch, ideologisch und gesellschaftlich begründet. Aber dieses theoretische Defizit korrespondiert mit der Scheu der Linken in Deutschland, sich überhaupt theoretisch auseinandersetzen, bzw. mit der Tendenz, eine Spaltung voranzutreiben zwischen Theorie und Praxis, frei nach dem Motto: »Entweder Theoretiker, dann hat man keine Praxis oder man hat eine Praxis, dann braucht man keine Theorie«.

Conni: Also, zu diesen sich wandelnden Formen des Rassismus: Wird der eigentlich heute noch biologistisch begründet, so wie Yves das eben für den Faschismus beschrieben hat? Und wenn nein, was ist dann das Neue am Rassismus heute? Wogegen kämpfen wir da eigentlich heute?

Aki: Der koloniale, der biologistische Rassismus ist noch längst nicht überholt, schau dir doch die Situation am Arbeitsplatz an: Dort ist diese biologisch bezogene Konstruktion von Rassismus noch ständig präsent; wenn ein Arbeiter sagt, ich habe nichts gegen ihn, der Charles ist ein guter Kerl, er ist schwarz, aber er bringt es soweit, zu arbeiten wie wir, er ist pünktlich usw. Oder wenn einer sagt, ich habe nichts gegen Afrikaner, nur sind sie faul und sie sind so faul, weil sie schwarz sind und sie haben platte Nasen. Da werden doch unverändert irgendwelche Fähigkeiten als genetisch determiniert angesehen.

Yves: Ich würde auch nicht sagen, der biologische Rassismus ist schon historisch überholt. Sicher wirst du in einigen Ecken der Gesellschaft immer noch konfrontiert werden mit den Argumenten des biologischen Rassismus. Aber ein Alain de Benoist etwa erzählt dir doch, er hat viele schwarze Freunde. Oder sogar, er sei ein Bewunderer der schwarzen Kultur. Und er sagt, das sei Blödsinn, was jetzt in den USA wieder verbreitet wird ...

Micha: ... in diesem Buch, »Die Glockenkurve« ...

Yves: ... die Schwarzen seien weniger intelligent als die Weißen. Also diese plumpe Argumentation des biologischen Rassismus ist nicht mehr die herrschende Erscheinung im rassistischen Diskurs.

Heidi: ... weil Kulturalismus oder ethnischer Differentialismus eben die adäquateren ideologischen Begründungen liefern, wo Herrschaftsmechanismen des Imperialismus sich verändert haben.

Diese Ideologien wurden doch gerade von Teilen der Elite entwickelt, als Reaktion darauf. Früher wurde die Souveränität überhaupt nicht anerkannt, sondern – Fahne drauf – Kolonialismus eben. Die Souveränität von Staaten wird jetzt formal anerkannt, aber ökonomisch und politisch werden sie unverändert erpreßt. Wo früher biologistisch begründet wurde, wird jetzt gesagt, ja, sie haben eine Kultur, aber die sollen sie bitteschön da praktizieren, wo sie herkommen, in ihren Ländern, und sollen bitteschön nicht herkommen, wenn es Armut, Hunger, Krieg gibt.

Nadine: Und außerdem haben wir es natürlich damit zu tun, daß nach dem zweiten Weltkrieg der Begriff der ›Rasse‹, in dessen Namen Millionen Menschen umgebracht wurden, ideologisch, also auf der Ebene von Publikationen, im öffentlichen Diskurs, abgeschafft werden mußte. Im Alltag blieb er natürlich weiter in vielen Köpfen.

So ist es ja auch relativ neu, daß die deutsche Linke in der Öffentlichkeit das Wort Rassismus in den Mund nimmt, um Phänomene zu bezeichnen, die im Land selber passieren. Soweit von Rassismus gesprochen wurde, bezog sich das lange nur auf die großen Kolonialmächte, Frankreich, England oder die USA – vielleicht auch nur, weil er dort selbst zum Sprachgebrauch gehörte. Oder um auf den Nationalsozialismus zu verweisen. Aber bezogen auf die aktuelle Realität in der BRD wurde er nie benutzt, alle sprachen von Ausländerfeindlichkeit oder Fremdenfeindlichkeit.

Erst in der Periode '89 bis '91 konnten die Augen nicht mehr verschlossen werden. Mit den pogromartigen Überfällen von Hoyerswerda und Rostock war klar, das es rassistische Überfälle gibt, an denen übrigens besonders auffällig war, daß es im Unterschied zu anderen europäischen Ländern kollektive Überfälle waren. Also anders als in Frankreich, wo schon öfter mal ein Einzelner einen arabischen Jungen abknallt, hat man da eine ganze Stadt gesehen – vor laufenden Fernsehkameras.

Fremddefinition - Selbstdefinition

Micha: Dieser Gegensatz: eher individuelle Gewalt dort, in deinem Beispiel Frankreich – kollektiver Terror hier in Deutschland, erklärt sich das primär aus der aktuellen Situation, oder hat das vielmehr zu tun mit historisch unterschiedlich konstruiertem Rassismus?

Nadine: Diese rassistischen Modelle sind im Kolonialismus entwickelt worden, unterschiedlich gelagert, je nach Selbstverständnis der jeweiligen Kolonialstaaten. Es gibt da einerseits den ›französischen Ansatz‹ des Kolonialismus. Der konstruiert klar ein rassisch-biologisch begründetes Ungleichheitsverhältnis und definiert die Anderen. Wenn man die, die man gerade kolonisiert, als Menschen bezeichnen würde, könnte man die Kolonisation nicht durchführen. Die Besonderheit, der Widerspruch dabei, ist aber die Möglichkeit des Einzelnen, sich zu assimilieren, die Chance des Individuums, in die höhere Kategorie – die der Kolonialherren – überzuwechseln. Aus Schulen in Senegal sind französische Minister hervorgegangen: Kolonisierte, die sich soweit angepaßt hatten, daß sie im

französischen System zu Menschen gemacht werden durften.
Das zweite Modell, und ich nenne es verkürzt das deutsche Modell, hat viel mehr mit der eigenen Nationenbildung zu tun. Dabei werden nicht primär die Anderen definiert, ethnisiert, wie im französischen Modell, sondern der Ausgangspunkt ist die Selbstethnisierung. Man definiert seine ›Rasse‹ und grenzt sich daher ab von allen anderen. Das ist nicht mal unbedingt ein Verhältnis von Ungleichheit, aber die Anderen werden als ständige Bedrohung wahrgenommen, daher muß es eine absolute Trennung geben.
Es gibt eine bestimmte Form des Rassismus, und die fängt tatsächlich nicht mit dem Nationalsozialismus und seiner Nichtbewältigung an, sondern schon damit, wie sich der deutsche Staat und die deutsche Nation gebildet hat und wie die ideologisch begründet wurde: als Schicksalgemeinschaft.

Recht auf Differenz ?

Conni: Das deutsche Rassismus-Modell basiert auf Identitätsbildung. Zugleich wird Identität, Differenz aber auch als Waffe der Unterdrückten begriffen, um sich ihrer selbst bewußt zu werden, selbstbewußt zu werden und von dort aus zu kämpfen. Ist das heute überholt, weil es von Rechten aufgegriffen wurde, um sich der anderen zu entledigen?
Nadine: Nicht weil die Rechten es übernommen haben. Wenn ich es gut fände, würde ich mich dagegen wehren, daß sie das übernehmen, das ist nicht der Grund. Die Funktion von Identitätsbestimmung ist immer, Menschen aufgrund von biologischen oder sozio-kulturellen Merkmalen zu kategorisieren. Man trennt sie voneinander, sie dürfen dazugehören oder nicht. Das erscheint mir eine Konstante zu sein, daher ist das Konzept der multikulturellen Gesellschaft mehr als fragwürdig, weil es Menschen auf eine Identität festlegt, die bewahrt werden muß – sowohl im rechten Modell, als auch im ›linken‹. Sie werden darin nicht mehr als Individuen wahrgenommen, sondern immer mehr einer Gemeinschaft zugeschrieben. Das hat nichts dynamisches mehr, man kapselt sie ein, um sie besser rauszuschmeißen.

Eine Art Summe verschiedener ›kultureller Räume‹

Aki: Wenn von multikultureller Gesellschaft gesprochen wird, muß auch von einer Umstrukturierung der Schulen, der Ausländerbehörde diskutiert werden. Ein kultureller Aufbau darf doch nicht einseitig von der Idee ausgehen, daß die Deutschen Menschen erster Klasse sind. In der Schule, wo ich arbeite, wenn ich da eine Afrika-Woche machen will, wird gesagt, das ist für die Jugendlichen, die gerade ihr Abitur machen, nicht sinnvoll. Das entmutigt diese Leute, die sich hier integrieren, eine neue Identität finden wollen.
Micha: Für meine Begriffe vermischst du da was. Wir diskutieren diese Konzepte von Identitäten und Kulturen doch gerade als Problem. Wenn de Benoist sagt: »Ich bewundere die schwarze Kultur« ist da doch das Fatale, daß er sagt, diese Kulturen und Identitäten sind dann auch endgültig voneinander getrennt. Das macht für mich: Diese Betonung von Identitäten zieht Zäune zwischen Menschen, die von ihrer realen Lage her, der Begriff 'klassenmäßig' faßt das ja wohl nicht mehr, in der gleichen Situation sind. Ist also das Modell »multikulturelle Gesellschaft« nicht etwas, womit de Benoist überhaupt keine Probleme hat?
Yves: Es gibt da ein Problem der Verständigung. Ihr denkt offenbar unterschiedliche Inhalte unter dem Begriff »multikulturelle Gesellschaft«. Alain de Benoist hat tatsächlich kein Problem mit der multikulturellen Gesellschaft, soweit das bedeutet: Die Algerier bleiben unter sich, die Marrokaner bleiben unter sich. Er vertritt die These: Jede Kultur hat ihre Schwächen und Stärken. Er sieht das Problem in der Vermischung der Kulturen. Das würde nach ihm nicht gut gehen, wenn die französische Kultur mit der ›arischen‹ oder afrikanischen verläuft und ein Durcheinander entsteht, bei dem auch der Stärkere schwächer wird und man verliert auf allen Ebenen. Er vertritt die These, man muß an der Stärke einer Kultur arbeiten, damit sie sich weiterentwickeln kann. Multikulturelle Gesellschaft ist danach nichts als eine Art von Summe von verschiedenen ›kulturellen Räumen‹, wo tatsächlich jede Kultur in ihrer Ecke bleibt.
De Benoist ist kein ummittelbarer Rassist, das ist schon Rassismus für gehobene Ansprüche, ohne plumpe rassistische Argumentationen. Der Mann versteht sich als Schüler von Gramsci. Der Gramsci von rechts. Er hat seinen Gramsci gelesen, er kann sehr flexibel mit allen Argumenten der Linken umgehen, aber die verfügt nicht über die Gegenargumente. Die Aufgabe besteht darin, auch eine komplizierte Argumentationsweise zu beantworten. Das können wir nicht mit einzelnen kritischen Beiträgen lösen, wir müssen tatsächlich eine umfassendere, theoretische Antwort auf diese neuen Formen von Rassismus finden.
Man muß schon subtil interpretieren, um mitzukriegen, was er eigentlich will. Wenn er etwa sagt, genau wie Indianer und Schwarze ein Recht auf Differenz haben, haben selbstverständlich die Deutschen und Franzosen auch das Recht, ihre kulturelle Identität zu verteidigen – natürlich würde er nicht offen sagen, daß es da noch den hierarchischen Gedanken gibt, aber er hält natürlich diese europäischen Kulturen in geistiger Hinsicht für viel entwickelter und reifer als die etwa der Araber.

Inselspringen

Micha: Es wird hierzulande nicht nur nach rassistischen Kriterien ausgegrenzt, aber mir kommt es so

vor, als ob unsere zentrale Kategorie ›Rassismus‹ das alles überstrahlt. Uschi Aurien sieht sich zum Beispiel genötigt, von ›Rassismus gegen Behinderte‹ zu sprechen. Auch wenn das den Begriff überdehnt, brauchen wir uns doch wahrscheinlich nicht darüber zu streiten, daß dieser Brückenschlag von der Sache her völlig legitim ist. Andere sprechen von ›Leistungs- und Sozialrassismus‹, also schon pur sozialen Kategorien – wie ist es damit? Mich beschäftigt die Frage, wie können sich diese verschiedenen Gruppen, die angesprochen werden, über diese Trennungen hinwegsetzen und sich gegen die gar nicht so verschiedenen Ausgrenzungen wehren?

Aki: Die Arbeit der ImmigrantInnen hier war es, sich politisch zu organisieren. Aber in Deutschland gibt es ja für alles ein Gesetz, daraus entsteht dann eine Verordnung und für uns war jegliche politische Betätigung mit Auflagen verbunden. Dieses Verbot politischer Betätigung: Was das genau bedeutet, hat keiner gesagt. Das hat uns Afrikaner abgeschreckt, hat uns in unsere kleinen Enklaven und nationalen Vereine getrieben. Die sich politisch engagierten, waren sehr wenige. Das war der Hintergrund, weshalb wir hier in Deutschland nach Partnern gesucht haben. Mit wem können wir zusammenarbeiten? Da boten sich ja viele Gruppen an. Damals, vor 1985 waren das noch der KBW oder der KB und so weiter. Aber die Erkenntnis der afrikanischen linken Organisationen – da noch auf der nationalen Ebene – war, daß sie trotz des gemeinsamen Ansatzpunktes antikolonialer Politik keinen Anschluß, keine Anknüpfungspunkte an die hiesige Linke fanden. Das war sehr enttäuschend. Das hat sich konkret festgemacht an der Angola-Politik, oder auch an Mosambik. Wir haben deren Aktionen unterstützt, wir waren ihnen vielleicht auch wichtig in ihren Organisationen. Aber das hat umgekehrt nicht zu einer Rückendeckung für eine emanzipierte, kontinentale, afrikanische Organisation geführt, ohne Bevormundung. Wir kämpften an zwei Fronten, nicht nur gegen das Establishment, sondern auch gegen diese linken Organisationen, die unsere Emanzipation nicht unterstützten.

Es gab also bei unserer Basis keine Bereitschaft mehr, diesen bestehenden Organisationen Aufmerksamkeit zu schenken. Das hat sich dann Anfang der 90er Jahre gelockert, als die Flüchtlingsfrage kam und sich antirassistische Gruppen bildeten. Da kam dann schon die Erkenntnis durch, daß ihr – in Bezug auf die Flüchtlingsfrage – eine positive Arbeit in die Richtung auf Emanzipation gemacht habt. Kontakte sind jetzt da, aber das ist immer noch schleppend, es gibt immer noch keine kontinuierliche Zusammenarbeit.

Yves: Ein Grundproblem in linken deutschen Organisationen, auch wenn sie ein internationalistisches Selbstverständnis haben, ist doch: Sie sind in ihrer Art viel zu deutsch, auch wenn ihre einzelnen Mitglieder internationalistisch denken. Ich muß mich germanisieren, wenn ich in einer deutschen Organisation bin, muß anfangen, Politik zu denken wie die deutschen GenossInnen und Genossen es tun: den ganzen Tag diskutieren.

|*Heiterkeit*|

Micha: Gut, das hab ich verstanden, wir machen jetzt auch bald Schluß.

Yves: Vorher können sich die Deutschen aber noch selbstkritisch fragen, warum in einem Augenblick, wo in den Metropolen jeden Tag mehr Gruppen ankommen, die aus der ehemaligen kolonialen und neokolonialen Peripherie kommen, warum diese Menschen keine politische Heimat in den bestehenden Organisationen finden. Wie also kann eine Organisation aussehen, die die Bedürfnisse dieser Menschen erfüllt, die nicht nur zwei oder vier Jahre in den Metropolen bleiben? Wir müssen uns doch dauerhaft darauf einstellen, daß es in Deutschland nun Deutsche türkischer Abstammung gibt, oder Deutsche afrikanischer Abstammung, und daß die aus der neuen deutschen Landschaft nicht mehr wegzudenken sind.

Bioleks der Sozialrevolte?

Martin: Wenn da gemeinsame Kämpfe möglich sind, oder wenn man sieht, daß man gemeinsam was dafür tun kann, ist das nur wünschenswert. Aber es gibt so eine linke Tradition, zu Bioleks der Sozialrevolte zu werden, überall rumzuspringen, mit nichts was zu tun haben, aber für alles eine Antwort zu haben, und das geht nicht. Man kann nicht künstlich sagen, weil in meiner Analyse jetzt alle betroffen sind, Ausgrenzung an allen Orten, bringen wir alle zusammen und sagen, ihr seid ein gemeinsames Problem, das geht nicht.

Micha: Nein, so gerade nicht, vor allem nicht »Ihr-seid-ein-Problem«. Ich stelle doch nur fest: Alle, von denen wir reden, haben viel mehr gemeinsame Probleme, als diese Identitätenschubladen suggerieren. Wir machen das ständig in unserer Arbeit: Einmal organisieren wir was gegen die Abschiebung der VertragsarbeiterInnen nach Vietnam. Eine Woche später sind wir bei Ex-Jugoslawien – sorry, da gibt es jetzt ja noch diese sieben Unterschubladen Bosnier, Kroaten, Serben – dann wieder geht es um Roma. Das alles ist in unserer Praxis ziemlich segmentiert. Da sind ständig diese Einteilungen präsent, obwohl die einzelnen Gruppen, um die es geht, nun wirklich ziemlich exakt die gleichen Probleme und Interessen haben. Das empfinde ich inzwischen als ganz gravierenden Mangel unserer Arbeit.

Martin: Klar kann das Ziel keine Abgrenzung sein, »ich mach jetzt nur was mit Flüchtlingen«, das ist nicht das Ziel, sondern ein trauriger Ist-Zustand, aber den kannst du nicht überwinden durch die Formulierung des gemeinsamen Problems, da geht es um soziale Prozesse und nicht um Problemdefinitionen.

Nadine: Aber es geht doch darum, daß wir nicht selber diese Schere im Kopf haben. Bevölkerungspolitik – und wir haben es mit Bevölkerungspolitik zu tun – läuft schlicht auf Trennung zwischen verwertbar und nicht mehr verwertbar hinaus. Ich will ja nicht künstlich, also voluntaristisch das zusammenbringen nach dem Motto, »jetzt haben wir die soziale Revolte«, sondern nur, daß wir versuchen, aus unserer kleinen Ecke heraus versuchen, in diese Richtung unseren Blick zu erweitern.

Yves: Also, die Afrikaner oder Asiaten, die in den Metropolen leben, sind auch mit dem Problem konfrontiert, daß es keine organisatorische Brücke gibt zwischen Afrikanern, Asiaten, Lateinamerikanern, obwohl sie aufgrund des institutionellen Rassismus in Deutschland schon gemeinsame Interessen haben, aber das ist sehr schwierig, allein alle Latinos in Hamburg unter einem ge-

meinsamen Nenner zu organisieren, das gilt auch für die Afrikaner.
Ich sehe da tatsächlich neue organisatorische Anforderungen, also wie wir zu einer organisatorischen Brücke zwischen diesen verschiedenen Immigranten kommen, wie man aus dieser veränderten Wirklichkeit neue Schlüsse zieht. Die Organisationen der Linken, wie sie heute existieren, entsprechen jedenfalls nicht mehr der neuen Etappe der Internationalisierung in den Metropolen.

Martin: Gut, wie sind gemeinsame Kämpfe möglich? Ob eine Gruppe von nigerianischen Studenten mit den Roma aus Rumänien hier zusammen kämpfen möchte, darüber verfüge ich nicht. Bestenfalls kann ich, wenn ich ein Verhältnis zu dem einen oder anderen habe, mal was erzählen, vielleicht finden das alle interessant und dann läuft etwas zusammen. Aber darüber verfüge ich nicht. Ich verfüge aber über die ganzen Grenzen, die ich selbst darstelle und aufbaue. Die sind doch massiv, welche Grenzen sind denn in der antirassistischen Arbeit wirklich überwunden worden? Wie oft ist nicht ein deutsches oder europäisches linkes Politkonzept verwendet worden, das oft herzlich wenig mit den Menschen zu tun gehabt hat. Ich erlebe es in vielen Diskussionen, daß es ein Primat von Politik gibt, das Politische ist das, was entscheiden soll, welche Schritte wir jetzt machen. Selten wird betrachtet, daß das Politische auf sozialen Strukturen basiert. Wir leben alle in unseren privaten Verhältnissen, in der Regel nicht zusammen mit Flüchtlingen, und würden dies auch nicht tun wollen. Die sozialistische Bewegung hat auf einer sozialen Struktur aufgebaut, es war nicht einfach eine Idee, die eine Struktur geschaffen hat. Aber für die Reproduktion sozialer Widerstandsstrukturen wird ja nichts gemacht, mal böse gesagt. Es wird nur überlegt, wie es ins Politische transferiert werden kann.

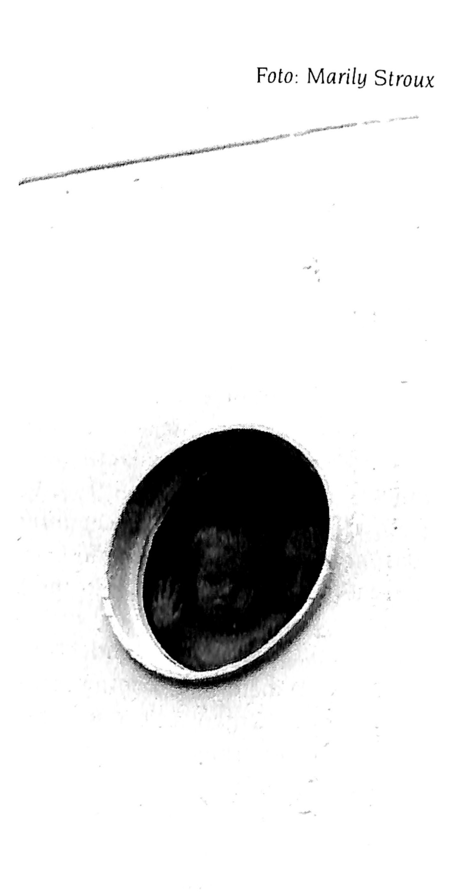
Nadine: Was mir auffällt ist, daß du genau in diesen Kategorien ›Inländer – Ausländer, Flüchtlinge – Migranten‹ denkst. Das hat die Linke völlig verinnerlicht. Es wird jemand nicht mehr als Großbürger aus seinem Land gesehen, sondern als nur Flüchtling, sein aufenthaltsrechtlicher Status ist ausschlaggebend für die politische Aktion, die man eventuell mit ihm machen könnte. Also, die Trennung, die gesetzlich vorgegeben wird, wird von uns weiter reproduziert, es ist uns nicht gelungen, diese Trennungslinien zu durchbrechen, ich weiß auch nicht, wie.

Micha: Aber da hat Martin doch gerade einen Hinweis gegeben. Wir haben ja schon eine Fixierung auf ›politische Organisierung‹. Sein Hinweis ist doch, das kannst du dir alles sparen, solange es nicht eine neue soziale Realität, einen Alltag zwischen diesen unterschiedlichen Gruppen und uns gibt, und daraus eine soziale Widerstandspraxis und erst daraus eine gemeinsame politische Praxis entsteht.

Yves: Zu diesen zwei Aspekten, der antirassistischen Seite und der sozialen Frage: Wir müssen für eine langfristige strategische Einheit beider Aspekte streiten, aber wir sollten die kurzfristige taktische Differenz beachten. Natürlich bin ich für einen Block der Ausgestoßenen in der Gesellschaft, aber gerade angesichts der Besonderheit der historischen Entwicklung Deutschlands, müssen wir eine Zuspitzung erreichen, was die antirassistische Seite anbetrifft. Der deutsche Proletarier oder auch die neuen Randgruppen sind auch nicht immun gegenüber bestimmten Bildern von Schwarzen, sondern sind aufgrund ihrer sozialen Situation noch anfälliger dafür. Insofern sehe ich da ein Hindernis auf dem Wege zu so einer Blockbildung. Solange der Mensch, der zu einer der angesprochen Randgruppen gehört, den Kopf nicht frei hat von bestimmten Bildern, oder um das mit der psychoanalytischen Sprache von Jung zu formulieren, von Archetypen, die sich in der deutschen Kultur finden, wird er keine gemeinsamen Interessen mit den anderen finden.
Die Bildung eines antirassistischen Bewußtseins gehört also zu den aktuellen Aufgaben, denn wenn man zu schnell eine Gemeinsamkeit der Ausgeschlossenen erreichen will, und diese neue Aufgabe vernachlässigt, werden wir nicht dahin kommen.
Besonders in der deutschen Linken gibt es noch kein Bewußtsein über den Stellenwert einer antirassistischen Kampfstrategie. Der Antirassismus ist nichts anderes als ein dringender Kampf gegen neue gefährliche Elemente der Barbarei in dieser Gesellschaft, diesen neuen Tendenzen der Entzivilisierung. Sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, ist eine notwendige Stufe, um zu einer emanzipierten Gesellschaft zu gelangen.

Conni: Yves, Aki, Martin, wir danken euch für dieses Gespräch.

Foto: Marily Stroux



Zum verbilligten Preis sind folgende OFF LIMITS im Paket für 15,–DM plus Versandkosten erhältlich: Nr. 1 Rassismus und neue Rechte, Nr. 2 Flüchtlingskämpfe, Nr. 3 Abschiebeknäste, Nr. 4 Legalisieren statt Kriminalisieren, Nr. 5 Innere Sicherheit

Bestellung

☐ Hiermit bestelle ich die nächsten 6 Ausgaben von off limits im Abonnement
......(Anzahl) Abonnement(s) zum Preis von DM 30,– inklusive Porto

☐ Hiermit bestelle ich
......(Anzahl) off limits Nr. ...... zum Preis von 5,–DM pro Stück inklusive Porto

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Zahlungsweise:

☐ Scheck liegt bei

☐ Ich habe den Betrag auf das Konto
Jan Allers 2231 751 900
Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 200·101 11 überwiesen

Bestellungen an: off limits, c/o Haus für Alle, Amandastr. 58, 20357 Hamburg
oder telefonisch: Antirassistisches Telefon, Hamburg, 040-43 15 87, FAX 040-430 44 90





Konto: Antirassistische Initiative e.V., Bank für Sozialwirtschaft, Keithstr. 2, 10787 Berlin Kto-nr.: 303 96 01 BLZ: 100 205 00
Stichwort ZAG

☐ Ich möchte ein ZAG-Jahresabo (4 Ausgaben) / Inland: 20,–DM

☐ Ich möchte ein ZAG-Jahresabo (4 Ausgaben) / Ausland: 30,–DM

☐ Ich möchte das ZAG-Förderabo (4 Ausgaben) und bezahle _______,-DM.

☐ Das Geld wird auf das Konto überwiesen.

☐ Ich lege den Betrag als Verrechnungsscheck, Bargeld (nur Scheine) oder in Briefmarken bei.

☐ Ich benötige eine Rechnung.

Meine Anschrift:
Name:
Straße:
Ort:
Datum: Unterschrift:

ZAG/Antirassistische Initiative e.V.
Yorckstr. 59, HH
D – 10965 Berlin